27. Jahrgang 1979 / 1. Heft / März

E 2176 FX

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

LARRY EUGENE JONES
Adam Stegerwald und die Krise des deutschen Parteiensystems

MICHAEL H. KATER
Die „Technische Nothilfe" im politischen Spannungsfeld der Weimarer Republik

ELMAR KRAUTKRÄMER
Der Sturz Lavals im Dezember 1940

MISZELLE

BERND STEGER
General Clays Stabskonferenzen und die Organisation der amerikanischen Militärregierung in Deutschland

DOKUMENTATION
Clays Stabskonferenz vom 26. Juni 1948
(Bernd Steger)

NOTIZEN

BIBLIOGRAPHIE ZUR ZEITGESCHICHTE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit Theodor Eschenburg, Helmut Krausnick,
Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluke,
Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer,
Hans Mommsen, Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter
Redaktion: Martin Broszat, Hermann Graml,
Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz
Geschäftsführender Redakteur: Hermann Graml
Anschrift: Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 8000 München 19,
Tel. 089/18 00 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Larry Eugene Jones . . Adam Stegerwald und die Krise des deutschen Parteiensystems. Ein Beitrag zur Deutung des „Essener Programms" vom November 1920 1

Michael H. Kater . . . Die „Technische Nothilfe" im Spannungsfeld von Arbeiterunruhen, Unternehmerinteressen und Parteipolitik 30

Elmar Krautkrämer . . Die Entmachtung Lavals im Dezember 1940. Ein außenpolitisches Kalkül Vichys 79

MISZELLE

Bernd Steger . . . . . General Clays Stabskonferenzen und die Organisation der amerikanischen Militärregierung in Deutschland. Die „Clay-Minutes" als historische Quelle 113

DOKUMENTATION

Die Stabskonferenz des amerikanischen Militärgouverneurs General Lucius D. Clay vom 26. Juni 1948 (*Bernd Steger*) 131

NOTIZEN 151

BIBLIOGRAPHIE 1

INHALTSVERZEICHNIS des 26. Jahrgangs . . . . . Beilage

Diesem Heft liegen Prospekte bei der Verlage frommann-holzboog, Stuttgart sowie Bibliographie zur Zeitgeschichte Jahrgang 25–26 (1977–1978), Verfasser- und Sachtitelregister, Jahrgang 25–26 (1977–1978), Inhaltsverzeichnis 26. Jahrgang 1978. Wir bitten um Beachtung.

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Neckarstr. 121, 7000 Stuttgart 1, Tel. 07 11/21 51–1. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Preis ab 1978: Einzelheft DM 16,– (zuzüglich Versandspesen); Jahresabonnement = 4 Hefte DM 50,80 (DM 2,80 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Für Studenten im Abonnement jährlich DM 40,80 (DM 2,80 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 35,– (DM 1,40 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten) zu beziehen.

Das Fotokopieren und Vervielfältigen aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit Genehmigung des Verlages gestattet. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, Genehmigung zum Fotokopieren zu erteilen.

Satz und Druck: Georg Appl, Wemding

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

27. Jahrgang 1979 Heft 1

LARRY EUGENE JONES

ADAM STEGERWALD UND DIE KRISE DES DEUTSCHEN PARTEIENSYSTEMS

Ein Beitrag zur Deutung des „Essener Programms" vom November 1920*

Die Auflösung des bürgerlichen Parteiensystems war in der Weimarer Republik bereits weit fortgeschritten, als die Weltwirtschaftskrise in den frühen 30er Jahren mit voller Intensität über Deutschland hereinbrach und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ihren entscheidenden Einbruch in die deutschen Mittelparteien erzielte. Der Anfang der Weltwirtschaftskrise und der Aufstieg des Nationalsozialismus haben die Auflösung des Weimarer Parteiensystems zweifellos beschleunigt, doch lag ihre Hauptwirkung darin, Auflösungstendenzen zu verstärken, die bereits bei der Entstehung der Weimarer Republik vorhanden waren. Parteipolitisch gesehen, hing also das Schicksal der Weimarer Republik weitgehend davon ab, ob es den Parteien der sogenannten bürgerlichen Mitte – insbesondere der Deutschen Zentrumspartei, der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der Deutschen Volkspartei (DVP) – gelang, die verschiedenen Sozial- und Berufsgruppen, die die deutsche Mittelschicht bildeten, zusammen mit den nichtsozialistischen Teilen der deutschen Arbeiterschaft zu einem lebensfähigen und schlagkräftigen politischen Machtfaktor zu integrieren. Eine starke Mitte hätte die spätere Polarisierung des deutschen Parteiensystems und den dadurch ermöglichten Aufstieg des Nationalsozialismus vermutlich aufhalten können. Jedoch zeigten die deutschen Mittelparteien bereits in der Frühzeit der

* Dieser Aufsatz stützt sich in erster Linie auf Unterlagen aus dem Privatnachlaß Adam Stegerwalds, die Stegerwald seiner Tochter, Frau Brücken, offensichtlich anvertraut hatte, um die Beschlagnahme durch die Polizeibehörden des Dritten Reiches zu verhindern, und die deshalb nicht mit dem Gesamtnachlaß in das von der Adam-Stegerwald-Stiftung geführte Stegerwald-Archiv kamen. Diese Unterlagen, die sich über die Jahre 1920 bis 1933 erstrecken und wohl den aufschlußreichsten Teil des Nachlasses bilden, wurden erst nach dem Tode von Frau Brücken im Jahre 1968 aufgefunden und sind deshalb nicht in dem Findbuch von Helmut J. Schorr, Stegerwald-Archiv, Inhaltsübersicht, o. O. (Köln) o. J. (1964), verzeichnet. Für die Benutzung ist der Verf. vor allem der Leiterin des Stegerwald-Archivs, Frau Nitschke, zu großem Dank verpflichtet. Auch möchte der Verf. der Alexander von Humboldt-Stiftung, ohne deren großzügige finanzielle Unterstützung die Quellenforschung für diesen Aufsatz nicht zu leisten gewesen wäre, seinen besonderen Dank aussprechen. Überarbeitung und Übersetzung des Aufsatzes wurden durch ein Forschungsstipendium vom Canisius College in Buffalo, New York, möglich gemacht. Für Kritik und Ratschläge bei der Vorbereitung des Aufsatzes ist der Verf. Professor Hans Mommsen und Dr. Martin Martiny verpflichtet, während Professor Wilma Iggers, Dr. Hans-Dieter Kreikamp und Peter Walther für ihre Hilfe bei der Übersetzung des Aufsatzes zu danken ist.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Weimarer Republik erhebliche Integrationsschwächen, die ihre Lebensfähigkeit von vornherein in Frage stellten. Denn nicht nur die Demokratische Partei, sondern auch das Zentrum hatte in den ersten Jahren der Weimarer Republik schwere interne Krisen zu überstehen, die ihr Integrationspotential stark beeinträchtigten, während es der Deutschen Volkspartei nie gelang, die sich von der DDP abkehrenden bürgerlichen Wählerschichten aufzufangen und in ihre eigene Parteiorganisation zu integrieren. In dieser Perspektive stellte also der Ruf, den Adam Stegerwald am 21. November auf dem 10. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands in Essen erhob, nämlich der Ruf nach der Schaffung einer interkonfessionellen christlich-nationalen Volkspartei, nicht nur eine vorläufige Diagnose, sondern auch ein Symptom jener strukturellen Schwächen dar, die schließlich zum Zusammenbruch des deutschen Parteiensystems führten[1].

Stegerwalds Bemühungen um eine Erneuerung und Umstrukturierung des deutschen Parteiensystems sind in der Sekundärliteratur häufig behandelt worden, doch wurden die genauen Umstände, die im Herbst 1920 zur Verkündung des sogenannten „Essener Programms" führten, sowie die spezifischen Faktoren, die beim Scheitern des Programms zusammenwirkten, nie gründlich analysiert[2].

---

[1] Zur Entwicklung des deutschen Parteiwesens während der Weimarer Republik vgl. Larry Eugene Jones, The Dying Middle. Weimar Germany and the Fragmentation of Bourgeois Politics, in: Central European History 5 (1972), S. 23–54; derselbe, Sammlung oder Zersplitterung? Die Bestrebungen zur Bildung einer neuen Mittelpartei in der Endphase der Weimarer Republik 1930–1933, in: VfZ 25 (1977), S. 265–304; und derselbe, The Dissolution of the Bourgeois Party System in the Weimar Republic, demnächst in: Society and Politics in Weimar Germany, hrsg. von Richard Bessel und Edgar Feuchtwanger, London und New York 1979. Zur Krise des deutschen Parteiensystems und ihren Auswirkungen auf die parlamentarische Entwicklung Deutschlands Ende der zwanziger Jahre vgl. Werner Conze, Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1928/30, in: Historische Zeitschrift 177 (1954), S. 47–83.

[2] Obwohl die Sekundärliteratur zum „Essener Programm" recht umfangreich ist, läßt sie, abgesehen von Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966, S. 360–78, 390–409, 467–75, an Einsicht und Genauigkeit viel zu wünschen übrig. In diesem Zusammenhang ist die Studie Morseys, auch wenn sie das „Essener Programm" ausschließlich vom Gesichtspunkt des Zentrums behandelt, den Standardbiographien Stegerwalds von Helmut J. Schorr (Adam Stegerwald, Gewerkschaftler und Politiker der ersten deutschen Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der christlich-sozialen Bewegung in Deutschland, Recklinghausen 1966, S. 67–78) und Josef Deutz (Adam Stegerwald, Gewerkschaftler – Politiker – Minister 1874–1945. Ein Beitrag zur Geschichte der christlichen Gewerkschaften in Deutschland, Köln 1952, S. 78–88) weit überlegen, während die Darstellungen ehemaliger Zentrumspolitiker wie Leo Schwering (Stegerwalds und Brünings Vorstellungen über Parteireform und Parteiensystem, in: Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik, Festschrift für Heinrich Brüning, hrsg. von Ferdinand A. Hermens und Theodor Schieder, Berlin 1967, S. 23–40) und Heinrich Brüning (Memoiren 1918–1934, Stuttgart, 1970, S. 68–77) zwar gewisse Aufschlüsse über die allgemeinen Motivationen und Zielvorstellungen des engeren Mitarbeiterkreises Stegerwalds zulassen, aber keine genauen Informationen über die konkreten Anlässe zur Verkündung des „Essener Programms" im Herbst 1920 oder die Maßnahmen, die Stegerwald und seine Mitarbeiter zur Verwirklichung des „Essener Programms" ergriffen, enthalten.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jede Neueinschätzung des „Essener Programms" muß Stegerwalds Aufruf zur Schaffung einer interkonfessionellen christlichen Volkspartei allerdings nicht nur vor dem Hintergrund der inneren Entwicklung der Deutschen Zentrumspartei interpretieren, sondern auch die strategische Lage der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Betracht ziehen. Die christlichen Gewerkschaften ruhten, obwohl ursprünglich durch dem Zentrum nahestehende katholische Arbeiterführer ins Leben gerufen, im Gegensatz zu den seit Ende des 19. Jahrhunderts bestehenden katholischen und evangelischen Arbeitervereinen auf interkonfessioneller Grundlage, und sie waren vor allem bestrebt, die auf dem Boden der christlichen Kultur stehenden Arbeiter gegen die unter marxistischem Einfluß stehenden freien Gewerkschaften zusammenzuschließen. Als sich der Streit zwischen den katholischen Fachabteilungen und der christlichen Arbeiterbewegung über die Bildung interkonfessioneller Gewerkschaften in den letzten Jahren des Kaiserreiches zuspitzte[3], trat Stegerwald, der 1903 zum Generalsekretär des zwei Jahre zuvor gegründeten Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften (GCG) gewählt worden war, als ausgesprochener Gegner kirchlicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten der christlichen Gewerkschaften auf[4]. Gleichzeitig bemühte sich Stegerwald um die Pflege engerer Verbindungen zwischen dem GCG und wichtigen nichtkonfessionellen Gewerkschaften, wie dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband (DHV) und dem Zentralverband der Landarbeiter (ZdL), und zwar unter der Ägide des Deutschen Arbeiterkongresses, der 1903 geschaffen worden war, um den nichtsozialistischen Gewerkschaften als gemeinsames Forum für die Vertretung ihrer sozialen, wirtschaftlichen und ideologischen Interessen zu dienen[5]. Als diese Tätigkeit im Herbst 1917 mit der Veröffentlichung eines umfassenden, nach Kriegsende

---

[3] Vgl. dazu Hermann Josef Wallraf, Die Belastung einer Gewerkschaft durch ideologische Differenzen. Spannungen innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung in den Jahren 1900–1914, in: Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler, hrsg. von Heinz Oskar Vetter, Köln 1975, S. 135–52.

[4] Vgl. dazu Stegerwalds eigene Darstellung: Adam Stegerwald, Aus meinem Leben, Berlin-Wilmersdorf 1924, S. 8–10.

[5] Zur organisatorischen Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung vor dem Ersten Weltkrieg vgl. Theodor Böhme, Die christlich-nationale Gewerkschaft. Ihr Werden, Wesen und Wollen, Stuttgart 1930, S. 75–82. Zur Geschichte der evangelischen Arbeiterbewegung vgl. Evangelisch-soziale Dokumente. Von Bethel bis Stockholm, hrsg. von Georg Streiter, Berlin 1926, S. 5–16; ferner die Vorträge von Werbeck, Grunz und Rudolf in: Die EAV-Bewegung, ihr Werden und Wollen. Der 24. Vertretertag des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine Deutschlands in Halle a. S. vom 27.–29. Juni 1925, Berlin o. J. (1925), S. 1–5, 12–31. Zur Gründung und Frühgeschichte des ZdL vgl. Zehn Jahre christlich-nationale Landarbeiterbewegung 1913–1923. Eine Festschrift zur Erinnerung an das 10jährige Bestehen des Zentralverbandes der Landarbeiter, hrsg. vom Hauptvorstand, Berlin 1923, S. 6–13. Zum DHV vgl. die Monographie von Iris Hamel, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933, Hamburg 1967.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durchzuführenden Reformprogramms ihren Höhepunkt erreichte[6], versäumte Stegerwald nicht, die Führung seiner eigenen Partei – zuerst auf einer Versammlung von Kölner Arbeiterwählern des Zentrums am 27. Juli 1917[7] und einige Monate später in einem Aufsatz in der „Deutschen Arbeit"[8] – wiederholt darauf hinzuweisen, daß den tiefgreifenden Veränderungen in Deutschlands parlamentarischer Struktur höchstwahrscheinlich ebenso tiefgreifende Veränderungen in der Struktur des deutschen Parteiwesens folgen würden.

Beim Ausbruch der Novemberrevolution fanden sich Stegerwald und die Führung der christlichen Gewerkschaften durch den steigenden Radikalismus der deutschen Arbeiterschaft in die Defensive gedrängt[9]. Auf den überaus konservativen Stegerwald wirkte die Revolution als Schock, und in seiner ersten, wohl ganz instinktiven Reaktion suchte er die christliche Gewerkschaftsbewegung gegen die von der Revolution entfesselten Kräfte der politischen und sozialen Umwälzung abzuschirmen und damit als ruhenden Pol für den künftigen Wiederaufbau Deutschlands zu bewahren. Als erster konkreter Schritt in dieser Richtung wurde am 20. November 1918 der Deutschdemokratische Gewerkschaftsbund (DDGB) gegründet. Mit fast zwei Millionen Mitgliedern beschränkte sich der DDGB keineswegs auf Gruppen, die vorher dem Gesamtverband christlicher Gewerkschaften angehört hatten oder dem Deutschen Arbeiter-Kongreß angeschlossen gewesen waren, sondern er stellte einen Zusammenschluß aller nichtsozialistischen Gewerkschaften einschließlich des mit der Demokratischen Partei alliierten Verbandes der deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften) unter dem Vorsitz von Gustav Hartmann dar[10]. Stegerwald selbst

[6] Vgl. dazu Bericht über die Verhandlungen des vierten Deutschen Arbeiter-Kongresses. Abgehalten vom 28. bis 30. Okt. 1917 in Berlin, hrsg. vom Ausschuß des Kongresses, Köln 1918, S. 9–15, 245–56; ferner Franz Behrens und Wilhelm Stieda, Das neue Programm der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, Leipzig 1918, S. 3–16.

[7] Stegerwald, Arbeiterwähler und Zentrumspartei, Vortrag gehalten auf einer Versammlung von Kölner Arbeiter-Zentrumswählern, Krefeld o. J. (1918).

[8] Stegerwald, Das alte stürzt, in: Deutsche Arbeit, Jg. 3, Nr. 11 (November 1918), S. 481–97.

[9] Vgl. den Bericht des GCG-Generalsekretariats in: Niederschrift der Verhandlungen des 10. Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten vom 20. bis 23. November 1920 in Essen, Köln 1920, S. 64–79; ferner Wilhelm Gutsche, Wirtschaftsrevolution und christlich-nationale Arbeiterbewegung, in: Evangelisch-soziale Stimmen, Jg. 14, Nr. 11 (30. November 1918), S. 42–43, und Gustav Hülser, Die christlich-nationalen Gewerkschaften in der Revolutionszeit, ebenda, Jg. 15, Nr. 1/2 (28. Februar 1919), S. 3. Dazu auch die Analyse von Herbert Gottwald, Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften (GCG) in der Novemberrevolution und während der revolutionären Nachkriegsjahre (1918–1923), in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte. Mitteilungsblatt der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Nr. 20 (November 1967), S. 68–82.

[10] Vgl. die auf der Gründungsversammlung des DDGB gehaltenen Vorträge von Stegerwald und Hartmann in: Zweck und Ziele des Deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbundes, Schriften des Deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbundes, Nr. 1, Berlin 1919; ferner Heinrich Imbusch, 10 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund, in: Der Deutsche 1921–1931, Jubiläumsausgabe vom April 1931, S. 3, sowie die offiziöse DGB-Darstellung in Wilhelm Wiedfeld, Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Leipzig 1933, S. 7–23.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wurde zum ersten Vorsitzenden der neuen Organisation gewählt, die in ihrem Gründungsaufruf scharf gegen „die Diktatur der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte" Stellung bezog und den raschen Abschluß eines vorläufigen Friedensvertrages, den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens und den sofortigen Zusammentritt einer verfassunggebenden Nationalversammlung verlangte[11]. Gleichzeitig trat Stegerwald an die Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung heran, um wegen der Gründung einer neuen christlichen Volkspartei zu sondieren, die, wenn auch auf die organisierte christliche Arbeiterschaft gestützt, alle sozialen Klassen im Rahmen eines allgemeinen Bekenntnisses zu den sozialen und religiösen Werten des christlichen Glaubens erfassen sollte[12]. Parallel dazu, jedoch nach allen Anzeichen selbständig, schlug Heinrich Brauns vom Volksverein für das katholische Deutschland vor, das Zentrum in eine interkonfessionelle und sozial heterogene Mittelpartei umzuwandeln, deren grundsätzliche Orientierung nicht mehr ausschließlich katholisch, sondern christlich im weitesten Sinne des Wortes sein sollte[13]. Brauns' Vorschlag, die politische Grundlage des Zentrums durch die Einbeziehung evangelischer Christen zu erweitern, fand nicht nur bei Parteiführern im Rheinland und in Westdeutschland starken Widerhall[14], er entsprach auch einem ähnlichen Aufruf einer Gruppe Berliner Zentrumspolitiker, die eine Erneuerung des Zentrums als „Christliche Volkspartei" forderten – in einer Zeit revolutionären Umsturzes auf die Erhaltung christlicher Institutionen und Werte eingeschworen[15].

Während die Bemühungen, das Zentrum auf interkonfessioneller Grundlage neuzugründen, Stegerwalds eigenen Absichten weitgehend entsprachen, trafen seine Pläne, die christliche Arbeiterschaft in einer gemeinsamen politischen Partei zusammenzufassen, auf zunehmenden Widerstand bei den evangelischen Arbeiterführern, so daß er sie schließlich im Dezember 1918 aufgeben mußte. Die Frage, wie weit die Bestrebungen zur Bildung einer christlichen Volkspartei auf interkonfessioneller Grundlage im Herbst 1918 tatsächlich gingen, läßt sich auf-

---

[11] Imbusch, 10 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund, S. 3.

[12] Stegerwald, Neuorientierung des Parteiwesens, in: Germania, Nr. 598 (27. September 1921).

[13] Brauns an Marx und Kastert, 13. November 1918, Stadtarchiv Köln, Nachlaß Wilhelm Marx, Bd. 222, Bl. 72–73. Zu den Bemühungen um eine Neuorientierung und Umgestaltung des Zentrums nach Ende des Ersten Weltkriegs vgl. John K. Zeender, German Catholics and the Concept of an Interconfessional Party, 1900–1922, in: Journal of Central European Affairs 23 (1964), S. 424–39, und Rudolf Morsey, Die deutsche Zentrumspartei zwischen Novemberrevolution und Weimarer Nationalversammlung, in: Dona Westfalica, Georg Schreiber zum 80. Geburtstage dargebracht von der Historischen Kommission Westfalens, Münster 1963, S. 239–71; ferner Ernst Deuerlein, Heinrich Brauns – Schattenriß eines Sozialpolitikers, in: Staat, Wirtschaft und Politik, hrsg. von Hermens und Schieder, S. 56–60.

[14] Becker an Stegerwald, 19. November 1918, Stadtarchiv Köln, NL Marx, Bd. 222, Bl. 78–83.

[15] Das neue Zentrum und die politische Neuordnung, hrsg. vom Generalsekretariat der Zentrumspartei, Berlin o. J. (1918).

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

grund der vorliegenden Quellen nicht beantworten, doch ist es klar, daß Stegerwalds Bemühungen nicht die notwendige Unterstützung prominenter evangelischer Gewerkschaftsführer wie Franz Behrens vom Zentralverband der Landarbeiter fanden. Bereits im November 1917 hatte sich Behrens, der zusammen mit Stegerwald und Hans Bechly vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband den Vorsitz im Deutschen Arbeiter-Kongreß führte, gegen den Gedanken einer christlichen Arbeiterpartei ausgesprochen[16]. Ein Jahr später, nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches, schlossen sich Behrens und seine Anhänger rasch der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) an, die am 23. November 1918 zur Sammlung der bis zum Kriegsausbruch auf der Rechten aktiven Splitterparteien ins Leben gerufen wurde[17]. Behrens' und der konservativen evangelischen Gewerkschaftssekretäre Übergang zur DNVP[18] bedeutete das endgültige Scheitern der Hoffnung Stegerwalds auf eine christliche Arbeiterpartei[19]; es blieb ihm nichts anderes übrig, als seine alten Bindungen an die Zentrumspartei zu erneuern. Gleichzeitig schlossen sich nicht nur Bechly, sondern auch Fritz Baltrusch und Georg Streiter vom Generalsekretariat des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften sowie Wilhelm Gutsche von der soeben gegründeten Gewerkschaft deutscher Eisenbahner der Deutschen Volkspartei an, die der ehemalige nationalliberale Parteiführer Gustav Stresemann nach dem Scheitern der Einigungsverhandlungen mit der Demokratischen Partei gegründet hatte[20].

Aber wenn es Stegerwald auch nicht gelang, die parteipolitische Zersplitterung der christlichen Gewerkschaftsbewegung durch die Gründung einer interkon-

---

[16] Vgl. die Ausführungen von Behrens in: Behrens und Stieda, Das neue Programm der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, S. 24–25.

[17] Vgl. den besonders aufschlußreichen Brief von Gutsche an Stresemann, 14. Dezember 1918, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn, Nachlaß Gustav Stresemann, Bd. 183, Bl. 134088–91 (im folgenden zit.: AA NL Stresemann). Zur Gründung der DNVP vgl. Lewis Hertzman, DNVP. Right-Wing Opposition in the Weimar Republic, 1918–1924, Lincoln 1963. Zur Neuorientierung des deutschen Konservatismus unmittelbar nach dem Kriege vgl. Peter-Christian Witt, Eine Denkschrift Otto Hoetzschs vom 5. November 1918, in: VfZ 21 (1973), S. 337–55.

[18] Vgl. dazu den Aufruf der evangelischen Arbeitersekretäre und Geistlichen „An unsere Freunde und Standesgenossen in Stadt u. Land", in: Evangelisch-soziale Stimmen, Jg. 12, Nr. 12 (31. Dezember 1918), S. 42–43.

[19] Zum Scheitern der Bestrebungen Stegerwalds zur Gründung einer christlichen Arbeiterpartei im Herbst und Winter 1918 vgl. die Ausführungen von Gutsche auf der 2. Mitgliederversammlung des DDGB, 18. Dezember 1918, zitiert bei Imbusch, 10 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund, S. 3.

[20] Baltrusch an Stresemann, 12. Dezember 1918, AA NL Stresemann, 183/134018–19; ferner Gutsche an Stresemann, 14. Dezember 1918, ebenda, 183/134088–91. Von den verschiedenen Sekundärstudien zur DVP nahm nur Lothar Albertin, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972, bes. S. 108–12, von den Bestrebungen Stresemanns Kenntnis, zwischen 1918–1920 die Unterstützung und Mitarbeit prominenter evangelischer Gewerkschaftsführer zu gewinnen.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fessionellen christlichen Arbeiterpartei zu überwinden, so ließ er sich doch von seinem ursprünglichen Ziel nicht abbringen, Deutschlands nichtsozialistische Gewerkschaften auf der Grundlage des Deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbundes zusammenzuschließen. Offenkundig aus einem nationalistischen und konterrevolutionären Impuls geboren, änderte der DDGB im Frühjahr 1919 seinen Namen in Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), um jede Verwechslung mit der linksbürgerlichen Deutschen Demokratischen Partei zu vermeiden. Dies wiederum bezeichnete den Beginn eines verschärften ideologischen Konflikts innerhalb des DGB, den schließlich im November 1919 die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften verließen, und zwar aus Protest gegen eine Bestimmung im DGB-Programm, die den neugegründeten Gewerkschaftsbund verpflichtete, „den unser Volk zersetzenden Materialismus durch die Pflege allgemein sittlicher, christlicher und nationaler Gedanken zu überwinden"[21]. Zur gleichen Zeit kam es innerhalb der deutschen Angestelltenbewegung zum Abbruch der Verhandlungen über die Gründung einer nichtsozialistischen Einheitsgewerkschaft – in diesem Falle hatte sich der DHV geweigert, eine Verbindung mit dem stärker demokratisch gesinnten Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA) einzugehen[22]. Solche Vorgänge offenbarten, in welchem Ausmaß ideologische Gegensätze auch nach Kriegsende Solidarität und Wirksamkeit der deutschen Arbeiterbewegung im Wege standen. Welche Rolle das ideologische Moment bei der Gestaltung des deutschen Gewerkschaftswesens nach dem Ersten Weltkrieg spielte, läßt sich am Gründungsprinzip und an der Zusammensetzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes deutlich erkennen. Nach dem Prinzip „berufsständischer Zusammenarbeit auf weltanschaulichem Fundament" organisiert, ruhte der offiziell am 22. November 1919 gegründete Deutsche Gewerkschaftsbund auf drei organisatorischen Säulen, von denen jede einen besonderen Stand der deutschen Arbeitnehmerschaft repräsentieren sollte. Neben dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der als gewerkschaftlicher Vertreter der Industriearbeiterschaft galt, umfaßte der DGB den Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften (Gedag) unter dem Vorsitz Bechlys, sowie den von Gutsche geleiteten Gesamtverband der deutschen Beamtengewerkschaften[23]. Von den drei Säulen war der GCG mit mehr als einer Million Mitgliedern weitaus die stärkste[24]; der Gedag,

[21] Böhme, Die christlich-nationale Gewerkschaft, S. 85.

[22] Zur Entstehung des GdA und zum Scheitern der Verhandlungen über die Bildung einer Einheitsgewerkschaft vgl. Epochen der Angestellten-Bewegung 1774–1930, hrsg. vom Gewerkschaftsbund der Angestellten, Berlin 1930, S. 167–85; ferner die Stellungnahme von DHV-Vorsteher Hans Bechly, Der nationale Gedanke nach der Revolution, Vortrag gehalten am vierzehnten Deutschen Handlungsgehilfentag in Leipzig vom 18. bis 20. Oktober 1919, Hamburg o. J. (1919), S. 33–45.

[23] Böhme, Die christlich-nationale Gewerkschaft, S. 84–86; Wiedfeld, Der Deutsche Gewerkschaftsbund, S. 24–30.

[24] Am 31. Dezember 1919 zählte der GCG 1 000 770 Mitglieder, was eine Zunahme von mehr als 465 000 Mitglieder seit Ende 1918 bedeutete. Vgl. Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1919, in: Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (im folgenden zit.: Zentralblatt), Jg. 20, Nr. 20 (27. September 1920), S. 202–13.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der faktisch alle seine Mitglieder vom DHV oder dessen Frauenorganisation, dem Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten, übernahm, zählte kaum 450 000 Mitglieder[25]. Der Gesamtverband der deutschen Beamtengewerkschaften war hingegen eine etwas künstliche Organisation, die das Gros ihrer 200 000 Mitglieder vom GCG erhielt und im Jahre 1926 schließlich zusammenbrach[26]. Als Vorsitzender des GCG wurde Stegerwald auch zum Vorsitzenden des DGB gewählt, während Gutsche und der vom Gedag ernannte Otto Thiel als stellvertretende Vorsitzende fungierten, was übrigens den berufsständischen Charakter des DGB weiterhin betonte.

Das Prinzip, das die Organisation des Deutschen Gewerkschaftsbundes bestimmte, war keineswegs atypisch für die Nachkriegsentwicklung und entsprach im Wesen dem des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), der im Sommer 1919 durch den Zusammenschluß der sozialistischen Gewerkschaften geschaffen wurde, und des Freiheitlich-nationalen Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, den der GdA und seine Verbündeten im Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftslager im November 1920 gründeten[27]. Während aber der ADGB und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften mit der SPD bzw. DDP eine eigene politische Basis besaßen, kamen die Mitglieder und die parlamentarischen Vertreter des DGB und seiner angeschlossenen Verbände aus den rechts von der DDP stehenden bürgerlichen Parteien, und zwar aus dem Zentrum, der DVP, der DNVP und der neuen Bayerischen Volkspartei (BVP), die sich seit kurzem vom Zentrum abgespalten hatte. Unter diesen Umständen war es nicht überraschend, daß prominente christliche Gewerkschaftsführer wie Jakob Kaiser vom Kartell der christlichen Gewerkschaften Kölns[28]

---

[25] Während die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) und der GdA Ende 1918 circa 600 000 bzw. 270 000 Mitglieder zählten, verfügte der Gedag über einen Mitgliederstand von mehr als 435 000. Von den 305 000 männlichen Gedag-Mitgliedern gehörten circa 230 000 dem DHV an. Vgl. dazu Otto Thiel, Die deutsche Privatangestellten-Bewegung, Flugschriften der Deutschen Volkspartei, Nr. 25, Berlin 1920. Zur Entwicklung der deutschen Angestelltenbewegung während der Weimarer Republik vgl. Jürgen Kocka, Zur Problematik der deutschen Angestellten 1914–1933, in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.–17. Juni 1973, hrsg. von Hans Mommsen, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod, Düsseldorf 1974, S. 792–811.

[26] Ende 1926 brach der dritte der drei dem DGB angeschlossenen Gesamtverbände, der Gesamtverband der Deutschen Beamtengewerkschaften, nach dem Übertritt fast zweidrittel seiner Mitgliederschaft zum Deutschen Beamtenbund nahezu zusammen, so daß die Beamtengewerkschaften, die mit dem DGB organisatorisch verbunden blieben, in den Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter aufgenommen werden mußten. Vgl. dazu Böhme, Die christlich-nationale Gewerkschaft, S. 84 ff.

[27] Zur Reorganisierung der deutschen Gewerkschaftsbewegung nach dem Ende des Ersten Weltkrieges vgl. Emil Lederer, Die Gewerkschaftsbewegung 1918/19 und die Entfaltung der wirtschaftlichen Ideologien in der Arbeiterklasse, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 47 (1920), S. 215–69.

[28] Vgl. das Zitat aus einer Rede Kaisers aus dem Jahre 1919 in: Erich Kosthorst, Jakob Kaiser. Der Arbeiterführer, Stuttgart 1967, S. 92.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

oder Joseph Joos von der Katholischen Arbeiter-Bewegung (KAB)[29] ihre Verzweiflung über die kritische, wenn nicht sogar hoffnungslose Lage des deutschen Parteiensystems öffentlich ausdrückten. Stegerwald und die Führer des DGB teilten zwar solche Sorgen über die parteipolitische Entwicklung Deutschlands vollauf, waren aber noch zu sehr mit der weitreichenden organisatorischen Umstrukturierung der deutschen Gewerkschaftsbewegung beschäftigt, als daß sie eine Initiative zur Reform und Konsolidierung des deutschen Parteiensystems hätten ergreifen können. Im Verlauf der nächsten Monate wuchs jedoch das Unbehagen christlicher Gewerkschaftsführer, was sich vor allem im Aufruf des DGB-Vorstandes zu den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 niederschlug[30].

Die zunehmende Entfremdung christlicher Gewerkschaftsführer vom bestehenden Parteiensystem stand in direkter Beziehung zu drei Problemen, die das Netz der von ihnen seit Kriegsende aufgebauten Querverbindungen zu den verschiedenen bürgerlichen Parteien ernsthaft gefährdeten. Am wichtigsten und potentiell wohl am gefährlichsten war die immer realer werdende Möglichkeit, daß das Zentrum unter dem Druck des verstärkten Konflikts zwischen seinem rechten und seinem linken Parteiflügel schließlich auseinanderfallen würde. Mag das Zentrum während der revolutionären Umwälzung von 1918–19 eine stabilisierende Rolle gespielt haben, erlebte es doch zwischen 1920 und 1922 eine innere Krise, die ebenso schwer war, wie jene, die die DDP als wirksamen politischen Machtfaktor ausschaltete[31]. Die Auflösung der Fraktionsgemeinschaft mit der Bayerischen Volkspartei im Januar 1920[32], die Entstehung der Christlichen Volkspartei (CVP) im Rheinland und in den westlichen Teilen Deutschlands[33]

---

[29] Vgl. die Rede von Joos, Politik, Parteiwesen und Zeitbedürfnisse, in: Bericht des 12. Verbandstages der kath. Arbeiter- und Knappvereine Westdeutschlands in Essen am 14. und 15. September 1919, Mönchen-Gladbach 1919, S. 31–38.

[30] Vgl. Die Gewerkschaften und das Parteiwesen, in: Zentralblatt, Jg. 20, Nr. 20 (7. Juni 1920), S. 105–106.

[31] Zur inneren Entwicklung des Zentrums während der Anfangsjahre der Weimarer Republik vgl. die Standardstudie von Rudolf Morsey, Zentrumspartei, S. 273–490, ferner die treffende Analyse von Günter Wirth, Zur Polarisierung der Kräfte in der Zentrumspartei in den Jahren 1920–1922, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 16 (1965), Nr. 2, S. 343–46, sowie den Beitrag von Herbert Gottwald und Günther Wirth, Die Deutsche Zentrumspartei 1914–1924, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Nr. 20 (November 1967), S. 3–67. Zur zeitgenössischen Beurteilung der Krise in der Zentrumspartei vgl. die entgegengesetzten Stellungnahmen von Hermann von Lüninck, Das Zentrum am Scheideweg, München 1920, und Heinrich Teipel, Krisis in der Zentrumspartei?, Opladen 1920.

[32] Zur Abtrennung der BVP vom Zentrum vgl. Klaus Schönhoven, Die Bayerische Volkspartei 1924–1932, Düsseldorf 1972. S. 17–42, sowie den zeitgenössischen Kommentar von Martin Spahn, Die Trennung der christlichen Volkspartei Bayerns vom Zentrum, in: Die Grenzboten, Jg. 69, Nr. 4 (April 1920), S. 116–18.

[33] Zur Gründung und Grundorientierung der CVP vgl. Christliche Volkspartei. Ihre Entstehung, ihr Ausbau und ihre Aufgaben, hrsg. vom Generalsekretariat der Christlichen Volkspartei, Koblenz o. J. (1920), sowie den Aufsatz von Heinrich Schrörs, Die christlichen Volksparteien in Deutschland, in: Das neue Reich, Jg. 2, Nr. 40 (4. Juli 1920), S. 653–55.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und die offene Neigung konservativer katholischer Kreise zur rechtsstehenden DNVP[34] schienen den Niedergang der Zentrumspartei und vielleicht sogar ihr Ende als lebensfähiger Faktor im parteipolitischen Spannungsfeld der Weimarer Republik anzukündigen. Vor dem Hintergrund dieser Vorgänge veröffentlichte Lorenz Sedlmayr von der bayerischen Landesgeschäftsstelle des GCG im April 1920 einen Aufruf zur Gründung einer „christlich-nationalen Volkspartei", mit der die sozialen und konfessionellen Spaltungen im deutschen Volke überbrückt werden sollten[35]. Das schlechte Abschneiden des Zentrums bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 bestätigte die Befürchtungen der christlichen Gewerkschaftsführer über die Zukunft der Partei; ihre Auffassung, das Gebot der Stunde sei die Schaffung einer interkonfessionellen christlichen Mittelpartei, festigte sich[36].

Spielte im Sommer und Herbst 1920 die Sorge um die Zukunft der Zentrumspartei eine wesentliche Rolle in den taktischen Überlegungen der christlichen Gewerkschaftsführer, so machte sich doch die Verschlechterung der Beziehungen zwischen den christlichen Gewerkschaften und der Deutschen Volkspartei nicht weniger bemerkbar. Zwar war es Stresemann zwischen 1918 und 1920 einigermaßen gelungen, die Unterstützung prominenter evangelischer Gewerkschaftler wie Bechly, Streiter und Baltrusch zu gewinnen, aber seine Bemühungen waren von Anfang an dadurch stark kompromittiert, daß er bei der Gründung der DVP Vertreter der sogenannten wirtschaftsfriedlichen bzw. „gelben" Gewerkschaften paritätisch mit denen der christlichen in die Partei aufgenommen hatte[37]. Stresemann und die DVP-Führung bemühten sich im Streit zwischen den beiden gegnerischen Gewerkschaftsbewegungen zwar um eine völlig neutrale Haltung[38], doch nahmen die Führer der christlichen Gewerkschaften die Zugeständnisse,

---

[34] Zur deutschnationalen Agitation unter dem katholischen Volksteil vgl. Victor Lukassowitz, Wir Katholiken in der Deutschnationalen Volkspartei, Breslau 1921, sowie die Erwiderung seitens der Zentrumspartei von Franz Steffen, Deutschnationale Volkspartei – Christentum – Katholizismus. Eine grundsätzliche Auseinandersetzung, Berlin 1922.

[35] Lorenz Sedlmayr, Her mit der christlich-nationalen Volkspartei, in: Deutsche Arbeit, Jg. 5, Nr. 4 (April 1920), S. 138–42. Vgl. dazu Sedlmayr an Kaiser, 31. Mai 1920, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Jakob Kaiser (im folgenden zit.: BA NL Kaiser), 250.

[36] Sedlmayr an Kaiser, 9. Juni 1920, BA NL Kaiser, 250.

[37] Vgl. Stresemann an Baltrusch, 13. Dezember 1918, AA NL Stresemann, 183/143020–21. Zur Entwicklung der „gelben" Gewerkschaften nach dem Ende des Ersten Weltkrieges vgl. Fritz Geisler, Die nationale, wirtschaftsfriedliche Gewerkschaftsbewegung beim Wiederaufbau Deutschlands. Offene Worte an das Unternehmer- und das „Bürgertum", Hamburg 1920.

[38] Als Zeichen ihrer Neutralität im Streit zwischen den beiden Gewerkschaftsbewegungen ließ die DVP-Führung nicht nur Streiter vom GCG-Generalsekretariat, sondern auch Geisler von den „gelben" Gewerkschaften auf dem DVP-Reichsparteitag in Leipzig ihre Auffassungen über Sozial- und Wirtschaftspolitik vortragen. Vgl. Bericht über den zweiten Parteitag der Deutschen Volkspartei am 18., 19. und 20. Oktober 1919 im Kristallpalast in Leipzig, hrsg. von der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei, Berlin 1920, S. 147–57.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die von der DVP den „gelben" Gewerkschaften angeblich gemacht worden waren, trotzdem übel und verlangten, daß sich die Partei von den sozialreaktionären Kräften, die zu den Vorkriegsverhältnissen zurückkehren wollten, bedingungslos trenne[39]. So hatte sich Behrens in seiner Eigenschaft als erster Vorsitzender des Nationalen Arbeiter-Wahlausschusses bei Stresemann darüber beschwert, daß die DVP bei der Kandidatenaufstellung für die Reichswahlen vom Juni 1920 Vertreter der christlichen Gewerkschaften weitgehend vernachlässigt habe, während die der unternehmerfreundlichen „gelben" Gewerkschaften häufig bevorzugt würden[40]. Gewiß dürfte es der christlichen Gewerkschaftsführung eine gewisse Befriedigung gegeben haben, daß in den folgenden Wahlen nicht nur Streiter, sondern auch Thiel vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband und August Winnefeld vom Gewerkverein christlicher Bergarbeiter in den Reichstag gewählt wurden. Daß aber andererseits auch zwei Vertreter der „gelben" Gewerkschaftsrichtung, Fritz Geisler und Otto Adams, Reichstagsmandate auf der DVP-Liste erhielten, konnte das bereits bestehende Unbehagen über die Entwicklung der Partei nur verstärken. Als dann im Oktober 1920 prominente DVP-Vertreter, darunter der Reichsfinanzminister Rudolf Heinze und Kurt Freiherr von Lersner, an der Gründungsversammlung von Geislers Nationalverband deutscher Gewerkschaften teilnahmen, griffen Gutsche und Otto Knebel vom DVP-Reichsarbeitnehmerausschuß dies als eine offene Verletzung der behaupteten Neutralität der DVP im Streit zwischen den beiden Gewerkschaftsbewegungen an und erklärten ihren Austritt aus der Partei[41]. Obwohl Streiter, Thiel und Winnefeld der DVP treu blieben, waren Stresemanns Hoffnungen auf eine breite Anhängerschaft aus den Reihen der christlichen Gewerkschaften gescheitert, und die dem Anschein nach engere Zusammenarbeit zwischen DVP und „gelben" Gewerkschaften stellte die künftigen Beziehungen des DGB zur DVP ernsthaft in Frage.

Zum steigenden Unbehagen der christlichen Gewerkschaften trug im Sommer 1920 auch der scharfe Rechtsruck in der Deutschnationalen Volkspartei nach dem gescheiterten Kapp-Putsch vom März 1920 bei. Seit ihrer Gründung Ende 1918 war es der DNVP durch die Bemühungen von Behrens und einer Anzahl evangelischer Arbeitersekretäre wie Emil Hartwig, Wilhelm Lindner und Margarete Behm gelungen, eine feste Anhängerschaft unter den der christlichen Gewerkschaftsbewegung angeschlossenen evangelischen Arbeiterkreisen zu sammeln. Diese Werbetätigkeit, die mit der zweiten Deutschnationalen Arbeitertagung im Oktober 1920 und der offiziellen Gründung des Deutschnationalen Arbeiter-

---

[39] Vgl. dazu Gutsche an Stresemann, 14. Dezember 1918, AA NL Stresemann, 138/143088–91, sowie die Ausführungen Thiels auf einer Sitzung des DVP-Geschäftsführenden Ausschusses, 28. Januar 1920, in den DVP-Akten, BA Koblenz, Bestand R 45 II, Bd. 51, Bl. 166.

[40] Behrens an Stresemann, 4. Mai 1920, AA NL Stresemann, 212/138639–40.

[41] Vgl. den Bericht Kempkes auf der Sitzung des DVP-Geschäftsführenden Ausschusses, 1. Dezember 1920, AA NL Stresemann, 210/138438.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bundes im September 1921 ihren vorläufigen Abschluß fand[42], stellte jedoch für den neugegründeten Deutschen Gewerkschaftsbund eine ernste Gefahr dar und drohte angesichts der eindeutigen Ablehnung des Putsches durch die dem Zentrum nahestehenden katholischen Arbeiterführer[43], einen ideologischen Keil zwischen den evangelischen und den katholischen Flügel der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu treiben. Während der DGB und seine angeschlossenen Verbände bei den Reichstagswahlen vom Juni 1920 stets ihre Überparteilichkeit betonten und es ihren etwa zwei Millionen Mitgliedern freistellten, für eine jener Parteien zu stimmen, deren Programme sich mit den politischen, sozialen und kulturellen Zielen der christlichen Gewerkschaftsbewegung deckten[44], blieb Stegerwald über den inneren Zwiespalt im christlichen Gewerkschaftslager tief besorgt und ermahnte seine Anhänger während des Wahlkampfes wiederholt, sich vor allem für die Pflege des moralischen Fundaments einzusetzen, ohne das die innere Zerrissenheit des deutschen Volkes niemals überwunden werden könne[45].

Mit dem Blick auf die problematische Zukunft des Zentrums und auf die Verschlechterung der Beziehungen zwischen den christlichen Gewerkschaften und den beiden Rechtsparteien nahmen Stegerwald und die Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Sommer und Herbst 1920 ihre Bemühungen um eine Reform und Umstrukturierung des deutschen Parteiensystems wieder auf. Als Orientierungshilfe diente dieser Aktivität ein vertrauliches Exposé, das die christliche Gewerkschaftsführung im September 1920 unter dem Titel „Arbeiterbewegung und Politik" zusammenstellte, um Gründe und Ziele der angestrebten Reform des Parteiensystems darzulegen. Zur Einführung unterstrich das Exposé nicht nur die wachsende Bedeutung, welche die christlichen Gewerkschaften seit Ende des Krieges gewonnen hatten, sondern auch die äußerst schwierige Lage, in der sich die christliche Arbeiterbewegung nun gegenüber den gegnerischen freien Gewerkschaften befand. Um der zunehmenden innenpolitischen Zersplitterung entgegenzutreten und die unerläßliche Voraussetzung für eine tatkräftige und entschlossene deutsche Außenpolitik zu schaffen, sei, so hieß es in dem Memorandum, eine „wahre Volkspartei" erforderlich, die mindestens ebenso stark sein müsse wie die Mehrheitssozialdemokratie. Eine solche Partei habe er-

---

[42] Emil Hartwig, Deutschnationale Arbeiterbewegung, in: Der nationale Wille. Werden und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei 1918–1928, hrsg. von Max Weiß, Essen 1928, S. 216–21.

[43] Zur Stellungnahme der christlichen Gewerkschaftsführung zum Kapp-Putsch vgl. den Bericht über die Sitzung des GCG-Ausschusses in Köln, 7.–8. April 1920, in: Zentralblatt, Jg. 20, Nr. 9 (26. April 1920), S. 77–78.

[44] Vgl. Richtlinien des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die Reichstagswahlen, in: Zentralblatt, Jg. 20, Nr. 12 (7. Juni 1920), S. 109–10.

[45] Vgl. insbesondere die Rede von Stegerwald, Sittliche Kraft oder rohe Gewalt? Mahnruf der christlich-nationalen Arbeiterschaft an das deutsche Volk, Vortrag gehalten auf der Kundgebung der christlichen Gewerkschaften in Fredenbaum zu Dortmund am 25. April 1920, Köln 1920.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stens zu verhindern, daß die positiv gesinnten Elemente in der Mehrheitssozialdemokratie in eine unproduktive Oppositionsrolle gedrängt würden, aber gleichzeitig auch den christlichen Gewerkschaften zu ermöglichen, „in diesem, nie so günstig wiederkehrenden Zeitpunkt Eroberungen zu machen bei den sozialdemokratischen Massen". Um ihre Agitation so massenwirksam wie möglich zu gestalten, sollte die Partei ihr Programm um vier Kernbegriffe mit großer rhetorischer Stoßkraft strukturieren: deutsch, christlich, demokratisch und sozial. Jedoch dürfe sich die Partei nicht allein auf die christliche Arbeiterschaft stützen, vielmehr müsse sie alle positiv eingestellten Kräfte einbeziehen, die ohne Rücksicht auf Konfession oder soziale Klasse bereit seien, beim Wiederaufbau Deutschlands auf nationaler, christlicher, demokratischer und sozialer Grundlage zusammenzuarbeiten. Als organisatorischer Kern einer derartigen Entwicklung wurde zwar das Zentrum angesehen, aber zugleich unterstrichen, daß das Zentrum zunächst im Sinne der in den 80er Jahren niedergelegten Gedanken des katholischen Sozialpolitikers Franz Hitze reformiert und ausgebaut werden müsse. Erst dann könne das Zentrum als Kristallisationspunkt einer echten christlichen Volkspartei dienen[46].

Obwohl die Autorschaft der Denkschrift nicht mit Sicherheit zu ermitteln ist, stammte sie jedenfalls aus einem Kreise christlicher Gewerkschaftsführer, zu dem nicht nur Stegerwald und Brauns gehörten, sondern auch der 35jährige Heinrich Brüning, der im Januar 1920 aus dem Preußischen Wohlfahrtsministerium ausgeschieden war, um Stegerwalds rechte Hand im Deutschen Gewerkschaftsbund zu werden, und Theodor Brauer, der Cheftheoretiker des christlichen Gewerkschaftsbunds[47]. Die Gedanken der Denkschrift deckten sich gewiß weitgehend mit den Auffassungen, die Stegerwald bereits vor dem Kriege vertreten hatte. Indes muß als ihr Hauptverfechter der junge Brüning angesehen werden, der im katholischen Ökumenismus des frühen 20. Jahrhunderts erzogen worden war und die Entkonfessionalisierung der deutschen Politik stets als eines seiner höchsten politischen Ziele verfolgte[48]. An der Formulierung solcher Gedanken war auch der bekannte Zentrumspolitiker und Historiker Martin Spahn direkt beteiligt, der nicht nur Stegerwald nahestand[49], sondern auch die weltanschauliche

---

[46] Arbeiterbewegung und Politik, als Manuskript gedruckt für die Führer der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, September 1920, NL Stegerwald.

[47] Zur Urheberschaft des „Essener Programms" vgl. vor allem Brüning, Memoiren, S. 70–71, und Schwering, Stegerwalds und Brünings Vorstellungen über Parteireform und Parteiensystem, S. 24–28; ferner Schorr, Stegerwald, S. 73–74.

[48] Josef Becker, Heinrich Brüning in den Krisenjahren der Weimarer Republik, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 17 (1966), S. 203–04.

[49] Zum Beispiel hatte sich Stegerwald bei der Kandidatenaufstellung für die Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 bei den Führern der westfälischen Zentrumspartei intensiv für Spahn eingesetzt. Vgl. Stegerwald an Brand, 29. April 1920, NL Stegerwald.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Entwicklung Brünings maßgeblich beeinflußt hatte[50]. Obwohl Spahn, der auf dem äußersten rechten Flügel des Zentrums stand, dem in der Weimarer Reichsverfassung verankerten demokratischen Herrschaftsprinzip ablehnend gegenüberstand, bestritt er keineswegs die Schlüsselrolle, die der deutschen Arbeiterschaft beim Wiederaufbau Deutschlands zufallen mußte, sofern man sie vom marxistischen Einfluß befreien und unter nationaler Führung zu einem selbständigen und lebensfähigen Machtfaktor zusammenschließen konnte[51].

Innerhalb der christlichen Gewerkschaften fand die Idee einer interkonfessionellen christlichen Volkspartei vor allem bei den Führern des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes Verständnis, was sich teilweise mit dem Vordrängen der „Gelben" in der DVP erklären ließ[52]. Ähnlich hatte die Abspaltung der Bayerischen Volkspartei vom Zentrum zu verstärktem Interesse an der Schaffung einer derartigen Partei seitens christlicher Arbeiterführer aus Süd- bzw. Südwestdeutschland geführt[53]. Allerdings weckten die Bemühungen um die Schaffung einer interkonfessionellen Mittelpartei weit weniger Resonanz beim evangelischen Flügel der christlichen Gewerkschaftsbewegung als beim katholischen, was vor allem auf die in protestantischen Kreisen weitverbreitete Abneigung gegen den ebenso prominenten wie umstrittenen Zentrumspolitiker und zeitweiligen Reichsfinanzminister Matthias Erzberger zurückzuführen war. Als sich Erzberger im Herbst 1920 um eine Rückkehr ins politische Leben bemühte, drohte das die von Stegerwald und seinen Mitarbeitern angeregte Umbildung des Parteiensystems zu sabotieren, noch ehe sie überhaupt in Gang gesetzt worden war. Daher erhob Stegerwald, als Erzbergers politische Rehabilitierung am 19. Oktober auf einer Sitzung der Reichstagsfraktion zum ersten Mal von der Zentrumsführung erörtert wurde, heftigen Einspruch gegen die Absichten Erzbergers, weil er „im evangelischen Lager wie ein rotes Tuch" wirke und seine Rückkehr ins politische Leben die von der christlichen Arbeiterbewegung angestrebte Schaffung einer interkonfessionell fundierten Wiederaufbaupartei vereiteln würde[54]. Stegerwalds Eintreten für die Bildung einer interkonfessionellen Mittelpartei war zu diesem Zeitpunkt zweifellos auch durch seine tiefe Abneigung gegen Erzberger und dessen Versuch zu einem politischen Comeback motiviert. Jedoch fanden seine erstmals offen geäußerten Pläne für eine durchgreifende Umstrukturierung des

---

[50] Vgl. dazu Rudolf Morsey, Brünings politische Weltanschauung vor 1918, in: Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, hrsg. von Gerhard A. Ritter, Düsseldorf 1974, S. 322, 326–30.

[51] Zur allgemeinen Einstellung Spahns vgl. vor allem Martin Spahn, Die deutsche Arbeiterschaft und der Aufbau, Ring-Flugschriften, H. 3, Berlin 1921.

[52] Ausführungen Thiels auf einer Sitzung des DVP-Geschäftsführenden Ausschusses, 1. Dezember 1920, AA NL Stresemann, 210/138438–39.

[53] Sedlmayr, Christliche Volkspartei, in: Christliche Politik, Wochenschrift für deutsche Kultur und nationale Staatsauffassung, Jg. 1, Nr. 13 (26. September 1920), S. 152–53.

[54] Aufzeichnung über die Fraktionssitzung der Zentrumspartei, 19. Oktober 1920, BA Koblenz, Nachlaß Rudolf ten Hompel (im folgenden zit.: BA NL ten Hompel), Bd. 15.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutschen Parteiensystems bei den maßgebenden Zentrumsführern eine kühle, wenn nicht sogar ablehnende Aufnahme. Als die Diskussion über Stegerwalds Pläne Ende des Monats auf einer Sitzung des Zentrums-Reichsausschusses fortgesetzt wurde, eröffneten Erzbergers Anhänger auf dem linken Parteiflügel einen frontalen Angriff auf die vorgeschlagene Reform des deutschen Parteiensystems, für die sich neben Stegerwald nur Brauns aussprach. In scharfem Gegensatz zu der Behauptung Stegerwalds, eine starke bürgerliche Mittelpartei sei unbedingt notwendig, um eine stetige Außenpolitik zu treiben, den innenpolitischen Wiederaufbau in Angriff zu nehmen und die Stoßkraft der christlichen Arbeiterbewegung zu bewahren, prangerte der auf dem linken Parteiflügel stehende Joseph Wirth ein solches Unternehmen als „geradezu grotesk" an und betonte, die Hauptaufgabe der Zentrumsführung bestehe angesichts der katastrophalen Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung auf die der Partei bislang nahestehenden Wählerschichten vielmehr darin, das Zentrum überhaupt am Leben zu erhalten[55].

Der Angriff Wirths deutete auf die innere Zerklüftung im Zentrumslager hin und veranlaßte den Parteivorsitzenden Karl Trimborn zu dem Vorschlag, ein neues Parteiprogramm zu formulieren, das es dem Zentrum ermöglichen würde, auch in evangelischen Kreisen eine breitere Anhängerschaft zu gewinnen[56]. Der Vorschlag Trimborns stellte einen bescheidenen Schritt zur Verwirklichung der von Stegerwald und Brauns dargelegten Ziele dar, jedoch zeigte die Sitzung des Zentrums-Reichsausschusses am 31. Oktober und 1. November 1920, daß der Gedanke einer durchgreifenden Reform und Umstrukturierung des deutschen Parteiensystems bei den maßgeblichen Führern der Zentrumspartei auf wenig Verständnis stieß. Trotzdem ließ sich Stegerwald von seiner ursprünglichen Absicht nicht abbringen, auf dem bevorstehenden Essener Gewerkschaftskongreß seine Vorstellungen über die Krise und die zukünftige Entwicklung des deutschen Parteiensystems öffentlich darzulegen. So hielt er am 21. November 1920 seine große programmatische Rede „Die christliche Arbeiterschaft und die Lebensfragen des deutschen Volkes", in der er die seit Monaten laufende Diskussion innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung zusammenfaßte. Nach einer Schilderung der Krise, in der sich das ganze christliche Abendland seit dem Ende des Weltkrieges befinde, machte Stegerwald der damaligen Generation politischer Führer den Vorwurf, daß sie die Bedeutung der seelischen und insbesondere christlichen Kräfte für den Wiederaufbau Europas völlig verkannt habe. Im Hinblick auf Deutschland behauptete Stegerwald, daß nur die Zusammenfassung aller aufbaubereiten Kräfte ohne Rücksicht auf Konfession, sozialen Stand oder Parteizugehörigkeit das Vaterland aus dem Zwist und Elend der Gegenwart herausführen könne. Dies setze jedoch eine tiefgreifende Erneuerung des bestehen-

---

[55] Aufzeichnungen über eine Sitzung des Reichsausschusses der Zentrumspartei, 31. Oktober–1. November 1920, BA NL ten Hompel, 16.

[56] Ebenda. Vgl. auch Morsey, Zentrumspartei, S. 368.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Parteiensystems und die Schaffung einer großen, umfassenden Mittelpartei voraus, deren Programm durch die vier Kernbegriffe „deutsch, christlich, demokratisch und sozial" geprägt sein müsse. Der DGB sollte gewiß als treibende Kraft der neuen Partei und auch als Modell für sie dienen, doch habe er, so betonte Stegerwald, keineswegs die Absicht, den DGB oder die christliche Gewerkschaftsbewegung in eine neue politische Partei umzuformen. Gleichermaßen lehnte er eine eigene christliche Arbeiterpartei mit der Begründung ab, daß die neue Partei ihre Anhängerschaft aus allen Gesellschaftsschichten rekrutieren müsse. In diesem Zusammenhang rief Stegerwald auch dazu auf, die konfessionelle Zwietracht, die Deutschland seit Jahrhunderten zerreiße, durch die Zusammenfassung evangelischer und katholischer Christen in einer christlichen Volkspartei endlich zu überwinden. Nur durch die Schaffung einer interkonfessionellen Volkspartei werde es dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der christlichen Arbeiterbewegung gelingen, die Spaltungen sowohl in den eigenen Reihen als auch im ganzen deutschen Volk zu heilen und somit die geistige Führung beim sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufstieg Deutschlands zu übernehmen[57].

Zwar enttäuschte Stegerwalds Rede diejenigen etwas, die gehofft hatten, er werde auf dem Essener Kongreß die Gründung einer neuen politischen Partei verkünden, aber seine Ausführungen fanden die Zustimmung seiner Mitarbeiter in der christlichen Gewerkschaftsbewegung und führten dazu, daß der Kongreß die Bildung eines parlamentarischen Aktionskomitees beschloß, das die Möglichkeiten einer interkonfessionellen Mittelpartei prüfen sollte. Darüber hinaus billigte der Kongreß die Gründung einer Tageszeitung für die christlichen Gewerkschaften und auch die Errichtung einer eigenen „Volksbank" für den DGB und seine angeschlossenen Gewerkschaften[58]. Außerhalb der christlichen Gewerkschaften war aber die Reaktion auf Stegerwalds Essener Rede weniger ermutigend. In seiner Rede auf dem Nürnberger Parteitag der DVP Anfang Dezember hat Stresemann zwar in allgemeinen Wendungen zur Überwindung der konfessionellen Zwietracht im deutschen Volk aufgerufen, jedoch die Essener Erklärungen Stegerwalds nicht einmal erwähnt[59]. Gleichermaßen stieß Stegerwalds Vorschlag, eine interkonfessionelle christliche Volkspartei zu schaffen, nicht nur bei der Führung des neugegründeten DNVP-Reichskatholikenausschusses[60], son-

---

[57] Stegerwald, Deutsche Lebensfragen, Vortrag gehalten auf dem 10. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands am 21. November 1920 in Essen, Köln 1920, insbesondere S. 34–45.

[58] Vgl. Die Umgestaltung des deutschen Parteiwesens, in: Zentralblatt, Jg. 20, Nr. 26 (20. Dezember 1920), S. 301–04; ferner Rudolf Morsey, Zur Gründung der Tageszeitung ‚Der Deutsche', in: Publizistik 17 (1972), S. 351–57.

[59] Stresemann, Deutsche Volkspartei und Regierungspolitik, Rede gehalten auf dem 3. Parteitag der Deutschen Volkspartei, Flugschriften der Deutschen Volkspartei, Nr. 26, Berlin 1921, S. 19–20.

[60] Paul Lejeune-Jung, Das Zentrum, Vortrag im Politischen Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei am 17. Dezember 1920, Deutschnationale Flugschriften, No. 83, Berlin 1921.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dern auch bei den Vertretern der auf dem linken DNVP-Parteiflügel stehenden Arbeiter- und Angestelltenkreise[61] auf Gleichgültigkeit und Ablehnung. Nun hatte mit einer derartigen Reaktion seitens der anderen bürgerlichen Parteien gerechnet werden müssen. Ein gewichtigeres Hindernis stellte der zunehmende Widerstand maßgeblicher Zentrumsführer dar, zumal Stegerwald der Zentrumspartei bei einer Umgestaltung des deutschen Parteiwesens eine Schlüsselrolle zugedacht hatte. Die Reaktion der offiziösen Parteipresse auf Stegerwalds Rede war überwiegend kritisch und bestand größtenteils aus Erklärungen, die dazu bestimmt waren, der Parteianhängerschaft zu versichern, daß von einer Umwandlung des Zentrums in eine interkonfessionelle christliche Mittelpartei keine Rede sein könne[62]. Zwar versuchte Stegerwald, zuerst Mitte Dezember auf dem Berliner Parteitag der Preußischen Zentrumspartei[63] und dann einige Wochen später durch einen von ihm unterzeichneten Aufruf zu den bevorstehenden preußischen Landtagswahlen[64], diese Kritik zu entkräften und die Besorgnis innerhalb der Partei über seine Essener Pläne zu zerstreuen. Aber Trimborn und die Zentrumsführung blieben bei der Auffassung, daß die auf der letzten Sitzung des Reichsausschusses angeregte Revision des Parteiprogramms das Gedankengut Stegerwalds und seiner Mitarbeiter bereits einschließe und deshalb eine weitere Initiative der Zentrumspartei nicht erforderlich sei[65].

Angesichts der relativ kurzen Zeitspanne zwischen dem Essener Kongreß und der preußischen Landtagswahl war es Stegerwald nahezu unmöglich, irgendwelche Schritte zur Verwirklichung seines in Essen dargelegten Programms zu unternehmen[66]. Das preußische Wahlergebnis vom 20. Februar 1921 zeigte jedoch einen scharfen Rechtsruck, der die Befürchtungen Stegerwalds und seiner Mitarbeiter in der christlichen Gewerkschaftsführung, auf längere Sicht sei die Stabilität der politischen Mitte zweifelhaft, weitgehend bestätigte[67]. Die politischen Konsequenzen dieser Situation wurden erst klar, als es sich nach den Wahlen als unmöglich erwies, in Preußen eine Regierungskoalition zustandezubringen, die im neugewählten Landtag über eine feste Mehrheit verfügte. So wandten sich die Führer des Deutschen Gewerkschaftsbundes an Stegerwald selbst und forderten ihn auf, für das Amt des preußischen Ministerpräsidenten zu kandi-

---

[61] Josef Kaufhold, Die Geschichte des deutschen Parteiwesens, Staatspolitische Aufklärungsschriften, Nr. 15, Berlin o. J. (1921), S. 82–83; ferner Emil Kloth, Parteien und Gewerkschaften, Berlin o. J. (1928), S. 15.

[62] Vgl. z. B. Zentrum und Stegerwald, in: Germania, Nr. 524 (28. November 1920).

[63] Germania, Nr. 549 (13. Dezember 1920).

[64] Kölnische Volkszeitung, 30. Dezember 1920.

[65] Vgl. dazu die Ausführungen von Kaiser, Trimborn und Giesberts auf dem Parteitag der Rheinischen Zentrumspartei in Köln, 11.–12. Januar 1921, in: Kölnische Zeitung, 12. Januar 1921.

[66] Stegerwald, Neuorientierung des Parteiwesens, in: Germania, Nr. 598 (27. September 1921).

[67] Paul Saupe, Die Bedeutung der Preußenwahlen für die christlich-nationale Arbeiterschaft, in: Deutsche Arbeit, Jg. 6, Nr. 4 (April 1921), S. 123–25.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dieren. Zwar hatte sich Stegerwald vor den Wahlen entschlossen, sich nicht mehr um ein Mandat zu bewerben und sich damit von seinen Verpflichtungen als preussischer Wohlfahrtsminister zu entlasten, aber dem Ruf seiner Kollegen konnte er sich schwerlich entziehen. Innerhalb weniger Tage bildete Stegerwald also eine Minderheitsregierung, die lediglich aus Vertretern der DDP und des Zentrums bestand, aber von allen Parteien, von den Mehrheitssozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, toleriert wurde[68]. Einen Monat später gelang es dem auf dem linken Zentrumsflügel stehenden Wirth, eine von den Parteien der Weimarer Koalition getragene Reichsregierung zu bilden, was erneut die Schlüsselrolle des Zentrums in der deutschen Innenpolitik bestätigte. Während die Beziehungen zwischen Wirth und Stegerwald im Sommer 1921 äußerst gespannt blieben, befand sich das Zentrum aufgrund seiner Bindungen nach links im Reich und nach rechts in Preußen in einer außergewöhnlich günstigen Lage zur Verwirklichung der von Stegerwald in Essen dargelegten Ziele[69].

Wegen der starken Inanspruchnahme Stegerwalds als preußischer Ministerpräsident war es ihm, Brüning und den Führern der christlichen Gewerkschaftsbewegung erst im Spätsommer und Frühherbst 1921 möglich, ihre Bemühungen um eine Erneuerung des deutschen Parteiwesens wiederaufzunehmen. Den äußeren Anlaß dazu lieferte wiederum Erzberger, der im Herbst 1920 unter dem Druck Trimborns und der Zentrumsführung von seiner Rückkehr in die Politik abgesehen hatte[70], sich jetzt aber erneut darum bemühte, den politischen Vordergrund zu erreichen[71]. Stegerwald machte aus seiner Feindseligkeit gegenüber dem ehemaligen Reichsfinanzminister überhaupt kein Hehl und griff ihn am 29. Juni auf einer Sitzung des Zentrums-Reichsausschusses scharf an, wobei er behauptete, daß eine Rückkehr Erzbergers auf die politische Bühne katastrophale Folgen für die politische Entwicklung Deutschlands haben würde[72]. In einem langen Brief an den Prälaten Josef Schofer, den Vorsitzenden der badischen Zentrumspartei und einen der treuesten Anhänger Erzbergers, begründete Stegerwald seine Opposition zur politischen Rehabilitierung Erzbergers auch mit seinen eigenen Bemühungen um eine Konsolidierung der deutschen Mitte. „Eine Stärkung der

---

[68] Zur Berufung Stegerwalds als Preußischer Ministerpräsident im April 1921 vgl. den Entwurf seines Briefes an Mühlenkamp, 8. Oktober 1921, NL Stegerwald, sowie seinen Aufsatz, Mein Rücktritt, in: Der Deutsche, Nr. 188 (8. November 1921).

[69] Brüning, Memoiren, S. 75–76.

[70] Zur Behandlung der Erzberger-Frage im Herbst 1920 vgl. die Erklärung Trimborns auf der Sitzung des Reichsausschusses der Zentrumspartei, 31. Oktober–1. November 1920, BA NL ten Hompel, 16.

[71] Zur politischen Tätigkeit Erzbergers im Frühjahr und Sommer 1921 vgl. Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin und Frankfurt/Main 1962, S. 414–28.

[72] Aufzeichnungen über eine Sitzung des Reichsausschusses der Zentrumspartei, 29. Juni 1921, BA NL ten Hompel, 16. Vgl. ferner die Ausführungen Stegerwalds auf einer Fraktionssitzung der Zentrumspartei, 16. Juni 1921, ebenda, und Wirth, Zur Polarisierung der Kräfte in der Zentrumspartei, S. 343–46.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mitte", erklärte Stegerwald, „halte ich, ganz gleich ob dies Zentrum, christliche Volkspartei oder sonst sich nennen möge, wie in Essen ausgeführt, für eine Lebensnotwendigkeit, wenn wir die nächsten zehn Jahre ohne Bürgerkrieg oder sonstige Katastrophen politisch bestehen wollen . . . Die Mitte muß unter allen Umständen gestärkt werden, wenn unsere nationale, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung gesunden soll." Dazu müßten aber, so fuhr Stegerwald fort, erstens die politischen und organisatorischen Bindungen zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei wiederhergestellt, zweitens der Rechtsabmarsch „anständiger Elemente aus dem Zentrum" gestoppt und „die besten Kreise zur Mitte herübergezogen" und drittens die katholischen Arbeitermassen von links zurückgewonnen werden. Zum Erfolg dieser Strategie gehörten noch drei weitere Bedingungen, und zwar die positive Mitwirkung der katholischen Kirche, eine schlagkräftige und leistungsfähige christliche Arbeiterbewegung und eine politische Koalition auf Reichsebene, „in der eine stark ethisch orientierte Mittelpartei die Führung hat und nicht das äußerste rechte Schwanzstück abgibt". „Keine der drei Möglichkeiten zur Stärkung der Mitte", betonte Stegerwald zum Schluß, „sind, soweit ich die Dinge übersehe, erreichbar, wenn Erzberger in absehbarer Zeit wieder eine aktive Rolle in der Politik spielt."[73]

Obwohl Stegerwald seit langem die Notwendigkeit einer verstärkten und lebensfähigen Mitte erkannt hatte, stand der zunehmende Eifer, mit dem er im Sommer und Frühherbst 1921 dieses Ziel verfolgte, in direkter Beziehung zu der Möglichkeit, daß es Erzberger gelingen könnte, seinen früheren Einfluß in der deutschen Innenpolitik wiederzugewinnen. Stegerwalds Reaktivierung des „Essener Programms" war aber nicht nur durch den Wunsch motiviert, Erzbergers politische Rehabilitierung zu blockieren, sondern stellte auch einen Schritt zur Schaffung einer neuen politischen Basis für die christliche Arbeiterbewegung dar, sollte das Zentrum wiederum unter den Einfluß Erzbergers und des linken Parteiflügels geraten. Die Lage innerhalb des DGB war freilich kompliziert: Die enge Zusammenarbeit zwischen Reichskanzler Wirth und den Mehrheitssozialdemokraten erschwerte den christlichen Gewerkschaften die Abwehr der Agitation der gegnerischen freien Gewerkschaften[74], andererseits gefährdete der tiefe ideologische Riß zwischen jenen, die dem Zentrum nahestanden und also die republikanische Ordnung bejahten, und den unter deutschnationalem Einfluß stehenden Gruppen, die die Weimarer Republik als Symbol der nationalen Demütigung Deutschlands ablehnten, ernsthaft die Lebensfähigkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung. In diesem Zusammenhang machte sich die DGB-Führung besondere Sorgen über die engen Verbindungen, die sich Mitte 1921 zwischen einer der größten DGB-Gewerkschaften, dem Zentralverband der Landarbeiter unter der Führung von Franz Behrens, und dem politisch reaktionären

---

[73] Stegerwald an Schofer, 3. August 1921, NL Stegerwald.

[74] Brüning an Stegerwald, 4. August 1921, NL Stegerwald.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reichs-Landbund (RLB) entwickelt hatten[75]; damit drohte die noch größere Gefahr, daß der Kampf um Deutschlands nationale Befreiung, falls sich die derzeitige Entwicklung weiter fortsetzte, ausschließlich unter die Führung der DNVP und der sozialreaktionären Kräfte auf der deutschen Rechten geriet. In einem Brief, der als besonders aufschlußreich für seine spätere Einstellung zum deutschen Parteiwesen gelten kann, schrieb Brüning an seinen Mentor Stegerwald:

> „Das Ziel muß dabei sein die Pflege des nationalen Gedankens, d. h. die Stärkung des Willens, unter allen Umständen Deutschlands Freiheit wieder zu erringen. Dies darf nicht den Deutschnationalen und den gelben Gewerkschaften überlassen werden. Das Prinzip, was Herr Minister [Stegerwald] in Essen ausgesprochen haben, halte ich heute wie früher für das einzige richtige, und das ist die Schaffung einer großen christlichen nationalen Mittelpartei. Dieses Ziel läßt sich nur durch Sprengung der deutschnationalen Partei verwirklichen. Darauf arbeite ich mit allen Kräften, soweit es im Bereich meiner Möglichkeiten liegt, hin ... Gelingt es, die deutschnationale Partei zu sprengen, dann ist die Möglichkeit, mit einem Schlage große Massen aus der Sozialdemokratie herauszuholen, gegeben, und es ist dann nicht zu befürchten, daß der Versuch, der jetzt immer stärker hervortritt, sogenannte katholische Politik zu machen, zu einer lebensfähigen Entwicklung kommt."[76]

Besonders auffallend an diesem Brief ist Brünings offene Feindseligkeit gegenüber der DNVP und seine Entschlossenheit, die DNVP zur Verwirklichung der Ziele des „Essener Programms" zu spalten. Brünings Brief zeigt auch die tiefsitzende Gegnerschaft, die sich zwischen dem Zentrum und der DNVP entwickelt hatte und die durch die Ermordung Erzbergers am 26. August 1921 durch Rechtsextremisten erheblich verstärkt wurde. Welche Hoffnungen Brüning und Stegerwald aber auf eine Spaltung der DNVP durch die Schaffung einer neuen Mittelpartei ursprünglich gesetzt haben mögen, sie erlitten jedenfalls einen schweren Rückschlag, als Anfang September Martin Spahn, Stegerwalds ehemaliger Mentor und eine der führenden Persönlichkeiten auf dem rechten Zentrumsflügel, eine kleine Sensation auslöste, indem er auf dem deutschnationalen Parteitag in München seinen Übertritt zur DNVP bekanntgab[77]. Angesichts der früheren Beziehungen zwischen Spahn und Stegerwald gab der Übertritt Spahns

---

[75] Zu den Beziehungen zwischen dem ZdL und dem RLB vgl. die Rede von Behrens, Landarbeiterbewegung und Wirtschaftsfrieden, auf einer ZdL-Tagung in Berlin, 8. Dezember 1921, in: Die christlich-nationale Landarbeiterbewegung und die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion als Voraussetzung des deutschen Wiederaufstieges. Drei Vorträge, Schriftenreihe des Zentralverbandes der Landarbeiter, Nr. 13, Berlin 1922, S. 27–40.

[76] Brüning an Stegerwald, 4. August 1921, NL Stegerwald.

[77] Spahn, Der Weg zur deutschen Rechten, Rede auf dem dritten Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei in München am 2. Sept. 1921, Deutschnationale Flugschriften, Nr. 115, Berlin 1921; ferner derselbe, Mein Wechsel der politischen Partei, in: Das neue Reich, Jg. 3, Nr. 8 (20. November 1921), S. 136–39.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anlaß zu der Spekulation, daß Stegerwald und andere konservative Katholiken seinem Beispiel bald folgen würden. Diese Gerüchte erwiesen sich aber als völlig unbegründet, denn unmittelbar nach der Ermordung Erzbergers hatte sich Stegerwald im Interesse der allgemeinen Parteisolidarität mit Reichskanzler Wirth versöhnt, und zwar auf der Grundlage seiner in Essen vertretenen Auffassung über die Notwendigkeit einer verstärkten Mitte[78]. Gleichzeitig distanzierte sich Stegerwald sogleich eindeutig von den Angriffen Spahns auf das Zentrum und auf die Konzeption einer kräftigen Mitte[79].

Am 5. September 1921 veröffentlichte die Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes als Grundlage für eine Wiederaufnahme der Bestrebungen zur Verwirklichung des „Essener Programms" Stegerwalds einen Aufruf, der das überhitzte innenpolitische Klima Deutschlands bitter beklagte und die dem DGB angeschlossenen Gewerkschaften aufforderte, „in vollster Opferwilligkeit" für die Durchführung der Essener Ziele einzutreten[80]. Dieser Aufruf fand nicht nur den Beifall christlicher Gewerkschaftsführer im Rheinland und Ruhrgebiet[81], sondern überraschenderweise auch bei der Führung des rechtsstehenden Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes[82]. Solch positive Aufnahme wurde aber durch zunehmende Opposition von Joseph Joos und der Führung der Katholischen Arbeiter-Bewegung weitgehend entwertet. Die Beziehungen zwischen dem GCG und der Katholischen Arbeiter-Bewegung waren trotz einer offiziellen Versöhnung im Herbst 1919[83] niemals besonders eng gewesen, und am 23. September 1921 veröffentlichte Joos einen scharfen Angriff auf Stegerwald, den er beschuldigte, die christlichen Gewerkschaften als Plattform für seine eigenen politischen Ambitionen benutzt zu haben[84]. Die starke Zustimmung, die Joos' Ausführungen in manchen Parteikreisen fanden, veranlaßte Stegerwald – am 27. September auf einer Sitzung der Zentrums-Reichstagsfraktion – seine Auffassungen über die zukünftige Entwicklung des deutschen Parteiensystems erneut zu verteidi-

---

[78] Stegerwald an Joos, 22. September 1921, NL Stegerwald.

[79] Der Deutsche, Nr. 136 (8. September 1921).

[80] Der Deutsche, Nr. 136 (8. September 1921).

[81] Der Deutsche, Nr. 141 (14. September 1921). Vgl. Stegerwalds Politik und die christlichen Gewerkschaften, in: Zentralblatt, Jg. 21, Nr. 20 (26. September 1921), S. 289–92.

[82] Hans Bechly, Der Wille der nationalen Arbeiterbewegung, in: Deutsche Handels-Wacht, Zeitschrift des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Jg. 28, Nr. 35 (21. September 1921), S. 297–98.

[83] Im November 1919 hatten die Führer der Katholischen Arbeitervereine ihren Streit mit den christlichen Gewerkschaften offiziell beendet und ihren Mitgliedern erlaubt, in die dem GCG angeschlossenen interkonfessionellen Gewerkschaften einzutreten. Vgl. Das Ende des Gewerkschaftsstreites, in: Zentralblatt, Jg. 19, Nr. 23 (10. November 1919), S. 186.

[84] Joos, Die Verantwortung Stegerwalds, in: Germania, Nr. 587 (23. September 1921). Vgl. auch Joos, Das Zentrum am Scheidewege, in: Westdeutsche Arbeiter-Zeitung, 17. September 1921, sowie Oswald Wachtling, Joseph Joos. Journalist, Arbeiterführer, Zentrumspolitiker. Politische Biographie 1878–1933, Mainz 1974, S. 80–85.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen[85]. In einem am gleichen Tage in der Zentrumspresse erschienenen Aufsatz über die „Neuorientierung des Parteiwesens" gab Stegerwald aber widerwillig zu, daß der Zeitpunkt für die Gründung einer christlich-nationalen Volkspartei nach dem Modell des „Essener Programms" im Augenblick verpaßt sei, was man nur als einen Rückzug von seinem bisher vertretenen Standpunkt interpretieren konnte. Wohl wiederholte Stegerwald seine alte Forderung nach der Schaffung einer dauerhaften politischen Gemeinschaft zwischen katholischen und evangelischen Christen, aber diesmal lehnte er die Gründung einer neuen politischen Partei ausdrücklich ab[86]. Zwar stand der resignierte Ton des Aufsatzes noch in scharfem Gegensatz zu den privaten Äußerungen Stegerwalds und Brünings über die Notwendigkeit einer großen neuen Mittelpartei, doch spiegelte die öffentliche Zurückhaltung Stegerwalds nicht nur die Verschlechterung der Aussichten für eine durchgreifende Reform und Umstrukturierung des deutschen Parteiwesens wider, sondern auch seinen eigenen Wunsch, die seit der Ermordung Erzbergers besonders prekäre Lage im Zentrum nicht weiter zu verschlimmern. Darüber hinaus wollte Stegerwald die Bemühungen Wirths um die Einbeziehung der Mehrheitssozialdemokraten in die Reichsregierung nicht komplizieren, zumal er von der Bildung einer „Großen Koalition" von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei die für Deutschland und die demokratische Mitte so unerläßliche Stabilität erhoffte[87].

So sehr aber Spahns Übertritt zur DNVP, die heftige Opposition von Joos und der Katholischen Arbeiter-Bewegung und die äußerst unsichere Situation im Zentrumslager dazu beitrugen, den Bestrebungen Stegerwalds zur Reform und Neugestaltung des deutschen Parteiwesens die Stoßkraft zu nehmen, der Rückschlag, den Stegerwald und Brüning mit ihren Plänen für die organisatorische Entwicklung des Deutschen Gewerkschaftsbundes erlebten, stellte einen Faktor von nicht geringerer Bedeutung dar. Seit der Gründung des DGB hatte Stegerwald immer wieder behauptet, das Bestehen einer geschlossenen und schlagkräftigen christlichen Gewerkschaftsbewegung sei eine unerläßliche Voraussetzung für die Umgestaltung des deutschen Parteiwesens nach dem Modell des „Essener Programms". Daher suchten Stegerwald und Brüning den DGB in einen straff organisierten und zentralisierten politischen Dachverband umzubilden, der im-

---

[85] Aufzeichnung über die Fraktionssitzung der Zentrumspartei, 27. September 1921, BA NL ten Hompel, 15.

[86] Stegerwald, Neuorientierung des Parteiwesens, in: Germania, Nr. 598 (27. September 1921).

[87] Zu den Bemühungen Wirths um eine Umbildung seiner Regierung im Herbst 1921 vgl. Ernst Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, Lübeck und Hamburg 1968; ferner Lothar Albertin, Die Verantwortung der liberalen Parteien für das Scheitern der Großen Koalition im Herbst 1921, in: Historische Zeitschrift 205 (1967), S. 566–627. Zur Stellungnahme Stegerwalds vgl. den Entwurf seines Briefes an Mühlenkamp, 8. Oktober 1921, NL Stegerwald, sowie seinen Aufsatz: Zur Vorgeschichte der großen Koalition, in: Kölnische Volkszeitung, 12. März 1922.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stande sein würde, auf die politische Entwicklung Deutschlands einen unmittelbaren und dauernden Einfluß auszuüben. „Bin ich richtig orientiert", schrieb Brüning Ende September 1921 in einem vertraulichem Exposé an Stegerwald, „so bestand die Absicht, bei voller Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der drei Gesamtverbände dahin zu arbeiten, daß eine immer stärkere Gesinnungsgemeinschaft sich ergibt, aufgrund deren der geschäftsführende Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Lage sein würde, der kommenden Entwicklung vorzuarbeiten und eine rechtzeitige Einstellung der Gesamtbewegung auf eine einheitliche Marschroute herbeizuführen." In diesem Sinne schlug Brüning eine Reihe organisatorischer Maßnahmen vor, die die Entscheidungs- und Machtbefugnisse der drei großen Gesamtverbände, die den DGB bildeten, zugunsten des geschäftsführenden Vorstandes des DGB einschränken sollten. Darüber hinaus regte Brüning die Bildung eines parlamentarischen Aktionskomitees an, das die parlamentarische Tätigkeit der DGB-Vertreter koordinieren sollte. Als Vorsitzender dieses Gremiums war Brüning selbst vorgesehen, während Stegerwald – mit Thiel und Gutsche als seinen Stellvertretern – den Vorsitz des geschäftsführenden Vorstandes übernehmen sollte[88].

Brünings Memorandum stellte einen entschlossenen Versuch dar, dem Deutschen Gewerkschaftsbund jene organisatorische Struktur zu geben, die er und Stegerwald als unerläßliche Voraussetzung für die Verwirklichung des „Essener Programms" und für eine zielbewußte und wirksame Gewerkschaftspolitik ansahen. In den nächsten Monaten stießen jedoch Brünings Pläne für eine Reorganisierung des DGB bei den Führern der zahlenmäßig stärksten und einflußreichsten christlichen Gewerkschaften aus den westlichen Teilen Deutschlands auf so heftigen Widerstand, daß sie schließlich aufgegeben werden mußten, was Brüning so erzürnte, daß er zum 1. Januar 1922 um seine Entlassung als DGB-Geschäftsführer bat[89]. Während Bechly und die Führung der dem DGB angeschlossenen Angestelltengewerkschaften anscheinend bereit waren, den organisatorischen Vorschlägen Brünings zuzustimmen und für sie sogar große finanzielle Mittel freizumachen, wenn Stegerwald an der Spitze der Bewegung blieb[90], waren die maßgeblichen christlichen Gewerkschaftsführer aus dem Westen fest entschlossen, jeden Eingriff der DGB-Führung in ihre eigenen Entscheidungsbe-

---

[88] Brüning an Stegerwald, 24. September 1921, NL Stegerwald.

[89] Brüning an den Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 23. November 1921, NL Stegerwald.

[90] Bechly an Stegerwald, 28. September 1921, NL Stegerwald. Als weiteres Anzeichen für die breite Unterstützungsbasis, die Stegerwald innerhalb des DHV und seiner angeschlossenen Angestelltengewerkschaften genoß, vgl. den von Zimmermann verfaßten Bericht über Stegerwalds Rede auf dem Deutschen Handlungsgehilfen-Tag in Essen, 15. Oktober 1921, in: Deutsche Handels-Wacht, Jg. 28, Nr. 37 (26. Oktober 1921). S. 313–15. Innerhalb der Zentrumspartei wurden die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Stegerwald und denjenigen Arbeitnehmerkreisen, die rechts vom Zentrum standen, scharf kritisiert. Vgl. Stegerwald an Bechly, 3. Oktober 1921, NL Stegerwald.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fugnisse zu bekämpfen. Um ihre Opposition gegen die vorgesehene Reorganisierung des DGB zu unterstreichen, boykottierten sie also die Sitzung des DGB-Ausschusses am 26. September, als die Vorschläge Brünings beraten und vorläufig gebilligt wurden[91]. Der Widerstand gegen die beabsichtigte Reorganisierung des DGB ging vor allem von Heinrich Imbusch vom Gewerkverein christlicher Bergarbeiter aus sowie von Franz Wieber vom Christlichen Metallarbeiterverband, die der zunehmenden Politisierung der christlichen Gewerkschaftsbewegung unter der Führung Stegerwalds äußerst kritisch gegenüberstanden. Insbesondere kritisierte Imbusch den Beschluß, das Generalsekretariat des GCG von Köln nach Berlin zu verlegen, und den Einfluß, den Intellektuelle wie Brüning und Theodor Brauer auf Stegerwald und die Führung des DGB angeblich ausübten[92]. Am Ende erwies sich die Opposition Imbuschs und seiner Anhänger als stark genug, um Stegerwald und die Berliner DGB-Führung von Brünings Plänen einer hochzentralisierten Gewerkschaftsstruktur zugunsten eines Organisationsprinzips abzubringen, das die Macht- und Entscheidungsbefugnisse der drei dem DGB angeschlossenen Gesamtverbände weitgehend unberührt ließ[93].

Brüning zog schließlich seine Kündigung als DGB-Geschäftsführer wieder zurück. Aber die Ablehnung seiner Organisationspläne für den Deutschen Gewerkschaftsbund hatte deutlich gezeigt, daß nicht einmal Stegerwalds Mitarbeiter in der christlichen Gewerkschaftsbewegung bereit waren, den weitreichenden organisatorischen Veränderungen zuzustimmen, die er und Brüning als conditio sine qua non für die Durchführung des „Essener Programms" betrachteten. So mußte Stegerwald, obwohl ihn sein Rücktritt Anfang November 1921 durchaus instand gesetzt hätte, der Verwirklichung der in Essen verkündeten Zielvorstellungen seine ungeteilte Aufmerksamkeit zu widmen, einige Monate warten, bis er sich erneut dem Thema einer Reform des deutschen Parteiwesens zuwenden konnte. Stegerwalds zunehmende Apathie bezüglich des „Essener Programms" ging aber nicht nur auf seine Enttäuschung über die jüngsten Ereignisse innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes zurück, sondern erklärte sich auch daraus, daß die von ihm in Essen vertretenen Grundsätze in die neuen politischen Richtlinien, die von der Zentrumspartei Mitte Januar 1922 auf dem zweiten

---

[91] Bechly an Stegerwald, 28. September 1921, NL Stegerwald. Vgl. auch Brünings Exposé vom 24. November 1921 als Anlage zu seinem Brief an den DGB-Vorstand, 23. November 1921, NL Stegerwald.

[92] Zu den möglichen Gründen für die Stellungnahme Imbuschs vgl. seine Ausführungen auf einer vertraulichen Sitzung des Hauptvorstandes des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, 14. Mai 1928, Archiv des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf, Nachlaß Imbusch. Zum gespannten Verhältnis zwischen dem GCG und dem Gewerkverein christlicher Bergarbeiter im Herbst 1921, vgl. Zentralblatt, Jg. 21, Nr. 24 (21. November 1921), S. 354–55.

[93] Exposé von Brüning, 24. November 1921, als Anlage zu seinem Brief an den DGB-Vorstand, 23. November 1921, NL Stegerwald.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reichsparteitag in Berlin gebilligt wurden[94], größtenteils aufgenommen worden waren[95]. Stegerwald war an der Formulierung der neuen Richtlinien direkt beteiligt, und nach ihrer Vorlage auf dem Berliner Parteitag lobte er sie und insbesondere die Kennzeichnung des Zentrums als „Gesinnungsgemeinschaft auf positiv christlicher Grundlage", die katholischen und evangelischen Christen gleichermaßen offenstehe, als einen bedeutenden Schritt zur Überwindung der konfessionellen Gegensätze, die seit Jahrzehnten die deutsche Innenpolitik belastet hätten[96]. Als Stegerwald also später auf das Thema „Essener Programm" zurückkam – zuerst Anfang März auf einer Versammlung von Zentrums-Arbeiterwählern in Bochum[97] und dann anschließend in einem Aufsatz für die offiziöse Parteipresse[98] –, beschränkte er sich auf eine allgemeine Kritik des bestehenden Parteiensystems, ohne seine früheren Aufrufe zur Bildung einer interkonfessionellen christlichen Volkspartei überhaupt zu erwähnen.

Als er 1926 auf dem Dortmunder Kongreß der christlichen Gewerkschaften Bericht über das Schicksal des „Essener Programms" erstattete, führte Stegerwald die zunehmende innenpolitische Polarisierung nach dem Kapp-Putsch, die Versteifung der konfessionellen Gegensätze infolge des Erzberger-Helfferich-Prozesses, die ungelegenen Todesfälle von Trimborn und Hitze sowie die Ermordung Erzbergers, die erzwungene Abtrennung Oberschlesiens, die Ruhrbesetzung und die galoppierende Inflation der frühen 20er Jahre als Faktoren an, die eine Verwirklichung der Essener Ziele nahezu unmöglich gemacht hätten. „In einer solchen Zeit der Verwirrung", so sagte Stegerwald, „konnte sich der geistige Umdenkungsprozeß des deutschen Volkes nicht vollziehen. Die politischen und konfessionellen Gegensätze waren durch die Ereignisse wieder wachgerufen."[99] Nun haben jene Faktoren der Schaffung einer neuen politischen Partei nach dem Modell des „Essener Programms" zweifelsohne entgegengewirkt, aber Stegerwalds eigenes Zögern, die in Essen vorgetragenen Vorstellungen bis zu ihrem notwendigen und logischen Ende zu verfolgen, stellte ein Hindernis von weitaus größerer Bedeutung dar. Denn in der Tat beschränkte sich die Tätigkeit Stegerwalds, abgesehen von gelegentlichen Auftritten vor den Führungsgremien seiner eigenen Partei, fast ausschließlich auf die Verkündung öffentlicher Aufrufe zur

---

[94] Offizieller Bericht des zweiten Reichsparteitages der Deutschen Zentrumspartei, Tagung zu Berlin vom 15. bis 17. Januar 1922, hrsg. vom Generalsekretariat der Deutschen Zentrumspartei, Berlin o. J. (1922), S. 61–69, 72–82. Vgl. auch Morsey, Zentrumspartei, S. 430–42.

[95] Vgl. vor allem die Darstellung von Schorr, Stegerwald, S. 75–78.

[96] Kölnische Volkszeitung, 21. Januar 1922.

[97] Kölnische Volkszeitung, 6. März 1922.

[98] Stegerwald, Das Essener Programm, in: Germania, Nr. 216 (1. April 1922).

[99] Stegerwald, Die christlichen Gewerkschaften und die Gestaltung des deutschen Volkslebens, in: Niederschrift der Verhandlungen des 11. Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten vom 17. bis 20. April 1926 in Dortmund, Berlin-Wilmersdorf 1926, S. 221–24.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reform und Neugestaltung des deutschen Parteiwesens; offensichtlich hoffte er, die allgemeine Reaktion werde stark genug sein, um die Führer der bestehenden bürgerlichen Parteien zum Handeln zu zwingen. Außerdem bestand eine nicht zufällige Beziehung zwischen der Intensität, mit der sich Stegerwald für die Schaffung einer neuen politischen Partei einsetzte, und der Möglichkeit, daß Erzberger wieder eine führende Rolle in der Zentrumspartei spielte, für welchen Fall Stegerwald fest entschlossen war, sich und den christlichen Gewerkschaften eine neue politische Basis zu schaffen. Es war daher auch kein Zufall, daß Stegerwald im Spätsommer und Frühherbst 1921 – also unmittelbar nachdem Erzberger endgültig von der politischen Bühne hatte abtreten müssen – die Vorstellungen des „Essener Programms" so zu definieren begann, daß die Aufforderung zur Gründung einer neuen politischen Partei mehr oder weniger unauffällig in den Hintergrund rückte.

Im Grunde läßt sich aber Stegerwalds allmähliche Distanzierung vom Ziel einer interkonfessionellen christlichen Volkspartei nur dadurch erklären, daß er nicht recht wußte, wie eine durchgreifende Reform und Umstrukturierung des deutschen Parteiensystems eigentlich erreicht werden sollte. Aus einer positiveren Perspektive betrachtet, hing Stegerwalds Entscheidung vom Frühjahr 1922, auf die Gründung einer interkonfessionellen Mittelpartei endgültig zu verzichten, jedoch auch damit zusammen, daß die drei spezifischen Probleme, die ihn zu seinem Essener Aufruf im Herbst 1920 veranlaßt hatten, inzwischen weitgehend gelöst worden waren. Stegerwald hatte die Ziele des „Essener Programms" ja ursprünglich als Reaktion auf die für die christliche Gewerkschaftsbewegung verhängnisvollen innerparteilichen Krisen formuliert, in denen sich nicht nur das Zentrum, sondern auch die DVP und die DNVP in den Anfangsjahren der Weimarer Republik befanden. Inzwischen hatte sich die Lage gebessert. Die neuen politischen Richtlinien, die das Zentrum Anfang 1922 erließ, umfaßten Gedanken, die Stegerwald seit Ausbruch des Ersten Weltkrieges verfochten hatte, und die Konzeption des Zentrums war nun mit den Grundvorstellungen Stegerwalds völlig vereinbar. Auf der anderen Seite wandten die scharfe Abfuhr, die Stresemann den Führern der „gelben" Gewerkschaften im Herbst 1922 erteilte, und der daraufhin erfolgte Übertritt Geislers zur DNVP die Gefahr zumindest vorübergehend ab, daß die DVP unter die Herrschaft derjenigen Elemente geriet, die den christlichen Gewerkschaften am unversöhnlichsten gegenüberstanden[100]. Gleichermaßen bedeutete der Ausschluß der Völkischen um Reinhold Wulle und Ernst Graf von Reventlow, den die DNVP auf dem Görlitzer Parteitag im Oktober vollzog, daß der Abrutsch dieser Partei ins rechtsradikale Lager zeitweilig aufgehalten war, was auch einen gewissen Erfolg für die Führer der christlichen

---

[100] Vgl. dazu Otto Thiel, Deutsche Volkspartei, in: Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, hrsg. von Ludwig Heyde, 2 Bde., Berlin 1931 u. 1932, Bd. I, S. 347–49, sowie Fritz Geisler, Eine Warnung an die Deutsche Volkspartei, in: Hallesche Zeitung, 12. September 1922.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gewerkschaftsbewegung darstellte[101]. Daß Stegerwald bei der Bildung der „Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte" zwischen Zentrum, DVP und DDP Ende Juli 1922 eine führende Rolle spielte[102], konnte ebenfalls nur dazu beitragen, ihn von seinem ursprünglichen Ziel einer interkonfessionellen Mittelpartei abzulenken. Die Bildung dieser Arbeitsgemeinschaft trug ja in der Tat, wenngleich die DNVP – und insbesonder diejenigen Parteimitglieder, die den christlichen Gewerkschaften nahestanden – versuchte, Stegerwalds Bemühungen um engere Beziehungen zwischen den deutschen Mittelparteien mit der Behauptung entgegenzuwirken, die Bildung einer wahrhaft nationalen Front könne nur auf Grundlage einer vereinigten deutschen Rechten erfolgen[103], zur Stabilisierung der parteipolitischen Verhältnisse Deutschlands während der Krisenjahre 1923–24 wesentlich bei und erschien somit als eine teilweise Verwirklichung der von Stegerwald in Essen verkündeten Ziele.

Zunächst gewiß aufsehenerregend, gelang es dem „Essener Programm" jedoch nicht, jene breite politische Unterstützung zu gewinnen, die zur Verwirklichung erforderlich gewesen wäre, so daß es schließlich kaum mehr war als ein Modell für spätere konservative Bestrebungen zur Erneuerung und Umgestaltung des deutschen Parteiwesens. Erst mit der Gründung der Christlich-Demokratischen Union nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sollten die Ziele des „Essener Programms" in politische Wirklichkeit umgesetzt werden[104]. Zwar hatte Stegerwald mit seinem „Mahnruf von Essen" auf die verhängnisvolle Entwicklung des deutschen Parteiensystems rechtzeitig hingewiesen, aber es fehlte ihm jede konkrete Vorstellung, wie eine durchgreifende Reform und Umstrukturierung der parteipolitischen Verhältnisse Deutschlands in die Wege zu leiten sei. Als er sich Anfang 1922 zur bitteren Enttäuschung Brünings und seiner engsten Mitarbeiter im Deutschen Gewerkschaftsbund von den Zielen des „Essener Programms" zunehmend distanzierte[105], hielt indes die Unzufriedenheit der christlichen Ge-

---

101 Vgl. den Brief von Diller an Glatzel, 13. November 1922, Hamburger Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus, Hamburg, Nachlaß Alfred Diller, 22.

102 Vgl. Stegerwald, Vom Partei- und Koalitionswesen, in: Germania, Nr. 396 (18. Juli 1922), wiederabgedruckt in: Stegerwald, Zusammenbruch und Wiederaufbau, Berlin 1922, S. 16–25, sowie Brauns, Deutschlands innenpolitisches Elend, in: Germania, Nr. 393 (16. Juli 1922), und derselbe, Die Verfassungspartei, in: Germania, Nr. 395 (18. Juli 1922), beide wiederabgedruckt in: Heinrich Brauns, Katholische Sozialpolitik im 20. Jahrhundert. Ausgewählte Aufsätze und Reden, hrsg. von Hubert Mockenhaupt, Mainz 1976, S. 101–07.

103 Vgl. dazu vor allem Walther Lambach, Die breitere Front im politischen Kampf, Deutschnationale Flugschriften, Nr. 132, Berlin 1922, S. 22, sowie Hans-Erdmann von Lindeiner-Wildau, Stegerwald und die große Rechte, in: Der Tag, 15. Juni 1922.

104 Zur Rolle, die das „Essener Programm" bei der Gründung der CDU gespielt haben soll, vgl. Leo Schwering, Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union, Recklinghausen 1963, S. 49 ff., sowie den programmatischen Vortrag von Stegerwald, Wohin gehen wir?, Würzburg 1945, S. 32–64.

105 Vgl. dazu Hermann Ullmann, Das Essener Programm. November 1920, in: Deutsche Rundschau 77 (1950), S. 897–903.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werkschaftsführer mit dem bestehenden Parteiensystem noch an[106]. Das Auftreten bürgerlicher Interessenparteien gegen Ende der zwanziger Jahre ließ die Krise des deutschen Parteiensystems immer deutlicher werden[107]. Gleichzeitig wurde klar, daß es den christlichen Gewerkschaften niemals gelungen war, aus dem politischen Engpaß herauszufinden, in dem sie seit der Entstehung der Weimarer Republik steckten[108]. Mit der Wahl Alfred Hugenbergs zum DNVP-Vorsitzenden im Herbst 1928 und ein Jahr später mit dem Tode Gustav Stresemanns begannen sich die Beziehungen zwischen den christlichen Gewerkschaften und jenen nichtkonfessionellen bürgerlichen Parteien, mit denen sie ihre sozialen und politischen Ziele ursprünglich zu verwirklichen gesucht hatten, endgültig aufzulösen, so daß am Ende nur noch das Zentrum und der vom linken Flügel der DNVP abgespaltene Christlich-soziale Volksdienst als zuverlässige politische Stützen übrigblieben[109]. Unter diesen Umständen zögerte Stegerwald nicht, die Erinnerung an das „Essener Programm" zu beschwören und damit die Gründung einer neuen politischen Partei anzudrohen, nachdem er im Dezember 1928 gegen Ludwig Kaas in einem erbitterten Kampf um den Vorsitz der Zentrumspartei unterlegen war[110]. Auch blieben die Ziele des „Essener Programms" mitbestimmend für die Einstellung Brünings zur DNVP und zum deutschen Parteiwesen, als der frühere Schützling Stegerwalds im März 1930 das Amt des Reichskanzlers antrat; es gibt sogar einige Hinweise darauf, daß Brüning nach den Reichstagswahlen vom September 1930 Stegerwald aufforderte, als Reichsarbeitsminister zurückzutreten und sich erneut der Verwirklichung seiner zehn Jahre zuvor in Essen verkündeten Ziele zu widmen[111]. Solche verspäteten Versuche zur Neube-

---

[106] Kaiser an Sedlmayr, 22. Februar 1924, BA NL Kaiser, 250.

[107] Zur Reaktion Stegerwalds auf die zunehmende Auflösung des Weimarer Parteiensystems vgl. Stegerwald, Zur deutschen Parteienkrise, in: Germania, Nr. 313 (9. Juli 1927).

[108] Einen allgemeinen Überblick bietet Ellen L. Evans, Adam Stegerwald and the Role of the Christian Trade Unions in the Weimarer Republic, in: Catholic Historical Review 54 (1974), S. 602–26.

[109] Besonders instruktiv ist das Beispiel des DHV. Vgl. dazu Larry Eugene Jones, Between the Fronts. The German National Union of Commercial Employees from 1928 to 1933, in: Journal of Modern History 48 (1976), S. 462–82.

[110] Stegerwald, Zentrumspartei, Arbeiterschaft, Volk und Staat, Berlin-Wilmersdorf, 1928, S. 10–11.

[111] Als besonders aufschlußreich für die spätere Einstellung Brünings zum deutschen Parteiwesen gilt der Brief, den er am 20. Mai 1958 an Wilhelm Simpfendörfer, den ehemaligen Reichsvorsitzenden des Christlich-sozialen Volksdienstes, zu dessen 70. Geburtstag schrieb: „Sie haben die Gefahr des Nationalsozialismus als einer der wenigen rechtzeitig erkannt, eine Gefahr, die niemals so groß geworden sein würde, falls Stegerwald sich hätte entschließen können, unter Aufgabe seines Ministerpostens die Grundgedanken der von mir verfaßten Essener Rede praktisch politisch durchzuführen; es würden sich dann völlig andere politische Konstellationen im Reichstag ergeben haben. Eine enge politische Zusammenarbeit zwischen den nicht Hugenberg folgenden Deutschnationalen, Ihren Freunden und meiner Partei würde eine Möglichkeit geschaffen haben, eine große Anzahl

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lebung des „Essener Programms" blieben ohne praktischen Erfolg. Im Rückblick ist jedoch die Bedeutung des Programms als Symptom wie auch als Diagnose der strukturellen Schwächen, die schließlich zum Zusammenbruch des Weimarer Parteiensystems führten, nicht mehr zu verkennen.

---

derer für eine positive Mitarbeit zu gewinnen, die aus Verzweiflung über das Parteiwesen schließlich Hitler gewählt haben." Eine Abschrift dieses Briefes wurde mir freundlicherweise von Herrn Simpfendörfer (†) zur Verfügung gestellt.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MICHAEL H. KATER

DIE „TECHNISCHE NOTHILFE" IM SPANNUNGSFELD VON ARBEITERUNRUHEN, UNTERNEHMERINTERESSEN UND PARTEIPOLITIK[1]

Am 29. November 1928 beriet der Reichstag in Berlin über eine Interpellation des deutschnationalen Abgeordneten Emil Berndt. Berndts Ziel war es, den organisatorischen Abbau oder gar die völlige Auflösung der sog. „Technischen Nothilfe" zu verhindern[2]. Seit Gründung der Weimarer Republik galt die Technische Nothilfe als eine der umstrittensten Einrichtungen des neuen Staates[3]. Ihr Ursprung geht auf Anfang Januar des Jahres 1919 zurück, als der sozial-

---

[1] Die Forschungen für diesen Aufsatz wurden durch einen großzügigen Zuschuß der Stiftung Canada Council (Ottawa) finanziert.

[2] Interpellation Berndt u. a., Nr. 383, RT, 4. Wahlperiode, Berlin, 18. 10. 28, Bundesarchiv Koblenz [BA], R 36/2722, 1; Prot., 21. RT-Sitzung, 29. 11. 28, S. 527–61; Bayerisches Hauptstaatsarchiv München [BH], MK 15385.

[3] Das Folgende nach: Wilhelm Erik Momsen, Die Technische Nothilfe. Ihre Entstehungsgeschichte, Entwicklung und heutige Stellung als Machtmittel des Staates, Diss. Freiburg i. Br. 1934, S. 6–9; Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918–1920, Berlin 1940, S. 227; Peter von Oertzen, Die großen Streiks der Ruhrbergarbeiterschaft im Frühjahr 1919, VfZ 6 (1958), S. 231–62; Gerald D. Feldman, Eberhard Kolb, Reinhard Rürup, Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917–1920), in: Politische Vierteljahresschrift 13 (1972), S. 84–105, hier S. 98–105; Ludwig Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949; [Reinhold] Feuerherdt, Gemeindearbeiterstreiks und Technische Nothilfe. Betrachtungen und Zusammenstellungen auf Grund des Mitteldeutschen Gemeindearbeiterstreiks Oktober 1924, Magdeburg 1925, S. 25–31; Hans Scholz, Die Organisation der Technischen Nothilfe und ihre volkswirtschaftlichen Leistungen, Diss. Köln 1938, S. 4, 18; Fritz Tänzler, Die deutschen Arbeitgeberverbände 1904–1929. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1929, S. 198 f.; Regierungsrat Conrad, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1924, in: Reichsarbeitsblatt, NF 6 (Nichtamtlicher Teil), 1926, S. 227*–238*, hier S. 233*; Otto Klappert, Die Technische Nothilfe unter besonderer Berücksichtigung des Ruhrkohlebergbaus, Diss. Tübingen 1926; Technische Nothilfe. Entstehungsgeschichte, o. J., BA, R 43 I/721, 1; Polizeihauptmann Dr. Kahlmann, Polizei und Technische Nothilfe, in: Die Polizei 23, 1926, S. 131–34, insbes. S. 131; Die Technische Nothilfe im Dienste der Allgemeinheit. Materialsammlung für den Dienstgebrauch der T. N.-Dienststellen, hrsg. v. d. Hauptstelle der Technischen Nothilfe Berlin, Ausgabe 1930, Institut für Zeitgeschichte München (IfZ) 4830/72, Da 60.05 (T. V. 35, S. 1); Erwin Könnemann, Technische Nothilfe (Teno) 1919–1945, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Bd. 2, Leipzig 1970, S. 676–79, insbes. S. 676; Faksimile „Aufruf" [1919], in: Walther von Schultzendorff, Proletarier und Prätorianer. Bürgerkriegssituationen aus der Frühzeit der Weimarer Republik, Köln 1966, bei S. 64.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

demokratische Volksbeauftragte und spätere Reichswehrminister Gustav Noske den Oberbefehl über die neu zu bildenden Regierungstruppen zur Kontrolle der die Reichshauptstadt erschütternden Unruhen, einschließlich der Streiks, übernahm und sich auch zu Maßnahmen zum Schutze „lebenswichtiger" Betriebe entschloß. Von Januar bis März 1919 wurden auf Vorschlag des aus Leipzig stammenden Reserve-Leutnants Otto Lummitzsch „Technische Abteilungen" aufgezogen, die aus regulärem Personal des Heeres und der Marine bestanden, und der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, dem Berliner Freikorps, dem Lummitzsch selbst angehörte, zugeteilt. Unter der Befehlsgewalt der vorläufigen Reichswehrstellen wurden diese Einheiten in den Massenstreiks des Frühjahrs in Gotha, Halle und Oberschlesien, insbesondere aber während der schweren Märzunruhen in der Reichshauptstadt aktiv. Ende Juli erfolgte die formelle Überführung der nunmehr 1100 Mann starken Abteilungen in die vorläufige Reichswehr. Daneben entstanden bis zum Spätsommer des Jahres auch Bataillone von technischen „Zeitfreiwilligen", die die „Technischen Abteilungen" zahlenmäßig erheblich übertrafen. Da weder sie noch die Abteilungen in das republikanische Berufsheer eingegliedert werden konnten, schlug Lummitzsch der Berliner Regierung die Bildung einer zivilen „Technischen Nothilfe" vor. Den Grundstock dazu bildeten die Tausende von Zeitfreiwilligen zusammen mit zahlreichen Angehörigen der „Technischen Abteilungen". Am 30. September 1919 wurde die Technische Nothilfe (TN) dem Reichswehrministerium unterstellt, während der Rest der ursprünglichen Abteilungen zunächst in der Truppe verblieb, Ende 1920 aber aufgelöst wurde. Die TN kam mit ihrem ständigen Leiter Lummitzsch durch Kabinettsbeschluß vom 28. November 1919 schließlich zum Reichsinnenministerium, das sie bis in die Zeit des Dritten Reiches hinein betreute.

Am 2. Februar 1920 steckte ein Erlaß des Reichsinnenministers das Aufgabengebiet der Technischen Nothilfe genauer ab und gab zugleich Richtlinien für den weiteren Ausbau im Reichsgebiet. Es hieß dort u. a., die Technische Nothilfe sei eine „Arbeitsgemeinschaft, namentlich technisch vorgebildeter Arbeitskräfte ... zur Sicherung der inneren Ruhe und Ordnung und des Wiederaufbaues des deutschen Wirtschaftslebens ... , wo es sich um die Aufrechterhaltung lebenswichtiger Betriebe handelt, sowie in Fällen der Not durch höhere Gewalt ...". Die Notstandsarbeiten sollten zum einen Teil aus Reichs- oder Ländermitteln, zum anderen von der Nothilfe selbst finanziert werden[4]; die „polizeiliche Sicherung" der Einsätze „bei Streiks, Aussperrungen, Unruhen und dergleichen" obliege den Landesbehörden. Die Zentralstelle der TN befand sich in Berlin-Steglitz; Landesbezirksstellen wurden in sämtlichen Landeshauptstädten ein-

[4] Nach § VIII der „Richtlinien" (BA, R 43 I/721, 1) bedeutete dies, daß die im Falle eines „Eingreifens" entstehenden Kosten „von den beteiligten Unternehmungen getragen werden" sollten, nicht aber, daß außerordentliche Zuwendungen aus Unternehmerkreisen an die TN erlaubt waren. Siehe dazu auch Anm. 88.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gerichtet. Das ging zwar in Bayern, wegen der gegen Berlin gerichteten antizentralistischen Tendenzen, nicht ohne Reibungen vonstatten, aber schon 1920 gab es 16 Landesbezirke, denen Landesunterbezirke, Gruppenbezirke und schließlich insgesamt 1181 Orts- und Landgruppen unterstanden. In einer Ortsgruppe waren, auf der untersten Sprosse der Hierarchie, „alle Nothelfer eines größeren Ortes vereinigt", sie bildete somit „die Basis der Gesamtorganisation". An der Spitze jeder Ortsgruppe stand ein „Ortsgruppenführer, der die Werbung, Einteilung und Verwaltung des Nothelferbestandes zu leiten hat und alle für seine Ortsgruppe in Frage kommenden Einsätze vorbereiten und gegebenenfalls durchführen muß. Von ihm hängt in erster Linie jeder Erfolg eines Einsatzes ab"[5]. Über den „Vorstand" der Technischen Nothilfe Otto Lummitzsch hieß es 1925 von informierter Seite, in seiner Hand liege „die Oberleitung aller Dienstgeschäfte". Er werde vom Reichsinnenministerium ernannt und vertrete die TN „in allen Rechtsstreitigkeiten". Ihm stehe „die alleinige Entscheidung über alle im Dienstbetrieb zur Anwendung kommenden Arbeitsmethoden und die zu ihrer Durchführung nötigen Maßnahmen" zu[6]. Die Jurisdiktion des Vorstandes reichte hinunter bis zu den Gruppenbezirks- und Ortsgruppenführern, in der Regel „Ingenieure und Techniker, die ihre Dienste ehrenamtlich der Organisation zur Verfügung" stellten und den „hauptamtlich angestellten Landesbezirks- und Landesunterbezirksleitern bei Vorbereitung und Durchführung eines Einsatzes" assistierten[7].

Am 10. November 1920 verlieh eine Verordnung des Reichspräsidenten Ebert, die auf Art. 48 der Reichsverfassung beruhte, den Technischen Nothelfern weitere offizielle Rückenstützung insofern, als jetzt Arbeitsunterlassungen in gemeinnötigen Betrieben (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken) vor dem Zustandekommen eines Schiedsspruchs untersagt und Notstandsarbeiten im Falle eines jeden Arbeitsstillstandes ausdrücklich zur Pflicht gemacht wurden[8]. Begünstigt durch derartige staatliche Anordnungen, dehnte sich die Technische Nothilfe in den turbulenten Nachkriegsjahren weit aus. Die Zahl der freiwilligen Nothelfer, als „Mitglieder" organisiert, stieg bis zum Januar 1920 auf 22 430 und ein Jahr später auf das Siebenfache. 1924, auf dem Höhepunkt ihrer Geschichte, waren es annähernd eine halbe Million[9]. Diese Entwicklung muß vor dem Hintergrund der Streikkurve in den frühen zwanziger Jahren gesehen wer-

---

[5] Zitate nach Scholz, S. 10. Vgl. auch Handbuch für den Dienstbetrieb der Technischen Nothilfe beim Reichsministerium des Innern, o. O., o. J., BA, R 19/303 (S. 5–8); Regierungsassessor Dr. Peters, Die Technische Nothilfe und ihr Einsatz bei Arbeitskämpfen, in: Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht 5 (1925), Sp. 155–64, insbes. Sp. 156. Zur Problematik in Bayern siehe München-Augsburger Abendzeitung, 20. 11. 19. Vgl. dazu Rohmer an TN Berlin, Berlin, 12. 11. 19, BH, MWi 5624.

[6] Peters, Sp. 156.

[7] Scholz, S. 10.

[8] Abgedruckt in Momsen, S. 91 f.

[9] Nach Scholz, S. 18.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den. Hatte das Jahr 1919 den gerade in Industriebetrieben oft politisch inspirierten Massenstreik zu einem alltäglichen Erlebnis werden lassen, so setzte das Jahr 1920 in der deutschen Streikbewegung einen ersten Rekord. In den nachfolgenden Jahren ebbte die Streikwelle zwar etwas ab, erreichte 1924 aber einen neuen Hochstand[10].

Unter Verwendung von 20 770 Nothelfern bewältigte die Technische Nothilfe bereits im ersten Jahr ihres Bestehens 385 Einsätze im Reich[11]. Aufschluß über Art und Verteilung ihrer Tätigkeit vom 1. Oktober 1919 bis zum 31. März 1925 gibt folgende Tabelle[12]:

Einsätze: Gruppe	Einsatzstellen	Eingesetzte Nothelfer	TN-Arbeitsstunden
Elektrizitäts-, Gas- u. Wasserwerke	360	19 035	1 078 585
Landwirtschaft	2 092	20 867	2 218 569
Nahrungsmittelgewerbe	478	9 557	349 838
Transport u. Verkehr	816	30 636	1 377 984
Bergbau u. Hütten	74	6 534	512 128
Hygiene	93	1 731	182 364
Höhere Gewalt	111	3 169	50 633
Sonstiges	30	1 309	42 599
Summe	4 054	92 838	5 812 700

Wie so ein Einsatz im einzelnen aussehen konnte, zeigt der – im ganzen recht typische – Bericht des TN-Landbezirks Mark Brandenburg über den Ausstand im Kraftwerk Heegermühle vom Herbst 1920:

„Im märkischen Elektrizitätswerk Heegermühle bei Eberswalde war ein wilder Streik ausgebrochen, der jedoch durch Vermittlung der Gewerkschaftsführer in einer geheimen Abstimmung widerrufen wurde. Die sofortige Aufnahme der Arbeit wurde beschlossen. Die Rädelsführer dieser Bewegung jedoch, die sich als ‚revolutionäre Betriebsorganisation' bezeichneten, holten darauf aus den umliegenden Industriebetrieben ihre Anhängerschaft heraus und eroberten in einer Stärke von 1000 Mann das Kraftwerk, zwangen die Belegschaft zum Verlassen desselben, bildeten einen Aktionsausschuß und legten die gesamte Stromlieferung

[10] Conrad, S. 233*; Karl Zwing, Die Überflüssigkeit der Technischen Nothilfe, in: Gewerkschaftsarchiv 9 (1928), S. 344–45, hier S. 345; Die Räder (DR) 1925, S. 137.

[11] Otto Lummitzsch, Die Tätigkeit der Nothilfe im ersten Jahre ihres Bestehens, DR 1920, Nr. 15/16, S. 7.

[12] DR 1925, S. 144.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lahm. Daraufhin wurde von der Sicherheitspolizei Berlin ein starkes Aufgebot nach Eberswalde geschickt, dem vom Landesbezirk Mark Brandenburg der Technischen Nothilfe ein Nothelfertrupp von 60 Mann zur etwaigen Betriebsaufnahme des Elektrizitätswerkes beigegeben war. Die Sicherheitspolizei säuberte ohne Zwischenfälle das besetzte Kraftwerk, so daß der Einsatz der Technischen Nothilfe nunmehr erfolgen konnte. Diese führte einen Notbetrieb zur Aufrechterhaltung der lebenswichtigen Betriebe durch. Nachdem genügender Schutz für das Werk bereitgestellt war, meldeten sich sehr bald genügend Arbeitswillige, so daß bereits am nächsten Tage nachmittags von der Arbeiterschaft der Überlandzentrale selbst die Arbeit wieder aufgenommen und die Nothilfe entlassen werden konnte."[13]

Wie die Tabelle zeigt, leistete die Technische Nothilfe außer ihren Einsätzen bei Arbeitsniederlegungen oder Aussperrungen noch erste Hilfe bei Feuersbrünsten, Unwettern und anderen Naturkatastrophen. Dazu war sie nach den Richtlinien vom 2. Februar 1920 ausdrücklich verpflichtet[14]. So waren bis zum 30. September 1926 insgesamt 8253 Nothelfer im Einsatz, die in 133 754 Arbeitsstunden auf 248 Notstellen Hochwasser eindämmten, Moorbrände löschten und Schneemassen von Bahnlinien beseitigten[15]. Für ihre manchmal unter Lebensgefahr riskierten Taten ernteten die Nothelfer, die gewöhnlich mit Polizei und Feuerwehr kollaborierten, viel Dank und Anerkennung von den Behörden. Nach der Verteidigung des stark gefährdeten Deiches der Deichschau Haffen-Mehr bei Wesel Anfang Januar 1926 schrieb der Regierungspräsident von Düsseldorf:

„Von besonderem Wert war es, und es hat vielleicht zur Rettung des Deiches und zur Verhütung einer der größten Hochwasserkatastrophen mit beigetragen, daß die großen, gut organisierten Formationen unter einheitlicher Führung sofort eingesetzt werden konnten, während es andererseits schwer war, die Bevölkerung der Umgebung mit der erforderlichen Schnelligkeit heranzuziehen und einheitlich einzusetzen. Für die bereitwillige Hilfeleistung in höchster Not spreche ich daher der Technischen Nothilfe in Wesel meine besondere Anerkennung aus."[16]

Die freiwilligen Nothelfer, denen solche Erfolge zu verdanken waren, konnten, auf der Basis der Richtlinien vom 2. Februar 1920, öffentlich, und zwar zumeist durch Inserate in bürgerlichen und gewerblichen Fach-Blättern, aber auch durch Mundpropaganda angeworben werden. Der Zustrom der ehrenamtlichen Helfer erwies sich bezeichnenderweise in solchen Orten als sehr stark, die in überdurchschnittlichem Maße von „Streiks in lebenswichtigen Betrieben heimgesucht wurden", namentlich in Berlin, Hamburg, Königsberg und Chemnitz[17]. Die zu

---

[13] Abgedruckt DR 1920, Nr. 17, S. 14.

[14] Vgl. Text nach Anm. 3.

[15] Hilfeleistung der Technischen Nothilfe bei Naturereignissen, Berlin 1927, insbes. S. 3.

[16] Schreiben datiert Düsseldorf, 13. 1. 26, ebenda, S. 23.

[17] Scholz, S. 18. Als Beispiel für Zeitschriftenwerbung (in diesem Falle von Studenten) siehe Professor Dr. Thielemann, An das Gewissen!, Göttinger Universitätszeitung 5 (1923), Nr. 7, S. 5–6.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Einsätzen hinzugezogenen Zivilpersonen erhielten „im wesentlichen nur den Verlust ihres jeweiligen Arbeitsverdienstes ersetzt", indessen durfte ihr Lohn „im allgemeinen nicht geringer" als der der streikenden Arbeiter sein[18].

Die Problematik, die sich aus der Rolle „ehrenamtlicher", gleichwohl aber nach Normaltarif bezahlter TN-Streikbrecher ergab, war eine Nebenfolge des hitzigen Meinungsstreits zum Themenkreis „Streik", „Streikabwehr" und „Technische Nothilfe" in der Weimarer Republik. Qualifizierend läßt sich feststellen, daß die heftigen Diskussionen um die *Legitimität* der TN sich überhaupt erst an der Frage der *Legalität* des Streiks im neuen Staatswesen entzünden konnten. Auf diese Kernfrage stieß mancher Parlamentspolitiker freilich erst über den Umweg rein formalrechtlicher Überlegungen. So rührte der DDP-Abgeordnete Dr. Wilhelm Külz noch im Reichstag vom November 1928 zunächst an die Problematik der Verfassungsmäßigkeit der Technischen Nothilfe, wenn er meinte, daß es „unerwünscht und staatsrechtlich unnatürlich" sei, eine auf einer Notverordnung basierende Institution acht Jahre lang aufrecht zu erhalten. Es gebe nur zwei Möglichkeiten: „Entweder waren die Verhältnisse vorübergehender Natur und sind beseitigt, die damals zur Notverordnung führten, dann ist die Verordnung zu streichen, oder der Lauf der Dinge hat gezeigt, daß es sich um dauernde Notwendigkeiten handelt, dann ist die Notverordnung in Gesetz überzuführen."[19] Es war dies nicht das erste Mal, daß von juristischer Seite Bedenken gegen einen dauerhaft institutionalisierten „Ausnahmezustand" erhoben wurden, selbst wenn dieser mit Art. 48 der Reichsverfassung (RV) begründet wurde[20].

Tiefergreifend war dann Külzens Frage nach der Rechtmäßigkeit der Verordnung (VO) Eberts vom 10. November 1920, welche Streiks in den Elgawa-Werken erst nach einem Schiedsspruch zuließ, denn sie tangierte die generelle Problematik einer Unvereinbarkeit des Art. 48 mit solchen Paragraphen der Verfassung, die jedem Bürger gewisse Freiheiten garantierten. Nun hatte schon 1925 der renommierte Arbeitsrechtler Heinz Potthoff darauf hingewiesen, daß Art. 159 der RV, der die „Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen für jedermann und für alle Berufe" zusicherte[21], vom Reichspräsidenten nicht auf Grund des Art. 48, Abs. 2 der RV außer Kraft gesetzt werden dürfe. „Seine vorübergehende oder dauernde Änderung, Einschränkung oder Aufhebung" könne vielmehr „*nur* auf dem Wege eines verfassungsändernden Gesetzes erfolgen"[22]. Potthoff gelangte zu dem

---

18 § V der „Richtlinien" v. 2. 2. 20 (vgl. Anm. 3).

19 Prot., 21. RT-Sitzung, 29. 11. 28, S. 544, BH, MK 15385.

20 Vgl. Robert Hilb, Streik in gemeinnötigen Betrieben, in: Arbeitsrechtliche Seminarvorträge 1 (1925), S. 149–56, hier S. 151 f.; H. Galperin, Der Streik im Lichte des geltenden Rechts, in: Wirtschaft und Arbeit 2 (1925), Nr. 11, S. 97–98, hier S. 98.

21 Zitiert nach Hugo Preuß, Die deutsche Reichsverfassung vom 11. August 1919. Textausgabe und Register, Berlin 1920, S. 162.

22 Heinz Potthoff, Die Rechtswidrigkeit des Streikverbotes vom 10. Nov. 1920, in: Deutsches Arbeitsrecht 12 (1925), Sp. 987–98, hier Sp. 989.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schluß, daß nur „Kampfhandlungen, die nicht eine Wahrung und Förderung der Arbeitsbedingung bezwecken", rechtens von der VO Eberts betroffen seien[23], also das, was man damals gemeinhin mit dem Begriff „politische Streiks" faßte. Solche aber waren nicht immer genau zu identifizieren[24]. Nach Potthoffs Auslegung wären demnach die drei Anstifter eines im Januar 1921 ausgebrochenen Streiks auf der Kokerei der Zeche Radbod, die die Städte Münster und Hamm mit Gas belieferte, zu Unrecht verurteilt worden, als das Schöffengericht Werne sie kraft der VO vom November 1920 mit Geldbußen bestrafte[25].

Die hier zutage tretende, durch die Verfassungsgeber verschuldete gesetzliche Unsicherheit offenbarte sich also nicht zuletzt in bezug auf das sogenannte Streikrecht in der Weimarer Republik. Entgegen den Behauptungen auf linksradikaler Arbeitnehmerseite[26], hat es dieses Streikrecht vor dem Gesetz jedoch nie gegeben. Das heißt, es war als solches nicht expressis verbis in der Weimarer Verfassung verankert[27]. Die rechtliche Stellung des Streiks in Deutschland war nach der Revolution von 1918 überhaupt sehr unbestimmt. Noch vor dem Ersten Weltkrieg hatte § 153 der Reichsgewerbeordnung von 1871 in Streikfällen den „Schutz der Streikbrecher" garantiert und war so zu einer der „übelsten Quellen des ‚Klassenrechtes' " im Wilhelminischen Gesellschaftssystem geworden[28]. In seinem Aufruf vom 12. November 1918 hatte der Rat der Volksbeauftragten dann zwar vom grundsätzlichen „Vereins- und Versammlungsrecht", auch für „Beamte und Staatsarbeiter", gesprochen, nachdem im März des Jahres schon die Zwangsbestimmungen gegen Streikende gefallen waren, doch war von einem „Koalitions"- oder gar „Streik"-Recht nicht die Rede[29]. Danach wurde bei der Formulierung der Reichsverfassung der „Streik" gar nicht erst erwähnt, desgleichen nicht die „Koalitionsfreiheit", obwohl der letztgenannte Ausdruck im Verfas-

---

[23] Ebenda, Sp. 998.

[24] Dazu Herbert Overmann, Die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke als lebenswichtige Betriebe im Arbeitskampf, Diss. Frankfurt/M., Borna u. Leipzig 1926, S. 39 f.

[25] DR 1922, S. 16.

[26] Vgl. Freiheit, 4. 10. 19; Peter Rodin, Die gesetzliche Erdrosselung der Streikfreiheit in Deutschland, in: Die Kommunistische Internationale 1928, S. 696–704; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin [-Ost] 1966, S. 271. Dazu Ursula Hüllbüsch, Koalitionsfreiheit und Zwangstarif. Die Stellungnahme des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu Tarifvertrag und Schlichtungswesen in der Weimarer Republik, in: Ulrich Engelhardt u. a. (Hrsg.), Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt, Stuttgart 1976, S. 599–652, hier S. 607.

[27] Willibalt Apelt, Geschichte der Weimarer Verfassung, 2. Aufl., München u. Berlin 1964, S. 364; Hilb, S. 153; Emil Voigt, Reichsverfassung und Streikrecht, in: Arbeitsrecht und Schlichtung 14 (1932), Sp. 88–90, insbes. Sp. 89 f.; Potthoff, Sp. 989.

[28] Heinz Potthoff, Die rechtliche Stellung des Streikes, in: Die Justiz 1 (1926), S. 262–72, hier S. 262. Vgl. auch Korrespondenzblatt des ADGB, 18. 2. 22, S. 83.

[29] Dazu Aufruf des Rates der Volksbeauftragten an das Deutsche Volk, 12. 11. 18, abgedruckt in Gerhard A. Ritter u. Susanne Miller (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918–1919. Dokumente, Frankfurt/M. u. Hamburg 1968, S. 96 f.; sowie Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918, Göttingen 1973, S. 39.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sungsentwurf enthalten gewesen war. Wie Willibalt Apelt heute schreibt, wählte die Nationalversammlung schließlich das Wort „Vereinigungsfreiheit", womit eine ganz bestimmte wirtschaftspolitische Tendenz verfolgt werden sollte: „Es war von jeher umstritten, ob die Koalitionsfreiheit den Arbeitern ein Recht gebe, die Arbeit auch unter Bruch des geschlossenen Arbeitsvertrages niederzulegen. Man wählte ein neues, mit keinen Erinnerungen belastetes Wort, um damit auszudrücken, daß man ein Streikrecht, d. h. ein Recht auf Vertragsbruch, nicht anerkenne."[30]

Die Unterlassung der Weimarer Verfassungsgeber bei der Behandlung des Streikproblems schlug in den darauffolgenden Monaten keineswegs zum Vorteil der Sozialpartner aus. Denn sie schuf einen Zustand der Rechtsunsicherheit, in dem die Arbeitnehmer – je linker, desto eher – nicht nur von der Selbstverständlichkeit der Koalitionsfreiheit, sondern auch von einem Streik*anrecht* ausgingen, das schließlich selbst die Beamten im Eisenbahnerausstand Anfang 1922 für sich in Anspruch nahmen. Hingegen glaubten Advokaten auf Unternehmerseite, die „Vereinigungsfreiheit" des Art. 159 der RV viel enger auslegen, ja sogar Unterschiede zwischen „wirtschaftlichen", „wilden" und „politischen" Streiks treffen zu dürfen[31], die vor der Verfassung schwer zu verantworten waren[32]. In Wahrheit waren Streiks (oder Aussperrungen) zwar nicht ausdrücklich garantiert, aber, da nicht verboten, doch erlaubt; ein Streikrecht bestand als „Recht im negativen Sinne" oder, privatrechtlich, als eine „Streikbefugnis"[33]. Im einzelnen richtete sich diese „Befugnis" also nach den Arbeits- oder Angestelltenverträgen, weswegen – einerseits – Beamtenstreiks wie der im Frühjahr 1922 am schwierigsten zu rechtfertigen waren (denn das Arbeitsverhältnis bedeutete für die Beamten einen Vertrag auf Lebenszeit)[34] und, andererseits, selbst Streiks, die nach Tarifvertragsbrüchen geschahen, prinzipiell anzuerkennen waren, da, wie das Landgericht Köln entschied, der Vertragsbruch auf Arbeitnehmerseite oft als ein „unvermeidliches Mittel zur Erreichung eines an sich einwandfreien Zweckes" anerkannt werden müsse[35]. In einer derartigen Situation, in der Arbeitskämpfe

---

30 Apelt, S. 364.

31 Dazu Feuerherdt, S. 7 f.

32 Potthoff, Stellung, S. 269. Der „politische" Streik war von der RV insofern nicht betroffen, als diese ihn nicht, im Gegensatz zum „wirtschaftlichen", durch Art. 159 schützen konnte. Allein deswegen war es dem Reichspräsidenten aufgrund Art. 48 möglich, ihn zu indizieren. Der „wilde", d. h. der ohne Zustimmung der Gewerkschaftsführung vom Zaun gebrochene Streik betraf arbeitsrechtlich nur die Gewerkschaften, ihre Mitglieder und Arbeitgeber, den Staat jedoch nur insoweit, als das staatliche Schlichtungswesen, das bis 1933 nie verbindlich abgeschlossen wurde, mit hineinspielte.

33 Potthoff, Stellung, S. 264 f.; Feuerherdt, S. 9.

34 Der Eisenbahnerstreik v. Februar 1922 stellt (vom Generalstreik im März 1920 abgesehen) das einzige Mal in der Geschichte der Weimarer Republik dar, daß Staatsbeamte einen nationalen Streik organisierten. Zum Streik das Material im Geheimen Staatsarchiv Berlin, 84a/8056.

35 Potthoff, Stellung, S. 264.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich wegen des halbfertigen Gesetzwerkes quasi „neben dem Rechte" (Potthoff[36]) abspielten, konnte eine rechtlich unzureichend befestigte Stelle[37] wie die Technische Nothilfe leicht zusätzliche Verwirrung stiften. Sie konnte sogar von sich aus Unrechtmäßigkeiten verursachen, weil sie sich selbst einen amtlichen Status zulegte und weil ihre juristischen Interpretationen zur Lage – oft nach gerade erfolgtem Streikabwehr-Einsatz und in Stil und Format von einer einschüchternden legalistischen Apodiktik – eine arbeiterfeindliche Haltung zum Streikproblem „von Staats wegen" konstruierten, die in Wirklichkeit so nicht bestand[38].

Wie diese pseudolegale Intervention der Technischen Nothilfe bei eigentlichen Wirtschaftskämpfen aussehen konnte, dafür gibt es mehrere illustrative Beispiele. Schon durch die Tatsache ihrer Existenz übten die TN-Funktionäre eine prophylaktische Funktion aus, die dem Streikverständnis der Arbeitnehmer zum Schaden gereichen mußte; das aber war nicht im Sinne der Verfassung. Die permanente Möglichkeit einer Androhung des Streikbruches, ob nun in „lebenswichtigen" Betrieben oder anderen[39], führte zwangsläufig zu einer Beschneidung der konstitutionell gesicherten „Vereinigungsfreiheit" und der von ihr ableitbaren „Streikerlaubnis". Zu dieser Konsequenz haben sich damals allerdings nur wenige Protagonisten der Technischen Nothilfe offen bekennen wollen, unter ihnen der Jurist Otto Klappert, der 1926 in seiner Tübinger Dissertation urteilte: „Wenn man überhaupt von einem Streikrecht der Arbeiter sprechen will, so muß auch ruhig zugegeben werden, daß die T. N. dieses Recht ohne Zweifel schmälert."[40] Die Aufrichtigkeit dieser Feststellung stach wohltuend von der offiziellen, nach dem Geist der Reichsverfassung gleichwohl in die Irre führenden Version der TN-Funktionäre ab, die Nothilfe taste das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter in keiner Weise an[41]. In der Praxis war das Gegenteil der Fall. Bereits im Oktober 1919 griff die Nothilfe in einen Eisenacher Elektrizitätsarbeiterstreik ein, „was die Arbeiter alsbald zur Wiederaufnahme

[36] Ebenda.

[37] Dazu Dr. von Natzmer, Was ist Technische Nothilfe?, in: Der Arbeitgeber 19 (1929), S. 35–36, insbes. S. 35; Ministerialrat Dr. Hoche, Organisation und Aufgaben der Technischen Nothilfe, in: Deutsches Verwaltungsblatt 51 (1930), S. 786–89, insbes. S. 787; Scholz, S. 7.

[38] In Einzelheiten dazu die vielen Beispiele im TN-Hausorgan DR, 1920–33, etwa Ernst Erich Hampe, Die Regelung des Arbeitskampfes in lebenswichtigen Betrieben, 1924, S. 229–31; Meldung bez. TN-Ortsgruppe Kulmbach, 1920, Nr. 23, S. 15. Auch Nothilfe-Jahrbuch 1921. Hand- und Nachschlagebuch für Behörden, Nothelfer, lebenswichtige Betriebe usw. über die „Technische Nothilfe", bearbeitet im Reichsministerium des Innern, Räder-Verlag, Berlin 1921, S. 53 (bez. Bewertung v. Landarbeiterstreiks).

[39] Vgl. dazu Galperin, S. 98; VDI-Nachrichten, 17. 10. 28, S. 4; Scholz, S. 40.

[40] Klappert, S. 62.

[41] In diesem Sinne Vorwärts, 9. 9. 19; Waldemar Zimmermann, Der Streik in gemeinnötigen Betrieben und die Technische Nothilfe, in: Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt 29, 1919, Sp. 145–50, hier Sp. 148; Bemerkungen der TN zur Reichswirtschaftsrat-Sitzung v. 15. 12. 20, Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis Amsterdam (IG), Grzesinski VI/G 656; Nothilfe-Jahrbuch, S. 52; Ludwig Röthenmeier, Die T. N. von heute, DR 1926, S. 113–17, insbes. S. 116.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Arbeit veranlaßte"[42]. Im bayerischen Ichenhausen nahmen die Elektroarbeiter mehr als ein Jahr später allein „auf die Kunde von dem bevorstehenden Eingreifen der Technischen Nothilfe" hin ihre Arbeiten wieder auf – ihr wirtschaftliches Ziel wurde nicht erreicht[43]. Ähnliches geschah, Ende Dezember 1920, beim Ausstand der Gemeindearbeiter in Breslau[44]. Auf derselben, für das Streikprivileg der Arbeitnehmer gefährlichen Linie lagen die Fälle, in denen Unternehmer sich im Falle eines Streiks weigerten, Notstandsarbeiten durch die betroffenen Arbeiter selbst ausführen zu lassen und stattdessen die TN bemühten[45]. Kritisch wurde es auch, wenn nach erfolgtem Einsatz der Nothilfe einige der Nothelfer statt streikender Arbeiter an Ort und Stelle angeheuert wurden: Das passierte nach dem Ausstand in der Berliner Reichsdruckerei im November 1923 und, wieder in der Hauptstadt, nach dem Müllkutscherstreik ein paar Jahre später[46].

Eine unzulässige Einschaltung der Technischen Nothilfe in die Arbeitskämpfe zum Schaden der Arbeiter wurde dadurch begünstigt, daß für das Ingangsetzen der ohnehin schwerfälligen TN-Maschinerie keine einheitliche Taktik vorgeschrieben war und daß der „Dienstweg" selbst dort, wo er eindeutig festlag (das richtete sich mitunter nach den Bestimmungen der Länder), verhältnismäßig leicht umgangen werden konnte. Generell verbindlich war, nach ihren „Richtlinien", daß die Technische Nothilfe überall in Deutschland nur auf Veranlassung der „Behörden" eingreifen durfte[47]. Darüber hinaus galt in privatwirtschaftlichen Betrieben ein Einsatz der TN erst dann als erlaubt, wenn im Zweifelsfalle ein unparteiischer Sachverständiger gutachtlich hinzugezogen und die Arbeiterschaft zur Durchführung der Notstandsarbeiten aufgefordert worden war[48]. Diese rudimentären Grundsätze indessen sind in vielen nachweisbaren Fällen auf die eine oder andere Weise von den Nothelfern gröblich verletzt worden, meist im vollen Bewußtsein der Parteinahme für die Arbeitgeberseite. Entweder entschied der TN-Führer völlig unabhängig von den „Behörden", ob sein Eingreifen rechtens sei, oder aber er ließ sich, wie öfter bei Landarbeiterstreiks, von den Arbeitgebern verpflichten. Problematisch waren fernerhin solche Situationen, in denen es sich bei den entscheidungsmächtigen Behörden und den Unternehmern um die gleichen juristischen Personen handelte, also etwa dann, wenn im agrarischen Osten Landrat und Regierungspräsident selbst Rittergutsbesitzer waren, oder während des Eisenbahnerstreiks im Reich 1922, als die Reichsbahn

---

[42] Freiheit, 13. 10. 19.

[43] DR 1920, Nr. 11, S. 14.

[44] DR 1921, S. 24.

[45] Dazu Anm. 87.

[46] Helmberger an TN-Hauptstelle, Berlin, 17. 11. 23, BA, R 43 I/722, 1; Die Weltbühne, 9. 3. 26, S. 375.

[47] Dazu „Richtlinien" v. 2. 2. 20, wie in Anm. 3; ferner (für Preußen) Bestimmungen abgedruckt in DR 1924, S. 214; Feuerherdt, S. 37.

[48] Dazu Handbuch der Technischen Nothilfe 1925, hrsg. v. d. Hauptstelle der Technischen Nothilfe Berlin-Steglitz, o. J. [1925], S. 30 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sowohl in ihrer Eigenschaft als Brotgeber wie auch als anordnende Behörde fungierte[49].

Die Kontroverse um Technische Nothilfe und Streiks in der Weimarer Republik wurde dadurch noch verschärft, daß es beiden Seiten nicht gelingen wollte, bei der Klärung des Begriffs „lebensnotwendige Betriebe" übereinzustimmen. Das wurde auch während der Novemberdebatte des Jahres 1928 deutlich, als wieder einmal die Frage aufkam, was denn nun eigentlich als „lebensnotwendig" zu gelten habe[50]. Bis 1920 hatte man sich zumindest in Regierungskreisen auf die Formel geeinigt, daß als „lebenswichtig" oder „gemeinnötig" *Erhaltungs*arbeiten sowohl in öffentlichen als auch in privaten Betrieben anzusehen, daß aber *Produktions*leistungen nur in gemeinnützlichen und in solchen privaten Unternehmen zulässig seien, die ein Minimum an Gütern „im Interesse des Allgemeinwohls" produzierten[51]. Damit war das Problem einer verbindlichen Definition aber noch nicht gelöst, ließen sich doch mehrere Grade von „Lebensnotwendigkeit" in den volkswirtschaftlichen Erzeugungs- und Konservierungsprozessen ausmachen. Allgemeiner Konsens herrschte eigentlich nur hinsichtlich der Notwendigkeit der Energiebetriebe, der sog. „Elgawa"-Werke[52], sowie der Kranken-

---

[49] Exemplarisch sei hier auf den „wilden" Landarbeiterstreik zu Römstedt (Kreis Uelzen) verwiesen. Der Oldenstädter Landrat hatte im Sommer 1923 eigenmächtig den Einsatz der TN verfügt, ohne vorher die Genehmigung der übergeordneten Instanzen einzuholen, „um den Streik im Keime zu ersticken und um zu verhüten, daß derselbe auf andere Ortschaften übergreift". Der Reg.-Präs. von Lüneburg meinte daraufhin, er könne „aus dem vorliegenden Bericht [des Landrats] eine unmittelbare Gefahr, die den sofortigen Einsatz der Technischen Nothilfe ohne Einholung der ... Entscheidung [auf dem Instanzenwege] rechtfertigt, nicht erkennen", worin ihm der hann. Oberpräsident beipflichtete (Korr. bez. Römstedter Landarbeiterstreik v. August 1923, Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover (NH), Hann. 80, Lüneburg III, XXV, 13). Siehe ferner Vermerk Landrat, Harburg, 12. 2. 24, NH, Hann. 80, Lüneburg III, XXX, 142. Auch Prot., 86. RT-Sitzung, 16. 3. 21, S. 3064, BH, MWi 5624, Bezirksamt Starnberg an Regierung Oberbayern, Starnberg, 28. 6. 21, BH, MInn 66361; Deutscher Metallarbeiterverband an Ministerium für Soziale Fürsorge, Amberg, 6. 10. 24, BH, MInn 66360; Ehrenteit, S. 31; Koch an Staatsministerium d. Innern, München, 1. 9. 28, BH, MInn 66365; Lummitzsch, Einsatzwochenbericht für die Zeit v. 6.–18. 8. 23, Steglitz, 22. 8. 23, TN, Einsatzwochenbericht für die Zeit v. 25. 11.–1. 12. 23, BA, R 43 I/722, 1. Hierzu die enthüllenden Bemerkungen in DR 1922, S. 242; ferner das im Text bei Anm. 77 erwähnte Beispiel. Zum Prinzipiellen des Problems kritisch noch Vorwärts, 18. 10. 24; Die Weltbühne, 9. 3. 26, S. 371, 374; Teno. Die Technische Nothilfe als Klassenwaffe der Bourgeoisie gegen das Proletariat, Berlin 1923, S. 23.

[50] Prot., 21. RT-Sitzung, 29. 11. 28, S. 545 f., 549, 554, BH, MK 15385.

[51] So die Kolportierung bei Feuerherdt, S. 41. Vgl. dazu Kahlmann, S. 132; Momsen, S. 63 f.

[52] Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke. Vgl. dazu „Richtlinien" v. 2. 2. 20, § I, wie in Anm. 3; Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung an Staatssekretär Reichskanzlei, Berlin, 5. 5. 23, IfZ, MA-155. Ferner Feuerherdt, S. 15; Ministerialrat Dr. Frielinghaus, Zur Frage der Streiks in gemeinnötigen Betrieben, in: Deutsches Arbeitsrecht 9, 1923, Sp. 717–22, hier Sp. 718.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

anstalten[53]. Wo es sich um Tod oder Leben handelte, hatten es selbst die Kommunisten schwer, ihrer ansonsten konsequenten Opposition gegen die Technische Nothilfe („Teno" im KP-Jargon) den nötigen Nachdruck zu verleihen. Auf die aufschlußreichen Statistiken aus dem Bereich der Krankenfürsorge vermochten die TN-Funktionäre denn auch jahraus, jahrein zu verweisen. Während des Generalstreiks im März 1920 habe die Nothilfe in 196 lebenswichtigen Betrieben eingegriffen, darunter 16 Krankenhäuser – so schrieben sie 1924[54]. Noch 1930 zitierten sie einen Aufruf der brandenburgischen Ärztekammer vom Jahre 1922, in dem es hieß, die Kranken lägen während eines Kraftwerkstreiks „in kalten Zimmern und Sälen, weil wegen des fehlenden Wassers und der Kohlennot die Dampfheizung nicht in Betrieb gehalten werden kann. Ebenso ist die vorschriftsmäßige Bereitung des Essens, vor allem das regelmäßige Anwärmen der Milch für Säuglinge und Kleinkinder unmöglich"[55]. In einer Reichstagsdebatte zur Frage der Technischen Nothilfe wußten am 7. April 1922 auch Vertreter von DVP und SPD von Fällen zu berichten, in denen Patienten an den Folgen eines Energiestreiks gestorben waren[56].

Im übrigen aber bestand bei TN-Funktionären wie Politikern Einmütigkeit darüber, daß der Begriff „lebenswichtig" dehnbar, weil er von seiten des Staates niemals verbindlich definiert worden sei[57]. Statt zu Beginn der von Streiks geschüttelten Republik eine gesetzlich bindende Norm für den umstrittenen Terminus zu schaffen, verlängerten die Behörden den ursprünglich 1920 erstellten Katalog lebenswichtiger Betriebe mit der Zeit immer mehr, so daß der demokratische Abgeordnete Dr. Külz am 29. November 1928 im Reichstag konstatierte, die „Richtlinien" der TN von einst bedürften nun einer Revision, „und zwar nicht nach der extensiven, sondern nach der einschränkenden Seite"[58]. Das aber rührte wieder an Verfassungsfragen. Gewiß demonstrierte die Ausdehnung eines potentiellen Ausnahmezustandes, wie ihn der Erlaß Eberts vom November 1920 vorsah, auf immer neue Gebiete der Volkswirtschaft den grundsätzlichen Willen des Gesetzgebers zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande. Damit verbunden war aber zugleich die implizite Anerkennung einer fortlaufenden Einschränkung wirtschaftlicher Sicherheiten für ganze Sozialgruppen in der Republik, gestützt allein durch Art. 48 der Reichsverfassung, der das Fundament für alle Verordnungen bezüglich der Gemeinnötigkeit bildete. Dazu kam, daß die Verordnungen über die Jahre von verschiedenen Behörden, also nicht nur vom

[53] Frielinghaus, Sp. 718.

[54] Die Technische Nothilfe. Wesen, Aufbau, Wirken, o. O., o. J. [1924], Druckschrift im Universitätsarchiv Erlangen, Fach 67, gelb, Nr. 1 (S. 9). Dazu auch DR 1920, Nr. 21, S. 14.

[55] Die Technische Nothilfe im Dienste, T. V. 53, S. 2.

[56] Prot., 205. RT-Sitzung, 7. 4. 22, S. 7018 ff., BH, MWi 5624.

[57] Dazu Hilb, S. 151; Dr. Posse, Zum Streik in gemeinnötigen Betrieben, in: Deutsches Verwaltungsblatt 40 (1919), S. 403–05, insbes. S. 403; Overmann, S. 10 f.; Frielinghaus, Sp. 718 f.

[58] Prot., 21. RT-Sitzung, 29. 11. 28, S. 546, BH, MK 15385.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reichspräsidialamt, sondern auch vom Reichsinnenministerium, von Militärstellen oder auch von den Länderregierungen[59], erlassen werden konnten. Das mochte zwar kurzfristig zu einer Kompetenzverwirrung auf Kosten einzelner Staatsorgane führen, bewirkte auf lange Sicht aber eine generelle Kompetenzerweiterung zugunsten der Staatsexekutive schlechthin. Der Berliner Anwalt Dr. Robert Hilb, Justitiar der Elektrowerke A.-G., hat dies 1925 anhand treffender Beispiele zeigen können. Eine Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920 habe als lebenswichtige Betriebe die „öffentlichen Verkehrsmittel sowie alle Anlagen und Einrichtungen zur Erzeugung von Gas, Wasser, Elektrizität und Kohle" bezeichnet. Am 25. Oktober 1923 indessen habe der Befehlshaber des Wehrkreises III in Berlin als lebenswichtige Betriebe alle Anlagen aufgeführt, die „zur Erzeugung und Lieferung von Gas, Wasser und Elektrizität dienen, die Kanalisation, alle Anlagen zur Erzeugung, Bearbeitung und Verteilung von Lebensmitteln, Notendruckereien aller Art, die öffentlichen Verkehrsmittel einschließlich der Post- und Telegraphenanlagen und die Krankenanstalten ... [sowie] sämtliche Anlagen zur Gewinnung, Weiterverarbeitung von Brennstoffen aller Art über und unter Tage"[60].

Die von Anbeginn erkennbare prinzipielle Bereitschaft der Behörden, die Interpretation des Schlüsselbegriffs „lebenswichtig" eher großzügig zu handhaben, mußte zwangsläufig früh zur Aufnahme solcher wirtschaftlicher Betriebsarten in die Protektionslisten führen, deren Erzeugnisse sachlich nicht als lebenserhaltend anzusehen waren. Als hervorstechendstes Beispiel seien hier Herstellungsfirmen für Spirituosen erwähnt. Die unglückliche Einstufung von Brennereien als „lebenswichtig" bereits in den „Richtlinien" vom 2. Februar 1920 wurde in den zwanziger Jahren zum beliebtesten Streitobjekt der Linksradikalen in ihrem Kampf gegen die Technische Nothilfe; die Regierungsparteien aber gaben sich gegenüber den Kommunisten eine unnötige Blöße[61]. Inwieweit Brauereien lebenswichtig seien, wurde im Reichstag 1928 schließlich auch von Sozialdemokraten, nicht ohne spöttischen Seitenblick auf die bayerischen Abgeordneten, gefragt. Was diesen Punkt anging, so bemühten sich die Propagandisten der Technischen Nothilfe seit 1920 besonders, die TN-Aktionen in den Bierfabriken (unter Hinweis auf die Notwendigkeit von Pferdepflege und Malzerhaltung) plausibel zu machen; schließlich hatten allein im Jahre 1920 von 716 Einsätzen in „gemeinnötigen" Betrieben 29 in Brauereien stattgefunden, das waren 4 Prozent der Gesamtheit. Wie verwischt die Grenze zwischen Güter*erhaltung* und Güter*produktion* bzw. -vertrieb in Wirklichkeit überall war, zeigt gerade der Fall eines 1928 im Reichstag erwähnten Münchner Bierbrauerstreiks. Den Abgeordneten wurde vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) unterbreitet, die TN sei in München nicht für Notstandsarbeiten, sondern „unter

---

[59] Beispiel für Preußen 1921 bei Scholz, S. 5.

[60] Hilb, S. 150. Vgl. dazu auch Peters, Sp. 159 f.

[61] Vgl. Nothilfe-Jahrbuch, S. 45; DR 1920, Nr. 22, S. 15; Teno, S. 27.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem Schutz der Polizei – zum Bierfahren, also zu reiner Streikbrucharbeit" herangezogen worden[62].

Die routinemäßige Inschutznahme der TN-Aktionen in diesen und anderen Fällen durch rechte Parlamentarier[63] legte den Verdacht einer Kollusion zwischen rechtskonservativer Staatsauffassung und materiellen Unternehmerinteressen nahe. Die Quellen lassen keinen Zweifel daran, daß die Arbeitgeber durch die den Politikern bequeme Definition von „lebenswichtig" gegenüber den Arbeitnehmern außergewöhnlich begünstigt worden sind. Wenn die Technischen Nothelfer nicht nur im Münchner Bierbrauerstreik, sondern auch in anderen zahlreich dokumentierten Fällen in den Betrieben der Privatunternehmer wissentlich Arbeiten leisteten, die gänzlich oder teilweise produktiven Charakter besassen[64], so taten sie dies nach einer – von den rechten politischen Kreisen gestützten – Unternehmerphilosophie, die handfeste kapitalistische Interessen geschickt mit dem nebulösen Abstraktum „volkswirtschaftliche Werte" zu umschreiben wußte[65]. Letzten Endes waren dann alle Betriebe gemeinnötig und gemeinnützlich. „Wenn man sich auf dieses Gebiet begibt, gibt es keine Grenze mehr."[66]

---

[62] Zu diesem Komplex insgesamt Nothilfe-Jahrbuch, S. 45, 229; Prot., 21. RT-Sitzung, 29. 11. 28, S. 554, BH, MK 15385; DR 1920, Nr. 2, S. 14, Nr. 15/16, S. 16; ebenda 1921, S. 185, 355; ebenda 1923, S. 59, 69; ebenda 1924, S. 95; Die Technische Nothilfe in Bayern. Bericht über Einsatz der T. N. zur Zeit des Generalstreiks Mitte März 1920, o. J., BH, MWi 5624; Einsatzwochenbericht TN für die Zeit vom 11.–17. Nov. 1923, BA, R 43 I/722, 1.

[63] Beispiel: Nach einem rheinhessischen Weinarbeiterstreik mokierten sich kommunistische Abgeordnete in der RT-Sitzung vom 7. 4. 22 über Winzereien als angeblich lebenswichtige Anlagen und riefen: „Wein ist ein wichtiges Volksgetränk!" Darauf kam die Rechtfertigung des einstigen Kapp-Sympathisanten Oskar Maretzky (DVP): „Es ist bezeichnend für die volkswirtschaftliche Einsicht dieser Herren, daß sie sagen, der Weinbau sei nicht wichtig." (Prot., 205. RT-Sitzung, 7. 4. 22, S. 7009, BH, MWi 5624.) Zu Maretzkys politischer Disposition vgl. Henry Ashby Turner Jr., Stresemann and the Politics of the Weimar Republic, Princeton [N. J.] 1963, S. 50–55.

[64] Beispiele: Erzeugung elektrischen Stroms zu Produktionszwecken in Berlin (Berliner Morgenpost, 9. 10. 19); völlige Inbetriebstellung des gerade erst gebauten Wasserwerks Saspe (DR 1920, Einführungsheft, S. 14); Entladen von Kähnen während des Berliner Mühlenarbeiterstreiks (Vorwärts, 16. 10. 20); Entladen von Schiffen u. Waggons im Metallarbeiterstreik Königsberg (Prot., 205. RT-Sitzung, 7. 4. 22, S. 7000, BH, MWi 5624); Stromversorgung von Kinos bei Dettingen (Neue Zeitung, 17. 4. 22); Verladung von Waggons zwecks Kundenbelieferung mit Roheisen in Amberg 1924 (Korr. Amberg in BH, MInn 66360; SPD-Fraktion, Bayer. LT, an Bayer. Kultusministerium, München, 15. 10. 24, BH, MK 15385).

[65] In diesem Sinne Nothilfe-Jahrbuch, S. 134. Dazu die Kritik von Alfred Fellisch, Technische Nothilfe und Arbeiterschaft, in: Die Glocke, 16. 1. 22, S. 1187–91, hier S. 1189 f.

[66] So der USPD-Abgeordnete Dißmann im RT (Prot., 205. RT-Sitzung, 7. 4. 22, S. 7042, BH, MWi 5624). Eben diese Auffassung wird für die Arbeitgeberseite vertreten in: Die technische Nothilfe, o. J. [Herbst 1921], IG, Grzesinski VI/G 654.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Den Arbeiterführern war klar, daß die Konsequenz dieses Arguments nur das Ende der Streikfreiheit sein konnte[67].

Auf die Verbindung von Unternehmerinteressen und Streik deutete auch die Bemerkung des KPD-Delegierten Bertz in der Reichstagssitzung vom November 1928 hinsichtlich „enger Beziehungen" zwischen Technischer Nothilfe und mächtigen Arbeitgeberverbänden wie dem Reichsbund der deutschen Industriellen oder dem Reichslandbund[68]. Bertzens Aussage war nicht aus der Luft gegriffen. Das Engagement der Unternehmer für die TN richtete sich jeweils nach dem Wirtschaftszweig sowie dem Grad der wirtschaftsorganisatorischen Konzentration. Auf einen Nenner gebracht, ließe sich sagen: Je ausgeprägter der monopolistische Charakter der Wirtschaftsform bzw. der Betriebsart, desto offenkundiger die Interdependenz mit der Technischen Nothilfe.

Diese Gesetzmäßigkeit wurzelte in den Bedingungen, unter denen sich die verschiedenen Formen des Unternehmertums, in Industrie und Landwirtschaft, nach dem Zusammenbruch von 1918 entwickelten. Für das Wachstum der TN von größter Bedeutung waren die in den ersten Nachkriegsjahren das gesamte übrige Wirtschaftsleben stark überschattenden Verhältnisse in der monopolistisch ausgerichteten Schwerindustrie. Diese erzeugte Grundstoffe zur Weiterverarbeitung in der Leicht- und Fertigwarenindustrie; durch den Streik ihrer Arbeiter konnte das Wirtschaftsleben der Nation auf einen Schlag lahmgelegt werden. Zum Ersatz solcher privatwirtschaftlicher Arbeitnehmer wurde die TN daher vorwiegend eingesetzt. Die prinzipielle Einstellung der meisten Großunternehmer nach der Revolution von 1918 war staatspolitisch restaurativ (was taktische Zugeständnisse an die demokratische Republik jedoch keineswegs ausschloß) und sozialpolitisch arbeiterfeindlich[69]. In der zusammen mit den Gewerkschaften im November 1918 begründeten Zentralarbeitsgemeinschaft (ZAG) erblickten die Großindustriellen hauptsächlich ein Instrument zum Überleben inmitten revolutionsartiger Wirren, das sie im Bündnis mit den Gewerkschaftsführern am liebsten gegen die Arbeitnehmer selbst gekehrt hätten[70]. Das wurde

---

[67] Dieser Schluß findet sich in: Prot. der Sitzungen des Gewerkschaftskongresses (ADGB) v. 28. 9.–1. 10. 21, IG, Grzesinski VI/G 658 (S. 37); Teno, S. 17.

[68] Prot., 21. RT-Sitzung, 29. 11. 28, S. 549, BH, MK 15385.

[69] Dazu Oertzen, S. 247, 253 f.; Gerald D. Feldman, German Business Between War and Revolution. The Origins of the Stinnes-Legien Agreement, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag, Berlin 1970, S. 312–41; Lothar Albertin, Faktoren eines Arrangements zwischen industriellem und politischem System in der Weimarer Republik 1918–1928, in: Hans Mommsen u. a. (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.–17. Juni 1973, Düsseldorf 1974, S. 658–74.

[70] Hierzu Feldman, S. 338; Albertin, S. 660; Hans H. Biegert, Gewerkschaftspolitik in der Phase des Kapp-Lüttwitz-Putsches, in: Mommsen, S. 190–205, insbes. S. 197. Der einseitige Unternehmerstandpunkt wird unkritisch referiert bei Hans von Raumer, Unterneh-

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

beispielsweise nach dem Generalstreik 1920 deutlich, als die Arbeitgeber-Partner in der ZAG nur mit Mühe von den Gewerkschaftsfunktionären überredet werden konnten, die Arbeiter, die für die Republik gestreikt hatten, regulär zu entlohnen[71]. Die ZAG zerbrach 1923/24, nicht zufällig zu einem Zeitpunkt, da die Montanunternehmer am Anfang der wirtschaftlichen Stabilisierungsphase Anstalten trafen, eine der für die Arbeiterschaft wichtigsten Errungenschaften vom November 1918 rückgängig zu machen, nämlich die Garantie eines Achtstundentages[72]. Die Großindustrie demonstrierte ihren aus der Wilhelminischen Ära in die Republik hinübergeretteten „Herr-im-Hause"-Standpunkt weiterhin durch eine – soweit möglich – restriktive Lohnpolitik ebenso wie durch ihre mangelnde Bereitschaft zur Anerkennung des (bis zum Ende der Republik niemals voll ausgebildeten) staatlichen Schlichtungswesens, das, gemäß den sozialpolitischen Intentionen der Staatsgründer, bei der Lösung von Streikproblemen eher die Arbeitnehmer als die Arbeitgeber begünstigte[73]. Insbesondere 1928, im Jahr der entscheidenden Reichstagsdebatte, kam es aufgrund der Nichtachtung staatlicher Schiedssprüche auf Unternehmerseite zu Aussperrungen von Arbeitern, in deren Verlauf die Technische Nothilfe eine eindeutig unternehmerfreundliche Rolle spielte[74].

Wenn es daher hieß, die TN entwickle sich immer mehr zu einer „Schutztruppe des Unternehmertums"[75], so läßt sich dies mit Material aus dem Bereich der Großindustrie am überzeugendsten dokumentieren[76]. Nicht viel anders als die Großindustriellen verhielten sich Großagrarier oder auch mittlere landwirt-

---

mer und Gewerkschaften in der Weimarer Zeit, in: Deutsche Rundschau 80 (1954), S. 425–34; Gerhard Erdmann, Die deutschen Arbeitgeberverbände im sozialgeschichtlichen Wandel der Zeit, Neuwied u. Berlin 1966, S. 101, 108 f.

[71] Hierzu am klarsten Gerald D. Feldman, Big Business and the Kapp Putsch, in: Central European History 4 (1971), S. 99–130.

[72] Gerald D. Feldman, The Social and Economic Policies of German Big Business, 1918–1929, in: The American Historical Review 75 (1969), S. 47–55, hier S. 52; Richard Seidel, The Trade Union Movement of Germany, Amsterdam 1928, S. 125 f.; Preller, S. 274 f., 306, 319. Der Unternehmerstandpunkt bei Erdmann, S. 154–57.

[73] Zum Schlichtungswesen und der Einstellung der Unternehmer eingehend Preller, S. 231 f., 255–61, 313–19, 359, 399–407; Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1928, S. 99 f., 366 f. Zu Einzelbeispielen Fränkische Tagespost, 25. 9. 24; Interpellation, Beilage 465, Bayer. LT, München, 16. 10. 24, BH, MInn 66360; Prot., 86. RT-Sitzung, 16. 3. 21, S. 3064, 205. RT-Sitzung, 7. 4. 22, S. 6998, BH, MWi 5624; Prot., 77. RT-Sitzung, 18. 6. 25, S. 2426, BH, MInn 66363.

[74] Jahrbuch Sozialdemokratie 1928, S. 365–72; Preller, S. 361, 400 ff.; Feldman, Politics, S. 53; Albertin, S. 671; Hüllbüsch, S. 622. Zur Rolle der TN bei Aussperrungen oder aussperrungsähnlichen Situationen siehe bei Anm. 87.

[75] So zum Beispiel Münchener Post, 31. 1. 21. Fast wörtlich ADGB-Jahrbuch 1925, S. 131.

[76] Siehe die eindeutigen Erklärungen Vöglers (Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller), Blumes (Verein der Industriellen Pommerns), Piatscheks (Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein), Tänzlers (Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) in: Nothilfe-Jahrbuch, S. 239; DR 1920, Nr. 15/16, S. 3, 1924, S. 196, 225, 241.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaftliche Betriebsinhaber, besonders im Osten Deutschlands. Sie genossen aber noch den Vorteil größerer Macht über eine nur mangelhaft gewerkschaftlich organisierte Landarbeiterschaft, die, oft fremdstämmig, eher zu manipulieren war[77]. Der Interessenkonflikt der ländlichen Arbeitgeber erhellt aus einem Ermahnungsschreiben des Preußischen Ministers für Handel und Gewerbe vom November 1923. Es heißt dort: „Ein von mir weitergegebener Einzelfall hat dem Herrn Reichsminister des Innern Gelegenheit gegeben, den Vorstand der Technischen Nothilfe darauf hinzuweisen, daß die Doppelstellung jemandes als örtlicher Führer der Technischen Nothilfe und gleichzeitiger Vertreter des örtlichen landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes unhaltbar und – angesichts des von der Technischen Nothilfe stets betonten Grundsatzes der Neutralität im Wirtschaftskampfe – geeignet sei, in der Öffentlichkeit Zweifel an dem Bestehen dieses Grundsatzes aufkommen zu lassen."[78]

Im Falle der mittleren Fabrikanten, die sich bereits während der Gründung der ZAG aus ihrer speziellen wirtschaftlichen Interessenlage heraus von den Großindustriellen übervorteilt wähnten[79], richtete sich die potentielle Abhängigkeit vom Streikschutz und somit der Bedarf an Technischen Nothelfern ganz nach der Größe ihrer Betriebe und deren Streikanfälligkeit, die überdies noch örtlich bedingt war[80]. Wenn sich dagegen bis 1928 wiederholt die Dach- und Regionalverbände mittlerer und kleinerer Gewerbetreibender, namentlich Handwerksinnungen und Kaufmannsvereine, ostentativ hinter die Technische Nothilfe stellten[81], so lag das nicht in der Streikanfälligkeit ihrer Betriebe (die faktisch kaum gegeben war) beschlossen, sondern in der wirtschaftspolitischen Isolation, die diese Kleinunternehmer bis zum Einbruch des Nationalsozialismus Anfang der dreißiger Jahre zu einer Angleichung an die sozio-ökonomische und ideologische Mentalität der großen Arbeitgeber zwang, so daß sie mit jenen vollauf

---

[77] Dazu Jens Flemming, Großagrarische Interessen und Landarbeiterbewegung. Überlegungen zur Arbeiterpolitik des Bundes der Landwirte und des Reichslandbundes in der Anfangsphase der Weimarer Republik, in: Mommsen, S. 745–62; ferner Dieter Geßner, Industrie und Landwirtschaft 1928–1930, ebenda, S. 762–78. Vgl. auch Kreisdirektion Wolfenbüttel an Braunschweigischen Innenminister, Wolfenbüttel, 20. 9. 22, Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel (NSAW), 12 A Neu, 13h/16096.

[78] Siering an Oberpräsidenten, Berlin, 22. 11. 23, NH, Hann. 80, Lüneburg III, XXV, 10. Dazu das Parallelbeispiel für die Industrie im letzten Teil der Anm. 124.

[79] Vgl. vor allem Feldman, Origins, S. 339 f.; ferner Biegert, S. 197.

[80] Zum Beispiel eines mittleren Betriebes, der im März 1921 Nothelfer anforderte, um 5 Eisenbahnwaggons ausladen zu können (was in diesem Falle mit „wirtschaftlichem Interesse ... in Anbetracht des Wagenmangels" begründet wurde), siehe J. Brüning & Sohn AG, Werk Lüneburg, an Güterabfertigungsstelle Lüneburg, Lüneburg, 3. 3. 21, NH, Hann. 80, Lüneburg III, XXX, 142. Ferner sind die Liegnitzer Gurkeneinlegereien u. Sauerkohlwerke 1924 vom Liegnitzer Regierungspräsidium als „lebenswichtige Betriebe" und daher TN-schutzbedürftig eingestuft worden (Vorwärts, 18. 10. 24).

[81] Dazu die zahlreichen in DR abgedruckten Solidaritätserklärungen, etwa 1921, S. 121, 477; 1924, S. 91, 137 f., 208 f.; 1925, S. 106, 235, 237.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Meinung waren, der „Ausbau der Republik zum Sozialstaat" müsse „aufgehalten" werden[82].

Auffallend, indes keineswegs verwunderlich, sind daher die überlieferten Zeugnisse praktischer Kollaboration zwischen Technischer Nothilfe und Wirtschaftsunternehmungen jeder Gattung von 1919 bis 1928. So lud TN-Vorstand Lummitzsch Ende März 1920 ganz ungeniert zu einer Arbeitskonferenz in Berlin den Deutschen Arbeitgeberverband, die Unternehmerseite der ZAG, den die Interessen der Leichtindustrie wahrnehmenden Hansabund sowie den Reichsbürgerrat, „also die führenden Organisationen des Unternehmertums, aber bezeichnenderweise nicht die Berufsvereine der Arbeiter, Angestellten und Beamten", wie ein demokratischer Teilnehmer hinterher kritisierte[83]. Kaum anderthalb Jahre später machte der Deutsche Industrieschutzverband der Technischen Nothilfe Vorhaltungen, da sie sich – pro forma – nur um die „sogenannten lebenswichtigen Betriebe" kümmere[84]. Bezeichnend war auch, daß in einem „Handbuch für den Dienstbetrieb der Technischen Nothilfe", das von Lummitzsch herausgegeben worden war, „zum Beispiel bei der Landwirtschaft nur die Adressen der Arbeitgeber angegeben werden und ausdrücklich dabei darauf hingewiesen wird, daß bei diesen Stellen die Technische Nothilfe eine treffliche Hilfe finden wird"[85]. Die TN-Zentrale bevorzugte Fachblätter der Industrie zum Abdruck von Hauspropaganda, während Unternehmerkreise wie selbstverständlich in der TN-Zeitschrift „Die Räder" inserierten[86]. Zahlreich waren die Fälle, in denen die Technische Nothilfe den Arbeitgebern bei Aussperrungen assistierte, dadurch daß sie „Nothelfer" zu einem Zeitpunkt schickte, da die Unternehmer die Annahme von Notstandsarbeiten durch die betroffenen Arbeiter bereits verweigert hatten. Das geschah 1921 im Dortmunder Hüttenbetrieb „Union" und in einer Papierfabrik im sächsischen Dreiwerder bei Mittweida ebenso wie 1924 in der staatlichen Luitpoldhütte im oberpfälzischen Amberg[87]. Und wiederholten Vorwürfen, der „Räder-Verlag" diene nebenher – entgegen den Satzungen – als Kollektenzentrum für Schmiergelder aus der Industrie, vermochte die TN nie überzeugend

---

[82] Heinrich August Winkler, Vom Protest zur Panik. Der gewerbliche Mittelstand in der Weimarer Republik, in: Mommsen, S. 778–91, hier S. 783. Vgl. in diesem Zusammenhang auch: Mittelstand und Nothilfe, DR 1923, S. 139.

[83] Bericht Lüdemann, Berlin, 22. 3. 20, Anlage zu Brief Schlicke an Reichsinnenminister v. 24. 3. 20, BA, R 43 I/721, 1.

[84] Die technische Nothilfe, o. J. [Herbst 1921], IG, Grzesinski VI/G 654.

[85] So die Formulierung der SPD-Fraktion, Anfrage 1683, RT 1920/22, Berlin, 16. 6. 22, BH, MWi 5624.

[86] Der Aufsatz „Die Nothilfe für lebenswichtige Betriebe" (!) erschien etwa gleichzeitig in: Farbe und Lack, 11. 11. 20 (S. 207), und Gummiwelt 1920 (S. 166). Vgl. hier nur DR 1920, Nr. 7, S. 15.

[87] Die zitierten Beispiele stammen aus: Prot., 205. RT-Sitzung, 7. 4. 22, S. 6998; Interpellation, Beilage 465, Bayer. LT, München, 16. 10. 24, BH, MInn 66360. Vgl. ferner die in Anm. 73 genannten Dok.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu begegnen[88]. Daß bedeutende Arbeitgeberverbände ebenso wie einzelne Industriebetriebe sich im ganzen Reich nach 1924, als es um die Zukunft der Technischen Nothilfe nicht zum besten stand, bei den verschiedensten Behörden zwecks weiterer Förderung der TN verwendeten, war eine natürliche Konsequenz des unternehmerischen Selbstverständnisses als Partner einer Organisation, deren Arbeiterfeindlichkeit um die Mitte der zwanziger Jahre sprichwörtlich war[89].

Der Schluß, daß Technische Nothilfe und Unternehmertum einerseits und Arbeiterschaft andererseits zwei konträre Sozialgebilde darstellten, war für kritische Beobachter in der Weimarer Republik immer naheliegend. So bezeichnete der SPD-Abgeordnete Limbertz während der Novemberdebatte des Reichstages 1928 die Technische Nothilfe als einen „Fremdkörper" im Leben der Arbeiterschaft und verwies sodann auf die gesellschaftliche Komposition der ehrenamtlichen TN-Belegschaft: 22% seien Landwirte, 21% Techniker, 16% Angehörige freier Berufe, 13% Handwerker, 12% Frauen, 6% Schüler und Studenten und „nur 10 Prozent Arbeiter"[90]. Diese Zahlen, die offensichtlich auf Ziffern für die Jahre 1925/26 basierten[91], wichen nur geringfügig von denen für das Jahr 1921 ab, als die erste Mitgliederstatistik erschien[92]. Sie zeigten von 1921 bis 1928 eine ganz deutliche Präponderanz des Bürgertums, genauer: des unteren und oberen Mittelstandes. Davon zeugten auch die häufigen Beitrittserklärungen typisch bürgerlicher Berufsverbände, wie der Innung der Gold- und Silberschmiede des Landesbezirks Schleswig-Holstein 1920, des Mannheimer Bezirksvereins Deutscher Ingenieure 1922 und des Bezirksvereins deutscher Chemiker Württembergs

---

[88] Vgl. Gewerkschafts-Zeitung 1926, S. 364 f.; Die Gewerkschaft 1926, Sp. 653 f. – Siehe auch DR 1920, Nr. 2, S. 14; Die Weltbühne, 9. 3. 26, S. 375; Gewerkschafts-Zeitung 1926, S. 236; Vorwärts, 26. 1. 30. Dazu auch Anm. 3. Vgl. in diesem Zusammenhang den für den Räder-Verlag ungünstigen Vermerk der Polizeidirektion Bremen v. 31. 12. 27, Staatsarchiv Bremen, 4,65–E, 3, a, 13.

[89] Beispiele: Sächsischer Landbund an Reichs-Landbund, Dresden, 18. 3. 25, Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag an Reichskanzler, Hannover, 15. 3. 26 u. 26. 9. 28, Nationalverband Deutscher Berufsverbände an Luther, Berlin, 13. 5. 25, Landbund Sachsen-Anhalt an Reichsinnenminister, Halle/S., 15. 5. 25, BA, R 43 I/721, 1; Bayerischer Industriellen-Verband an Schenk, München, 29. 10. 28 u. an Bayer. Staatsministerium d. Äußern, München, 21. 11. 28, BH, MWi 5624; Bayerischer Industriellen-Verband e. V., Ortsgruppe Nürnberg-Fürth, an Kreisregierung Mittelfranken, Nürnberg, 14. 11. 28, Vereinigung der bayerischen Arbeitgeberverbände an Staatsministerium d. Innern, München, 9. 5. 25 u. 26. 11. 28, BH, MInn 66371. Vgl. ferner Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte an Regierung Oberpfalz, Rosenberg, 3. 11. 28, ebenda; Aktenvermerk betreff: Auflösung der Technischen Nothilfe, München, 14. 11. 28, BH, MInn 66367. Ferner Gewerkschaftsarchiv 1929, S. 344; Carl Severing, Im Auf und Ab der Republik (= Mein Lebensweg, Bd. 2), Köln 1950, S. 163.

[90] Prot., 21. RT-Sitzung, 29. 11. 28, S. 552 f., BH, MK 15385.

[91] Vgl. Denkschrift Lummitzsch, Berlin, 30. 11. 27 (= Nr. 3734, RT, 3. Wahlperiode 1924/27), BA, R 43 I/721, 1.

[92] DR 1921, S. 422. Für 1922 vgl. DR 1922, S. 331; für 1924 DR 1924, S. 116a.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1926[93]. Bereits 1922 las sich die Liste der privaten und offiziellen bürgerlichen Vereine und Gesellschaften, die sich korporativ hinter die TN gestellt hatten, wie ein Almanach des organisierten deutschen Bürgertums. Sie enthielt den „Bund der Erneuerung wirtschaftlicher Sitte und Verantwortung" ebenso wie die „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften", die „Deutsche Kolonialgesellschaft" und den „Hauptverein für christliche Erbauungsschriften". Ein Jahr später verkündete der TN-Vorstand selbstbewußt, es hätten sich nunmehr „150 wirtschaftliche Berufsverbände, 40 studentische, 45 landwirtschaftliche, 20 konfessionelle und 25 Frauenverbände . . . , außerdem viele Feuerwehrverbände, das Rote Kreuz, die deutsche Ärzteschaft und Vereinigungen sonstiger Art, wie wissenschaftliche Gesellschaften, Turn- und Sportverbände" für die Nothilfe ausgesprochen[94].

Bei öffentlichen Ehrungen und Auszeichnungen profilierten sich vornehmlich Honoratioren. In einer Gruppe von 43 aktiven Nothelfern, denen 1927/28 das „goldene Nothelferabzeichen" verliehen wurde, gehörten 53% dem oberen, 40% dem unteren Mittelstand und nur 7% der Arbeiterschaft an[95]. Das kam einer Überrepräsentierung des gehobenen Bürgertums etwa zum Fünfzehnfachen seines Anteils an der Erwerbsbevölkerung, dagegen einer Unterrepräsentierung der Arbeiterschaft etwa zum Fünffachen gleich, während der Anteil des Kleinbürgertums noch ein Drittel unter dem an der Reichsbevölkerung lag[96]. Die Orts- und Landesgruppenführer selbst entstammten hauptsächlich großbürgerlichen, oft akademisch-technischen Berufen[97].

Innerhalb der TN-Mitgliedschaft des oberen Mittelstandes stellten die Schüler gehobener Lehranstalten sowie die Studenten an Universitäten und Technischen Hochschulen einen bemerkenswert starken Prozentanteil. Sie waren ja auch der aktive Teil bei den Einsätzen: In Berlin waren während des Generalstreiks 1920 23% aller angetretenen Nothelfer Studenten (einschließlich einiger Mittel- und Oberschüler), im Gesamtreich waren es 1924 etwa 11%[98]. Da die Hochschüler bis über die Mitte der zwanziger Jahre hinaus den vom Selbstverständnis der

---

[93] DR 1920, Nr. 11, S. 15; DR 1922, S. 289; Zeitschrift für angewandte Chemie 36 (1926), S. 200.

[94] DR 1922, S. 55; DR 1923, S. 131.

[95] Berechnungen nach DR 1927, S. 140, und DR 1928, S. 58.

[96] Zu Schichtungskriterien und Anteilsberechnung vgl. Michael H. Kater, Zum gegenseitigen Verhältnis von SA und SS in der Sozialgeschichte des Nationalsozialismus von 1925 bis 1939, Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 62 (1975), S. 339–79, insbes. S. 355 f., Anm. 74.

[97] DR 1920, Nr. 10, S. 13; DR 1923, S. 123; DR 1924, S. 61; DR 1927, S. 288. Dazu auch Liste der Landesbezirks-Leiter in: Die Tätigkeit der technischen Nothilfe während des Kapp-Putsches und unsere dazu getroffenen Maßnahmen, bearbeitet von der Reichssektionsleitung der Elektrizitätswerke, Berlin 1920, S. 4.

[98] DR 1920, Nr. 2, S. 14; DR 1924, S. 166a.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ehemals herrschenden Eliten geprägten politischen und sozio-ökonomischen Wertvorstellungen anhingen, mußten sie sich einer Organisation verbunden fühlen, die ihre Förderung in der Republik weitgehend den Interessen großbürgerlicher Kreise verdankte[99]. Ein zweiter wichtiger Faktor war die Praxisnähe bestimmter Hochschuldisziplinen, gerade der an technischen Hoch- und Fachschulen, zu den innerhalb der „Hilfs"-Aktionen notwendigen Spezialarbeiten. Damit im Zusammenhang stand gerade im ersten Jahr der Nothilfe der Aspekt des Frontstudententums; Anfang 1919 ließen sich viele studierende Weltkriegsoffiziere d. Res. als „Zeitfreiwillige" anwerben. In solchen Orten, wo es sowohl höhere Studienanstalten wie Militärstützpunkte gab, wurden die ersten Nothilfe-Brigaden ausschließlich von Studenten gebildet: so von stud.-ing. Förderreuther in München, aber auch in Berlin und im Raum Hannover[100]. Drittens boten sich die Studierenden, deren Berufsaussichten nach dem Studium in der Gesamtphase der Weimarer Republik bestenfalls unsicher, meist aber schlecht waren[101], den Unternehmern, Behörden und nicht zuletzt der Technischen Nothilfe selbst als ideale Zielgruppe für ihre Werbung dar. Studenten konnten, wie es gelegentlich des Eisenbahnerstreiks 1922 versucht wurde, durch das Angebot einer raschen Spezialausbildung mit anschließendem „Berufs"-Einsatz kurz- oder langfristig für die TN verpflichtet werden[102]. Soweit eine demokratische Grundeinstellung überhaupt vorhanden war und sie Streikbrecherdienste leisten mußten, wurden solche Hochschüler ideologisch zum Opfer ihrer materiellen Notlage. Das war aber nicht die Regel; allgemein läßt sich urteilen, daß die Studierenden zum Kern des reak-

---

[99] Zum Selbstverständnis der Studenten Jürgen Schwarz, Studenten in der Weimarer Republik. Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik, Berlin 1971; ferner Michael H. Kater, Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918–1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik, Hamburg 1975. – Zum Verhältnis der Studenten zur TN DR 1920, Nr. 23, S. 15; DR 1921, S. 231, 279, 356. Ferner Otto Lummitzsch, Die Technische Nothilfe (TN). Ein Beitrag zur Zeitgeschichte, MS, o. O., o. J., BA, Kl. Erw. 394–1/2/3 (S. 73–77); H. Pahl, Studenten und Technische Nothilfe, in: Burschenschaftliche Blätter, 21. 11. 19, S. 36–37; Dr. Jacobsen, Die Technische Nothilfe und der Student, in: Hamburger Universitäts-Zeitung 2 (1920/21), S. 221–23; Matthäus Selzer, Studenten als Nothelfer, in: Deutsche Akademische Rundschau, 15. 11. 26, S. 9.

[100] Die Wirren, S. 227; Möhl an Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten u. a., München, 9. 9. 19, Förderreuther an Bayer. Gruppenkommando IV, Geheim, München, 17. 9. 19, Rohmer an TN Berlin, Berlin, 12. 11. 19, BH, MWi 5624; Prot., Kreisleiter-Versammlung, 21. 4. 20, BH, MInn 66325; DR 1920, Nr. 15/16, S. 16 f.; Lummitzsch, Nothilfe, S. 24; Technische Nothilfe. Entstehungsgeschichte, o. J., BA, R 43 I/721, 1.

[101] Dazu Kater, Studentenschaft, S. 67–73.

[102] Eisenbahndirektion Nr. 5322 an Vorstand Maschineninspektion, Geheim, Stuttgart, 12. 4. 22, abgedruckt in: Neue Zeitung, 19. 6. 22; Völcker [Reichsbahndirektion] an Reichsverkehrsministerium [Bayern], München, 17. 11. 22, BH, MInn 66355; Prot., 305. RT-Sitzung, 22. 2. 23, S. 9823 f., BH, MWi 5624; Bericht Reindl über Tätigkeit der Fachgruppe Elektrizität im Jahre 1926 . . ., 24. 11. 26, BH, MInn 66365.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tionären Elements in der Technischen Nothilfe gehörten – hier spielten sie eine ähnlich fatale Rolle wie in den Freikorps[103].

Obwohl die Frauen im aktiven Einsatz der TN lediglich mit einem Prozent vertreten waren[104], unterstrich doch auch ihr Kontingent den Charakter der Nothilfe als einer durch und durch bürgerlichen Einrichtung. Die die TN stützenden Frauenvereine waren sämtlich mittelständisch oder, wie der Reichsverband deutscher Gutsbeamtinnen, zumindest unternehmerfreundlich[105]. Im Einklang mit einer auf Ruhe, Ordnung und Wirtschaftsfrieden bedachten Gesinnung hatten die Argumente von Frauenführerinnen wie Else Lüders für die Technische Nothilfe etwas bewußt Anti-Emanzipatorisches an sich, was sich allein durch die emphatische Betonung sozialer Ordnungssymbole wie „Kinder", „Hausmutter" und „Familie" offenbarte[106]. Gefährlicher noch: Der Idealismus der Frauen, „anderen zu helfen", mußte sich spätestens im Ernstfalle des praktischen TN-Einsatzes als irregeleitet erweisen, wenn die unterprivilegierte Schicht der Arbeiter als sozialpolitisches Feindobjekt sichtbar wurde. Nur unter diesem Gesichtspunkt kann man heute die oft unfreiwillig komischen Erlebnisschilderungen mancher „Damen aus besseren Kreisen"[107] kritisch einordnen. Im übrigen kokettierten Frauen wie „Hedwig von Bredow, geb. v. Stechow, Vorsitzende des Frauenbundes der Deutschen Kolonialgesellschaft", nur mit dem Engagement in den Realitäten der rauhen Arbeitswelt, wenn sie von „Liebesarbeit" innerhalb der TN schwärmten[108]. Es war chic, nach dem Kochen der „wunderbar brodelnden" Erbsensuppe mit „Blasen" an den Händen „rechtschaffen müde" ins Bett zu sinken, während die „Schönheit" zu leiden hatte; gesellschaftsfähig, sozial überlegen blieb man noch immer als das „gnädige Fräulein"[109], das, beispielsweise im Katastrophendienst, „in Seidenstrümpfen . . . die entfesselten Elemente an sich vorbeirauschen" ließ.

---

[103] Dazu die den Kapp-Putsch betreffenden Bemerkungen bei Wolfgang Zorn, Die politische Entwicklung des deutschen Studententums 1918–1931, in: Kurt Stephenson u. a. (Hrsg.), Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert, Bd. 5, Heidelberg 1965, S. 223–307, hier S. 256. Vgl. auch Neue Zeitung, 17. 4. 22.

[104] Vgl. Anm. 98.

[105] Vgl. DR 1920, Nr. 21, S. 15; DR 1921, S. 103; Lummitzsch, Nothilfe, S. 8.

[106] Vgl. Nothilfe-Jahrbuch, S. 243; Frau Dr. Hoffmann-Ludwig, Die Frau als Nothelferin, DR 1923, S. 67–69; dieselbe, Die Technische Nothilfe und die Frauen, in: Concordia 27 (1920), S. 180–81; Agnes Aßmann, Die Hilfe der Frauen, DR 1920, Nr. 15/16, S. 11, DR, Nr. 18, S. 13.

[107] So spöttisch die Münchener Post v. 14. 5. 20.

[108] Nothilfe-Jahrbuch, S. 244.

[109] Zitate nach: DR 1926, S. 394; Oberlehrerin Marianne Geißler, Wir berufstätigen Frauen und die T. N., DR 1927, S. 214.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die beißende Kritik der Arbeiter[110] erwies sich denn an solchen Punkten stets als besonders treffsicher. Trotz der lauten TN-Propaganda, die Nothilfe-Kolonnen rekrutierten sich „aus allen Schichten der Bevölkerung"[111], war die Quote der Arbeiter in der Technischen Nothilfe etwa dreimal so niedrig wie in der Erwerbsbevölkerung, und zwar schon bevor der ADGB-Funktionär Paul Umbreit 1920 konstatierte, die Zusammensetzung der TN sei derart, „daß die Arbeiterschaft ihr absolut keine Sympathien abgewinnen" könne[112]. Jene Arbeiter, die in der TN-Sozialstatistik mit 10% figurieren, dürften Angehörige der christlich-nationalen Gewerkschaften oder, wie im agrarischen Osten, unter massivem Druck ihrer Arbeitgeber gewesen sein[113]. Für die große Masse der Arbeiter war die Technische Nothilfe, in der Sprache der Kommunisten, eine „Klassenwaffe der Bourgeoisie gegen das Proletariat"[114].

Wenn Unternehmer und andere Vertreter des deutschen Bürgertums innerhalb der Technischen Nothilfe damals einen Block gegen die Arbeiterschaft bildeten, so erhielt dieses Bündnis durch die Sanktionierung des Militärs für den einzelnen Arbeitnehmer eine noch weit bedrohlichere Dimension. Kommunisten hielten der Technischen Nothilfe in der 21. Sitzung des Reichstages 1928 vor, sie habe am 10. Juni in Bissendorf bei Hannover eine sog. „Brandübung" veranstaltet, bei der es sich in Wahrheit „um ein militärisches Manöver unter Hinzuziehung sämtlicher faschistischer Organisationen gehandelt" habe. Der zweite Bahnsteig des Ortes sei für die „Ankunft der Reichswehr bereitgestellt" gewesen[115]. Die unmittelbare Verwandtschaft von Technischer Nothilfe und Militär war natürlich in der Entstehung der TN 1919 als freikorpsähnlicher militärischer Formation begründet. Das zeigte sich damals sowohl personell als auch im Organisatorischen. Die ersten Nothelfer waren Heeres- und Marineingenieure sowie technisches Hilfspersonal. TN-Gründer Otto Lummitzsch, Jahrgang 1886, von Beruf Architekt und Bauingenieur, war bis 1918 Ingenieuroffizier bei technischen Truppenteilen gewesen. Nach Kriegsende in den Zivilberuf zurückgekehrt, hatte er sich Anfang Januar 1919 freiwillig zum Dienst bei der in Berlin stationierten Garde-Kavallerie-Schützen-Division gemeldet und bei deren Kom-

---

110 Das letzte Zitat nach Gewerkschafts-Zeitung 1926, S. 236.

111 Berliner Tageblatt und Handelszeitung, 20. 10. 19. Fast wörtlich noch: Technische Nothilfe, o. O. [Berlin], o. J., Druckschrift in der Bayerischen Staatsbibliothek München [S. 2]. In diesem Sinne heute noch Erich Hampe, Kein Jubiläum – sondern Mahnung. Zum fünfzigjährigen Gründungstag der Technischen Nothilfe, in: Zivilschutz 33 (1969), S. 372–75, hier S. 373.

112 Bemerkungen der TN zur Reichswirtschaftsrat-Sitzung v. 15. 12. 20, IG, Grzesinski VI/G 656. Dazu die realistische Einschätzung der Situation in: Magistrat Harburg an Reg.-Präs. Lüneburg, Harburg, 27. 3. 20, NH, Hann. 80, Lüneburg III, XXX, 143.

113 Vgl. dazu Korrespondenzblatt des ADGB, 4. 3. 22, S. 122; DR 1923, S. 139.

114 Teno.

115 Prot., 21. RT-Sitzung, 29. 11. 28, S. 548, BH, MK 15385.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mandeur, Hauptmann Waldemar Pabst, die Einrichtung der „Technischen Abteilungen" zur Streikabwehr betrieben[116].

Kommunistenhaß inspirierte denn auch die Einzelinitiative des Otto Lummitzsch[117]; das tiefwurzelnde Mißtrauen der deutschen Offizierskaste gegen die Welt der Arbeiter aber prägte den Charakter der Technischen Nothilfe als grundsätzlich proletarierfeindliche Organisation in den ersten Monaten ihres Bestehens entscheidend mit. Generalstabsoffiziere, die bereits im Kaiserlichen Heer Wilhelms II. als Leutnante Streikbrechertruppen befehligt haben mochten[118], gingen im Spätsommer 1919 noch über den Befehl Reichswehrminister Noskes vom 25. Juni hinaus, der den Einsatz militärischer Machtmittel bei Streiks in gemeinnützlichen Betrieben angeordnet hatte, wenn sie, wie der spätere Kapp-Verschwörer General Freiherr von Lüttwitz, ein „unbedingtes Verbot politischer und wirtschaftlicher Streiks" ohne Unterscheidung der Streikmotive forderten[119]. Auf Regionalebene wurden die Nothilfe-Abteilungen nach dem Berliner Muster oft unter der Leitung der reaktionärsten Militärbefehlshaber im Lande aufgestellt; in Rheinland-Westfalen von General Freiherr von Watter, der im April 1919 die gewaltsame Niederschlagung eines radikalen Arbeiterstreiks im Ruhrgebiet vorantrieb, in Bayern von Generalmajor Ritter v. Möhl, nachdem er seine Truppen Anfang Mai 1919 zum Sieg über die Münchner Räteregierung geführt hatte[120].

Selbst nach der formellen Umwandlung der Nothilfe-Organisation in eine zivile Institution Ende September und nach ihrer Etatisierung im Reichsinnenministerium Ende November 1919[121] wurde der Einfluß der Militärs auf die TN nur unwesentlich abgeschwächt. Zu dem Schritt vom November hatte man sich

---

116 Zivilschutz 27, 1963, S. 33 f.; Otto Lummitzsch, Wie die Technische Nothilfe entstand, DR 1933, S. 148–49; ders., Nothilfe, S. 10, 18 f.; Menschen und Menschenwerke, Bd. 2, A, Wien 1925, S. 473; Nothilfe-Jahrbuch. S. 35; Teno, S. 5; Waldemar Pabst, Spartakus, in: Curt Hotzel (Hrsg.), Deutscher Aufstand. Die Revolution des Nachkriegs, Stuttgart 1934, S. 28–44, hier S. 38. Zu Pabst vgl. Gustav Noske, Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920, S. 199. Dazu auch Harold J. Gordon Jr., The Reichswehr and the German Republic, Princeton (N. J.) 1957, S. 24; Elisabeth Hannover-Drück u. Heinrich Hannover (Hrsg.), Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Dokumentation eines politischen Verbrechens, Frankfurt/M. 1967.

117 Vgl. heute Lummitzsch, Nothilfe, S. 18 f., 35 f.; ferner ders., Wie ... entstand, S. 148.

118 Siehe dazu Martin Kitchen, The German Officer Corps 1890–1914, Oxford 1968, S. 162 ff., 224.

119 Noskes Befehl abgedruckt bei Noske, S. 165. Zitat Lüttwitz: Dok. 39 in Otto Ernst Schüddekopf, Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918–33, Hannover 1955, S. 101 ff.

120 Könnemann, S. 676; Möhl an Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten u. a., München, 9. 9. 19, BH, MWi 5624; Cuno Horkenbach (Hrsg.), Das Deutsche Reich von 1918 bis Heute, Berlin 1930, S. 63, 69; Noske, S. 125 f.; Horst G. W. Nußer, Konservative Wehrverbände in Bayern, Preußen und Österreich 1918–1933, München 1973, S. 84.

121 Wortlaut der Anordnung in Vermerk Noske für Reichskanzler, Berlin, 30. 9. 19, BA, R 43 I/721, 1.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

überhaupt nur entschlossen, um einem Einspruch der Interalliierten Kontrollkommission zuvorzukommen und so die TN vor der Auflösung zu bewahren[122]. Da auch Reichswehrkommandos unter die in den „Richtlinien" vom 2. Februar 1920 erwähnten „Landesbehörden" fielen, denen die Anordnung eines TN-Einsatzes letztlich oblag, büßten die Reichswehrbefehlshaber künftig kaum etwas von ihrer Entscheidungsgewalt über die Technische Nothilfe ein[123]. Auch in der Personalstruktur der TN entstand kein abrupter Bruch. Nach der Zwangsauflösung der meisten Freikorps fanden viele der ehemaligen Militärs, gerade die „Zeitfreiwilligen", die bis zum Herbst 1919 als Nothelfer gedient hatten, in der sich nun zusehends aufblähenden Hierarchie der hauptberuflichen TN-Funktionäre eine bequeme Unterkunft. Lummitzsch selbst tauschte am 1. Januar 1920 den Leutnantsrock gegen den Zivilanzug eines „Vorstandes" der Technischen Nothilfe ein[124].

Die folgenden Jahre lieferten mannigfache Beispiele der gegenseitigen Verschränkung von TN-Aktivitäten und militärischen Interessen, die die Technische Nothilfe bis 1926 in manchen Gewerkschaftskreisen dem Verdacht aussetzten, in Wahrheit ein „faschistisches Freikorps" zu sein[125]. Das von den Anfängen der Organisation herrührende Vorrecht, Waffen zu tragen, war zwar offiziell wegen der Versailler Bestimmungen nicht mehr aufrecht zu erhalten, dagegen mühten sich die Nothelfer nach Kräften, die gesetzlichen Anordnungen zu umgehen – oft im direkten Bündnis mit der Reichswehr. Weil Waffen von Technischen Nothelfern – angeblich zum Schutz gegen angriffslustige Streikposten – nur als Privatpersonen getragen werden durften, erwirkte die TN-Zentrale, beispielsweise in Bayern, von den verantwortlichen Behörden die Zusicherung, „bei Ausstellung von Waffenscheinen an technische Nothelfer möglichst wohlwollend zu verfahren"[126]. Namentlich die mißtrauischen Franzosen meinten immer wieder, die Technische Nothilfe stelle eine jener illegalen Organisationen in der Republik von Weimar dar, die, wie die „Schwarze Reichswehr", heimlich Mittel für eine Mobilisation innerhalb kürzester Frist anhäuften – weswegen man sie im militärisch besetzten Rheinland auch verbot[127]. Daß diese Vorwürfe nicht ohne Sub-

[122] Seeckt an Reichskanzlei u. a., Berlin, 26. 11. 19, BA, R 43 I/721, 1. Dazu das richtige Urteil von Könnemann, S. 676.

[123] Dazu „Richtlinien" vom 2. 2. 20, vgl. Anm. 3. Für die Zeit bis zum 2. 2. vgl. Carl Severing, Vom Schlosser zum Minister (= Mein Lebensweg, Bd. 1), Köln 1950, S. 242 f.; Freiheit, 4. 10. 19.

[124] Könnemann, S. 676; Teno, S. 9; Lummitzsch, Nothilfe, S. 39. Der Vorwärts schrieb am 18. 10. 24: „Der Syndikus und verschiedene von den Herren Unternehmern [in Liegnitz] sind ehemals aktive Offiziere bis zum Oberstleutnant. Sind die Herren ganz zufällig im Vorstand der dortigen Teno?"

[125] Vgl. Gewerkschafts-Zeitung 1926, S. 235.

[126] Staatsministerium d. Innern an alle Kreisregierungen, München, 23. 11. 20, BH, MInn 71729. Vgl. auch Momsen, S. 81.

[127] Dazu DR 1920, Nr. 10, S. 12; DR 1923, S. 75; DR 1924, S. 162; Prot., 202. RT-Sitzung, 4. 4. 22, S. 6861, BH, MWi 5624; Nachrichtendienst, Mitteilungen Nr. 5 der TN Bayern, 1. 8. 24, BH, MInn 66364.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stanz waren, beweist die Erklärung des späteren SS-Führers G. H. Mehlhorn, er habe sich als Mitglied der Technischen Nothilfe Anfang der zwanziger Jahre an der Pflege von mehr oder weniger harmlosem Heeresgerät beteiligt, gelegentlich auch bei der „Verbergung des Materials vor den Entente-Kommissionen" mitgeholfen[128].

Im übrigen aber war die Reichswehr dazu verpflichtet, sämtliche Nothilfe-Einsätze militärisch zu schützen[129]. Ob es sich um die „Aufrechterhaltung des Notstandsbetriebes in der Überlandzentrale Zschornewitz" während des Kapp-Putsches oder um den Eisenbahnerstreik Anfang 1922 handelte – stets erschien Reichswehr im Gefolge der Nothelfer[130]. Auch sonst war die Zusammenarbeit zwischen Technischer Nothilfe und Militärstellen sehr eng. Die TN-Helfer veranstalteten „Planspiele" mit militärischem Charakter, bei denen Reichswehroffiziere zugegen waren; manchmal half die Reichswehr auch mit „Lebensmittellieferungen" für die Nothelfer aus[131]. Theoretische Unterweisungen von seiten der Militärs waren keine Seltenheit. Ein Oberstleutnant Aschenauer sprach Anfang 1923 vor Vertretern der Regionalregierung und der Technischen Nothilfe in Regensburg über das Thema: „Wie haben bei Unruhen die staatlichen Behörden zusammen zu wirken, um die Moskauer Flut im Keime zu ersticken?" Im Zuge seiner Ausführungen entwickelte er das Modell eines „Kriegsspiels" im oberpfälzischen Maxhüttengebiet, wo Technische Nothilfe und Reichswehr gegen „aufrührerische" Arbeiter vorzugehen hätten[132]. Marine- und Offiziersvereine gehörten zu den verläßlichsten Stützen der Technischen Nothilfe-Organisation; der gegenseitige Austausch von Kriegserinnerungen, Erfahrungsberichten oder militärtechnischen Einzelheiten hielt in beiden Lagern das Gruppenbewußtsein gegen die untersten sozialen Schichten wach[133]. Mit Befriedigung konnte der Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, 1924 feststellen, daß die Technische Nothilfe zusammen mit der Truppe bisher „verständnisvoll und erfolgreich an der Wiederkehr geordneter Zustände gearbeitet" habe[134].

Die „Wiederkehr geordneter Zustände" – das war die Wunschvorstellung aller politisch konservativen Parteiungen und Parteien, insbesondere der extrem republikfeindlichen auf der äußersten Rechten. Bezeichnenderweise kam während

---

128 Zitat nach Shlomo Aronson, Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD, Stuttgart 1971, S. 59.

129 Vgl. etwa „Richtlinien" v. 2. 2. 20 (Anm. 3); ferner Feuerherdt, S. 38; Vermerk Noske u. Seeckt, Berlin, 23. 1. 20, NH, Hann. 80, Lüneburg III, XXV, 10.

130 Zitat DR 1920, Nr. 1, S. 13. Die Tätigkeit, S. 9 f.; Teno, S. 16.

131 DR 1926, S. 158; Auszug, Prot., 202. RT-Sitzung, 4. 4. 20, S. 6861, Prot., 205. RT-Sitzung, 7. 4. 22, S. 7023, BH, MWi 5624.

132 Schwäbische Volkszeitung, 9. 2. 23. Vgl. auch Vortrag des Ing. Kind vor TN-Ortsgruppe Görlitz, Aug. 1920: Meine Erlebnisse als Ordnungssoldat im Jahre 1919, DR 1920, Nr. 13, S. 15.

133 Vgl. DR 1921, S. 478; DR 1923, S. 4 f.; DR 1924, S. 137, 209; DR 1925, S. 237; Lummitzsch, Nothilfe, S. 72.

134 DR 1924, S. 175.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Reichstagssitzung vom November 1928 zur Sprache, daß bei der Bissendorfer „Brandübung" der Technischen Nothilfe vom Juni außer Reichswehrtruppen auch „sämtliche vaterländische [sic] Verbände, Hakenkreuztruppen und die vaterländischen Jugendorganisationen" mit von der Partie gewesen waren[135]. Der Charakter der Technischen Nothilfe als Sammelpunkt für republik- und verfassungsfeindliche Elemente im Staat rückte die Organisation seit ihrer Entstehung 1919 deutlich in die Nähe anderer und heute viel bekannterer faschistoider Gebilde. Bereits im April 1920 waren sich TN-Funktionäre in einigen Gegenden Deutschlands, beispielsweise in Bayern, darüber im klaren, daß sie sich politisch eigentlich „nur auf rechtsstehende Kreise stützen" konnten[136]. Bayern war freilich auch der Hort der gefährlichsten rechten Gruppen im Reich. Unter ihnen befand sich die „Orgesch", deren Anführer, der Forstrat Georg Escherich, am 24. März 1921 an einer „Sitzung in Angelegenheiten der Technischen Nothilfe" im Bayerischen Innenministerium teilnahm. Damals unterstand dem 18jährigen G. H. Mehlhorn das Alarmsystem sowohl der Technischen Nothilfe als auch der (illegalen) Orgesch-Zelle im heimatlichen Chemnitz. Mit einer Orgesch-ähnlichen Organisation in Berlin, dem „Bund für Freiheit und Ordnung", knüpfte die TN-Zentrale ebenfalls Verbindungen an[137]. Verflechtungen gab es auch zwischen TN und der terroristischen „Organisation Consul", sowie dem deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, dem Stahlhelm, dem Jungdeutschen Orden und den Vereinigten Vaterländischen Verbänden[138]. Hakenkreuzgeschmückte Nothelfer waren 1921 auf der Hauptversammlung der TN in Chemnitz, wo der „Verbrecher Erzberger" und die Sozialdemokraten Scheidemann und Ebert

---

135 Prot., 21. RT-Sitzung, 29. 11. 28, S. 548, BH, MK 15385.

136 Ausspruch d. Leiters d. Bayer. TN, Frommknecht, Prot., Kreisleiter- Versammlung, 21. 4. 20, BH, MInn 66352.

137 Anwesenheitsliste für Sitzung, München, 24. 3. 21, BH, MInn 66352; Teno, S. 43 f.; Die Weltbühne, 9. 3. 26, S. 373; Aronson, S. 59. Vgl. auch Vossische Zeitung, 16. 10. 22, 17. 10. 22; E. J. Gumbel, Verschwörer. Beiträge zur Geschichte und Soziologie der deutschen Nationalistischen Geheimbünde seit 1918, Wien 1924, S. 69. Ferner Rudolf Kanzler, Bayerns Kampf gegen den Bolschewismus. Geschichte der bayerischen Einwohnerwehren, München 1931, S. 77 f. Zur Orgesch Nußer, passim.

138 Vgl. Freiheit, 7. 8. 22; Schmelz an Reichskommissar für Überwachung d. öffentlichen Ordnung, München, 30. 12. 22, BH, MInn 66362; W. Zimmermann, 3 Jahre Technische Nothilfe, in: Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt 31 (1922), Sp. 1321–24, hier Sp. 1323; Prot.; 205. RT-Sitzung, 7. 4. 22, S. 7022, 305. RT-Sitzung, 22. 2. 23, S. 9822, BH, MWi 5624; Teno, S. 38, 42; Feuerherdt, S. 104; Severing an Preuß. Minister d. Innern, Berlin, 17. 3. 25, u. an Reichsminister d. Innern, Berlin, 6. 4. 25, BA, R 43 I/721, 1; Die Weltbühne, 9. 3. 26, S. 372 f.; Gewerkschafts-Zeitung 1926, S. 365; DR 1927, S. 557; Gumbel zufolge soll die OC aus einem Geheimbund der Garde-Kavallerie-Schützen-Division entstanden sein (Vier Jahre politischer Mord, Berlin-Fichtenau 1922, S. 139). Dagegen Gabriele Krüger heute überzeugend zur Verwandtschaft der OC mit der Brigade Erhardt (Die Brigade Erhardt, Hamburg 1971, S. 73–112). – Zum Charakter des Jungdo jetzt Reinhard Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus 1917–1933, Köln 1973, S. 267–70.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„wüst beschimpft" wurden[139], ebenso auffällig wie auf der Zeche „Gustav" in Dettingen bei Aschaffenburg und unter Angestellten der Berliner TN-Zentrale; man sah sie 1923 aber auch in Roßlau und 1924 in Hamburg[140]. Daß sich eine solche Einstellung vieler TN-Gruppen im Ernstfalle gegen die Republik auswirkte, beweist der Kapp-Putsch vom März 1920. Während die Gewerkschaftsmitglieder angewiesen wurden, in dem von der Regierung ausgerufenen Generalstreik die Notstandsarbeiten in gemeinnötigen Betrieben überall im Reich selbst zu verrichten, schlugen sich in Berlin und in anderen Landstrichen, so in Königsberg und Sachsen, die hauptamtlichen Leiter der TN offen auf die Seite der Putschisten. Vorstand Lummitzsch gab in der Hauptstadt sogar von ihm selbst und von Lüttwitz autorisierte Sonderausweise aus, die die Technischen Nothelfer dazu ermächtigten, „Waffen zu tragen". Das war für die neue Regierung wichtig, denn sie benötigte TN-Truppen nicht nur zum Schutze der von ihr designierten Betriebe, in denen, unter Androhung der Todesstrafe, überhaupt nicht gestreikt werden durfte, sondern auch als paramilitärische Ergänzung der aufrührerischen Reichswehrtruppen, die sich, besonders in Berlin, auf eine etwaige militärische Auseinandersetzung mit loyalen Einheiten gefaßt machen mußten[141]. Immer

---

139 So der Bericht eines anonymen Nothelfers in: Die Weltbühne, 9. 3. 26, S. 373 f.

140 Über Dettingen hieß es 1922: „Ein übles Gastspiel gaben am letzten Sonntag fünf Nothelfer der Zeche Gustav in Dettingen ... Drei trugen Zivilkleidung, die anderen steckten in Arbeitskleidung. Dabei waren sie über und über mit Hackenkreuzen [sic] bedeckt, was wohl ihre arische Abstammung und Gesinnung beweisen sollte. Hier suchten sie verschiedene Weinwirtschaften und Cafés heim und traten gegen Mittag, in der Rocktasche eine Flasche Schaumwein, den Weg zum Bahnhof an. Dortselbst haben sie sich nach dem Bericht von Augenzeugen aufgeführt wie wilde Tiere ... Auf Befragen erfuhr man, daß es sich um Studenten aus Würzburg handelte" (Neue Zeitung, 17. 4. 22; auch Die Weltbühne, 9. 3. 26, S. 374). In Roßlau sollen „Deutschnationale, Stahlhelmleute und Hakenkreuzler der Technischen Nothilfe als Mitglieder" angehört haben (Prot., 305. RT-Sitzung, 22. 2. 23, S. 9822). Über Hamburg hieß es, daß mehr und mehr jene „Elemente" zur TN stießen, „die als Deutschvölkische und Hakenkreuzhelden auch auf politischem Gebiet berüchtigt sind". Weiter wurde berichtet, „daß von Mitgliedern der auf dem Hannoverschen Bahnhof stark eingesetzten Teno an Güterwagen allerhand die Republik verhöhnende Kreideaufschriften angebracht wurden. Man konnte ferner hören, wie sich auf der Heimfahrt befindliche Mitglieder der Teno in Heilrufen und im Gröhlen des Erhardtliedes übten". Letzteres beobachtete man auch in Berlin (Bremer Volkszeitung, 13. 5. 24). Zu Berlin ferner Die Weltbühne, 9. 3. 26, S. 372. Dazu auch Siering an Oberpräsidenten, Berlin, 22. 11. 23, NH, Hann. 80, Lüneburg III, XXV, 10.

141 Vgl. Erwin Könnemann u. Hans Joachim Krusch, Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. Der Kapp-Putsch im März 1920 und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse sowie anderer Werktätiger gegen die Errichtung der Militärdiktatur und für demokratische Verhältnisse, Berlin [-Ost] 1972, S. 77, 118 f., 170, 186 f., 193, 221 f., 238, 244; Johannes Erger, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20, Düsseldorf 1967, S. 100, 181, 205; Gordon, S. 120. Zur Bindung der Putschisten zu TN-Funktionären insbes. Faksimile d. Nothelferausweises, Berlin, 13. (?) 3. 20, in: Die Weltbühne, 9. 3. 26, S. 372; Korrespondenzblatt des ADGB, 4. 3. 22, S. 122; Der kommissarische Oberpräsident an Reichskanzler, Magdeburg, 8. 4. 20, IfZ, MA–155; Reichsminister des Innern

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wieder wurde danach auf republikanischer Seite, so auch im Reichsinnenministerium, der den Nothelfern in letzter Instanz übergeordneten Behörde, die Befürchtung laut, die Technische Nothilfe würde sich bei der ersten passenden Gelegenheit einem gewaltsamen Coup gegen die Weimarer Demokratie anschließen. Der kommissarische Referent Steinhoff schrieb im Januar 1923 an seinen Freund Albert Grzesinski: „Wir sind uns einig, daß die T. N. eine ständige innerpolitische Gefahr bedeutet. Dieser Verdacht wäre schon allein durch die Tatsache ausreichend begründet, daß sie den unbedingten Schutz und jede Unterstützung der ‚Rechten', d. h. im wesentlichen aller reaktionären Kreise genießt. Ich werde das Gefühl nicht los, daß diese Herrschaften den Versuch beabsichtigen, eines Tages mit Hilfe der T. N. der Republik den Hals umzudrehen."[142]

Bei den TN-Angehörigen und auf den TN-Behördenstuben fand die Ideologie des Rechtsextremismus nebst der sie kennzeichnenden demagogischen Terminologie auch rasch Eingang. Die stete Beschwörung des „Vaterlandes", dem zuliebe es zur „hohen Aufgabe" gemacht werden müsse, „alle Parteizerklüftung, jeden Standesunterschied" zu neutralisieren, erfolgte als Ausdruck einer antidemokratischen Gesinnung, die bereits fest in völkischem Grund verankert war[143]. Reflektierte sie doch Ideale, die, wie die Schimäre von der klassenlosen „Volksgemeinschaft", damals mehr und mehr von den Nationalsozialisten verfochten wurden. Vom demonstrativen Absingen des „Deutschlandliedes" nach getanem Nothelferwerk oder dem Rezitieren eines völkischen, vom Nothelfer Walter Schmalz gedichteten „Treuegelöbnisses" war im Rahmen solcher Denkart daher auch kein weiter Schritt zu antisemitischen Handlungen, wie sie von Weimarer Nothelfern um 1923 verübt wurden[144].

Dennoch wiesen die Technischen Nothelfer während der zwanziger Jahre ständig auf den ihnen von den Stiftern mitgegebenen Grundsatz der parteipolitischen Neutralität hin[145]. Freilich muß dabei beachtet werden, daß es geradezu ein Charakteristikum der völkischen Rechten in der Weimarer Zeit war, auf der Distanz zu den Niederungen der alltäglichen Parteipolitik zu bestehen: Sie drückte dadurch ihre Ablehnung des parlamentarischen Parteiwesens schlechthin aus

an Borowski, Berlin, 28. 5. 20, BA, R 43 I/721, 1; Prot., 205. RT-Sitzung, 7. 4. 22, S. 7002, BH, MWi 5624. Dazu die unglaubwürdige Gegendarstellung Lummitzschs in Nothilfe, S. 129 f.

142 Berlin, 18. 1. 23, IG, Grzesinski VI/G 650. Vgl. auch Heinrich Weidehaus, Die Technische Nothilfe, in: Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt 29 (1920), Sp. 1231–32, hier Sp. 1232; Fellisch, S. 1190; Zimmermann, 3 Jahre, Sp. 1323; Prot., 77. RT-Sitzung, 18. 6. 25, S. 2428, BH, MInn 66363.

143 Zur Gesamtproblematik Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, 4. Aufl., München 1962, insbes. S. 307–53.

144 Zitate nach Nothilfe-Jahrbuch, S. 234; Handbuch, S. 9. Vgl. Die Weltbühne, 9. 3. 1926, S. 374.

145 Nothilfe-Jahrbuch, S. 38, 231; DR 1921, S. 14; Die Technische Nothilfe. Wesen, S. 3; Handbuch, S. 7. Vgl. auch Klappert, S. 40; Momsen, S. 13. In diesem Sinne heute noch Hampe, Jubiläum, S. 373 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und gab sich somit als überzeugter Gegner des demokratischen Regierungssystems zu erkennen[146]. Dies, und die Überbetonung sozialpolitischer Ordnungsprinzipien, die nicht auf den einzelnen gerichtet waren, sondern auf das Kollektiv (das man gewöhnlich hinter schwammigen Synonymen wie „Das Volk" und „Der Staat" versteckte), machte das Faschistoide, ja das im eigentlichen Sinne des Wortes Totalitäre in der TN aus[147]. Im übrigen wurde die „sogenannte Neutralität der T. N." (Steinhoff[148]), ganz abgesehen von den Verflechtungen mit rechtsradikalen Impulsen, auch „parteipolitisch" mißachtet. Mindestens zwei Fälle sind aktenkundig, in denen sozialdemokratischen Hauptangestellten, beide Ingenieure, nach Bekanntwerden ihrer Parteizugehörigkeit von der TN fristlos gekündigt wurde[149]. Am 9. März 1926 schrieb die gewöhnlich gut informierte „Weltbühne", das „Regime" des Vorstandes Lummitzsch habe dazu geführt, daß es gegenwärtig in den leitenden Positionen der TN „kaum noch einen Republikaner" gebe[150].

Daran trug allerdings Otto Lummitzsch nicht allein die Schuld. Der politische Rechtsdrall der Technischen Nothilfe stand in ursächlichem Zusammenhang mit der wohlwollenden Protektion von seiten der bürgerlichen Parteien: je konservativer die Partei, desto nachhaltiger die Unterstützung. Das Engagement der DNVP für die TN begann im Frühjahr 1920, nachdem sich die Schutzorganisation im Bündnis mit den Kappisten bereits auf der ultrarechten Seite exponiert hatte. Die Zusammenkunft von Vertretern der TN-Reichszentrale mit Industriellen und deutschnationalen Politikern Ende März 1920[151] fand nicht zufällig zu einem Zeitpunkt statt, da die DNVP, unterstützt von Mitteln aus dem „Industriellen Wahlfonds"[152], im Begriff war, sich für den bevorstehenden Wahlkampf gegen die Parteien der Weimarer Koalition zu rüsten. Das Kabinett Fehrenbach vom 21. Juni 1920 (nach dem Scheitern der Regierung Müller) signalisierte den Durchbruch politisch organisierter Unternehmerkreise bei dem Versuch einer gezielten Einflußnahme auf das Geschehen in der Weimarer Republik. In der Folgezeit profilierten sich DNVP-Abgeordnete in den Reichs- und Landtagsgremien erwartungsgemäß als Lobbyisten ihrer industriellen und großagrarischen Auftraggeber, denen an der Erhaltung der Technischen Nothilfe gelegen

---

146 Zum Gesamtphänomen Sontheimer, insbes. S. 180–239.

147 Zum Parallelbeispiel des Jugendbundes Artamanen, vgl. Michael H. Kater, Die Artamanen – Völkische Jugend in der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift 213 (1971), S. 577–638, insbes. S. 608–11.

148 An Grzesinski, Berlin, 18. 1. 23, IG, Grzesinski VI/G 650.

149 Fall Hartig in: Münchener Post, 11. 2. 20. Dazu Prot., 86. RT-Sitzung, 16. 3. 21, S. 3071, BH, MWi 5624. Vgl. ferner Fall Grasenick, in: TN Celle an Polizeidezernat Lüneburg, Celle, 22. 2. 23, NH, Hann. 80, Lüneburg III, XXX, 144.

150 S. 372. Dazu der im Teilwortlaut abgedruckte Brief eines anonymen Nothelfers in: Bremer Volkszeitung, 13. 5. 24.

151 Vgl. Anm. 83.

152 Albertin, S. 662.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war; Parteitagsentschließungen taten ein übriges[153]. Konsequent setzten sich DNVP-Politiker bis 1928 für eine uneingeschränkte Etatisierung der Technischen Nothilfe ein. Ihr Vorgehen wurde dadurch erleichtert, daß seit dem 15. Januar 1925 DNVP-Mitglieder, wenn auch mit Unterbrechungen, an der Regierung mitwirkten; das Großunternehmertum stand im Hintergrund[154]. Die deutschnationalen Innenminister Schiele und v. Keudell wurden zu den markantesten Fürsprechern der Technischen Nothilfe auf der politischen Rechten[155].

Bei der fast ebenso unternehmerfreundlichen, obschon weniger auf die Belange der Großindustrie eingestellten DVP verhielt es sich kaum anders. Auch sie war eine Stütze der TN[156]. Die Haltung des Zentrums und der DDP zur Technischen Nothilfe seit 1920 war weniger eindeutig, einerseits wegen der Inkongruenz eines liberal-demokratischen Bewußtseins mit restaurativen Tendenzen, wie sie sich in der TN manifestierten, aber auch wegen einer gewissen Abhängigkeit von den liberalen (Hirsch-Dunckerschen) und christlichen Gewerkschaften. Letzteres gilt namentlich für die Zeit nach 1925[157]. Andererseits waren den Führern beider Parteien – als ursprünglichen Weimarer Koalitionspartnern – bei einer möglichen Reglementierung der Technischen Nothilfe dadurch die Hände gebunden, daß sie für ihren Ursprung einen Teil der moralischen Verantwortung zu tragen hatten. Darüber hinaus entsprach es dem Selbstverständnis dieser Politiker als Funktionären ausgesprochen bürgerlicher Parteien, wenn sie einen Verband unterstützten, der ständig bürgerliche Interessen, wie das Recht auf Privateigentum von Produktionsmitteln, zu schützen vorgab. Das Zentrum steuerte daher in der Angelegenheit der Nothilfe einen Kompromißkurs, nachdem es bereits früh festgestellt hatte, daß der Streikabwehrverband nur eine Übergangslösung darstelle. 1928 fand sich die Zentrumsfraktion – wie schon 1925 – im Reichstage zum Abbau der TN bereit, war aber prinzipiell mit der DNVP der Meinung, daß sie bis auf weiteres „beibehalten" werden müsse. Bezeichnend für den Mangel an in-

---

153 Beispiele: Anfrage 746, Berlin, 23. 4. 21, Anfrage 985, Berlin, 9. 8. 21, RT, Wahlperiode 1920/21, Prot., 205. RT-Sitzung, 7. 4. 22, S. 6992, Anfrage 1585, Berlin, 8. 4. 22, RT, Wahlperiode 1920/22, BH, MWi 5624. – Der Siegener Kreisparteitag der DNVP richtete Ende Okt. 1924 „an seine Mitglieder in dieser Stunde die dringende Mahnung, die Technische Nothilfe mit allen Kräften durch ernstliche Mitarbeit zu unterstützen" (abgedruckt in: DR 1924, S. 243).

154 Dazu Albertin, S. 670.

155 Prot., 205. RT-Sitzung, 7. 4. 22, S. 6993, 292. RT-Sitzung, 21. 3. 27, S. 9754, Antrag 386, Berlin, 23. 10. 28, RT, 4. Wahlperiode, BH, MWi 5624; Prot., 77. RT-Sitzung, 18. 6. 25, S. 2418, BH, MInn 66363; Marx, Stresemann, Koch an Köster, Berlin, 5. 9. 22, Schiele an ADGB, Berlin, 7. 9. 25, BA, R 43 I/721, 1.

156 Hierzu Bericht Lüdemann v. 22. 3. 20, vgl. Anm. 83; Prot., 205. RT-Sitzung, 7. 4. 22, S. 7032, BH, MWi 5624; Prot., 21. RT-Sitzung, 29. 11. 28, S. 542, BH, MK 15385; Marx, Stresemann, Koch an Köster, Berlin, 5. 9. 22, BA, R 43 I/721, 1; DR 1925, S. 236; Severing, Republik, S. 164. Dazu auch Albertin, S. 662 f., 669, 671–74. Zu den Querverbindungen zwischen Industrie und DVP grundlegend Turner, passim.

157 Siehe Anm. 179.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nerer Geschlossenheit in dieser Partei war, daß einige ihrer konservativeren Politiker, wie Papen und Marx, aber auch der verhältnismäßig liberale Wirth, sich in periodischen Loyalitätserklärungen für die TN ergingen, die merklich von der Fraktionslinie abwichen[158].

Auch die DDP lehnte im Reichstag 1928 „eine sofortige und unvermittelte Aufhebung der Technischen Nothilfe" ab, sprach sich dagegen für ihren „Abbau gemäß fortschreitender Konsolidierung und fortschreitender Gesundung unserer Wirtschaftsverhältnisse" aus[159]. Das war schon ihr Standpunkt 1926, 1925 und 1923 gewesen. Daß auch ihre Reihen gespalten waren, zeigt der Kontrast zwischen dem Fernbleiben sämtlicher der DDP angehörigen TN-Helfer von den Kapp-Aktionen der Nothilfe in Berlin im März 1920 und, genau ein Jahr später, der überschwenglichen Lobeshymne des DDP-Innenministers Erich Koch-Weser auf die Nothilfe im Reichstag[160].

Inmitten eines für die Technische Nothilfe so günstigen sozio-ideologischen Klimas könnte man meinen, daß wenigstens die Institutionen der Arbeiter selbst, also die SPD und die Gewerkschaften, für die TN ein gewichtiges Hindernis bedeutet hätten. Daß dem bis 1928 nicht so war, lag an der politischen Verantwortung der deutschen Sozialdemokratie gegenüber dem Staatswesen seit 1918, die kompromißlose Zugeständnisse an die Arbeitnehmer von vornherein unmöglich machte, sowie an der Heterogenität des Gewerkschaftswesens. Was letzteres anging, so behauptete der kommunistische Reichstagsabgeordnete Bertz am 29. November 1928 zu Recht, die Gewerkschaftsführer selbst hätten sich „von Anbeginn für die Technische Nothilfe eingesetzt"[161]. In der Tat traf dies nicht nur auf die von den bürgerlichen Parteien gestützten christlich-nationalen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsverbände, sondern auch auf die Freien Gewerkschaften (seit 1919: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund – ADGB) zu, auf diese jedenfalls, soweit sie von den Mehrheitssozialisten beeinflußt wurden. Als Motiv für diese Einstellung lag, bei den meisten Gewerkschaftsführern, die Anerkennung des Prinzips der Aufrechterhaltung lebensnotwendiger Betriebe

158 Zum Zentrum Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, hrsg. von Kurt Kersten, Frankfurt/M. 1961, S. 124. Ferner zum Zentrum von 1920 bis 1928: Bericht Lüdemann v. 22. 3. 20, vgl. Anm. 83; Wirths RT-Rede v. 10. 2. 22, in Joseph Wirth, Reden während der Kanzlerschaft, Berlin 1925, S. 291, 293; Erklärung Wirth in DR 1922, S. 41; DR 1923, S. 43; DR 1924, S. 243; DR 1925, S. 236; Schätzel an Reichsminister d. Innern, Berlin, 27. 10. 28, Marx, Stresemann, Koch an Köster, Berlin, 5. 9. 22, BA, R 43 I/721, 1; Prot., 86. RT-Sitzung, 16. 3. 21, S. 3076, 205. RT-Sitzung, 7. 4. 22, S. 7005, BH, MWi 5624; Prot., 77. RT-Sitzung, 18. 6. 25, S. 2426, 2428, BH, MInn 66363; Prot., 21. RT-Sitzung, 29. 11. 28, S. 536, BH, MK 15385; Münchener Neueste Nachrichten, 17. 6. 25; Severing, Republik, S. 164.

159 Prot., 21. RT-Sitzung, 29. 11. 28, S. 546, BH, MK 15385.

160 Vgl. Albertin, S. 661 ff., 666, 671; Erger, S. 203; Bericht Lüdemann v. 22. 3. 20, vgl. Anm. 83; Prot., 86. RT-Sitzung, 16. 3. 21, S. 3066, 305. RT-Sitzung, 22. 2. 23, S. 9830, BH, MWi 5624; Prot., 77. RT-Sitzung, 18. 6. 25, S. 2428, BH, MInn 66363; DR 1923, S. 107 f.; ebenda, 1926, S. 158.

161 Prot., 21. RT-Sitzung, 29. 11. 28, S. 550, BH, MK 15385.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und die Ablehnung „wilder", d. h. von den Gewerkschaftsspitzen nicht gebilligter Streikaktionen, zugrunde. Es kennzeichnet den bürokratischen Ordnungssinn der deutschen „Revolutionäre" vom November 1918, wenn sie am 10. des Monats in Berlin gewisse Gewerbe mit Streikverbot belegten und eine Liste „der gemeinnützigen Einrichtungen" herausgaben[162]. Nachdem dann die Technische Nothilfe von den Parteien der Weimarer Koalition – SPD, DDP und Zentrum – ins Leben gerufen worden war, sandten die drei den Koalitionsparteien nahestehenden Hauptgewerkschaften Ende 1919 ihre Vertreter in den TN-Vorstand[163].

Selbst wenn die Delegierten des sozialdemokratischen ADGB es dort nicht sehr lange aushielten, hatten doch alle Gewerkschaften insgesamt bei der Gründung der Technischen Nothilfe einen Teil der Verantwortung mit übernommen. Es mußte unglaubwürdig wirken, wenn sich gerade der ADGB in der Folgezeit für eine Aufrechterhaltung lebensnotwendiger Anlagen und gegen „wilde" bzw. „politische" Streiks aussprach, dabei aber das Streikrecht an sich verteidigte und die Existenz der Technischen Nothilfe bedauerte[164]. Diese Haltung wird allerdings verständlich, wenn man sich die Situation des ADGB in dieser frühen Phase der Republik vergegenwärtigt: Gewerkschaftspolitisch war er eingeklemmt zwischen der konservativen Strategie der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Verbände auf der rechten Seite des ideologischen Spektrums und der radikalen der marxistischen Gewerkschaften auf der linken Seite. Strukturell bot sich hier das Bild einer partiellen Zersplitterung des deutschen Gewerkschaftswesens, wobei zu beachten ist, daß die von Unabhängigen Sozialdemokraten oder zeitweilig auch Kommunisten beherrschten Gewerkschaften, wie die Verbände der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der Maschinisten und Heizer oder der Metallarbeiterverband formell zum ADGB gehörten. Lediglich von diesen Einzelverbänden wurde die Technische Nothilfe von Anfang an als eine reine „Streikbrecherorganisation" abgelehnt – die Intensität der Abneigung richtete sich jeweils nach dem Grad der kommunistischen Unterwanderung[165]. Die leitenden Funktionäre des ADGB rangen sich ex officio, offenbar unter dem Einfluß kommunistischer De-

---

[162] Anordnungen v. 10. 11. 18, abgedruckt bei Overmann, S. 74 ff.

[163] Vgl. Lummitzsch, Nothilfe, S. 6; Klappert, S. 77. Dazu auch Emil Lederer u. Jakob Marschak, Die Klassen auf dem Arbeitsmarkt und ihre Organisationen, in: Grundriß der Sozialökonomik, IX. Abtlg II, Tübingen 1927, S. 176, Anm. 3.

[164] Vgl. Münchener Post, 5. 3. 20, 31. 1. 21; Vorwärts, 18. 12. 20.

[165] Der Verband der Maschinisten u. Heizer gehörte der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände an, die organisatorisch mit dem ADGB liiert war. Vgl. dazu Freiheit, 7. 10. 19; Die Gewerkschaft, 1920, Sp. 409 f.; Bemerkung Bube in Prot., Bemerkungen der TN zur Reichswirtschaftsrat-Sitzung v. 15. 12. 20, IG, Grzesinski VI/G 656; Die Tätigkeit, S. 6; Technik und Wirtschaft 14 (1921), S. 630; Korrespondenzblatt des ADGB, 25. 2. 22, S. 98; Overmann, S. 71; Heinz Josef Varain, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890–1920), Düsseldorf 1956, S. 161; Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1969, S. 207; Richard N. Hunt, German Social Democracy 1918–1933, Chicago (Ill.) 1970, S. 163; Biegert, S. 197.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

legierter[166], erst 1922 auf dem Kongreß zu Leipzig zu einer Absage an das Konzept der Technischen Nothilfe durch. Dabei legten sie Wert auf die Feststellung, daß Notstandsarbeiten in lebenswichtigen Betrieben von den ADGB-Angehörigen selbst in Angriff zu nehmen seien[167]. Was nun tatsächlich „lebensnotwendig" sei, wurde für ADGB-Mitglieder in Leipzig zwar verbindlich definiert[168]; das setzte aber den andauernden Vorwürfen aus dem rechtskonservativen Lager kein Ende, trotz guten Willens sei es dem ADGB in der Praxis nicht möglich, die Notstandsarbeiten zu leisten, weil seine Interpretation des Begriffes „lebensnotwendig" viel zu eng gefaßt und die Dachgewerkschaft darüber hinaus nicht in der Lage sei, ihre radikalen, auf „wilde", „politische" Streiks versessenen Anhänger im Zaum zu halten[169].

Dieser Meinung war auch der Dachverband der zahlenmäßig wesentlich geringeren christlichen Gewerkschaften, die sich, selbst wenn sie „in gewerkschaftspolitischen Tagesfragen" in vielem mit dem ADGB einig gingen und sogar das Streikrecht für wirtschaftliche Ziele anerkannten, gerade in ihren Ansichten zur Technischen Nothilfe von den „Freien" unterschieden. Ihr Führer Adam Stegerwald erstrebte – im Gegensatz zu dem Programm der Sozialdemokratie – wirtschaftspolitische Zustände, die von den Qualitäten „deutsch, christlich, demokratisch, sozial" bestimmt sein sollten. „Deutsch" – das hieß trotz allem Vernunftrepublikanertum ein recht undurchsichtiges Verhältnis zur Republik, in dem oft genug restaurative Tendenzen durchschienen. „Christlich" war wie vor dem Ersten Weltkrieg unverbindlich; unter „demokratisch" verstand Stegerwald lose eine „deutsche Demokratie ... der Selbstverwaltung", und „sozial" schließlich lief auf eine Ablehnung des Klassenkampfes hinaus[170]. In diesem ideologischen Klima war für „politische" und „wilde" Streiks kein Raum. Die Angst der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung vor einem linksradikalen Umsturz be-

---

166 Dazu Geschichte, Bd. 3, S. 362.

167 Vgl. dazu Bemerkungen Leipart u. Faaß, Prot. der Sitzungen d. ADGB v. 28. 9.–1. 10. 21 (hier am 30. 9.), S. 33, 36, IG, Grzesinski VI/G 658; Grzesinski, Bericht über Besprechung im Reichsinnenministerium am 26. 10. 22, Berlin, 27. 9. [soll heißen: 10.] 22, ebenda, G 653; Korrespondenzblatt des ADGB, 25. 2. 22, S. 99; Handbuch, S. 10; Klappert, S. 78; Prot., 305. RT-Sitzung, 22. 2. 23, S. 9823, BH, MWi 5624.

168 Grzesinski, Bericht über Besprechung ... am 26. 10. 22, vgl. Anm. 167; Korrespondenzblatt des ADGB, 7. 10. 22, S. 563 f.; Klappert, S. 79.

169 Zu den Vorwürfen: Frielinghaus, Technische Nothilfe und der § 55 des Entwurfs zur Schlichtungsordnung, in: Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt 31 (1922), Sp. 819–21, hier Sp. 819 f.; DR 1925, S. 109; Hans Heider, Der Kampf um die Technische Nothilfe, in: Deutsche Akademische Rundschau, 1. 8. 25, S. 18–19, hier S. 19; Overmann, S. 69 f.; Prot., 86. RT-Sitzung, 16. 3. 21, S. 3069, 305. RT-Sitzung, 22. 2. 23, S. 9831, 292. RT-Sitzung, 21. 3. 27, S. 9746, BH, MWi 5624; Mitzlaff u. a. an Reichskanzler, Berlin, 8. 6. 25, Schiele an ADGB, Berlin, 7. 9. 25, Meusch an Reichskanzler, Hannover, 26. 9. 28, Haniel an Reichskanzler, München, 3. 10. 28, BA, R 43 I/721, 1.

170 Das Obige nach Helga Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick, 2. Aufl., München 1966, S. 200 f. Dazu auch Varain, S. 166; Theodor Böhme, Die christlich-nationale Gewerkschaft. Ihr Werden, Wesen und Wollen, Stuttgart 1930, S. 217 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dingte daher nicht nur eine wohlwollende Neutralität gegenüber der Technischen Nothilfe, sondern unter Umständen auch eine aktive Mitarbeit von Gewerkschaftsangehörigen in der TN-Organisation. Nachdem sich der Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften im November 1920 gegen „wilde" Streiks und, expressis verbis, zur Technischen Nothilfe bekannt hatte (insofern Notstandsarbeiten nicht von den Arbeitern selbst durchgeführt werden könnten), erklärte die bayerische Landeskonferenz ein paar Wochen später in München ihre Bereitwilligkeit, ihre Mitglieder „zur Mitarbeit in der Technischen Nothilfe aufzufordern, wenn diese gewisse Garantien für den mitbestimmenden Einfluß der Gewerkschaften bei der Aufrufung der Nothilfe zu geben in der Lage ist". Daß diese „Garantien" in den folgenden Jahren ausblieben, tat der Kollaboration zwischen christlichen Arbeiterführern und Nothilfe bezeichnenderweise aber keinen Abbruch[171].

Die Hirsch-Dunckerschen oder Deutschen Gewerkvereine, bei weitem die kleinsten unter den drei maßgebenden Gewerkschaftsorganisationen[172], befanden sich mit ihrer Einstellung zur TN etwa halbwegs zwischen ADGB und christlichen Gewerkschaften. Wenngleich sie sich nicht, wie die letzteren, zur offiziellen Unterstützung der Technischen Nothilfe entschließen konnten, so entsprach es doch der nationalliberalen Gesinnung ihrer Funktionäre, die Technische Nothilfe auf dem Verbandstage im Juni 1922 als Präventivmittel zur Verhütung „wilder" Streiks ausdrücklich anzuerkennen und es den Einzelverbänden anheim zu stellen, sich an den Bestrebungen der TN je nach den Umständen zu beteiligen[173].

Außer diesem Mangel an innerer Geschlossenheit in der Gewerkschaftsbewegung der frühen zwanziger Jahre wirkte als drittes Motiv für das Ausbleiben eines starken gewerkschaftlichen Gegengewichts gegen die Technische Nothilfe die Tatsache, daß die drei, nach Beginn der Stabilisierungsphase 1923/24 durch erheblichen Mitgliederschwund und finanzielle Nöte geschwächten Dachgewerkschaften[174] es letztlich nicht vermochten, der Technischen Nothilfe dadurch den Wind aus den Segeln zu nehmen, daß sie ihre Mitglieder konsequent zur Übernahme der einfachsten Nothilfearbeiten bewogen. Mit diesem Problem hatte sich

---

171 Zitat nicht näher definierbares Zeitungsfragment, Mitteilung v. 24. 12. [20], BH, MInn 66362. Zu den Essener Resolutionen Max Riedel, Die christlichen Gewerkschaften zur Technischen Nothilfe, DR 1920, Nr. 22, S. 4; Klappert, S. 83 ff.; Lederer u. Marschak, S. 176, Anm. 3. Vgl. ferner DR 1920, Nr. 15/16, S. 9; DR 1922, S. 297, 352; Böhme, S. 218 f.; Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands 1921, S. 303; Soziale Revue 21 (1921), S. 21.

172 Dazu R. R. Kuczynski, Postwar Labor Conditions in Germany, Washington (DC) 1925, S. 82; Jeanette Cassau, Die Arbeitergewerkschaften. Eine Einführung, Halberstadt 1927, S. 1.

173 Klappert, S. 86 f.

174 Dazu die Einzelheiten bei Kuczynski, S. 80–85; Karl Zwing, Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften. Ein kurzgefaßter Abriß, 2. Aufl., Jena 1926, S. 202 f.; Seidel, S. 122 ff.; Conrad, S. 234*; Cassau, S. 1–19; Böhme, S. 82 f.; Flechtheim, S. 205.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

namentlich der ADGB auseinanderzusetzen, da Kommunisten unter seinem Dach, aber auch die TN-Helfer selbst[175], derartige Bemühungen nicht selten sabotierten. Erst nach 1925, als die Mitgliederränge wieder anschwollen[176], vermochte sich der ADGB auf zuverlässige Anzeichen dafür zu berufen, daß durch den Noteinsatz der eigenen Mitglieder die TN tatsächlich überflüssig geworden sei[177].

Im Jahr 1925 kam endlich auch die vom ADGB längst herbeigewünschte Einheitsfront sämtlicher drei Gewerkschaften gegen die Technische Nothilfe zustande. Sie wurde erst vor dem Hintergrund der „Volksblock"-Verhandlungen von SPD, DDP und Zentrum am 5. April zwecks Aufstellung des gemeinsamen Kandidaten Marx für den zweiten Präsidentschaftswahlgang möglich[178]. In einem Schreiben vom 15. April ersuchten die von den Parteien abhängigen Gewerkschaften geschlossen die Regierung, die notwendigen Schritte zur „Auflösung der ‚Technischen Nothilfe' für den Ablauf des nächsten Etatjahres" einzuleiten. Die Voraussetzungen, die die Einrichtung der TN seinerzeit erfordert hätten, seien nun „nicht mehr gegeben". Seit dem „Eintritt stabilerer Wirtschaftszustände" habe sich die arbeitende Bevölkerung weitgehend beruhigt, und damit sei „die Gefahr der Stillegung lebenswichtiger Betriebe durch politisch radikalisierte Volksteile fast unmöglich" geworden. Außerdem würden, als Folge der „gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit in den letzten Jahren", die Arbeiter die während der Ausstände anfallenden Notarbeiten jetzt „selbst ausführen". Es war dieses Dokument[179], eines der wenigen Zeugnisse der Solidarität unter den drei großen Arbeitnehmerorganisationen in der Weimarer Republik, das im Juni 1925 zu dem Antrag im Reichstag führte, den Aktionsradius der Technischen Nothilfe künftig einzuschränken[180]. Im Sommer 1925 freilich erreichte dieser Antrag noch gar nichts. Vielmehr löste er erst die Phase der absoluten Polarisierung der Meinungen um Sein oder Nichtsein der Technischen Nothilfe aus, die Ende 1928 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte.

Im November 1928 erklärte der sozialdemokratische Reichsinnenminister Carl Severing im Reichstag, er halte es nunmehr für nötig, die Technische Nothilfe „abzubauen"; er habe bereits „vorsorglich die Kündigung der Angestellten" ver-

175 Vgl. Anm. 87.

176 Vgl. Anm. 174.

177 Zu diesem Komplex: Die Gewerkschaft 1920, Sp. 412; ebenda, 10. 2. 28, Sp. 139 f.; DR 1920, Nr. 11, S. 15; DR 1925, S. 238; Grzesinski, Bericht über die Stellungnahme des Direktoriums der TN zu einer eine grundsätzliche Frage berührenden Beschwerde des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes ..., Berlin, 4. 4. 22, IG, Grzesinski VI/G 652; Volkswacht für Oberpfalz und Niederbayern, 17. 10. 24; Dipl.-Ing. Gerloff, Die Technische Nothilfe, in: Das Gas- und Wasserfach 67 (1924), S. 363–64, hier S. 363; Prot., 77. RT-Sitzung, 18. 6. 25, S. 2426, BH, MInn 66363; Prot., 21. RT-Sitzung, 29. 11. 28, S. 534, BH, MK 15385.

178 Dazu Horkenbach, S. 210.

179 Graßmann u. a. an Reichskanzlei, Berlin, 15. 4. 25, BA, R 43 I/721, 1.

180 Vgl. Mitteilungen der Handelskammer zu Zittau 13, 1925, S. 339 f.; DR 1925, S. 232 ff.; Klappert, S. 88 ff.; Böhme, S. 219 f.; Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands 1925, S. 126, 154, 181.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

anlaßt[181]. Doch diese Erklärung Severings, der auf dem vorangegangenen Kongreß der Deutschen Gewerkschaften in Hamburg am 6. September bekanntgegeben hatte, er wolle mit Etatgeldern der TN die „Förderung des Aufstiegs von befähigten Kindern der Arbeiterklasse" finanzieren[182], stieß sowohl im linksradikalen als auch im rechtskonservativen Lager auf Skepsis[183].

Bis zum März 1920 genoß die Technische Nothilfe die Rückenstützung der sozialdemokratischen Partei in deren Eigenschaft als Regierungspartner; Einspruch war hier und da höchstens von ADGB-Funktionären zu erwarten, zumal sich diese – im Gegensatz zur Mehrheits-SPD – in ihren eigenen Reihen oft genug dem Druck linksradikaler Wortführer ausgesetzt sahen[184]. Eine erste Wendung trat während des Kapp-Putsches ein. Die Reichsregierung, die noch am 13. Januar 1920 Streiks in lebenswichtigen Betrieben verboten hatte, verursachte durch ihren Aufruf zum (politischen) Generalstreik gegen Kapp Verwirrung unter denjenigen Arbeitern, denen bis dahin unablässig mit der Technischen Nothilfe gedroht worden war[185]. Mit ihrer Aktion hatte die SPD den Grundsatz des „politischen" Streikverbots durchbrochen und mußte daher bei jedem weiteren Einsatz der Nothilfe unter den Arbeitern auf Unverständnis stoßen. Bezeichnenderweise schrieb der sozialdemokratische Arbeitsminister Schlicke denn auch am 24. März: „Eine fruchtbare Betätigung der Technischen Nothilfe wird auf die Dauer nur möglich sein, wenn sie bei allen Maßnahmen von dem Bestreben geleitet wird, in wachsendem Maße das Vertrauen der organisierten Arbeiterschaft zu gewinnen."[186]

Von da an war die Haltung der SPD zur Technischen Nothilfe nicht mehr einheitlich; die Vielfalt der Meinungen bildete einen deutlichen Gegensatz zur Uniformität in der Einstellung der – sonst mit der SPD-Führung harmonie-

---

181 Prot., 21. RT-Sitzung, 29. 11. 28, S. 532, BH, MK 15385.

182 Zitat nach Fränkische Tagespost, 7. 9. 28. Dazu auch Severing, Republik, S. 163.

183 Die Vereinigung der bayerischen Arbeitgeberverbände beispielsweise richtete am 26. 11. 28 an das Bayer. Staatsministerium d. Innern (München, BH, MInn 66371) die bezeichnenden Sätze: "[Nach Meldungen aus Berlin] wird zwar der Herr Reichsinnenminister sich bei den Etatberatungen grundsätzlich für eine Beseitigung der technischen Nothilfe ... aussprechen. Diese Stellungnahme dürfte jedoch nur aus taktischen Gründen erfolgen und wahrscheinlich im Laufe der Verhandlungen im Interesse eines bereits ausgearbeiteten, wohl von Anfang an als Endziel erstrebten, Kompromißvorschlages aufgegeben werden." – Die KPD-Fraktion brachte am 29. 11. 28 gegen Severing wegen seiner Ausführungen zur TN einen Mißtrauensantrag im RT ein: Antrag 560, RT, 4. Wahlperiode, gez. Stoecker u. a., Berlin, 29. 11. 28, BH, MInn 66371. Noch 1969 schrieb Erich Hampe, vormals zweiter Mann in der TN, Severing sei „nie ein Feind der Technischen Nothilfe gewesen" (Jubiläum, S. 374).

184 Vgl. Lummitzsch, Nothilfe, S. 9 ff.; Vorwärts, 9. 9. 19, 11. 9. 19, 17. 10. 19, 26. 10. 19; Rheinische Zeitung, 21. 10. 19; Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 25. 10. 19.

185 Erger, S. 194, Anm. 2.

186 Schlicke an Reichskanzler, Berlin, 24. 3. 20, BA, R 43 I/721, 1.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

renden – ADGB-Hierarchie[187]. Vorerst, bis zum Ende des Jahres hauptsächlich durch den lähmenden Elektrizitätsarbeiterstreik in Berlin im November beunruhigt, kehrten alle SPD-Vorstandsmitglieder zur harten Antistreik-Linie Noskes zurück; am 10. des Monats wurde die folgenschwere Verordnung des Reichspräsidenten geboren[188]. Jedoch bereits am 18. Januar des neuen Jahres enthielten sich die sozialdemokratischen Angehörigen bei der Abstimmung im Haushaltsausschuß des Reichstages der Stimme, als es um die Frage der Mittelbewilligung für die Technische Nothilfe ging; ein paar Wochen später entschloß sich die SPD-Fraktion „mit großer Mehrheit" gegen die TN[189]. Nach weiteren zwölf Monaten aber fanden die meisten SPD-Fraktionsmitglieder wieder zu ihrer wohlwollenden Beurteilung der Technischen Nothilfe zurück, als sie, eingedenk der Streikbewegung im vergangenen Jahr, die Mittel für die Nothilfe abermals bewilligten. Damit brachte sich die Fraktion nicht nur in Konflikt mit dem ADGB, dem in der Reichstagssitzung vorgeworfen wurde, zur Durchführung von Notstandsarbeiten nicht imstande zu sein, sondern auch zu manchen USPD-Abgeordneten, die damals, von der Warte der SPD-Führung aus, als potentielle Heimkehrer zur Mutter-Partei betrachtet werden mußten[190].

Der im September 1922 einsetzende Rückstrom vormaliger USPD-Vertreter in die Mehrheits-SPD bewirkte zunächst einen neuen Meinungsstreit bezüglich der weiteren Notwendigkeit der Technischen Nothilfe, diesmal zwischen den arbeiterfreundlichen Elementen in der SPD-Fraktion und den alteingesessenen Funktionären, die, wie Adolf Köster, zum Teil noch Ministerfunktionen ausübten. Als Wortführer des republikanischen Establishments sprachen sie sich, wie Oberpräsident Noske Ende 1922 in Hannover[191], fernerhin konsequent für eine Beibehaltung der Technischen Nothilfe aus, während vom Stamm der SPD-Fraktion nun immer häufiger Anfragen wegen der TN kamen[192]. Unter den Pro-

---

187 Zumindest, was die TN anging, scheint sich die These Hunts (S. 172 ff.) und Grebings (S. 189) nicht völlig zu bestätigen, ADGB und SPD seien im wesentlichen ohne Differenzen gewesen. Dazu auch die Beobachtungen Feldmans, Kolbs u. Rürups (S. 102) sowie Biegerts S. 198, 203) bezüglich der Taktik Eberts gegenüber Legien in der Frage der Regierungsbildung nach dem Kapp-Putsch.

188 Vgl. Vorwärts, 7. 11. 20, 8. 11. 20, 10. 11. 20, 28. 11. 20.

189 Münchener Post, 31. 1. 21. Vgl. auch Prot., 86. RT-Sitzung, 16. 3. 21, S. 3062, BH, MWi 5624; DR 1925, S. 236.

190 Vgl. Vorwärts, 8. 2. 22, 15. 3. 22, 9. 4. 22; DR 1925, S. 236; Frielinghaus, Nothilfe, Sp. 820; Prot., 167. RT-Sitzung, 10. 2. 22, S. 5752, BA, R 43 I/721, 1; Prot., 205. RT-Sitzung, 7. 4. 22, S. 7020, BH, MWi 5624.

191 DR 1923, S. 10

192 Zur Meinung Kösters Prot., 205. RT-Sitzung, 7. 4. 22, S. 7017, BH, MWi 5624; Köster an Marx, Koch u. Stresemann, Berlin, 15. 11. 22, BA, R 43 I/721, 1. – Am 14. 7. 22 fragte der SPD-Abgeordnete Künstler die Reichsregierung im RT, ob sie folgenden Zustand billige: „Seit vier Wochen findet in der Eisenbahn-Hauptwerkstatt Frankfurt a. O. wöchentlich drei- bis viermal an Mitglieder der Technischen Nothilfe Unterricht in der Führung und Behandlung der Lokomotiven ... statt. Es handelt sich hierbei um Leute, acht

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

minenten der SPD-Führungsequipe war es eigentlich nur der spätere preußische Innenminister Albert Grzesinski, der die Technische Nothilfe aus voller Überzeugung ablehnte, was beispielsweise zur Jahreswende 1922/23 zum Ausdruck kam, als er sie als eine „unerfreuliche Organisation" verurteilte[193]. Sein Parteifreund Severing hingegen – wie Noske auf dem extrem rechten SPD-Flügel – blieb dem Gedanken der TN bis zu der – aus seinem Munde geradezu sensationell klingenden – Erklärung auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß im September 1928 treu[194].

Wenn sich die SPD-Fraktion seit Juni 1925 wieder einstimmig, und von nun an konsequent bis zum November 1928, für eine Streichung der TN-Mittel einsetzte[195], so hatte das vier Gründe. Einmal war jetzt der Einfluß ehemaliger USPDler in der SPD-Fraktion stark genug, um die Kritik gegenüber der Technischen Nothilfe in der Partei zusehends an Boden gewinnen zu lassen. Zum zweiten hatte das Abschwellen der Streikwelle einerseits und andererseits die zunehmende Bereitschaft der Arbeiter zur Übernahme von Notstandsarbeiten die Unentbehrlichkeit einer Streikabwehrorganisation auch in den Augen der etablierten SPD-Funktionäre in den Hintergrund gerückt. Zum dritten übte der ADGB, nun im Bunde mit den beiden anderen Arbeitnehmerverbänden, seit dem Beschlußschreiben an die Regierung vom 15. April 1925[196] einen großen moralischen Druck auf die SPD-Führung aus. Und viertens stand, als Wichtigstes, die SPD seit 1924 in der parlamentarischen Opposition zu einem sich in seiner formalen Zusammensetzung zwar verändernden, aber prinzipiell beständig nach rechts neigenden Regierungsblock, der erst wieder mit Bildung der Großen Koalition im Juni 1928 durch politisch liberalere Kräfte ergänzt wurde. Regierungstaktisch war es in der Spanne von 1924 bis 1928 für eine noch immer unter linkspolitischem Vorzeichen agierende Partei klüger, gegen eine Organisation Stellung zu beziehen, die, wie Carl Severing nach dem Zweiten Weltkrieg selber konzedierte, sich „allmählich zu einem Vortrupp der antidemokratischen Kreise"

---

bis zehn Mann, die, nach ihrem Äußeren zu schließen, dem Marine-Offizierstande, zum Teil auch dem sogenannten besseren Bürgertum angehören. Alle Teilnehmer sind Nichteisenbahner" (Anfrage 1763, 1. Wahlperiode, BH, MInn 66362). Ähnlich kritisch zur TN: Anfrage 1683, Giebel u. a., RT, 1. Wahlperiode, Berlin, 16. 6. 22, BH, MWi 5624; Anfrage 1786, Steinkopf u. Seppel, RT, 1. Wahlperiode, Berlin, 26. 7. 22, BA, R 43 I/721, 1.

193 Grzesinski an Leipart, Berlin, 22. 12. 22, IG, Grzesinski VI/G 647.

194 Carl Severing, Schutz der Allgemeinheit durch die Technische Nothilfe, DR 1920, Nr. 22, S. 3–4; Vorwärts, 11. 11. 20; Teno, S. 48 f.; Berliner Lokalanzeiger, 21. 3. 22; Severing an Reichsminister d. Innern, Berlin, 6. 4. 25, BA, R 43 I/721, 1. Dazu auch Lummitzsch, Nothilfe, S. 140.

195 Nr. 1016, Änderungsantrag Müller-Franken u. a., RT, 3. Wahlperiode, Berlin, 16. 6. 25, BH, MWi 5624; Nr. 2045, Änderungsantrag Müller-Franken u. a., RT, 3. Wahlperiode, Berlin, 11. 3. 26, Prot., 335. RT-Sitzung, 10. 3. 28, S. 7, BH, MInn 66372; DR 1926, S. 158; ebd. 1928, S. 737 f.; Studentenwerk 1, 1927, S. 65 f. Vgl. auch Vorwärts, 8. 7. 26; Bayerischer Kurier und Münchener Fremdenblatt, 30. 11. 28.

196 Vgl. Anm. 179.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

entwickelt hatte[197] und somit leicht mit der rechtsgerichteten Regierung identifizierbar war. Hier erkennt man eine Gesetzmäßigkeit: Als Partei der Regierung hatte die SPD nicht umhin gekonnt, selbst dubiose Einrichtungen wie die Technische Nothilfe (ähnlich auch Freikorps und Einwohnerwehren[198]) zu fördern, ja ihnen überhaupt erst den Atem einzublasen. Als Oppositionspartei aber glaubte sie, den für sie peinlichen Beelzebub der Arbeiterbewegung geräuschlos abschütteln zu können, ohne ihr Image als „starke" Partei beim Volke einbüßen zu müssen. Im übrigen lag die kritische Einstellung der SPD zur TN seit 1924 ganz auf der damals erkennbaren Linie eines allgemein positiven sozialpolitischen Programmansatzes zum Nutzen der deutschen Lohnarbeiter[199]. Wenn die SPD im November 1928, nun wieder als Regierungspartei, die Technische Nothilfe endgültig verwarf, so tat sie dies nicht zuletzt als Konsequenz ihrer fast vierjährigen Oppositionspolitik, die ihre Wähler nun in Taten umgesetzt sehen wollten. Die Partei konnte es sich im Herbst 1928 gewissermaßen nicht leisten, ihren seit 1924 zu 50% dazugewonnenen Stimmenanteil unter den Wählern[200] erneut aufs Spiel zu setzen.

Das galt insbesondere angesichts der 1928 ebenfalls stärker werdenden Kommunisten[201]. Daß sie im Reichstag vom November die Auflösung der „Teno" verlangten, war nicht das Ergebnis einer cleveren opportunistischen Taktik, sondern ideologisches Gebot. Als Programmpunkt der Partei war dieses Gebot über die Jahre hinweg unverändert geblieben[202]. Die Technische Nothilfe hatte ihrerseits aus ihrer Feindschaft zum Kommunismus bis 1928 nie ein Hehl gemacht[203]. Symptomatisch für die Verzerrung von Freund- und Feindbildern in allen Lagern

---

197 Severing, Schlosser, S. 344.

198 Auf die personellen Querverbindungen zwischen TN und Einwohnerwehren, die Anfang der zwanziger Jahre bestanden, kann in diesem Rahmen nicht weiter eingegangen werden. Vgl. dazu aber exemplarisch Noske, Grundlegende Bestimmungen für den Einsatz der technischen Nothilfe, Berlin, 4. 2. 20; Landrat Lüneburg (?) an Oberpräsidenten Hannover, Lüneburg, 8. 4. 20, NH, Hann. 80, Lüneburg III, XXV, 10; ferner Nußer, S. 120.

199 Dazu Rosenberg, S. 173 f.

200 Berechnung nach der Aufstellung bei Grebing, S. 174.

201 Die KPD konnte ihre Mandate 1928 (von 45 im Jahre 1924) auf 54 erhöhen; ihr Stimmenanteil verstärkte sich von 0,9% (1924) auf 10,6% (1928). Dies muß im Rahmen des Trends gesehen werden, der bis Nov. 1932 anhielt. Daten nach Grebing, S. 184.

202 Antrag 528, Stoecker u. a., RT, 4. Wahlperiode, Berlin, 28. 11. 28, BH, MK 15385; Prot., 86. RT-Sitzung, 16. 3. 21, S. 3077, 305. RT-Sitzung, 22. 2. 23, S. 9825, 9828, 288. RT-Sitzung, 17. 3. 27, S. 9629, Entschließung 1593, Putz u.a., RT, 3. Wahlperiode, Berlin, 1. 12. 25, Änderungsantrag 3128, Stoecker u. a., RT, 3. Wahlperiode, Berlin, 16. 3. 27, BH, MWi 5624; Prot., 22. Sitzung d. Bayer. LT, 6. 11. 24, S. 597, 77. RT-Sitzung, 18. 6. 25, S. 2425, BH, MInn 66363; Auszug, Prot., 166. RT-Sitzung, 9. 2. 22, BA, R 43 I/721, 1. Vgl. ferner Frielinghaus, Nothilfe, Sp. 820; Feuerherdt, S. 103; DR 1926, S. 158; M. J. Braun, Die Lehren des Kapp-Putsches, in: Die Internationale, 1. 6. 20 (Nachdruck 1971), S. 22–37, hier S. 22; F. Heckert, Der Hamburger Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: Die Kommunistische Internationale 1928, S. 2396–404, hier S. 2400; Könnemann u. Krusch, S. 94.

203 Vgl. dazu den Text bei Anm. 117.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ist das Paradox, das sich bei der Betrachtung des Dreiecksverhältnisses Kommunismus-TN-Sozialdemokratie einstellt: Während der „Antikommunismus" in der TN lediglich als die am schärfsten zugespitzte Variante eines undifferenzierten und simpel artikulierten „Antisozialismus" proklamiert wurde, womit sie damals unter den vaterländisch gesinnten Gruppierungen gewiß nicht alleine stand, gaben alte Sozialdemokraten wie Noske und Severing bis 1928 vor, die Technische Nothilfe als Bollwerk zum Schutz der Republik gegen den Kommunismus aufrecht erhalten zu müssen. Die gewichtigen Hinweise der SPD-Funktionäre auf kommunistisch inspirierte „politische" Streiks in lebenswichtigen Anlagen mit dem Ziel der Errichtung einer Räterepublik auf gewaltsamem Wege zu Beginn der zwanziger Jahre[204] verlieren aber an Bedeutung, wenn man sich die tatsächliche Situation der „radikalen Linken" von 1918 bis zu Beginn der dreißiger Jahre vor Augen hält. Die politische Linke war damals sehr uneinheitlich[205] und die KPD, die extremste der organisierten Linksparteien, zahlenmäßig meist viel zu schwach, als daß sie hätte Revolution machen können. Besonders zu Beginn der Republik waren die extrem linken Gruppen von Schismen und Führermangel geplagt. Ihre ausweglose Lage besserte sich erst wieder im Zuge der Selbstzersetzung der USPD, von der die KPD ebenso wie die SPD 1922/23 profitierte. Aber nach weiteren Führungskrisen in den Mittzwanzigern konzentrierte sich die Partei bis 1928 auf die innerparlamentarische Opposition und auf Wahlkämpfe, auf „bürgerliche" Ziele also. Eine „stabile" und „seriöse" KPD indessen konnte kaum an einer gewaltsamen Revolution interessiert sein.

Dazu kam der Mißerfolg, den die Kommunisten bei dem Versuch, in den Gewerkschaften auf Dauer Fuß zu fassen, verbuchen mußten[206]. Obschon es der KPD bis 1923 gelang, etwa ein Drittel aller ADGB-Mitglieder zeitweilig hinter sich zu bringen, ja sogar einige ADGB-Gruppen gänzlich zu beherrschen, fiel ihr Ein-

---

[204] Vgl. Severing, Schlosser, S. 239 ff., 251 ff., 339–43; Noske, S. 122–33, 140–43; Lummitzsch, Nothilfe, etwa S. 16. Ebenso Hampe, Jubiläum, S. 372 f.

[205] Zum folgenden vgl. Grebing, S. 174, 182 ff.; Flechtheim, S. 135, 152, 181, 231; Rosenberg, insbes. S. 24, 50, 53, 65, 107, 116, 121 ff., 137 f., 142, 154, 180 f.; Turner, S. 222; Oertzen, S. 252 f.; Erger, S. 200 f. Dazu aus kommunistischer Sicht J. Walcher, Die Zentrale der KPD (Spartakusbund) und der Kapp-Putsch, in: Die Kommunistische Internationale 1926, S. 390–411, insbes. S. 390, 411; Hermann Remmele, Radikalisierungstendenzen in der deutschen Arbeiterschaft, ebenda, S. 483–86; Erwin Brauer, Der Ruhraufstand von 1920, Berlin 1930, S. 77.

[206] Über das Verhältnis zwischen Kommunisten und Gewerkschaften, insbes. ADGB, geben Aufschluß: Kuczynski, S. 88; Seidel, S. 118 ff., 166 f.; Erger, S. 201; Helmut Gätsch, Die Freien Gewerkschaften in Bremen 1919–1933, Bremen 1969, S. 55; Flechtheim, S. 180, 205–09, 223 f., 232 ff.; Feuerherdt, S. 104; Wilhelm Keil, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. 2, Stuttgart 1948, S. 214–18. Aus kommunistischer Sicht: „21 Bedingungen" der Komintern (März 1919) abgedruckt in: Theo Pirker (Hrsg.), Utopie und Mythos der Weltrevolution. Zur Geschichte der Komintern 1920–1940, München 1964, insbes. S. 25 u. 27; E. Ludwig, Gewerkschaftsumbau und Betriebsräte, in: Die Internationale, 1. 9. 19 (Nachdruck 1971), S. 259–64, insbes. S. 262; Jakob Walcher, Die Arbeit in den Gewerkschaften, ebenda, 1. 12. 20, S. 37–41, insbes. S. 38 ff.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fluß dann wieder – auf Grund der alle Gewerkschaften erschütternden wirtschaftlichen Stabilisierung nach der Ruhr-Krise, aber auch, weil gerade der ADGB bis zur Mitte der zwanziger Jahre aktiv gegen die radikalen Eindringlinge vorging. Ansätze zu eigenen kommunistischen Zellenbildungen außerhalb des ADGB schlugen fehl; bis 1925 blieb es lediglich bei der theoretischen Diskussion.

Ein von Kommunisten angezettelter Streik – ob nun „wild" bzw. „politisch" oder nicht – mußte schon aus dieser Situation der Schwäche heraus ein fragwürdiges Manöver sein. Im übrigen entsprach ein rein politisch motivierter Streik gar nicht den naheliegenden alltäglichen Bedürfnissen der wirklich notleidenden Arbeiter auf der Linken; zumeist bestimmten wirtschaftliche Faktoren den Entwicklungsgang auch der sogenannten „wilden" Streiks. Viele, vom Bürgertum pauschal als „politisch" apostrophierte Ausstandsbewegungen der Linken[207] bezweckten in Wahrheit lediglich verbesserte Arbeitsbedingungen und höhere Löhne – auch in den „lebenswichtigen" Betrieben. Das war bezeichnenderweise selbst während der Ruhr-Revolte unter den Bergarbeitern im April 1919 der Fall, aber auch beim mitteldeutschen Gemeindearbeiterstreik Ende Oktober 1924[208]. Ganz besonders aber traf dies auf die Landwirtschaft zu. Der Lebensstandard der Landarbeiter, gerade der des Ostens, war nach dem Ersten Weltkrieg einer der niedrigsten im Reich[209]. Hinzu kam, daß sich die gewerkschaftlichen Schutzorganisationen auf dem Lande nur unter Schwierigkeiten durchsetzen konnten; oft waren sie in irgendeiner Form von den Arbeitgebern abhängig[210]. Diese beiden Faktoren machen verständlich, warum die Streiks auf dem Lande tatsächlich häufig „wild", also der Führung der etablierten Gewerkschaften entzogen und von versprengten Kommunisten oder Anarcho-Syndikalisten geleitet waren, zugleich, warum in ihnen nicht politische, sondern Lohn-Forderungen eine vorrangige Rolle spielten[211].

Öfter als in den Industrieanlagen wurden bei solchen Landarbeiterstreiks die Notstandsarbeiten von den Streikenden verweigert, so daß die Technische Nothilfe einen willkommenen Anlaß zum Einschreiten sah[212]. Nicht selten, und namentlich unter dem Einfluß ihrer radikalsten Rädelsführer, vertraten kommunistische Streikkommandos den Standpunkt, *jede* Durchführung von Notstandsar-

[207] Vgl. typisch Conrad, S. 233*; Deutsche Wirtschaftszeitung 24 (1927), Sp. 1017.

[208] Oertzen, S. 253. Vgl. das Dok. bei Feuerherdt, S. 101.

[209] Teno, S. 27; Prot.; 305. RT-Sitzung, 22. 2. 23, S. 9827 f.

[210] Dazu Anm. 77.

[211] Vgl. die Beispiele in: Prof. Dr. Dade, Zum Landarbeiterstreik, in: Die Woche, 26. 7. 19, S. 807–10, insbes. S. 810; Münchener Post, 14. 4. 22; Otto Lummitzsch, Was lehrt die dreijährige Tätigkeit der Technischen Nothilfe?, DR 1922, S. 317–19, insbes. S. 318; Die Rote Fahne, 4. 8. 22; Frielinghaus, Frage, Sp. 718; Werner T. Angress, Stillborn Revolution. The Communist Bid for Power in Germany, 1921–1923, Princeton (N. J.) 1963, S. 353 f.; dazu die Einzeldok. im Landesarchiv Schleswig, Reg. Eutin, A Va/30, Org. TN.

[212] Vgl. Münchener Post, 14. 4. 22; Lummitzsch, Tätigkeit, S. 318; Die Rote Fahne, 8. 4. 22; Frielinghaus, Frage, Sp. 718. Dazu das Beispiel aus dem Braunschweigischen in: Verband Braunschweiger Landwirte e. V. an Staatsministerium, Abtlg. Landwirtschaft, Braunschweig, 29. 7. 20, NSAW, 12 A Neu, 13h/16096.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

beiten würde den Streik illusorisch machen[213]. So schrieb auch die „Rote Fahne", das Sprachrohr der KPD, im April 1922: „Jede Ausführung von Notstandsarbeiten erschwert den Streik. Sie werden das Unternehmertum hartnäckiger machen. Deshalb darf nur das Allernotwendigste während des Kampfes gemacht werden, aber nur, wenn die Technische Nothilfe wegbleibt." Die „Teno", so meinte das Blatt weiter, sei wegen ihrer Organisation „nicht nur in städtischen und staatlichen Betrieben, sondern auch in landwirtschaftlichen Betrieben" durchaus imstande, „jeden Streik der Arbeiter zu brechen"[214]. Diese Feststellung mag übertrieben gewesen sein, aber nach den Erfahrungen des durchschnittlichen Arbeiters, ob auf dem Lande oder in der Stadt, enthielt sie mehr als nur einen Kern Wahrheit.

Die Technische Nothilfe, seit ihrer Entstehung politischer Spielball zwischen der Rechten und Linken in Deutschland, wurde auch nach der Novemberdebatte des Reichstages im Jahre 1928, trotz der Vorhaltungen Carl Severings, nicht abgeschafft[215]. Dank der Unterstützung durch die bürgerlichen Parteien wurde ihr für das Etatjahr 1929 vom Reichstag wieder die Summe von 1,125 Millionen Mark bewilligt – immerhin bedeutete dies eine Verringerung der Mittel um 50% (gegenüber dem Vorjahre)[216]. Bis zur Machtergreifung Hitlers wurden die TN-Gelder zusehends gekürzt; in den frühen Dreißigern mußte die Nothilfe mit einem Budget von knapp einer Million Mark im Jahr auskommen[217]. Die Umwandlung der Organisation in einen eingeschriebenen Verein, in dem der Reichsinnenminister maßgebenden Einfluß besaß, bezweckte im Jahre 1929, ebenso wie die ein Jahr später erlassenen neuen „Richtlinien", eine strengere Kontrolle durch die höchste Regierungsinstanz, namentlich während der früher so oft willkürlich beschlossenen „Einsätze"[218]. Eine zwingende Parallele zu diesen Maßnahmen war der allmähliche organisatorische Abbau des TN-Apparats, gerade in personeller Hinsicht, der allerdings bereits um 1924 – angesichts der sich neigenden Streikkurve – seinen Anfang genommen hatte[219].

---

[213] Vgl. dazu das Beispiel im Flugblatt: Streikrecht und Lebensrecht!, o. J. [1919], BA, R 43 I/721, 1.

[214] Die Rote Fahne, 8. 4. 22.

[215] DR 1928, S. 223.

[216] Ziffern nach Hoche, S. 787; Die Technische Nothilfe im Dienste, T. V. 35, S. 5. Scholz (S. 9) und DR 1929 (S. 438) nennen für 1929 die Summe von rund einer Million Mark.

[217] Hoche, S. 787; Die Technische Nothilfe im Dienste, T. V. 35, S. 5; Reichsminister d. Innern an TN-Hauptstelle, Berlin, 22. 5. 29, BH, MInn 66372; DR 1931, S. 253.

[218] Dazu Satzung TN, gez. Menzel u. a., Berlin, 10. 7. 29, BA, R 43 I/721, 1; Eiserne Blätter 11 (1929), S. 555 f.; Die Technische Nothilfe im Dienste, T. V. 35, S. 7; Ludwig Röthenmeier, Brauchen wir noch die Technische Nothilfe?, in: Der Volkswirt 30, 1931, S. 226–29, insbes. S. 227; Scholz, S. 8.

[219] Während des Höchststandes hatte es 108 hauptamtliche Dienststellen und 2200 Organisationseinheiten im Reich gegeben, Ende 1930 gab es nur noch 20 bzw. 680. Das hauptamtliche Personal verringerte sich von 446 auf 86, der freiwillige Nothelferbestand von annähernd einer halben Million auf 200 000 (nach Technische Nothilfe im Dienste, T. V. 35, S. 5).

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Grund für diese Entwicklung war nicht so sehr in der Tatsache zu sehen, daß das Versprechen des Innenministers Severing vom November 1928 – zumindest bis zum Zusammenbruch des Kabinetts Müller am 30. März 1930 – von der Reichsregierung eingelöst wurde, als darin, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse im Reich nach 1928 einschneidend änderten. Unter den Bedingungen einer ständig wachsenden Massenarbeitslosigkeit, die 1932 ihren Höhepunkt erreichte, ließen sich Arbeiterstreiks schlecht durchhalten, selbst wenn, wegen der Brüningschen Notverordnungen seit Anfang der dreißiger Jahre, die gekürzten Arbeitslöhne einen großen Anreiz zum Ausstand boten[220]. Für die Technische Nothilfe bedeutete dies, daß sie 1929/30 erstmals überhaupt keine Gelegenheit zur Intervention in „lebenswichtigen" Betrieben mehr hatte[221]. Diese Situation war kritisch, denn sie schien, schärfer als je zuvor, die Existenz der Technischen Nothilfe zu bedrohen; sie untergrub das Selbstverständnis ihrer Führung. Hätte die Weimarer Republik um 1930 in der Form jener exemplarischen Demokratie bestanden, als die sie von den Vätern der Verfassung konzipiert worden war, so hätte sich die Technische Nothilfe, damals nur noch ein Anachronismus, selbst auflösen müssen. So war es anfangs ja auch gesagt worden[222]. Aber in einem Staate, der auf der Schwelle zur Präsidialdiktatur stand, gab es für eine Organisation mit autoritärer Grundstruktur und einer schon traditionellen Neigung zum Totalitären, wie sie die Technische Nothilfe nun darstellte, selbst ohne fest umrissene Funktionen einen Platz. Um es zu überspitzen: Die antidemokratische „Teno" hatte den ihr angemessenen historischen Stellenwert in einem Staatswesen gefunden, in dem man nun allen Ernstes daran ging, die parlamentarische Demokratie gänzlich aus den Angeln zu heben.

Im Rahmen dieser aus demokratischer Sicht pessimistischen Analyse mußten die krampfhaften Bemühungen der TN, sich neue formale Grundlagen für ihre Daseinsberechtigung zu schaffen, alles andere als überzeugend wirken. 1925, als sich die Anzahl der Streiks zu reduzieren begann, konzentrierte sich die Technische Nothilfe zunächst mehr auf „Katastrophenhilfe" – eine Spezialität, die sie

[220] Zu diesen Zusammenhängen im einzelnen Preller, S. 410–13; Heinrich Göhring, Die Streik- und Ausstandsbewegung in den Handels- und Verkehrsgewerben unter besonderer Berücksichtigung der Schiffahrt in den wichtigsten Industrieländern im I. Halbjahr 1929, in: Hansa, Deutsche nautische Zeitschrift 66 (1929), S. 1240–41; Hoche, S. 788; L. Borsch, Die bremische Arbeiterschaft in der Wirtschaftskrise, in: Wirtschaft und Arbeit 8 (1931), Nr. 7, S. 61–64, insbes. S. 63 f.; Gustav Schaum, Der Streik bei der Berliner Verkehrsgesellschaft, in: Neue Blätter für den Sozialismus 3 (1932), S. 36–44, hier S. 39 f.; Momsen, S. 83; Severing, Republik, S. 184; Werner Imig, Streik bei Mansfeld 1930. Der Streik der Mansfeld-Arbeiter im Jahre 1930 und seine Unterdrückung mit Hilfe des Staatsapparates der Weimarer Republik, Berlin [-Ost] 1958, S. 27; Ursula Hüllbüsch, Die deutschen Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise, in: Werner Conze u. Hans Raupach (Hrsg.). Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929/33, Stuttgart 1967, S. 126–54, hier S. 134 f.; 137, 150.

[221] Momsen, S. 83.

[222] Vgl. Münchener Neueste Nachrichten, 21./22. 8. 20; Prot., 86. RT-Sitzung, 16. 3. 21, S. 3062, 205. RT-Sitzung, 7. 4. 22, S. 7017, BH, MWi 5624.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schon seit ihren Anfängen, wenn auch mit Maßen, gepflegt hatte[223]. Waren es 1919/20 noch 570 „Einsätze in lebenswichtigen Betrieben" und lediglich 6 „bei höherer Gewalt" gewesen, so war das Verhältnis 1925/26 plötzlich 5 zu 94. Ein Jahr später schaffte die TN sogar nur einen einzigen Streik-Dienst, dagegen 1101 Katastrophen-Einsätze[224]. Danach blieben Streik-Aktionen fast ganz aus[225]. Die TN-Funktionäre verlegten sich daher auf entferntere Gebiete: den Gasschutz, Luftschutz, Arbeitsdienst und schließlich sogar auf die Wohlfahrtspflege[226].

Dennoch war die Technische Nothilfe zu Beginn des neuen Jahrzehnts nur scheinbar zweckentfremdet. Ihre eigentliche Mission blieb, was sie immer gewesen war: die Abwehr jeder Art von Streik, die Aufrechterhaltung des sozialen Status quo im Lande[227]. Die Unternehmer selbst waren es, die nach 1928 alles daran setzten, die kontinuierliche Kürzung der TN-Mittel zu unterbinden. Ihre Angst vor Streikunruhen saß zu tief. So wies der Deutsche Landwirtschaftsrat im September 1929 darauf hin, „wie notwendig das Vorhandensein einer schlagfertigen, jederzeit einsatzbereiten Teno ist"[228]. Ein knappes halbes Jahr später machte Eduard Hamm, das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages, Reichsernährungsminister Hermann Dietrich darauf aufmerksam, daß gegenwärtig, „auch wenn man gewisse Erscheinungen und

---

223 Siehe oben S. 34.

224 Ziffern nach Hoche, S. 788. So löschte die TN mit 35 Nothelfern (fast alle Besucher des Seminars für praktische Landwirte in Helmstedt) am 4. 9. 29 einen auf einer Fläche von 30 Morgen ausgedehnten Moor- und Heidebrand bei Puritzmühle/Rieseberg (DR 1929, S. 598).

225 Beispiele für sporadischen Streikbrecherdienst der TN: Danziger Hafenarbeiterstreik 1931 (G. Großpetsch, Der Hafenarbeiterstreik in Danzig. Ein Rückblick, DR 1932, S. 79–80); Hamburger Verkehrsstreik 1932 (J. Fornoni, Die Neugliederung der Technischen Nothilfe, ebenda, S. B 173– B 174, insbes. S. B 174). Im großen Mansfelder Bergarbeiterstreik 1930 wurden TN-Kolonnen von Streikposten am Einsatz gehindert (Imig, S. 147). Alarmiert, aber nicht eingesetzt wurde die TN 1931 im Nürnberger Gemeindearbeiterstreik (Fränkischer Kurier v. 7. u. 12. 11. 31).

226 Beispielsweise hatte im Oktober 1930 der Gasschutztrupp der TN Gleiwitz während einer Gasschutzübung am Gasschutzgerät in einem künstlich verqualmten Geländestreifen eine Brücke zu schlagen (Max Binder, Sanitätskolonnen und Technische Nothilfe, in: Der Deutsche Kolonnenführer, 15. 2. 32, S. 35–36, insbes. S. 35). Im Freiwilligen Arbeitsdienst wurden von der TN bis zum 3. 1. 33 270 Lager mit weit über 12 000 Arbeitsdienstwilligen durchgeführt (DR, 1. 2. 33, S. B 24). Dazu ferner Häntzschel an TN-Vorstand, Berlin, 19. 12. 29, Koch an Staatsministerium d. Innern, München, 5. 8. 30 u. 20. 1. 31, BH, MInn 66370; Koch an Staatsministerium d. Innern, München, 4. 2. 32 u. 12. 3. 32, BH, MInn 66373; Zetlmeier an Reichsminister d. Innern, München, 15. 4. 32, BH, MInn 66368; Ludwig Röthenmeier, Wintersorgen – Winterhilfe, DR 1932, S. 17–19; ders., Ein Jahr Freiwilliger Arbeitsdienst der T. N., DR, S. 441–42; Erich Hampe, Die Technische Nothilfe im Zivilen Luftschutz, DR, S. 439–40.

227 Beispiele für die „Habt-Acht"-Stellung der Nothelfer in Herker: Zehn-Jahr-Feier der T. N. in Hannover, DR 1930, S. 194; ferner DR 1931, S. 254.

228 DR 1929, S. 598. Dazu auch Reichs-Landbund, 5. 10. 29, S. 430.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gefahrenpunkte nicht überschätzen will, doch auch bei sehr ruhiger Betrachtung die Sicherung des inneren Friedens gegen jedwede Störung auch weiterhin die Vorsorge für eine von Parteien und Wirtschaftsgruppen unabhängige, lediglich auf Erfüllung staatlicher und volkswirtschaftlicher Notwendigkeiten verpflichtete Nothilfe zur Aufrechterhaltung lebenswichtiger Betriebe" notwendig mache[229]. Schreiben ähnlichen Inhalts, oft von der Technischen Nothilfe inspiriert oder veranlaßt, erhielt die Reichsregierung von Kommunal- ebenso wie von Landesbehörden[230]. Lummitzsch selbst, gestützt von seinen alten Lobbyisten im Reichstag[231], blieb der beste Fürsprecher seines Vereins[232]. Trotz der – schon durch die Deflationspolitik Brünings bedingten – Budgetbeschneidungen brauchte sich der TN-Chef um seine Zukunft keine allzu großen Sorgen zu machen: Staatssekretär Dr. Pünder machte am 12. August 1930 dem Vorstand die beruhigende Mitteilung, das Reichskabinett habe keinesfalls die Absicht, „die Technische Nothilfe in ihrer Einsatzbereitschaft zu mindern"[233]. Franz von Papens Innenminister Freiherr von Gayl ließ Ende November 1932 sogar verlauten, daß „mit Rücksicht auf die aus der gespannten Lage für die nächsten Wochen und Monate sich ergebende Streikgefahr eine ausreichende Einsatzmöglichkeit der Technischen Nothilfe in lebenswichtigen Betrieben sichergestellt werden" müsse[234]. Es schien wieder gut um die Nothelfer zu stehen.

Tatsächlich waren die letzten Monate vor der nationalsozialistischen Machtergreifung ja eine Zeit schwerer Wirtschaftskämpfe – trotz Erwerbslosigkeit und Lohnsturz. Gayl hatte seinen Schnellbrief offensichtlich noch ganz unter dem Eindruck der rund 300 verschiedenen Streiks verfaßt, die in der Spanne von Mitte September bis zur ersten Oktoberwoche als Reaktion auf Papens Lohnabbauverordnungen ausgebrochen waren. Im November streikten in Berlin die Transportarbeiter, sowohl von den Kommunisten als auch von den Nationalsozialisten unterstützt[235]. Dennoch kam die TN auch jetzt nicht mehr zum Zuge. Ange-

---

229 Hamm an Dietrich, Berlin, 7. 2. 30, BA, Nachlaß Dietrich/319. Vgl. auch Severing an Staatssekretär Reichskanzlei, Berlin, 29. 1. 29, BA, R 43 I/721, 1.

230 Vgl. TN-Hauptstelle an Deutschen Städtetag, Berlin, 6. 8. 29, Bürgermeister Stadt Mainz an Geschäftsstelle d. Deutschen Städtetags, Mainz, 30. 3. 31, BA, R 36/2722, 1; Badischer Bevollmächtigter ... an Reichskanzler, Berlin, 26. 5. 31, Thüring. Stellv. Bevollmächtigter ... an Reichskanzler, Berlin, 29. 5. 31, ferner Auszug, Prot., Sitzung, Reichsministerium [d. Innern], 18. 2. 29, BA, R 43 I/721, 1.

231 Vgl. DR 1929, S. 326, 411 f.; DR 1931, S. 253 f.; Auszug, Prot. ..., 18. 2. 29 (vgl. Anm. 230); Prot., 50. RT-Sitzung, 24. 2. 31, S. 674, BH, MInn 66372.

232 Vgl. Lummitzsch an Pünder, Berlin, 30. 7. 30, BA, R 43 I/721, 1.

233 Obschon Reichskanzler Brüning selbst, den Lummitzsch wegen der bevorstehenden „schweren Wirtschaftskämpfe" zu sprechen wünschte, sich in formaler Achtung der früheren Regierungsbeschlüsse bezüglich der TN zurückhielt und den Vorstand nicht empfing (ebenda; Pünder an Lummitzsch, Berlin, 12. 8. 30, BA, R 43 I/721, 1).

234 Schnellbrief Gayl an Staatssekretär Reichskanzlei, Berlin, 26. 11. 32, BA, R 43 I/721, 1.

235 Flechtheim, S. 273, 285; Joseph Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern (vom 1. Januar 1932 bis zum 1. Mai 1933), München 1934, S. 191–95, 198.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sichts der hochexplosiven Lage, die der Transportarbeiterstreik durch die Beteiligung der Radikalen von der extrem linken und rechten Flanke bewirkt hatte, und eingedenk der großen Sympathiebekundungen für die Streikenden von seiten der Bevölkerung, entschloß sich die Reichsregierung dazu, die Notstandsarbeiten behutsam, und zwar durch die in Massen bereitstehenden Arbeitslosen, durchführen zu lassen[236].

Wenige Wochen später war Adolf Hitler Reichskanzler. Während der Führer der NS-Bewegung in den nächsten Monaten und Jahren die noch verbliebenen Errungenschaften der demokratischen Republik von Weimar systematisch abschaffte, vermochte sich die Technische Nothilfe, eine der ersten Einrichtungen dieser Republik, bis zum Ende des Dritten Reiches zu halten. Das geschah freilich nicht als Konsequenz einer besonders innigen Bindung zwischen TN und NSDAP während der Weimarer Phase, denn eine derartige Verbundenheit war, schon wegen der eigentümlich zwiespältigen Einstellung der NSDAP zum „Streikrecht" in der „Kampfzeit der Bewegung"[237], nicht möglich gewesen. Gleichwohl ruhte die Anpassungsfähigkeit der TN gegenüber dem totalitären Regime Hitlers auf dem festen Fundament einer gemeinsamen antidemokratischen Weltanschauung. Der Antikommunismus war vielleicht der wichtigste Ankerpunkt. Lummitzsch selbst sprach das offen aus. Mitte März 1933 rief er, jetzt als TN-„Reichsführer", allen Nothelfern ins Gewissen, „nach langen, schweren Jahren tiefster Ohnmacht" habe sich das deutsche Volk „nunmehr wiedergefunden in nationaler Selbstbesinnung. Eine starke nationale Front hat sich gebildet, die sich den Wiederaufbau unseres heißgeliebten Vaterlandes zum Ziel gesetzt hat und bereit ist, ihre ganze Kraft für die Erreichung dieses großen Zieles einzusetzen". Und: „Wiederum droht der Vernichtungskampf gegen Staat und Volk, wiederum versuchen bolschewistische Machthaber, die elementarsten Lebensbedürfnisse des Volkes durch Sabotage und Zerstörung lebenswichtiger Betriebe zu unterbinden."[238]

Lummitzsch übertrieb. Er überschätzte die Bedeutung seines Vereins, der im Führer-Staat vorerst nicht zur Bekämpfung von Kommunisten oder Streikposten zu dienen hatte. Denn für die Verfolgung der Kommunisten hatte Hitler seine

---

236 Fornoni, S. B 174. Geschichte, Bd. 4, S. 378, berichtet von nur „wenigen Streikbrecherwagen, die später unter Polizeischutz eingesetzt wurden".

237 Dazu grundlegend Hans-Gerd Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der „Deutschen Arbeitsfront", Hannover 1958, S. 13, 34–41; Reinhard Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925–1930, Meisenheim/Glan 1966, S. 73–79. Vgl. auch Der Angriff, 17. 10. 27, 31. 10. 27, 26. 10. 30, 21. 5. 31, 7. 1. 32; Vorwärts, 14. 7. 32, 7. 8. 32. – Obschon es gewiß einzelne in der TN gegeben hat, war es Pgs. offiziell, laut einem angeblichen Befehl Hitlers v. Mai 1925, verboten, der TN anzugehören, was wahrscheinlich auf den Einfluß des „linken" Straßer-Flügels zurückzuführen ist. Dazu Michael H. Kater, Der NS-Studentenbund von 1926 bis 1928. Randgruppe zwischen Hitler und Straßer, VfZ 22 (1974), S. 148–90, hier S. 165.

238 DR, 16. 3. 33, S. 123.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

SA und SS, und „Streiks" sollte es in der „Volksgemeinschaft" ohnehin nicht geben. Im Dritten Reich wurde die TN, laut den neuen Richtlinien vom 19. Oktober 1933, zunächst lediglich eines der vielen „Machtmittel des Staates", mit einer typischen, auch für andere „Gliederungen" geltenden Doppelaufgabe: einmal sollte sie bei der kollektiven Erfassung und Gleichschaltung eines Teils der Volksgemeinschaft zwecks leichterer Kontrolle mitwirken, ferner oblagen ihr der seit langem geprobte Katastrophenschutz sowie der Gas- und Luftschutz[239].

Während des Krieges[240] allerdings kamen neue Aufgaben hinzu; „Technische Kommandos" der TN schlossen sich der Wehrmacht an. Zuerst ein Instrument der Polizei, geriet die Technische Nothilfe, zusehends militarisiert, am 10. September 1943 unter SS-Gruppenführer Schmelcher schließlich ganz in den Befehlsbereich der Schutzstaffel Heinrich Himmlers[241]. Bereits 1938 hatte sich der Kreis symbolisch geschlossen: Kaum zwanzig Jahre, nachdem die ersten Freiwilligen der Berliner Garde-Kavallerie-Schützen-Division gegen „rote", von „jüdischen" Spartakisten aufgestachelte Arbeiter gefochten hatten, standen abermals Freiwillige der Technischen Abteilungen „in lebenswichtigen Betrieben

---

239 Richtlinien für die Technische Nothilfe v. 19. 10. 33, in: Dienstliche Bekanntmachung der Reichsführung der Technischen Nothilfe 14, Nr. 2, Oktober 1933, BA, R 36/2722, 1 (S. 38 f.).

240 Lummitzsch wurde im März 1934 bis auf weiteres als Chef der TN durch den bisherigen Hrsg. der „Räder", Erich Hampe, ersetzt (Lummitzsch, Nothilfe, S. 80 f.; Carl Maier, Bundesamt für Zivilschutz, an Verf., Bonn-Bad Godesberg, 28. 10. 76). Lummitzschs Nachkriegsbehauptung, er sei „aus politischen Gründen" entlassen worden (Internationales Biographisches Archiv [Munzinger-Archiv], Lieferung 8/63, 25. 2. 63, 6606; Zivilschutz 27, 1963, S. 34), ist im Lichte seiner vorangegangenen Ergebenheitserklärungen (siehe beispielsweise Anm. 238) zweifelhaft. Dazu hat E. Hampe 1969 erklärt, L. habe „in familiärer Hinsicht nicht den damals für führende Persönlichkeiten gültigen rassischen Grundsätzen entsprochen" (Hampe, Jubiläum, S. 374). – Bis zum Kriege sind folgende Daten in der Geschichte der TN bemerkenswert: 30. 9. 34: Hitler spricht seine Anerkennung für 15 Jahre Tätigkeit der TN aus; 4. 5. 37: Die 1. Durchführungs-Verordnung zum Luftschutzgesetz beauftragt die TN mit der „Sonderaufgabe des Instandsetzungsdienstes im Luftschutz"; 18. 6. 37: Unterstellung der TN unter Reichsführer SS u. Chef der Dt. Polizei „als ein ständiges technisches Hilfsorgan der Polizei für wichtige öffentliche Hilfeleistungen technischer Art" (Daten aus der TN-Geschichte 1919–1939, Berlin 1939, in: Staatsbibliothek München). Laut Gesetz über die Technische Nothilfe vom 25. 3. 39 wurde der e. V. TN aufgelöst, die TN wurde nun als „technische Hilfspolizei" bezeichnet. Dazu auch Otto Jamrowski (Hrsg.), Handbuch des Betriebsführers. Betriebsführer-Lexikon, Berlin 1940, S. 918.

241 Handbuch für den Dienstbetrieb der Technischen Nothilfe beim Reichsministerium des Innern, o. O., o. J., BA, R 19/303 (S. 56 ff.); Aus den Kriegseinsätzen der Technischen Nothilfe im Westen, Berlin-Steglitz, Juli 1940; Aus der Tätigkeit der TN während des Feldzuges gegen Polen, Berlin-Steglitz o. J. [1940] (beide Publikationen in: Staatsbibliothek München); Ms. Lummitzsch über TN im Zweiten Weltkrieg, BA, Kl. Erw. 394–3; SS-Gruppenführer Schmelcher an alle TN-Dienststellen, Berlin, 17. 2. 44, BA, R 19/303; Für Deutschlands Freiheit, als Ms. gedruckt [1942], Hoover Institution on War, Revolution and Peace, NSDAP-Hauptarchiv, 12/241 (S. 27 f.).

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für den Fall jüdisch-marxistischer Störungsversuche" Gewehr bei Fuß – am 13. März, nach dem „Anschluß", in der gerade hinzugewonnenen „Ostmark"[242].

Am 25. August 1953 wurde die Technische Nothilfe in der Bundesrepublik Deutschland durch Erlaß des Bundesinnenministers auf Vorschlag von Otto Lummitzsch zu neuem Leben erweckt – als eine „nicht-rechtsfähige Bundesanstalt" unter dem Etikett „Technisches Hilfswerk" (THW)[243]. Als Begründung hatte Lummitzsch „die politische und militärische Entwicklung und Zielsetzung der Sowjetzone" angegeben[244]. Tatsächlich wurde Lummitzsch wieder „Vorstand" der neuen Organisation[245]. Aber – Bonn war nicht Weimar – auf Streikabwehr wurde sie diesmal, trotz anfänglicher Befürchtungen von seiten der Gewerkschaften[246], gar nicht erst verpflichtet. Sie dient, mit beachtlichem Erfolg, dem politisch unverfänglichen Katastrophenschutz[247].

---

[242] Handbuch Dienstbetrieb, S. 57. Weitere Einsätze: Beim Einmarsch in die sudetendt. Gebiete rückten „Technische Kommandos" der TN als Sonderformationen der Wehrmacht mit ein; bei der Errichtung des Westwalls leistete die TN dem Generalinspekteur für das dt. Straßenwesen und der Inspektion der Wehrbefestigungen „wertvolle Hilfsdienste"; beim Einmarsch in Böhmen und Mähren waren auch TN-Einheiten beteiligt. 1942 hieß es: „Auch im Balkan-Einsatz standen Nothelfer; sie machten den großen Schiffahrtsweg der Donau frei und auch andere Flüsse, wie schon in Polen und vor allem im Westen" (Für Deutschlands Freiheit [vgl. Anm. 241], S. 28).

[243] Anfänglich hieß das THW „Ziviler Ordnungsdienst"; Zivilschutz 27 (1963), S. 54. Lummitzsch, Nothilfe, S. 101; Könnemann, S. 678; Adolf Weber, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in Deutschland, 6. Aufl., Tübingen 1954, S. 199.

[244] Lummitzschs offizieller Titel bis zum Ruhestand am 15. 4. 55 war der eines „Direktors". Er starb am 9. 12. 62 in Bonn (Internationales Biographisches Archiv [Munzinger-Archiv], Lieferung 8/63, 23. 2. 63, 6606).

[245] Laut Zivilschutz 27 (1963), S. 54.

[246] Der Spiegel, 4. 7. 77, S. 46. Die IG Metall meinte: „Die Umschreibung der Aufgaben, die das Bundesinnenministerium dem Technischen Hilfswerk stellte, ließen [sic] ... klar erkennen, daß gerade der Einsatz des THW bei Streiks seine eigentliche Aufgabe ist" (Metall, 11. 11. 53, S. 1).

[247] Nach einer Sendung über das THW im ARD-Fernsehen am 14. 10. 73 um 13.45 Uhr, in: „Magazin der Woche". Vgl. auch Der Spiegel, 4. 7. 77, S. 46.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ELMAR KRAUTKRÄMER

DIE ENTMACHTUNG LAVALS IM DEZEMBER 1940. EIN AUSSENPOLITISCHES KALKÜL VICHYS

Die französische Regierung hatte nach dem Waffenstillstand von 1940, da sie ihren Sitz im unbesetzten Teil des Landes nahm und international anerkannt blieb, durchaus eine gewisse außenpolitische Aktionsfreiheit behalten, die erst mit und nach der deutschen Besetzung ganz Frankreichs im November 1942 eine faktische Beschränkung erfahren sollte. Während das Verhältnis der Vichyregierung zu den kriegführenden Mächten und den USA im einzelnen Untersuchung und Darstellung gefunden hat[1], liegt bislang zur gesamten Außenpolitik Vichys von 1940 bis 1942 nur eine Arbeit vor, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügt[2]. Sie hat jedoch inzwischen durch weitere auf erschlossenes Aktenmaterial gestützte Spezialstudien Ergänzung und stellenweise Korrektur erfahren[3].

Die Außenpolitik Vichys in der ersten Ära Laval vom 13. Juli bis zum 13. Dezember 1940 ist für das Verständnis des ‚double jeu' unter Darlan 1941/42 von grundlegender Signifikanz. In dieser Zeit wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Regierung Pétain noch weitere zwei Jahre ihre Selbständig-

---

[1] Zu Deutschland (Juni–Sept. 1940): H. Böhme, Der deutsch-französische Waffenstillstand im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966; für Juni – Dezember 1940 gerafft und stellenw. überholt: G. Geschke, Die deutsche Frankreichpolitik 1940 von Compiègne bis Montoire, Bln. Ffm. 1960; für 1940–1941, umfassend: E. Jäckel, Frankreich in Hitlers Europa, Stuttgart 1966.
Zu England: P. M. H. Bell, The Breakdown of the Alliance. In: N. Waites (ed), Troubled Neighbours. Franco-British Relations in the Twentieth Century, London 1971, S. 200 ff.; R. L. L. Melka, Darlan between Britain and Germany 1940–1941. In: Journal of Contemporary History, vol. 8, Nr. 2 (April) 1973, S. 57–80; Sir L. Woodward, British Foreign Policy in the Second World War, vol. I. London 1970 (künftig Woodward I), Ch XIII (Juni 1940–Januar 1941).
Zu USA: W. L. Langer, Our Vichy Gamble, New York 1947; G. Henry-Haye, La grande éclipse franco-americaine, Paris 1972.

[2] A. D. Hytier, Two Years of French Foreign Policy 1940–1942, Genève/Paris 1958; R. Aron, Histoire de Vichy 1940–1944, Paris 1954 erweist sich in dieser Beziehung als nicht befriedigend.

[3] So durch die unter Anm. 1 genannten Arbeiten von Böhme, Jäckel und Woodward und bes. G. Warner, Pierre Laval and the Eclipse of France, London 1968, das das in den ersten Nachkriegsjahren entstandene, sich auf die zu einseitig um die Rehabilitierung bemühende Memoirenliteratur bestimmter Vichyakteure stützende Lavalbild wohltuend korrigiert und eine umfassende Bibliographie enthält. Auch auf die, wenn auch in erster Linie das Jahr 1942 betreffende Arbeit von A. L. Funk, The Politics of Torch, Lawrence/Manhattan 1974 sei hier wegen ihrer Vichy im ganzen betreffenden Bibliographie auf dem Stand von 1974 verwiesen.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

keit zwischen den kriegführenden Parteien wahren und in letzter Konsequenz, trotz aller Gegensätze zu de Gaulle, mit dazu beitragen konnte, daß dieser sein Land ins Lager der Siegermächte zu führen vermochte.

Am 13. Dezember 1940 demonstrierte Marschall Pétain, daß er nicht willens war, Frankreichs Schicksal an die deutsche Kriegsführung zu binden, sondern einen Bruch mit England vermeiden und seinem Land die Gunst der Vereinigten Staaten sichern wollte. Die Interaktion außen- und innenpolitischer Bedingungen und Vorgänge ist in der Vorgeschichte des 13. Dezember unübersehbar, doch allein außenpolitisches Kalkül dürfte letztlich ausschlaggebend gewesen sein. Was die außenpolitischen Ursachen anbelangt, so wird der Sturz Lavals bislang in erster Linie als eine Konsequenz der gescheiterten Montoire-Politik oder als eine sich aus den britisch-französischen Verhandlungen ergebende Notwendigkeit, allenfalls als ein Ergebnis von beidem, gesehen. Der entscheidende Anteil der Diplomatie Washingtons an diesem Vorgang ist hingegen nicht hinreichend beachtet worden[4]. Ihr Gewicht kann allerdings nur im Kontext der deutschen und englischen Frankreichpolitik jener Monate voll erkannt werden.

I

Nach dem deutsch-französischen Waffenstillstand wurde von führenden Politikern und Militärs sowie großen Teilen der Bevölkerung Frankreichs erwartet, daß England das Schicksal der Niederlage in wenigen Wochen teilen würde. Mers-el-kebir[5] sowie die daraufhin winkenden Lockerungen der Entwaffnungsbestimmungen[6] gaben der anglophoben und zur Unterstützung Deutschlands bereiten Richtung Auftrieb, als deren Exponent Pierre Laval, stellvertretender Ministerpräsident und designierter Nachfolger des Staatschefs Marschall Pétain, galt. Daß jedoch bald die entgegengesetzte, vorrangig von Verteidigungsminister Weygand, Außenminister Baudoin, dessen Generalsekretär Charles-Roux sowie Finanzminister Bouthillier vertretene Richtung bei dem Marschall zunehmend

---

[4] Langer hat in seiner bereits auf amerikanische Akten gestützten Arbeit (s. Anm. 1) die amerikanisch-französischen Beziehungen der ersten Ära Laval eingehend dargestellt, konnte jedoch noch nicht den Sturz Lavals als interdependente Konsequenz der gesamten Aussenpolitik Pétains erkennen. Auch Hytier (s. Anm. 2) widmet den Bemühungen Vichys um die Erhaltung der amerikanischen Freundschaft einen besonderen Abschnitt, sieht jedoch die Ursachen des Sturzes Lavals auch zu einseitig vorrangig in dessen gescheiterter Kollaborationspolitik.

[5] Britischer Überfall auf Teile der französischen Flotte bei Oran am 3. Juli 1940. Aus der zahlreichen Literatur hierzu am besten aus franz. Sicht: A. Kammerer, La passion de la flotte française, Paris 1951, S. 145 ff. und P. Varillon, Mers el Kebir, Paris 1950; aus brit. Sicht: S. O. Playfair, The Mediterranean and the Middle East. British History of the Second World War, vol. I. London 1954, S. 132 ff.

[6] Hierzu Böhme S. 318 ff., Jäckel S. 56 ff.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gehör fand, lag daran, daß Hitler die Gunst der Stunde nicht nutzte und – voll des Mißtrauens gegenüber Frankreich – Schritte unternahm oder zuließ, die Vichy zum Kampf um die Erhaltung der mit dem Waffenstillstand erlangten Position und des damit verbliebenen Spielraumes herausforderte: die deutsche Stützpunktforderung vom 15. Juli, die ein deutsches Fußfassen und die Aufgabe der französischen Hoheit in Afrika bedeutet und folglich zum Konflikt mit England und Bruch mit den USA geführt hätte[7], die Annexion von Elsaß-Lothringen, die politische und wirtschaftliche Abschnürung der besetzten von der unbesetzten Zone, die Auflage der unerwartet hohen Besatzungskosten und die deutsche Verweigerung der Realisierung des Artikels 3 des Waffenstillstandsvertrages, nach dem es der französischen Regierung überlassen war, ihren Sitz im unbesetzten Gebiet zu wählen oder nach Paris zu verlegen. Pétain ließ zwar mit seiner Ablehnung der Stützpunktforderung[8] die Tür zu diesbezüglichen Verhandlungen offen, und am Tag, als seine Note in Wiesbaden überreicht wurde, reiste Laval zu seinem ersten Gespräch mit Abetz[9] nach Paris. Doch dann wartete man in Vichy vergeblich auf ein Zeichen der Verhandlungsbereitschaft aus Berlin, und man begann zu zweifeln, ob Deutschland den Waffenstillstand überhaupt einhalten werde, und rechnete mit der Möglichkeit einer Besetzung Vichys. Pétain soll bereits am 4. August Admiral Darlan angewiesen haben, in diesem Falle nach

---

[7] Die Forderung beinhaltete die Überlassung von Flughäfen bei Casablanca, das Verfügungsrecht über die Nachrichtenverbindungen und Wetterstationen in ganz Nordafrika sowie die Eisenbahn von Tunis nach Rabat, die südfranzösischen und nordafrikanischen Häfen und den Schiffsraum für Transporte über das Mittelmeer.
Zusammenfassung der Note in Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (künftig ADAP), Ser. D, Bd. X Nr. 169. Voller Text (franz.) in: La Délégation française après de la Comission allemande d'armistice (künftig La Délég.) tome I, Paris 1947, S. 463 f.

[8] Inhaltsangabe ADAP D X Nr. 208. Voller Text (franz.) in La Délég. tome V, Paris 1959, S. 438 ff. und Y. Bouthillier, Le drame de Vichy, Bd. I, Paris 1950, annexe 1; zur Entstehung der Note ebenda S. 168.

[9] Abetz, rege für die „Deutsch-Französische Gesellschaft" und das Comité France-Allemagne wirkend, war im August 1939 wegen angeblicher Spionage und „Fünfte-Kolonne"-Aktivitäten für Deutschland aus Frankreich ausgewiesen worden und wurde im Juli 1940 Bevollmächtigter des AA beim Militärbefehlshaber in Frankreich. Er wurde im August zum Botschafter ernannt, ohne daß sich Kompetenzen und Status seiner Dienststelle änderten. Diese wurde im November 1940 in „Deutsche Botschaft in Paris" umbenannt, ohne in Vichy akkreditiert zu sein. S. Führerentscheid vom 12. 11. 1940, ADAP D XI Nr. 568. Aufgaben des Botschafter s. Weisung Ribbentrops vom 3. 8. 1940, ADAP D X Nr. 282. Zu Aufbau und Funktion der deutschen Militärverwaltung s. H. Umbreit, Der Militärbefehlshaber in Frankreich 1940–1944. Boppard 1968. Stellung und Kompetenzen der deutschen Botschaft, ebenda S. 92 ff. Als Generalbeauftragter der französischen Regierung bei der dt. Mil. Verw. fungierte zunächst Botschafter Noël, ab Mitte August General de la Laurencie. Dieser wurde jedoch zunehmend von dem mit Laval verbundenen und mit Abetz aus dem CFA befreundeten Comte de Brinon überspielt. De Brinon erhielt im November Botschafterfunktion und wurde schließlich nach dem 13. Dezember und der Abberufung de la Laurencies „Beauftragter der französischen Regierung für die besetzten Gebiete".

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Afrika auszuweichen, um dort im Namen des Marschalls die Regierungsgewalt auszuüben[10].

Laval war überzeugt, daß nur er und eine Zusammenarbeit mit Deutschland Frankreich aus dem Dilemma herausführen könne, konnte jedoch von seinen Parisreisen im Juli und August außer Begeisterung für seinen Gesprächspartner keine konkreten Erfolge mitbringen. Das lag weniger an seiner Verhandlungsführung als an der fehlenden Kompetenz und dem Weisungsmangel auf Seiten Abetz'. Doch begann man nun in Vichy an der Aufrichtigkeit Lavals zu zweifeln, zumal seine knappen Berichte den Eindruck der Unvollständigkeit machten. Das Mißtrauen war unbegründet, denn Laval hatte Abetz gegenüber wohl den Willen zur Kollaboration kundgetan, was keineswegs im Gegensatz zum Wunsche des Marschalls und der Mehrheit seines Kabinetts stand, dabei jedoch nicht auf die Forderung nach Wahrung bestimmter französischer Interessen verzichtet. Geschürt wurde dieses Mißtrauen von dem ehrgeizigen Baudoin, der sich in seinen eigenen Bemühungen, Kontakte zur deutschen Regierung zu bekommen[11], von Laval überspielt sah.

Gleichzeitig war das französische Außenministerium bemüht, mit der britischen Regierung über eine Lockerung der Blockade zu verhandeln, doch Churchill zeigte sich unnachgiebig und voller Verachtung für Pétain und sein Kabinett[12]. Die am 7. August erfolgte formelle britische Anerkennung de Gaulles als Führer des ‚Freien Frankreich' gab der im Juli begonnenen Dissidenz der schwarzafrikanischen Kolonien Frankreichs Auftrieb, und bis Ende August hatten sich der Tschad, ganz Äquatorialafrika und Kamerun dem ‚Rebellen' unterstellt[13]. Eine Ausdehnung der Bewegung auf Westafrika und Marokko war nicht

---

[10] Dabei soll es sich um einen ausdrücklichen Befehl des Marschalls gehandelt haben, den dieser am 17. Oktober in Gegenwart Huntzigers wiederholte. P. Baudoin, Neuf mois au gouvernement, Paris 1948, S. 278 u. 371 sowie Aussage Baudoin in: Assemblée Nationale. Rapport fait au nom de la commission chargée d'enquêter sur les événements survenus en France de 1933 à 1945. Témoignages et Documents Recueillis par la Commission d'Enquête Parlementaire, 9 Bde., Paris o. D. (künftig: Témoignages), VII, S. 2121.

[11] Baudoins Erklärung gegenüber dem span. Außenminister am 9. Juli 1940, ADAP D X Nr. 140, sowie Baudoin Brief an Ribbentrop in Témoignages VII, 2120.

[12] Am 31. Juli dehnte die britische Regierung die Blockade auf das besetzte und unbesetzte Frankreich sowie alle vichytreuen Kolonien aus, womit Frankreich von seinen überseeischen Besitzungen abgeschnitten zu werden drohte. Zu den Bemühungen des franz. Generalkonsuls in London (s. Woodward a. a. O. S. 408). Churchills das Ersuchen Vichys ablehnende und die Regierung Pétain scharf attackierende Rede im Unterhaus am 20. August 1940 in: W. S. Churchill, His Complete Speeches 1897–1963, vol. VI, New York, London 1974, S. 6267.

[13] Zur Abfallbewegung der Kolonien J. Soustelle, Envers et contre tout. tome I, Paris 1947, S. 93 ff. und Ch. de Gaulle, Mémoires de guerre, tome I, L'Appel 1940–1942, Paris 1954, S. 89 ff.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auszuschließen[14]. Das aber barg die Gefahr einer deutsch-italienischen Intervention und stellte Vichy vor die Notwendigkeit, mit England einen ‚modus vivendi' zu finden, der diese Gebiete wirtschaftlich lebensfähig ließ und damit die Gefahr ihres Abfalls verringerte, zugleich aber den Briten garantierte, daß die Achsenmächte in Nord- und Westafrika nicht Fuß fassen und die Zusicherungen bezüglich der Flotte[15] eingehalten würden. Die Verhandlungen darüber begannen in Madrid, wo Botschafter de La Baume freundschaftliche Beziehungen zu seinem britischen Kollegen Samuel Hoare unterhielt. Doch beide kamen in ihren Bemühungen zunächst nicht recht voran[16].

Um aus der Sackgasse herauszukommen, in der sich die französische Regierung sowohl hinsichtlich Londons als auch Berlins befand, entschloß sich Pétain zu einem Schritt, der gegenüber beiden als eine Geste des guten Willens erscheinen sollte. War Weygand für die Deutschen ein ständiger Stein des Anstoßes, so war es Laval nicht minder für die Briten und noch mehr für die Amerikaner. Das remaniement des Kabinetts vom 6. September sollte den Argwohn auf beiden Seiten mindern, und es war nicht frei von außenpolitischem Bluff. Die Meinung Arons, daß der Marschall mit dem 6. September die beiden Vertreter extremer Richtungen – Laval als Vertreter einer Allianz mit Deutschland, Weygand als Vertreter des offenen Widerstandes – zurückdrängte[17], bedarf der Einschränkung. Weygand mußte zwar seinen Posten dem durch seine Tätigkeit in der Waffenstillstandskommission im Umgang mit den Deutschen erfahreneren Huntziger räumen, doch konnte er in seiner neuen Funktion als Generaldelegierter der französischen Regierung in Afrika eine den Interessen der Achsenmächte in viel stärkerem Maße zuwiderlaufende Politik betreiben[18] Außerdem ging es Vichy darum, de Gaulle in Afrika eine Autorität entgegenzusetzen, um der Dissidenzbewegung Einhalt zu gebieten. Die Behauptung Bouthilliers, die Umbildung des Kabinetts sei in erster Linie betrieben worden, um die Position Lavals zu schwächen[19], stützt sich darauf, daß Innenminister Marquet – ein frü-

---

[14] Zur Haltung des Gen. Gouv. Boisson s. Bericht des US Konsuls Jester in Lagos vom 1. August 1940, Foreign Relations of the United States (künftig FRUS) 1940, vol. II, Washington 1957, S. 639 f. Zur Beobachtung der Dissidenzbewegung durch die US Konsuln in Lagos und Leopoldville von Juni bis November, ebenda S. 436–440 und S. 504 f. Auch Botschafter Weddell (Madrid) am 26. Juli, ebenda S. 575 f., und Berichte der Konsuln White in Tanger und Goold in Casablanca vom 3. bzw. 12. August ebenda S. 576 ff.

[15] Die französische Regierung hatte vor und nach dem Waffenstillstand Washington und London zugesichert, daß die Flotte nicht in die Hände der Achsenmächte fallen würde. Art. 8 des deutsch-französischen sowie Art. 12 des italienisch-französischen Waffenstillstandsvertrages trugen dem Rechnung.

[16] Hierzu S. Hoare, Gesandter in besonderer Mission, Hamburg 1949, S. 128 ff.; Hytier, S. 92 f.; Woodward I S. 409 f.

[17] So Aron S. 282.

[18] Zur Tätigkeit des Generals in Afrika: Weygand, Mémoires, III, Rappelé au service, Paris 1950, S. 345 ff. sowie Aussage Weygand in Témoignages VI S. 1615 ff. Dort auch voller Wortlaut der Instruktion Pétains für Weygand vom 5. Oktober.

[19] So die Darstellung Bouthilliers in Témoignages VIII S. 2544.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

herer Intimus Lavals – sein Ressort an den entschiedenen Antilavalisten Peyrouton abtreten mußte, obwohl Laval selbst am Innenressort interessiert war. Im ganzen aber blieb Lavals Position unangetastet. Die Verhandlungen mit den Deutschen blieben weiterhin sein ureigenes Metier. Auch die Verfassungsakte vom 24. September hat das Dauphinat grundsätzlich nicht beeinträchtigt[20]. Die Behauptung Baudoins, der Marschall habe mit dem 6. und 24. September die Offensive gegen Laval eröffnet, wird zwar von Warner widerlegt[21], doch ist der Kontext mit den Madrider Verhandlungen unverkennbar. Die britischen Akten belegen, daß Baudoin und Darlan, angeblich mit Wissen Pétains, am 6. September eine Mitteilung an das Foreign Office verfaßten, die französische Regierung wolle den Kontakt mit der britischen Seite erhalten und schließlich wieder die Waffen gegen Deutschland ergreifen, weswegen die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung notwendig sei[22]. Wenige Tage später ließ Baudoin den britischen Botschafter in Madrid wissen, daß man einen „colonial modus vivendi" wünsche und der Marschall bereit sei, Laval und andere prodeutsche Minister zu entlassen, um auf eine einheitliche französische Widerstandsbewegung hinarbeiten zu können. Doch dürfe Marokko nicht angetastet werden[23]. Vichy erwartete damals ein Unternehmen de Gaulles gegen das Protektorat, doch da dieser bereits nach Westafrika unterwegs war, erteilte die britische Regierung am 15. September guten Gewissens eine im Hinblick auf Marokko beruhigende Antwort, wobei jedoch betont wurde, daß sie weiterhin de Gaulle und jene Gebiete, die sich diesem anschließen, unterstützen werde[24].

Der Zwischenfall von Dakar[25] brachte für die französische Regierung eine neue Situation. Sie hatte de Gaulle und den Briten ihre Autorität in Westafrika demonstriert und zugleich den Deutschen bewiesen, daß sie in der Lage war, weitere Sezessionen zu verhindern, sofern man ihr die militärischen Mittel ließ. Sie konnte nun gegenüber beiden Seiten selbstbewußter auftreten. Während sie von Deutschland sofort die Genehmigung zur Verstärkung der Streitkräfte und ihrer Bewaffnung in West- und Nordafrika forderte[26], warf Darlan der britischen Regierung den Bruch gegebener Versprechungen vor und drohte, das Mittelmeer

[20] Der Verfassungsakt vom 12. Juli erforderte die Wahl eines Nachfolgers mit 7 Stimmen, die vom 24. September mit absoluter Mehrheit des Kabinetts, beide jedoch nur für den Fall, daß Laval verhindert sei, die Nachfolge anzutreten.

[21] Baudoin S. 339 f. und Warner S. 221.

[22] Woodward I S. 409.

[23] Ebenda S. 410.

[24] Ebenda.

[25] Vergeblicher Landungsversuch de Gaulles mit eigenen und britischen Streitkräften am 24. und 25. September 1940. Darstellung des Vorgangs durch de Gaulle a. a. O. S. 96 ff. (dt. ‚Der Ruf', Frankfurt/M. S. 105 ff.), W. S. Churchill, Memoiren. Der Zweite Weltkrieg. Hamburg 1950, Bd. II/2 S. 187 ff. Weitere Literatur s. Hytier S. 83 Anm. 58. Zur durch Dakar veränderten Situation Vichys: F. Charles-Roux, Cinq mois tragiques aux affaires étrangères, Paris 1949 S. 335 f.

[26] Unterredung Doyen-Stülpnagel am 23. September und Noten Doyens an Stülpnagel vom 24. u. 25. September in La Délég. I. S. 384–392.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für England unhaltbar zu machen, sofern nicht weitere Angriffe untersagt würden, die Propaganda gegen Vichy eingestellt werde und der Transport von Versorgungsgütern ins unbesetzte Frankreich unbehelligt bleibe. Zugleich kündigte er die Rückeroberung der dissidenten Kolonien und die Stellung von Geleitschutz für französische Handelsschiffe an, wobei eine britische Intervention Krieg bedeute[27]. Auch Baudoins Protestnote war scharf, ließ aber den Wunsch nach Fortsetzung der Gespräche erkennen[28], und de La Baume durfte bei der Gelegenheit Samuel Hoare erklären, man solle der Drohung des Admirals nicht zuviel Aufmerksamkeit schenken[29]. Nach einem weiteren Notenwechsel, in dem jede Seite mit der Vergeltung von Angriffen drohte, London auf der Unterstützung de Gaulles, Vichy auf der Nichtanerkennung des Rebellen und zugleich der Verhinderung weiterer Dissidenzen bestand, wurden sich de La Baume und Samuel Hoare informell über einen modus vivendi einig, wonach die Briten keine vichytreuen Kolonien mehr angreifen würden, Vichy andererseits keine dissidenten Gebiete mit Gewalt zurückerobern wollte[30]. Churchill ließ bei de La Baume anfragen, warum nicht einige französische Führer nach Afrika gingen, um dort gemeinsame Sache mit den Briten zu machen. Er wünschte, daß Weygand und Noguès, Generalresident von Marokko, von dem Wink in Kenntnis gesetzt würden[31].

So war der Stand der Dinge in Madrid, als Professor Rougier mit Wissen Pétains am 23. und 24. Oktober mit Halifax und Churchill zusammentraf. Aus dieser Begegnung ging angeblich ein gentlemen's agreement hervor, das wesentlich dem in Madrid erzielten Konsens entsprach. Hier soll nicht näher auf Einzelheiten und Problematik der Mission Rougier eingegangen werden[32]. Sie war gewiß insofern von Bedeutung, als Churchill damit konkret informiert war, was Pétain und Weygand zu bieten bereit waren, andererseits Pétain und sein Außen-

---

27 Woodward I S. 411 u. S. Hoare S. 136 f.

28 Wortlaut in Baudoin S. 359. Darin hieß es u. a.: Je ne parviens pas à comprendre l'avantage que l'Angleterre a pu trouver à détruire ce résultat", womit Baudoin zu erkennen gab, daß er selbst das Ergebnis als nicht zerstört betrachtete.

29 Aussage de La Baumes nach Hytier S. 94.

30 Woodward I S. 412, Churchills Information de Gaulles am 3. Oktober in de Gaulle, L'Appel, S. 354 ff.

31 Woodward I S. 413.

32 Die Reise war von Baudoin und Weygand arrangiert und von Pétain gebilligt worden. Rougier bestand später darauf, daß es sich um ein verbindliches, noch dazu ratifiziertes Abkommen gehandelt habe. Das wird von britischer Seite bestritten. Der britische Standpunkt ist einleuchtender, da das, was Rougier als Ratifizierung bezeichnet, fragwürdig erscheint. Weygand vertritt die Position Rougiers. Beide dürften die Bedeutung der Mission in Unkenntnis der Madrider Gespräche überschätzt haben. Hierzu: L. Rougier, Mission secrete à Londres. Les accords Pétain-Churchill, Paris 1945. Weygand a. a. O. S. 469 ff. Text der Vereinbarung in Rougier S. 254 und Témoignages VI S. 1624. Zu dem Komplex ferner: Aron S. 283 f.; Hytier S. 99 ff.; G. Schmitt (Général), Les accords secrets franco-britanniques de novembre-décembre 1940, Paris 1957. Zur britischen Position Woodward I S. 421 ff., I, bes. Anm. 1 auf S. 423.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

minister Klarheit über die britische Position erhielten. Auf dieser Grundlage konnten die Gespräche fortgesetzt werden. Churchill ließ bei dieser Gelegenheit Weygand eine Botschaft übermitteln, die den zwei Wochen zuvor de La Baume gegebenen Wink wiederholte, jedoch mit dem zusätzlichen Hinweis, daß bei einer Sezession ganz Afrikas die französische Regierung dort über alle ihre in den USA blockierten finanziellen Ressourcen verfügen könne. Es war ein unverblümter Appell zur Dissidenz, wenn Churchill sagte, er sei „convainçu, que l'occasion qui se présente est la plus brillante qui se soit jamais offerte aux hommes hardis"[33]. Die Offerte Churchills war weder eine Reaktion auf Montoire noch auf die Mission Rougier, sondern wurzelte in dem Rätselraten über die möglichen Hintergründe der neuen Funktion Weygands, die bei Briten wie Amerikanern zu Spekulationen geführt hatte; der amerikanische Konsul in Algier hielt es für möglich, daß Weygand gekommen sei, um den Widerstand für den Fall einer deutsch-italienischen Besetzung Nordafrikas zu organisieren, das empire zur Kriegführung zu sammeln und dabei das militärische Prestige de Gaulles zu schmälern, und Konsul White in Tanger erhielt vom State Department den Auftrag, den Kontakt zu Weygand herzustellen[34]. Schon stellte man sich die Frage, ob de Gaulle und Weygand zusammenarbeiten könnten[35].

II

Vorgeschichte, Verlauf und Ergebnis von Montoire sowie dessen Stellenwert in Hitlers, auf die Ratschläge seiner Militärs zurückgehender, neuer Strategie im Herbst 1940 sind hinreichend untersucht[36]. Hier sollen vorrangig das doppelgleisige Taktieren des Marschalls, die innenpolitischen Rückwirkungen Montoires und die Konsequenzen für die Beziehungen Vichys zu London und Washington beleuchtet werden.

Pétain hatte sich bereits Anfang September, im Tiefpunkt der außenpolitischen Krise Vichys, heimlich um ein Zusammentreffen mit Hitler bemüht. Als sich schließlich Hitler dazu bereit fand, war jedoch Frankreichs Lage insofern verändert, als einerseits der modus vivendi mit England in greifbare Nähe gerückt und an Washingtons Entschlossenheit zur konsequenten Unterstützung

---

[33] Voller Wortlaut in Weygand S. 473 und Rapport VI S. 1626. Woodward I (S. 422) nimmt irrtümlich an, daß Rougier von Tanger direkt nach Vichy reiste und erst Ende November mit Weygand zusammentraf. Demnach sind die britischen Akten darüber unvollkommen.

[34] Konsul Cole (Algier) an Secretary of State (künftig SSt) am 18. Oktober 1940, FRUS 1940 II, S. 588 f. sowie Hull an Konsul White (Tanger) am 29. Oktober 1940, ebenda S. 618.

[35] White an SSt am 15. November, ebenda S. 618.

[36] A. Hillgruber, Hitlers Strategie. Politik und Kriegsführung 1940–1941, Frankf./M. 1965, Teil A, Kap. II–V; M. Salewski, Die deutsche Seekriegsleitung 1935–1945, Bd. I, 1935–1941, Frankf./M. 1970, Kap. IV; Jäckel, a. a. O. Kap. VII; Lothar Gruchmann, Der Zweite Weltkrieg, in: Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg. (Veröffentl. d. Inst. f. Zeitgesch.) Stuttgart 1973, Bd. II Kap. VIII.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Großbritanniens nicht mehr zu zweifeln war, andererseits Frankreich – das erkannte Pétain – für Hitler eine neue Bedeutung erhalten hatte. Eine gewisse Zusammenarbeit mit Deutschland mochte nach Lage der Dinge geboten erscheinen. Doch konnte man Bedingungen stellen. Die Zusammenarbeit mußte etwas einbringen, ohne daß die Gunst der Briten und der USA verscherzt würde. Pétain bekundete am 11. Oktober in einer Rundfunkrede[37], überzeugt von der künftigen Brückenposition Frankreichs zwischen den kriegführenden Mächten, die Bereitschaft seiner Regierung „zur Zusammenarbeit auf allen Gebieten und mit allen seinen Nachbarn". Doch machte er deutlich, daß eine Zusammenarbeit mit Deutschland nur unter bestimmten Voraussetzungen, dem Ausschluß von Unterdrückung und Unterwerfung, stattfinden könne. Anderenfalls werde Frankreich weiterhin warten und leiden. Doch enthielt die Rede einen Satz, der wohl für deutsche Ohren bestimmt war, aber jenseits des Kanals und des Atlantik Argwohn auslösen mußte, nämlich, Frankreich müsse sich „von seinen sogenannten traditionellen Freundschaften oder Feindschaften trennen". Charles-Roux nahm daher sogleich in einem Zirkulartelegramm an mehrere auswärtige Vertretungen diesem Satz die Schärfe, und in Washington sollte der französische Botschafter noch eine zusätzliche beruhigende Erklärung abgeben[38]. Matthews wußte von einem anhaltenden Streit in der französischen Regierung zwischen der prodeutschen Richtung Lavals und den einflußlosen Freunden der Briten zu berichten. Der Marschall stehe dazwischen, welche Richtung siege, sei nicht vorauszusehen[39].

Churchill richtete am Vorabend des ersten Montoiregespräches eine rhetorisch sehr geschickte Rundfunkbotschaft an die französische Nation[40]. Sie war zugleich eine Warnung an den Marschall und seine Regierung sowie eine Vorbereitung des am folgenden Tage von London verbreiteten Gerüchtes von einem bevorstehenden deutsch-französischen Separatfrieden, das in Frankreich wie in französisch-Afrika Erregung auslösen und die USA auf den Plan rufen mußte[41].

Montoire provozierte sogleich eine heftige anglo-amerikanische Reaktion. Aus Washington traf am 26. Oktober eine Botschaft des amerikanischen Präsidenten ein[42]. Roosevelt nannte darin die Vichyregierung „Kriegsgefangene einer anderen Nation", warnte vor dem Einsatz der Flotte auf deutscher Seite und drohte, daß jede deutsch-französische Vereinbarung dieser Art dem französischen Volk die Aussicht auf amerikanische Hilfe nehme. Zudem würden die USA, wenn der

---

37 Wortlaut in Ph. Pétain, Quatre années au pouvoir, Paris 1949, S. 95 ff.

38 Matthews an SSt am 4. Oktober 1940, FRUS a. a. O. S. 491–493.

39 Ebenda.

40 Wortlaut in W. S. Churchill, His Complete Speeches VI S. 6296.

41 Einzelheiten des Gerüchtes in Woodward I S. 413 ff.
Zur amerikanischen Reaktion: Weddell (Madrid) an SSt am 26. Oktober, FRUS a. a. O. S. 476 und Hull an Cole (Algier) am 26. Oktober ebenda S. 604.

42 Diese Botschaft war von Churchill unter Hinweis auf Gerüchte von einer bevorstehenden deutsch-französischen Zusammenarbeit und der Auslieferung der Flotte gefordert worden (s. Roosevelt and Churchill. Their Secret Wartime Correspondence, London 1975, Doc. 28), hatte jedoch unter dem Eindruck von Montoire ihre Schärfe erhalten.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zeitpunkt komme, sich nicht dafür einsetzen, daß Frankreich seine überseeischen Besitzungen behalte. Das mußte die Vichyregierung an ihrer empfindlichsten Stelle treffen. Eine gleichzeitig eingetroffene Note des britischen Königs[43] unterschied sich in Inhalt und Form von Roosevelts Botschaft wie auch von Churchills früheren verletzenden Äußerungen und bezweckte, die Verhandlungstüre offen zu halten. Ottawa und Dublin reagierten besonders heftig, und Admiral Esteva berichtete aus Tunis von einer großen Erregung, ähnlich der zwischen dem 17. und 24. Juni[44]. In der französischen Bevölkerung zeigte sich Unruhe, zumal die unmittelbar nach Montoire einsetzende Austreibung der nicht „volksdeutschen" Bewohner Elsaß-Lothringens den Eindruck verstärkte, daß der Ausverkauf Frankreichs begonnen habe. Am 30. Oktober forderte Pétain in einer Rundfunkrede[45] das französische Volk zum Vertrauen in die neue Politik auf, die die Leiden des Landes verringern, das Schicksal der Gefangenen verbessern, die Bürde der Besatzungskosten mindern, die Demarkationslinie lockern und die Verwaltung und Versorgung des Territoriums erleichtern sollte. Der Marschall bekannte sich zwar zu den Verpflichtungen gegenüber dem Sieger, betonte jedoch, daß die Zusammenarbeit aufrichtig sein und jeden feindseligen Gedanken ausschließen müsse. Damit waren der deutschen Seite die wesentlichen Bedingungen für eine Kollaboration genannt. Der Satz, daß Frankreich seine Souveränität behalten habe, diese es jedoch verpflichte, seinen Boden zu verteidigen, mochte an die Adressen Berlins wie Londons gerichtet sein. Aber der Passus: „Diese Politik ist die meine. Die Minister sind nur mir verantwortlich. Allein über mich wird die Geschichte urteilen!" besagte, daß nicht Laval, sondern der Marschall selbst die Politik bestimmte. Diese Interpretation wurde auch dem amerikanischen Geschäftsträger gegeben[46].

Weniger unter dem Eindruck von Montoire als unter dem der ersten deutsch-französischen Konferenz[47] zeigte London ein unerwartetes Entgegenkommen. Das Foreign Office bot an, der französischen Regierung „verbindliche und formelle Zusicherungen" zu geben, daß die Einheit des empire nach dem Kriege wiederhergestellt werde, und zwar einschließlich der gegenwärtig gaullistischen Territorien. Vichy brauche nicht die in Afrika entstandene Situation anzuerkennen, sondern sich nur eines Angriffs auf die dissidenten Kolonien zu enthalten. Ein Angriff gegen de Gaulle würde allerdings fast unvermeidlich zum Kriege mit England führen[48]. Wenn Vichy nun auf dem Recht bestand, „unter allen

[43] Wortlaut in: Le Procés du Maréchal Pétain. Compte rendu sténographique (künftig PP), Paris 1945, S. 921 f. Die Botschaft ging auf eine Anregung Samuel Hoares zurück, der auch Woshington eine sanftere Note vorgeschlagen hatte. S. Hoare S. 139 f.; Woodward I S. 416 f.; Weddel an SSt am 26. Okt. FRUS a. a. O. S. 476.

[44] Charles-Roux a. a. O. S. 381.

[45] Wortlaut Ph. Pétain, Quatre années, S. 69 ff.

[46] Matthews an SSt am 31. Oktober. FRUS a. a. O. S. 478.

[47] S. u. S. 91.

[48] Weisungen des Foreign Office an S. Hoare vom 7. und 9. November, Woodward I S. 419–421.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Umständen die Einheit seines Kolonialreiches wiederher- und sicherzustellen"[49], so war das die Sprache Lavals, der am 15. November der Dienststelle Abetz Rechenschaft ablegen mußte, nachdem diese am 5. und 6. November von de Brinon vertraulich im vollem Umfang über die Madrider Gespräche informiert worden war[50].

Um Laval und das Außenministerium zu umgehen, schaltete London nun den kanadischen Geschäftsträger in Vichy, Dupuy, ein, dessen Kontrahent der mit Halifax befreundete Chevalier, Generalsekretär im französischen Unterrichtsministerium, wurde. Chevalier vermittelte zwischen Dupuy und dem Marschall. War Pétains Haltung im ersten Gespräch mit Dupuy am 24. November noch widersprüchlich[51], so war die Lage am 6. Dezember völlig verändert, als Dupuy von dem Marschall erneut empfangen wurde, und zwar nun in Gegenwart Darlans, der zwei Tage zuvor mit Bouthillier und Peyrouton in Toulon zusammengetroffen war[52]. Hatte Pétain im ersten Gespräch angedeutet, daß er möglicherweise die Stützpunkte im Laufe von Verhandlungen werde abtreten müssen, wenn ihm von den Deutschen befriedigende Kompensationen geboten würden, so sagte Darlan nun, daß, wenn der deutsche Druck unwiderstehlich werde, die Franzosen die Briten rechtzeitig ersuchen würden, die Stützpunkte selbst einzunehmen, wobei genügend Zeit für die französischen Schiffe bleibe, die Häfen des Mutterlandes zu verlassen, andernfalls sie zerstört würden[53] – ein weiterer Beleg für Darlans schon frühzeitiges Doppelspiel. Bei dieser Begegnung wurde zwischen Dupuy einerseits und Pétain und Darlan andererseits der Inhalt des modus vivendi paraphiert, der den französischen Wünschen und den britischen Garan-

[49] ADAP D XI Nr. 343 (Vertreter von Abetz).

[50] Schleier an AA am 16. November, ADAP D XI Nr. 343 mit Anm. 1. Wenn Laval behauptete, der Ausdruck „fast unvermeidbar" gehe auf ihn zurück, weil er damit den Marschall überzeugen wolle, daß eine Kriegserklärung an England überflüssig sei, da dieses von sich aus den Krieg erklären würde, so war das unwahr. Nach Woodward enthält auch der britische Text „almost certainly". Auch gegenüber Warlimont bestand Laval am 29. November darauf, daß S. Hoare „fast unvermeidlich" gesagt hatte (s. u. S. 95). Daß man im Berliner AA zu diesem Zeitpunkt Laval recht skeptisch gegenüberstand, belegt ein Randvermerk Weizsäckers auf dem Bericht Schleiers. Ebenda Anm. 4.

[51] Hierzu Bericht Dupuys in Woodward I S. 429 f.

[52] Am 3. und 4. Dezember hatten Bouthillier und Peyrouton den Marschall auf einer Reise nach Toulon und Marseille begleitet. Bei dieser Reise soll dem Marschall der Entschluß zur Entlassung Lavals bei Übernahme des Außenressorts durch Flandin abgerungen worden sein. Darlan soll in Toulon für die Verschwörung gewonnen worden sein, der bei dieser Gelegenheit Bouthillier von dem Geheimnis des 4. August (s. o. S. 81 f.) in Kenntnis setzte (Bouthillier Bd. I. S. 244 ff.). Doch sind Zweifel an den Angaben Bouthilliers über seine und Peyroutons Rolle auf der Reise angebracht, da Peyrouton darüber nichts berichtet (M. Peyrouton, Du service publique à la prison commune. Paris 1950) und am 5. Dezember noch nichts entschieden war. Offenbar war sich zu diesem Zeitpunkt Pétain mit Darlan schon einiger, als man ahnte, was dadurch erhärtet wird, daß Darlan und nicht Baudoin bei der Begegnung Pétain-Dupuy am 6. Dezember zugegen war und sogar das Wort führte.

[53] Woodward I S. 429 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tieforderungen Rechnung trug[54]. Am 9. Dezember soll das Abkommen durch ein Telegramm Dupuys aus London, das die Zustimmung der britischen Regierung mitteilte, die Ratifikation erfahren haben[55]. Churchill war offenbar so beeindruckt, daß er sogleich Dupuy beauftragte, Pétain und Weygand die Einladungen zum Übertritt auf die britische Seite zu überbringen, die dann die Empfänger allerdings erst im Januar 1941 auf anderem Wege erreichten[56].

Der Halifax-Chevalier accord mag zum Entschluß des Marschalls, Laval zu entlassen, beigetragen haben. Entscheidend aber war er nicht. Es läßt sich kein Anhaltspunkt dafür finden, daß die Realisierung des accords an eine Entmachtung Lavals gebunden war. Allerdings ließ sich der accord nicht mit der von den Deutschen geforderten und von Laval befürworteten Unternehmung gegen die dissidenten Kolonien vereinbaren. Aber diese Unternehmung wurde auch von Huntziger und Darlan gegenüber den Deutschen befürwortet. Lavals Politik konnte ohnehin ein solches Unternehmen nicht vor dem Frühjahr des folgenden Jahres ermöglichen. Von daher bestand keine Notwendigkeit, Laval zu entlassen. Entscheidender dürfte für Pétain das Scheitern von Montoire und die amerikanische Reaktion auf die deutsch-französischen Gespräche gewesen sein. Wir müssen daher zunächst Lavals Verhalten auf den ersten beiden Pariser Konferenzen sowie in den dazwischen liegenden Wochen beleuchten.

---

[54] Danach sollte zwischen Frankreich und England grundsätzlich ein Zustand „of artificial coolness" bzw. „froideur artificielle" bestehen. (Das Wort „froideur" war von Pétain anstelle des von Halifax vorgeschlagenen „tension" gesetzt worden, um den Deutschen keinen Vorwand zur Intervention zu geben.) Vichy versprach die Respektierung der gaullistischen Kolonien, wobei ihr friedlicher Anschluß an Frankreich vorbehalten werden sollte, und garantierte, weder die Flotte noch Teile des empire an Deutschland auszuliefern und die vichytreuen Kolonien gegen jeden Angriff zu verteidigen. Die britische Seite sicherte zu, daß ihr Rundfunk sich nicht mehr in die inneren Angelegenheiten Frankreichs einmischen würde. Schiffe mit Versorgungsgütern würden als Küstenschiffahrt betrachtet und seien der Blockade nicht unterworfen. Einzelheiten bezüglich des Imports von Treibstoff sollten in Madrid geregelt werden. Hierzu Aussage Chevalier in PP S. 494 ff. und Bourbon, Prince X. de, Les accords secrets franco-anglais de décembre 1940. Paris 1949 S. 45 ff. Woodward I (S. 429 f.) bestätigt diese Einzelheiten nicht, sondern nur das Einverständnis des Marschalls mit der Erklärung Darlans. Diese aber kann nur im Zusammenhang mit dem ganzen abgegeben worden sein. Nach Baudoin (S. 403) hat Pétain der Vereinbarung seinen „complet accord" gegeben.

[55] Das Telegramm hatte den Wortlaut „Tout va bien", was als Mitteilung der Zustimmung der britischen Regierung vereinbart war. (Aussage Chevalier in PP S. 696; Bourbon S. 48, Baudoin S. 405). Das Telegramm ist jedoch nirgends belegt. Weder Chevalier noch Bourbon geben an, auf welchem Wege es nach Vichy gelangte. Bei Woodward findet sich über den Vorgang nichts. Für eine Verbindlichkeit der Vereinbarung spricht jedoch, daß sich beide Seiten hinfort entsprechend verhielten.

[56] Weygand S. 477 u. appendice XII u. XIII; Aussage Weygands in Témoignage VI S. 1627; Woodward I S. 430.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

III

Auf der ersten Pariser Konferenz vom 31. Oktober ging es den Franzosen in erster Linie darum, ganz im Sinne der Rede Pétains vom Vortag, die Voraussetzungen einer Kollaboration darzulegen. Die Berichte über diese Konferenz[57] belegen, daß Laval die gesteckten Grenzen durchaus achtete. Zwar sagte er, daß alle guten Franzosen einen deutschen Sieg wünschen müßten, da dann England die Kriegskosten bezahlen müsse und zugleich damit ein die europäische Zusammenarbeit garantierender Friede möglich werde, doch betonte er wiederholt, daß der Bevölkerung, wenn sie für die Zusammenarbeit gewonnen werden solle, konkrete Ergebnisse vorgewiesen werden müßten, und er nannte die dringendsten Probleme, die der Lösung bedürften. Montoire habe, so sagte er, eine beachtliche Erregung in Frankreich ausgelöst, und es bestehe nun die Gefahr, daß dem übertriebenen Pessimismus nun ein übertriebener Optimismus folge, der sehr leicht in das Gefühl der Enttäuschung umschlagen könne. Laval legte mit seiner Vorrede nur die Basis, auf der dann Huntziger und Bouthillier ihre in Form schriftlicher Memoranden gefaßten umfangreichen Forderungen stellen und begründen konnten, die auf eine weitgehende Befreiung Frankreichs von den Fesseln des Waffenstillstandsvertrags hinausliefen[58]. Daß Laval mit seiner Argumentation keineswegs aus dem Rahmen fiel, belegt die Niederschrift über die Ausführungen Huntzigers, der, bevor er seine Forderungen im einzelnen unterbreitete, bekannte, „Marschall Pétain, Laval und er seien derselben Auffassung, daß kein Franzose auf einen englischen Sieg hoffen dürfe, sondern nur auf einen deutschen". Nicht von Laval, sondern von Huntziger kamen die Worte, „die ehrliche und unabänderliche Auffassung des Marschalls Pétain und seiner Mitarbeiter sei, die Engländer in Afrika nicht nur abzuwehren, sondern, wo es notwendig ist, sie auch anzugreifen, um verlorenes Gebiet zurückzuerobern, – ‚il faut chasser les Anglais' "[59].

Bei der Überprüfung der Forderungen Huntzigers in den folgenden vier Wochen gingen in der Deutschen Wehrmachtführung die Meinungen sehr auseinander[60]: Da die militärischen Forderungen mit weitgehenden politischen verknüpft waren, sollte zunächst eine Besprechung zwischen Ribbentrop und Laval

[57] Bericht Abetz ADAP D XI Nr. 272; Protokoll Hemmen in Bouthillier Bd. I annexe 3; Bericht Speidel (Akte OKW/WFSt/L. IV) Bundesarchiv, Militärarchiv Freiburg (künftig BA/MA) RW 4/v. 747, Bl. 4 u. 5.

[58] Wortlaut des Memorandum Bouthilliers in Bouthillier, Bd. II S. 499–503. Memorandum Huntziger in dt. Übers. BA/MA RW 4/v. 747, Bl. 6–18. Huntzigers Memorandum erhielt am 12. November eine revidierte und erweiterte Fassung. Wortlaut frz. La Délég. II S. 392–408; Dt. BA/MA RW 4/v. 747 Bl. 27–48.

[59] Bericht Speidel ebenda Bl. 4.

[60] Während die Stellungnahmen der Waffenstillstandskommission vorsichtig und differenziert, aber nicht ohne Wohlwollen waren, befürwortete die Abteilung Landesverteidigung (L) des Wehrmachtführungsstabes (Warlimont) einen großen Teil der Forderungen. Warlimont beauftragte schon nach Einsicht in die erste Version des Huntzigerkataloges die Waffenstillstandskommission, „mit den Franzosen die Durchführung in großzügiger

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

folgen[61]. Doch auf dieses Treffen, das Vichy allein Klarheit über das Ausmaß des deutschen Entgegenkommens hätte geben können, wartete man vergebens.[62]

In dieser Zeit des Wartens wurde Lavals Position systematisch untergraben. Die Vertreibung der Lothringer löste wie nichts zuvor im besetzten wie unbesetzten Frankreich eine Woge der Deutschfeindlichkeit aus und veranlaßte die französische Regierung zu einem äußerst scharfen Protest, der auf Anweisung Weizsäckers wegen untragbarer Formulierungen und unangemessenen Tones zurückgesandt wurde[63]. Die Lothringeraktion schlug insofern gegen Laval aus, als sie als Folge der von ihm befürworteten Kollaborationspolitik erschien[63a] und seine Vorstellungen bei Abetz und Göring erfolglos blieben. Bei der Begegnung mit Göring am 9. November behielt Laval im wesentlichen die in Montoire wie auch am 31. Oktober von ihm vertretene Position bei, gab sich nicht als Befehlsempfänger und vertrat die französischen Interessen[64].

Zwei Vorgänge sollen nun Lavals Stellung in jenen Wochen besonders erschüttert haben. Am 6. November hatte Laval bei Abetz der Übertragung der im jugoslawischen Bor gelegenen französischen Kupferminen an Deutschland

---

Form zu regeln" und vertrat den Standpunkt: „Je mehr die Franzosen eine grundsätzliche und möglichst umfassende Zustimmung erhalten, umso mehr wird die Stellung der Regierung Pétain auf der Linie der neuen Politik gestärkt werden. Jede Beschleunigung der Vorarbeiten der Franzosen ist erwünscht und zum Schaden Englands" (ebenda Bl. 19 u. 20). Der Chef des WFSt (Jodl) war erheblich zurückhaltender. Das letzte Wort lag bei Keitel, der, Jodl folgend, vieles ablehnte und die Entscheidungen über die meisten Forderungen auf „später" verschob. Zu den Stellungnahmen von WStK, WFSt Abt. L, Chef WFSt und Entscheidung Keitels zu den einzelnen Forderungen die ausführliche und übersichtliche Synopse in BA/MA, RW 4/v. 747 Bl. 62–77.

[61] Abetz konnte am 4. November Laval eine baldige Begegnung mit Ribbentrop in Aussicht stellen. ADAP D XI Nr. 499–503.

[62] Die Verzögerung war nicht mit der diplomatischen Inanspruchnahme Hitlers und Ribbentrops in den folgenden Wochen schlechthin zu erklären. Ribbentrop erwähnte gegenüber Hemmen am 9. November, daß er in der kommenden Woche Molotow, Antonescu und Suñer empfangen werde und hoffe, deren Beitritt zum Dreimächtepakt zu erreichen. Erst danach wolle er Laval empfangen, um dann mit ihm „aufgrund der inzwischen geschaffenen neuen Tatsachen zu verhandeln". BA/MA, OKW 2404 (Akte „Gold"). Weitere Argumente Ribbentrops s. Jäckel S. 133 f.

[63] Der Protest bezeichnete die Austreibung als „Verletzung des Waffenstillstandsvertrages und im Widerspruch zum Völkerrecht und allgemein anerkannten Grundsätzen der Rechtlichkeit und Menschlichkeit". Wortlaut in La Délég. II S. 383 ff.; Anweisung Weizsäckers ADAP D XI Nr. 354.

[63a] Hieß es schon im Lagebericht des Militärbefehlshabers in Frankreich für November, die „Maßnahmen in Lothringen haben die regierungsfeindliche Stimmung ganz allgemein verstärkt", so sagte der Dezemberbericht noch deutlicher: „Die Ausweisung der Elsässer und Lothringer ... wurde nicht als Einzelergebnis empfunden, sondern geradezu als *Symptom* (Hervorh. i. Orig.), für das Laval verantwortlich gemacht wird". Mil. Befh. Frankreich, Kommandostab, Lageberichte 1. 8. 1940 bis 31. 1. 1941. BA/MA RW 35/v. 1 Bl. 133 u. 203.

[64] ADAP D XI Nr. 306. Lavals Bericht darüber in Vichy in Bouthillier Bd. I S. 214–218; dazu Warner S. 246 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zugestimmt – die Transaktion war seit September auf Betreiben Görings gefordert worden –, womit sich Bouthillier vor ein fait accompli gestellt sah[65]. Am 29. November vereinbarte Laval mit Hemmen[65a] die Auslieferung des Goldes, das im Mai von der belgischen Nationalbank der Banque de France übertragen worden war und nun zusammen mit dem polnischen Gold und dem größten Teil der französischen Goldreserven 500 km östlich von Dakar in Sicherheit war[66]. Gewiß hätte Bouthillier beide Trümpfe für die Verhandlungen mit den Deutschen gern noch in der Hand behalten. Doch dürfte er die Eigenmächtigkeit und Mitschuld Lavals zum Zwecke der eigenen Entlastung übertrieben haben. Hat er doch gar nicht versucht, sich der Ratifizierung des Bor-Abkommens zu widersetzen, sondern dieses am 26. November, wie er selbst zugibt, angesichts der in Aussicht stehenden Laval-Ribbentrop-Begegnung vollzogen[67]. Wenig anders verhält es sich mit dem belgischen Gold. Schon Huntziger hatte – und das gewiß nicht ohne Zustimmung Bouthilliers – am 31. Oktober in Paris den Beginn des Rücktransportes des Goldes zugesagt[68], und bereits am 12. November war der erste Goldtransport per Luft in Marseille eingetroffen[69]. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Konzession unnötig war und Vichy sich dieser Forderung hätte widersetzen können[70]. Bezeichnend für die Taktik Bouthilliers war jedoch, daß er die Sache in der am 2. Dezember in Abwesenheit Lavals stattfindenden Ministerratssitzung bekannt machte, wobei er offenbar Laval die alleinige Schuld zuschob[71]. Natürlich

[65] Knappe Zusammenfassung des Komplexes bei Geschke, S. 121 mit Anm. 81; Hytier S. 168; ausführlich Bouthillier I. S. 229–232, II S. 115–122; Warner S. 247 f. Dazu die diesbezügl. Vorgänge in La Délég. I und II nach Index „mines de Bor".

[65a] Der Gesandte Hemmen war Leiter der Abteilung Wirtschaftsfragen bei der Waffenstillstandskommission in Wiesbaden.

[66] Zusammenfassung bei Geschke, S. 121, Jäckel, S. 127, etwas eingehender Hytier S. 169 f. Ausführlicher Bouthillier I S. 232–237, II S. 155–157. Dazu die diesbezüglichen Vorgänge in La Délég. I u. II nach Index „Belgique, rapatriement de l'or belge entreposé en A. O. F." und Akte „Gold" BA/MA OKW/2404.

[67] Bouthillier I S. 232.

[68] ADAP D XI Nr. 264. Vorangegangen war eine Vereinbarung zwischen der Banque de France und der Nationalbank für Belgien vom 29. Oktober 1940. Für die erste hatte ihr Präsident, Boisanger, unterzeichnet, für die zweite jedoch der deutsche Kommissar v. Becker, während der Präsident der Bank, Janssen, die Unterschrift verweigerte. BA/MA OKW 2404.

[69] Das Gold sollte in die Reichsbank kommen und zur Begleichung der belgischen Besatzungskosten dienen. Es konnte jedoch wegen der fehlenden Unterschrift Janssens nicht ausgehändigt werden.

[70] So Hytier S. 171 mit dem Hinweis darauf, daß auch das Gold Polens und der baltischen Staaten bis Kriegsende in französischer Verwahrung blieb. Dafür, daß Hemmen und Abetz recht eigenmächtig handelten und ein französischer Widerstand vielleicht erfolgreich gewesen wäre, spricht, daß Janssen offenbar die Rückendeckung des deutschen Mil. Befh. Belgien, Gen. v. Falkenhausen, hatte. Hemmen nimmt an, daß Falkenhausen, da er seinen Standpunkt zwischen dem 28. und 30. November geändert hatte, zwischenzeitlich vom belgischen König empfangen worden ist, der eine Woche zuvor bei Hitler auf dem Berghof war. BA/MA, OKW 2404.

[71] Baudoin S. 401.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mußte die Sache Vichy in dem Augenblick, da der accord mit England bevorstand und das rapprochement mit den USA in vollem Gange war, diskreditieren. Es galt daher, den Marschall und seine Regierung zu entlasten und einen Sündenbock zu finden[72].

Am 29. November fand bei Abetz die zweite Konferenz statt, zu der das OKW nunmehr, besorgt um eine baldige Vereinbarung mit Frankreich, General Warlimont entsandte. Von französischer Seite war, neben Laval, de Brinon, Huntziger und Luftwaffenmajor Stehlin[72a], nun auch Admiral Darlan zugegen[73]. Hier ging es vorrangig um die Tschad-Operation, die Huntziger schon wenige Wochen zuvor in Aussicht gestellt hatte[74]. Doch inzwischen waren in Vichy, was die Beziehungen zu London und Washington anbelangt, entscheidende Dinge vorgegangen. Huntziger verhielt sich nun merklich zurückhaltender als vier Wochen zuvor. Von einem ‚chasser les Anglais' war keine Rede mehr. Huntzigers nächstes Ziel war, das Kolonialreich gegen gaullistische oder englische Angriffe zu schützen und eine Ausbreitung der Aufstandsbewegung zu verhindern. Erst dann sei ein weiterer Schritt die Wiedereroberung der verlorenen Gebiete. Wenn Huntziger einen Angriff gegen den Tschad nur vom Westen her für möglich hielt, so ging es ihm dabei um die Errichtung der Abwehrlinie von Niamey über Zinder zum Tschadsee, um ein Übergreifen der Dissidenz vom britischen Nigeria auf die Nigerprovinz zu verhindern[75]. Das Beharren darauf, daß der Angriff nicht

---

[72] Bouthillier (Bd. I S. 235) behauptet, daß Laval Hemmen am 29. November seine Zustimmung gab, nachdem er ihn, (Bouthillier) telephonisch informierte. Nach einem von Abetz gegengezeichneten Bericht Hemmens vom 30. November fand jedoch an diesem Tag die Verhandlung mit Abetz in Paris statt, die 2 1/2 Std. dauerte, und in deren zweiten Teil Laval den Finanzminister hinzuzog, der zunächst „die größten Schwierigkeiten formeller Art" gemacht haben soll, bis es Hemmen gelang, in Besprechungen mit ihm und Boisanger die Bedenken auszuräumen. Laval hatte dann als Bedingung für seine Zustimmung einen Deckungsbrief der deutschen Regierung an die französische Regierung gefordert, für den Fall, daß aus Art und Weise der Durchführung der Transaktion später von der Nationalbank von Belgien gegen die Banque de France Ansprüche hergeleitet werden. Hier wird also ebenfalls Bouthilliers Darstellung der großzügigen und leichtfertigen Handlungsweise Lavals widerlegt. BA/MA, OKW, 2404.

[72a] Stehlin, aus dem deuxième bureau-air hervorgegangen, war von 1936–1939 Adjutant des französ. Luftwaffenattachés in Berlin. Seine Teilnahme an der Konferenz ging auf Luftwaffenchef General Bergeret zurück, der selbst nicht teilnehmen wollte. Stehlin, gebürtiger Elsässer, sprach perfekt deutsch und sollte im Auftrag Bergerets nur zuhören und hernach berichten. Paul Stehlin, Témoignage pour l'histoire, Paris 1964, S. 282 ff. (s. jedoch u. S. 106 mit Anm. 129).

[73] Dazu die Berichte Abetz' vom 30. November und 1. Dezember ADAP D XI Nr. 428 u. 434; Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab) 1940–1945 (künftig KTB/OKW). Bd. 1, zusammengest. u. erl. v. H. A. Jacobsen, Frankfurt/M. 1965, Eintr. 7. Dezember 1940. Am ausführlichsten das Achenbach-Protokoll in BA/MA RW 4/v. 747, Bl. 81–98.

[74] Doyen an Stülpnagel am 5. November 1940, La Délég. II S. 321–325.

[75] Zu seiner Argumentation im einzelnen BA/MA RW 4/v. 747, Bl. 95.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vor November 1941 möglich sei, war offenbar mit Weygand abgesprochen[76], und wenn er es ablehnte, „ohne erneute englische Provokation einen direkten Angriff auf englisches Gebiet zu unternehmen[77]“, so trug das dem Stand der britisch-französischen Verhandlungen Rechnung. Huntziger und Stehlin setzten sich für ein gemeinsames deutsch-französisches Produktionsprogramm ein, und es war Laval, der darauf hinwies, daß dieses auch die französischen Bedürfnisse berücksichtigen müsse. Baudoins Behauptung, Darlan habe zu den deutschen Forderungen nach Angriffsoperationen der französischen Marine geschwiegen, hingegen Laval sie gebilligt[78], wird vom Protokoll widerlegt. Laval hatte zwar gemeint, daß allein ein Auslaufen der Flotte aus den jetzigen Basen und ein offensives Vorgehen gegen de Gaulle „fast unvermeidlich“ zu einem Konflikt mit Großbritannien führe – dabei berief er sich auf die Äußerung Hoares gegenüber de La Baume (s. o. S. 88) – und daß damit die Notwendigkeit einer Rücksichtnahme auf die Briten entfalle, aber er stand dabei insofern nicht allein, als auch Darlan mit Operationen der französischen Flotte winkte, die den offenen Kriegszustand zur See herbeiführen konnten. Was das Bemühen um Herstellung der ungestörten Verbindung zwischen dem Mutterland und Afrika sowie um Minderung des zunehmenden italienischen Drucks anbelangt, so gingen Huntziger, Darlan und Laval durchaus koordiniert vor. Wohl hat Laval nach der Konferenz gegenüber Abetz geäußert, er sei von den Ausführungen Huntzigers selbst enttäuscht und wolle auf den Marschall entsprechend einwirken. Aber das besagt nicht viel, denn auch Huntziger hat nach der Konferenz kleinere Aktionen gegen den Tschad zu einem früheren Zeitpunkt in Aussicht gestellt[79]. Alles in allem hat Laval auf der Konferenz keineswegs mehr ‚gesündigt‘ als Huntziger und Darlan. Daß sich Pétain in den folgenden zwei Wochen entschloß, Laval fallenzulassen, muß demnach andere Ursachen haben.

IV

Vichy befand sich im Herbst 1940 noch mehr durch die Haltung Washingtons als die Berlins und Londons in einer Zwickmühle, die schließlich die Entlassung Lavals erforderlich werden ließ. Roosevelt hatte sich Vichy gegenüber von Anbeginn sehr reserviert gezeigt und die amerikanische Botschaft nach der Rückkehr Bullits im Juli nur mit einem Geschäftsträger besetzt gelassen. In dieser Botschaft glaubte man nicht nur Laval, sondern auch Baudoin mißtrauen zu müs-

[76] Nach Weygand hatte der Hinweis auf gründliche Vorbereitungen und die umfangreichen Forderungen nach zusätzlichen Kriegsmitteln den Zweck, das Unternehmen durch die einsetzende Regenperiode unmöglich werden zu lassen. Aussage Weygand in Témoignage VI S. 1616.

[77] BA/MA RW 4/v. 747, Bl. 96.

[78] Baudoin S. 401.

[79] Abetzbericht vom 1. Dezember, ADAP D XI Nr. 434.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sen[80]. Im Hinblick auf die Möglichkeit eines Verhandlungsfriedens gab es jedoch im ganzen Kabinett Pétain niemanden, der das Wohlwollen der USA aufs Spiel zu setzen bereit gewesen wäre. Gerade die Sorge um die Gewinnung der amerikanischen Unterstützung und Vermittlung war für Pétain Veranlassung, am 22. August öffentlich die französische Freundschaft mit den USA zu beschwören und sich zu den Idealen der amerikanischen Demokratie zu bekennen[81]. Das blieb jedoch ohne Echo. In der US-Presse war zu diesem Zeitpunkt eine heftige Kampagne gegen Pétain und seine Regierung im Gange. Eine besondere Rolle spielte dabei, daß Vichy den bisherigen französischen Botschafter in Washington, Saint-Quentin, durch Henry-Haye ersetzte. Die Ansicht, die Ernennung des „pro Nazi" Henry-Haye sei „an unfortunate choice" gewesen[82], bedarf der Korrektur. Für Vichy ging es darum, die Botschaft in Washington mit einem Mann zu besetzen, der den Zusammenbruch seines Landes an Ort und Stelle erlebt hatte und daher über die grundlegenden Informationen verfügte, um in den USA um Verständnis für die Haltung der französischen Regierung zu werben[82]. Er mußte für Washington akzeptabel sein, ohne in Berlin auf Argwohn zu stoßen. Henry-Haye, der im 1. Weltkrieg im amerikanischen Expeditionskorps als Offizier und Berater General Pershings gedient hatte und in den Jahren vor 1939 als Bürgermeister von Versailles Vorstandsmitglied des Comité France-Allemagne gewesen war, erfüllte somit diese Voraussetzungen. Gerade deswegen hatte sich Laval für ihn entschieden. Washington hatte bereits Ende Juli das agrément erteilt. Als Henry-Haye dann im September nach Washington kam, sah er sich wegen seiner Tätigkeit im Comité France-Allemagne heftigen Presseangriffen ausgesetzt[82]. Dennoch konnte Henry-Haye recht bald das State Department für Pétain gewinnen und auch zu einer Korrektur der öffentlichen Meinung über Vichy beitragen.

---

[80] Bullit an SSt am 5. Juli und Murphy an SSt am 29. Juli, FRUS a. a. O. S. 377 ff.

[81] Ph. Pétain, Quatre années, S. 55 ff.

[82] S. Hytier, a. a. O. S. 193. Hier Wiedergabe der von verschiedenen Seiten in den USA gegen Henry-Haye erhobenen Vorwürfe.

[82] Das hatte bereits Reynaud Pétain vorgeschlagen. Henry-Haye, G.: La grande éclipse franco-américaine. Paris 1972, S. 151 f.

[82] Recht pauschal galt damals eine Tätigkeit im „Comité France-Allemagne", Parallelorganisation der „Deutsch-Französischen Gesellschaft", schlechthin als Beweis pronazistischer Gesinnung. Wenngleich in dem in Karlsruhe erschienenen Organ der Gesellschaft, den Cahiers franco-allemands/Deutsch-französische Monatshefte führende Nationalsozialisten hinreichend zu Wort kamen und die Geschichte der Gesellschaft nicht frei von dunklen Flecken ist, so war andererseits für manche Mitglieder die Verständigung zwischen beiden Völkern ein ehrliches und keineswegs nazistischen Zwecken dienendes Anliegen. Hytier (a. a. O. S. 193, Anm. 45) führt als Henry-Haye belastend dessen zwei Aufsätze in den Cahiers von 1937 an. Aber gerade diese Beiträge belegen nicht eine pronazistische Gesinnung ihres Verfassers, vielmehr sein Bemühen um Ausräumung von Mißverständnissen zwischen beiden Nationen und enthalten sogar recht kritische Ausführungen über bestimmte, das französische Mißtrauen bedingende Verhaltensweisen auf deutscher Seite. S. Henry-Haye, Zwei Wege und ein Ziel: Der Friede; und ders.: Unser Glaube an eine

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zum eigentlichen Hebel der französischen Amerikapolitik sollte dann Afrika und besonders Marokko werden. Hier war in der Armee das Bewußtsein, nicht besiegt zu sein, ausgeprägter als in Tunis und Algier, und unter den französischen Militärs und Zivilisten wie auch den Eingeborenen gab es bis zum Herbst 1940 noch eine breite Dissidenzbewegung[83]. Die britische Blockade mußte Marokko, das enge Handelsbeziehungen mit vielen Ländern, vor allem den USA, unterhalten hatte, hart treffen. Die französische Regierung, besorgt, daß die wirtschaftliche Lage das Protektorat zur Dissidenz führen könne, sandte im August Emmanuel Monnick, früher Finanzattaché in England, mit weitgehenden politischen und wirtschaftlichen Vollmachten nach Casablanca. Er sollte den Generalresidenten Noguès in seinen Bemühungen unterstützen, von London eine Lockerung der Blockade zu erwirken und den Handel mit den USA bei Freigabe der blockierten Guthaben der marokkanischen Staatsbank wieder in Gang zu bringen. Washington war selbst an einer Wiederaufnahme des Handels interessiert, mußte jedoch auf die britischen Interessen Rücksicht nehmen. Doch kamen die Verhandlungen mit Casablanca recht gut voran, und auch zu Generalgouverneur Boisson in Dakar gab es wieder Kontakte, nachdem dort im September ein US-Konsulat eröffnet worden war. Weygands Erklärung, es sei seine Aufgabe, für den wirtschaftlichen Wohlstand Französisch-Afrikas zu sorgen und die administrativen und politischen Aktionen der Generalresidenten und Gouverneure zu koordinieren[84], eröffnete die Möglichkeit, zu einer Vereinbarung über den amerikanischen Handel mit ganz Nord- und Westafrika zu kommen. Doch Washington bedurfte zuerst der Sicherheit, daß in diesen Gebieten die Achse nicht Fuß fassen würde. Gehörte doch für Roosevelt der Atlantik und damit die afrikanische Nordwestküste bereits zur Sicherheitszone der westlichen Hemisphäre[85]. Aber dann sah sich Washington über die französischen Absichten nach Montoire unzureichend informiert. Als Matthews am 30. Oktober die Rede des Marschalls erläutert wurde, war der Geschäftsträger überzeugt, daß Laval, der nach dem alternden Marschall die größte Autorität im Lande habe, den Deutschen schließlich doch die Flotte und Stützpunkte im unbesetzten Frankreich sowie in Afrika ausliefern würde. Matthews nannte bei dieser Gelegenheit auch eine nur wirtschaftliche Zusammenarbeit und die damit verbundene Produktion der französischen Industrie für die Deutschen „a question so vitally important to our own security as the fate of

---

deutsch-französische Verständigung. Cahiers franco-allemands/Deutsch-französische Monatshefte, 4. Jg. 1937, S. 45 ff. bzw. 172 ff. Eine recht sachliche Beurteilung des CFA/DFG und der Cahiers neuerdings in: Pascal Ory, Les Collaborateurs 1940–1945. Paris 1977, S. 18 ff.

83 Hierzu die Berichte Weddells und der Konsuln White und Goold in FRUS a. a. O. S. 575–579 u. 601 f.

84 Cole (Algier) an SSt am 10. Oktober, ebenda S. 597.

85 Roosevelts „Address on Hemisphere Defense" vom 12. Oktober 1940. The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt. 1940 volume I, New York 1941, S. 460 ff., bes. S. 463.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

the French fleet and the North African bases"[86]. Damit war am Vorabend der ersten Pariser Gespräche klargestellt, daß die USA sich auch einer nur wirtschaftlichen Kollaboration Frankreichs mit Deutschland widersetzen würden und für sie Laval als ein unüberwindliches Hindernis für ein französisch-amerikanisches rapprochement galt. Wenige Tage später erklärte Außenminister Hull dem französischen Botschafter, daß man in den USA keinerlei Vertrauen zu Laval habe, der ein extremer Parteigänger Hitlers und Mussolinis sei. Die US-Regierung sei nicht zu kleineren Konzessionen wie der Freigabe französischer Guthaben bereit, sondern entschlossen, fortan keine Beziehungen mit einer Regierung aufrechtzuerhalten, die Hitler auch nur die geringste direkte und indirekte Unterstützung zukommen lasse[87].

Darauf erschien Monnick in Vichy, um Matthews zu versichern, daß er weiterhin volle Handlungsfreiheit in Marokko habe. Zugleich drohte er, die marokkanischen Erze (Kobalt, Mangan, Eisen, Blei, Zink, Antimon, Graphit, Vanadium) an die Achsenmächte zu verkaufen, wenn der marokkanische Handel mit den USA nicht in Gang komme[88]. Das State Department ließ umgehend Weygand mitteilen, es sei zur Aufnahme des Handels mit Marokko und Westafrika bereit, sofern das ihrer Erhaltung für Frankreich diene und britische Interessen nicht verletze[89]. Damit eröffnete sich für Vichy die Perspektive, den modus vivendi mit England durch einen accord mit Washington ergänzen zu können, der die wirtschaftliche Lage der afrikanischen Besitzungen sichern und diese gegen gaullistische wie deutsche Angriffe sichern würde.

Doch für Washington stand noch immer Laval, und nunmehr ausschließlich Laval, im Wege. Dieser war sich seiner Lage offenbar bewußt und führte am 14. November zusammen mit Rochat (Nachfolger von Charles-Roux) ein Gespräch mit Matthews[90], wobei seine recht naive Einschätzung der amerikanischen Haltung recht deutlich wurde. Er zeigte sich vom deutschen Sieg überzeugt, meinte aber zugleich, daß, wenn die Briten siegten, diese nicht auf dem Kontinent landen könnten, sodaß in jedem Falle das Problem eines neuen Europa bleibe, mit dem Amerika zusammenarbeiten könne. Doch Matthews erwiderte, daß eine Zusammenarbeit mit einem Europa, wie es sich Laval vorstellte, nicht in Betracht komme. Laval beteuerte, daß in den Gesprächen mit den Deutschen die Frage von See- und Luftstützpunkten nicht angeschnitten worden sei, aber er schockier-

---

[86] Matthews an SSt am 6. November über ein Gespräch mit Jules Henry. FRUS a. a. O. S. 478 f. J. Henry war ein Vertrauter Baudoins und zum neuen Botschafter in Ankara ernannt worden.

[87] Memorandum Hulls über Gespräch mit Henry-Haye am 4. November. FRUS a. a. O. S. 399–402

[88] Matthews an SSt am 6. November, ebenda S. 478. Daß man deutscherseits Interesse an diesen Rohstoffen hatte, belegt eine von Hemmen am 30. September aufgestellte Liste über die französ. Kolonialprodukte, worin die morokkan. Produkte Eisenerz, Phosphate, Kobalt unterstrichen sind. BA/MA OKW 2408.

[89] Welles an Cole am 13. November, FRUS a. a. O. S. 616 f.

[90] Matthews an SSt am 14. November, ebenda S. 403–407.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

te Matthews mit der Frage: „Wenn Deutschland sich entschließt, solche Stützpunkte zu nehmen, was können wir tun, es daran zu hindern? Frankreich hat keine Armee und keine Mittel zur Verteidigung“[91]. Als Matthews die mangelnde Unterrichtung der amerikanischen Regierung tadelte, versprach Laval, künftig jede gewünschte Information zu geben. Matthews, der von dem Versprechen wenig hielt, schloß seinen Bericht mit der Bemerkung, daß, so lange Laval in seiner gegenwärtigen Position verbleibe und seinen Einfluß behalte, die Kluft zwischen Frankreich und den USA groß sein werde. Nur ein Bruch in den französisch-amerikanischen Beziehungen würde seine Position unhaltbar machen.

Als am nächsten Tag die amerikanische Pressevereinigung in Paris ein Diner für Laval und Botschafter de Brinon gab, an dem auch Matthews teilnahm[92], trat Laval erneut ins Fettnäpfchen. In einer Rede, die das Gespür eines geschulten Diplomaten vermissen ließ, pries er Hitler und appellierte an die USA und ihren Präsidenten, doch endlich die Revolution zu verstehen, die in Europa während der letzten vier Jahre stattgefunden habe, und mit diesem Europa zusammenzuarbeiten. Dann fiel das Wort, das ihm nicht mehr verziehen werden sollte. Er, Laval, kümmere sich nicht um die amerikanische öffentliche Meinung (je m'en fous de l'opinion americaine), wenn diese weiterhin bei ihren falschen Ansichten über die Vorgänge in Europa bleibe. Am nächsten Nachmittag führte dann Matthews ein Gespräch mit Laval tête à tête. Laval wünschte, daß der Inhalt des Gespräches als eine „klärende Botschaft“ der amerikanischen Regierung zugeleitet würde[93]. Er zeigte sich wieder überzeugt, daß ein deutscher Sieg trotz der amerikanischen Hilfe für England unvermeidlich sei, weswegen man Hitler „halbwegs“ entgegenkommen müsse. Doch wünsche er, mit der amerikanischen Regierung zusammenzuarbeiten, um vielleicht ohne totalen Sieg oder totale Niederlage aus dem gegenwärtigen Dilemma herauszukommen. Matthews aber lehnte den Gedanken eines Verhandlungsfriedens rundweg ab und drohte mit dem Bruch zwischen den Regierungen Frankreichs und Amerikas als Konsequenz der Kollaborationspolitik.

Laval ging noch am gleichen Abend zur Dienststelle Abetz, um diese über den Stand der britisch-französischen Gespräche zu informieren und von seiner angeblichen Härte gegenüber Roosevelt zu überzeugen[94].

Tags darauf empfing der Marschall den amerikanischen Geschäftsträger, um diesem kundzutun, daß er, Pétain, in wesentlichen Punkten anderer Ansicht als sein Außenminister sei[95]. Nach allem, was Frankreich von den Deutschen erfah-

---

91 Matthews vermerkt hierzu: „This rhetorical question he asked as one of a number and with no particular emphasis but its importance and pertinence in the present situation struck me forcibly“; ebenda S. 405.

92 Hierüber Matthews an SSt am 15. November, S. 407–411.

93 Zusammenfassung der von Laval gewünschten Botschaft durch Matthews, ebenda S. 410.

94 S. o. S. 89, mit Anm. 50. Dafür, daß Laval das noch am gleichen Abend tat, spricht, daß der Bericht Schleiers vom 16. Oktober o. 32 datiert.

95 Matthews an SSt am 16. November, FRUS a. a. O. S. 411–414 u. 488.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ren habe, müsse es nun einen britisch-amerikanischen Sieg wünschen. Den Satz des Marschalls: „Ich möchte, daß Sie Ihrem Präsidenten sagen, dessen Worte manchmal hart waren, daß ich alles in meiner Macht stehende tun werde, um die Freundschaft Ihres Landes und bestmögliche Beziehungen zu erhalten", was nach den vorangegangenen amerikanischen Drohungen wie ein Versprechen in Bezug auf Laval klang, gab Matthews in seinem Bericht wörtlich wieder, und zwar mit der Bemerkung, das seien „die Worte des einzigen Mannes, der heute trotz seines hohen Alters für Frankreich sprechen kann und der allein Prestige und die Zuneigung seines Volkes genießt"[96]. Pétain und Darlan hatten gerade Beweise ihrer Gefügigkeit gegenüber den Forderungen Roosevelts erbracht[97].

In den strategischen Plänen des Präsidenten hatte Afrika inzwischen zunehmend an Bedeutung gewonnen, und er hatte daher einen Sonderbeauftragten, Murphy, bislang stellvertretender Geschäftsträger in Vichy, zur Erkundung der dortigen Verhältnisse bestellt[98]. Zugleich hatte sich Roosevelt entschlossen, einen regulären Botschafter nach Vichy zu entsenden, nachdem eine entsprechende Anregung von französischer Seite, die zunächst auf den mit Pétain aus dem 1. Weltkrieg befreundeten General Pershing zielte, vorausgegangen war[99]. Da Pershing jedoch aus Gesundheitsgründen ablehnen mußte, fiel Roosevelts Wahl auf Admiral Leahy. Das erschien umso besser, da Leahy nicht nur die Achtung des Marschalls genoß, sondern auch mit seinem ‚Waffenbruder' Darlan offen reden konnte. Vergeblich versuchte London, unter Berufung auf Gerüchte von deutsch-französischen Stützpunktverhandlungen, Washington von der Entsendung Leahys abzuhalten[100].

Eine minutiöse Verfolgung der Vorgänge im ersten Dezemberdrittel ist nun aufschlußreich. Am 6. Dezember war das schon erwähnte entscheidende Gespräch zwischen Pétain, Darlan und Dupuy. Am folgenden Tag erhielt Konsul Cole in Algier eine Verbalnote Weygands, die eindeutig mit Vichy abgestimmt

---

[96] Ebenda S. 410.

[97] Betr. die Beilegung des Streits über die in Martinique und Guadeloupe liegenden Kriegsschiffe und die dort auf einem Flugzeugträger stehenden, vor dem Zusammenbruch in den USA gekauften Flugzeuge sowie die Überführung der Schlachtschiffe Richelieu und Jean Beart von Dakar bzw. Casablanca nach Toulon. Dazu FRUS a. a. O. S. 505–536 bzw. 485–488.

[98] R. Murphy. Diplomat unter Kriegern. Berlin o. J. (1966) S. 88.

[99] Henry-Haye hatte sich im State Department und bei Roosevelt für die Entsendung Pershings eingesetzt, was Roosevelt auch akzeptieren wollte. Pershing mußte jedoch auf ärztlichen Rat ablehnen, auch, nachdem Henry-Haye vorgeschlagen hatte, Pershing sollte seinen Amtssitz an der Côte d'Azur nehmen, da auch der Marschall dort einen Privatbesitz habe. Wie sehr man in Vichy an Pershing interessiert war, geht auch daraus hervor, daß noch am 12. November Monnick bei Matthews anregte, der Präsident möge einen Freund des Marschalls, und damit war gewiß Pershing gemeint, als seinen persönlichen Vertreter nach Vichy entsenden. Henry-Haye, S. 174 ff und Matthews an SSt am 12. November, FRUS a. a. O. S. 451 f.

[100] Woodward I S. 429.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und dort spätestens am 7. Dezember durchgegeben worden war[101]. Danach hatte die französische Regierung das Angebot des State Department vom 13. November[102] gebilligt und versprach nunmehr, sich bezüglich der gewünschten Zusicherungen direkt an die amerikanische Regierung zu wenden. Noch am gleichen Tag unterbreitete Monnick dem US-Konsul in Tanger konkrete und detaillierte Export-Import-Vorschläge, die die Billigung des Stabschefs hatten[103].

In Vichy wollten zu diesem Zeitpunkt Bouthillier und Peyrouton wissen, daß Laval die Bildung einer nur aus seinen Anhängern zusammengesetzten Regierung anstrebe[104]. Am 8. Dezember sagte Pétain, als ihn Baudoin von den Ambitionen Lavals in Kenntnis setzte: „J'en ai assez de la politique de Pierre Laval. Montoire est échec que nous ne pouvons cacher"[105]. Doch ob und wann der Marschall wirklich handeln würde, blieb offen. Er hatte am 7. und 8. Dezember mit Flandin gesprochen, ihm jedoch nur den Posten eines persönlichen Beraters angeboten[106]. Am 9. Dezember sagte Pétain dann im Anschluß an die Beratung der Haltung, die Huntziger und Darlan am nächsten Tag gegenüber Warlimont einnehmen sollten: „Tous ces plans vont tomber à l'eau, car Laval ne sera plus rien dans peu de temps"[107]. Tatsächlich schrieb Pétain noch am gleichen Tag einen Brief an Hitler, in dem er seinen Entschluß mitteilte, sich von Laval zu trennen[108]. De la Laurencie reiste nach Paris, um den Brief Abetz zu überbringen. Doch schon am nächsten Morgen wurde Laurencie angewiesen, den Brief nicht weiterzuleiten. Man war zu der Ansicht gelangt, daß Laval – zu diesem Zeitpunkt in Paris –, wenn er sich bedroht, aber noch nicht abgesetzt sah, mit Abetz' Rückendeckung eine gefährliche Situation hätte heraufbeschwören können. Die Absetzung mußte in Vichy erfolgen, und Abetz wie Hitler waren vor vollendete Tatsachen zu stellen. Zudem mußte der Brief ja über Wiesbaden geleitet werden. Sollten diese Bedenken aber wirklich erst nach Absenden des Briefes aufgetaucht sein? Nach Bouthillier soll dem Marschall in der Nacht die „Intuition" gekommen sein, daß die angelaufene Aktion angehalten werden müsse[109]. Was steckte dahinter? Wiederum müssen wir die Vorgänge des 9. und 10. Dezember minutiös verfolgen.

---

101 Cole an SSt am 7. Dezember, FRUS a. a. O. S. 624 f. Die Abstimmung wird durch den Wortlaut belegt sowie die Tatsache, daß die Note von einem dem General beigegebenen Vertreter des französischen Außenministeriums überbracht wurde. Für den Zeitpunkt der Übermittlung der Note von Vichy nach Algier ist aufschlußreich, daß Cole den Text um 14 Uhr nach Washington weitergab, nachdem sie ihm „just" überbracht worden war.

102 S. o. S. 98 mit Anm. 89.

103 White an SSt am 10. Dezember, FRUS a. a. O. S. 628 ff.

104 Bouthillier I S. 249.

105 Baudoin S. 405.

106 Bouthillier I S. 250.

107 Baudoin S. 405. Wenn das zutrifft, dann haben Huntziger und Darlan am 10. Dezember in Paris mit Wissen Pétains geblufft.

108 Wortlaut des Briefes in L. Noguères, Le véritable procès du Maréchal Pétain. Paris 1955. S. 269.

109 Bouthillier I S. 251.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am 9. Dezember war der modus vivendi mit England unter Dach und Fach. Washington schien zu einem accord bereit. Murphy war gerade nach Vichy zurückgekehrt, und die Ankunft Leahys stand in Aussicht. An jenem 9. Dezember wurde Murphy von Laval empfangen, offenbar zwischen 15 und 16.30 Uhr[110]. Nach Murphys Bericht[111] wiederholte Laval zwar die Tiraden vom deutschen Sieg und der europäischen Revolution, doch schlug er auch neue Saiten an. Er wolle nicht Deutschlands Karte spielen, sondern nur die französischen Interessen schützen und Frankreichs Kolonialreich erhalten. Die französische Flotte werde nur zum Schutz des empire bereitgehalten, und eine Einmischung Deutschlands in die afrikanischen Angelegenheiten werde nicht stattfinden. Zugleich anerkannte Laval die USA als Bollwerk gegen die japanische Aggression in Indochina, ebenso das amerikanische Interesse an Martinique. Die Freundschaft Amerikas werde für ihn immer ein Eckstein der französischen Außenpolitik sein. Von der bevorstehenden Konferenz mit Warlimont erwähnte Laval nichts. Bei dieser Gelegenheit nun teilte Murphy mit, daß er die von seiner Regierung gewünschte Inspektion der afrikanischen Konsulate in Kürze durchführen werde, was ihm die Gelegenheit gebe, sich an Ort und Stelle zu informieren.

Diese Neuigkeit dürfte Laval kaum für sich behalten haben. Noch am gleichen Abend eilte Baudoin zu Murphy. Dessen Bericht über die folgende Aussprache ist aufschlußreich[112]. Baudoin deutete die bevorstehende Ersetzung Lavals durch Flandin an. Er versicherte zwar, daß er nur persönlich spreche und keine autorisierte offizielle Mitteilung bringe, doch der Hinweis, daß er des Marschalls persönlicher Vertreter im Außenministerium sei und Pétain volles Vertrauen in Baudoins Beurteilung der Sachlage habe, läßt den Schluß zu, daß Baudoin nicht ohne Wissen Pétains, mindestens aber nicht gegen dessen Willen handelte. Unter anderem informierte Baudoin Murphy von der bevorstehenden dritten Pariser Konferenz. Diese Mitteilung war insofern von Bedeutung, als Laval sie verschwiegen hatte und diese Unterlassungssünde in der amerikanischen Botschaft hätte schwer wiegen können. Für ein irgendwie koordiniertes Vorgehen Baudoins und Lavals – entweder liefen die Fäden bei Baudoin, Flandin oder gar dem Marschall zusammen – spricht, neben einigen parallelen Äußerungen, daß beide Murphy, wenn auch vergeblich, nach dem Hintergrund der Reise Oberst Donovans nach Europa fragten. Diese Reise hatte in Berlin zu erheblichem Argwohn

---

[110] Da von 11 bis 13 Uhr in Anwesenheit Lavals die Beratungen für die Warlimontkonferenz stattfanden (Baudoin S. 405), Murphys Bericht von 17 Uhr datiert, muß bei Berücksichtigung der Gepflogenheiten der Empfang zwischen 15 und 16.30 Uhr stattgefunden haben.

[111] Murphy an SSt am 9. November, FRUS a. a. O. S. 414–417.

[112] Hierüber findet sich in FRUS an gänzlich unpassender Stelle ein nichtssagender Auszug (S. 627). Der volle Wortlaut wurde dem Vf. vom State Department in Kopie zur Verfügung gestellt. Murphy an SSt am 10. Dezember 1940. StD 740.0011, European War, 1939/7070.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geführt und bestimmte Auflagen für Vichy zur Folge gehabt[113]. Murphy teilte auch Baudoin seinen eigenen Reiseplan mit. Nun konnte der Eindruck entstehen, daß die Reisen Donovans und Murphys abgestimmt waren. Denn gerade an diesem Tage war von der französischen Delegation in Wiesbaden eine deutsche Meldung übermittelt worden, nach der Donovan von einem gewissen M. Desgardes begleitet werde, der als Vertreter Weygands in den USA galt[114]. Pétain konnte sich in diesem Augenblick kaum eine Entlassung Lavals leisten.

Pétain hat den Brief vom 9. Dezember „dans la soirée" verfaßt und dann de la Laurencie übergeben[115]. Baudoin dürfte kaum vor 19 Uhr bei Murphy eingetroffen sein[116]. Murphy spricht von einem „long and friendly talk with Baudoin", was nach einem Vergleich mit anderen Berichten auf eine Gesprächsdauer von mindestens einer Stunde schließen läßt[117]. Demnach kann Baudoin den Marschall frühestens am späten Abend informiert haben, als Laurencie bereits unterwegs und der Brief nicht mehr aufzuhalten war. Hier liegt ein Schlüssel zur Erklärung des angeblich spontanen Entschlusses des Marschalls am 10. Dezember morgens. Hinzu kommt, daß an diesem Tag BBC meldete, Murphy werde nach Afrika reisen, um dort mit Weygand die künftige Haltung der USA gegenüber Frankreich zu erörtern und dabei hervorzuheben, daß Frankreich seine Freundschaft mit Amerika aufgebe, wenn es die Kollaboration mit Deutschland realisiere[118]. Murphys Reiseplan war also spätestens am 10. Dezember im Ausland bekannt.

Pétain hatte jetzt Zeit gewonnen, um Gewißheit über die Absichten Washingtons zu erlangen. Noch am gleichen Tag suchte Devinat, Direktor der Wirt-

---

113 Donovan baute damals eine Organisation auf, aus der später das Office of Strategic Services (OSS) hervorgehen sollte. Am 7. Dezember war in Berlin bekannt, daß Donovan im Auftrag Roosevelts nach Europa und Afrika unterwegs sei. Vichy wurde deutscherseits angewiesen, seinen Botschaften in Madrid und Lissabon das Erteilen von Visen für Donovan und diesem selbst das Betreten Frankreichs und französischen Kolonialgebietes zu untersagen. La Délég. III S. 232 f.
Zur Mission Donovans: S. Friedländer, Auftakt zum Untergang. Hitler und die Vereinigten Staaten 1939–1941. Stuttgart 1965 S. 123 ff.; W. L. Langer, S. E. Gleason, The Undeclared War 1940–1941, Gloucester, Mass. 1968² S. 397 ff.; zur Tätigkeit der Donovanorganisation in Afrika 1941/42 Murphy, S. 216 passim; W. L. Langer, Our Vichy Gamble, S. 232 f.; L. A. Funk, The Politics of Torch, S. 32 passim.

114 La Délég. III S. 233. Die Mitteilung wurde aus Wiesbaden der Direction des services de l'armistice übermittelt.

115 Bouthillier I S. 251.

116 Laut Murphy hatte Baudoin zuvor eine Unterredung mit Flandin. Für diese gibt Baudoin (S. 405) 17–18.30 an. Da Murphy seinen Bericht erst am folgenden Vormittag verfaßte, ist auch ein späterer Zeitpunkt als 19 Uhr für Baudoins Besuch möglich.

117 Auch Baudoin (S. 406) spricht von einer „conversation trés cordiale" und einem „tour de tous les problèmes".

118 Murphy an SSt am 11. Dezember. FRUS a. a. O. S. 417 f. Danach war die BBC-Meldung vom 10. Dezember.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaftsabteilung im Kolonialministerium, Murphy auf[119]. Devinat berichtete von einem Plan zur Errichtung einer koordinierten zivilen und wirtschaftlichen Autonomie der französisch-nordafrikanischen Gebiete mit der Möglichkeit, wirtschaftliche Entscheidungen unabhängig von Vichy zu treffen. Da Devinat zugleich auf das beachtliche Guthaben Westafrikas und dessen Goldproduktion verwies, sollte offenbar auch dieses Gebiet in die koordinierte Autonomie einbezogen werden. Monnick hatte schon im August berichtet, daß solche Pläne die Billigung des Marschalls hatten[120]. Wenn auch der negativen Äußerung über Weygand[121] zu entnehmen ist, daß Devinat nicht von Pétain geschickt war, so ist doch erkennbar, daß zu diesem Zeitpunkt, von wem auch letztlich betrieben, es in Vichy konkrete Vorbereitungen für eine Sezession Afrikas gab und daß somit die Befürchtungen Hitlers, die Anlaß für die „Weisung Attila" waren, einen realen Hintergrund hatten. Dafür, daß die ‚intuition' des Marschalls in der Nacht vom 9. zum 10. Dezember irgendwie mit „Attila" zusammenhing, die zwar am 10. Dezember von Hitler unterzeichnet, jedoch schon am 8. Dezember geplant worden war[122], gibt es keine Anhaltspunkte. Alles in allem liegt hier aber eine bemerkenswerte Koinzidenz vor, vor deren Hintergrund man auch das Verhalten Huntzigers und Darlans gegenüber Warlimont am 10. Dezember sehen muß.

Auf der dritten Pariser Konferenz am 10. Dezember zeigte Huntziger nach den vorliegenden Protokollen[123] ein die deutsche Seite überraschendes Entgegenkommen.Nicht nur hielt er, im Gegensatz zu seiner Meinung am 29. November, die Tschad-Operation bereits im Februar 1941 für möglich[124], sondern er stellte auch, allerdings für den Fall einer britischen Intervention, mit der jedoch zu rechnen war, Luftangriffe auf Gibraltar und Kano (Nordnigeria) sowie Luft- und Landangriffe gegen Freetown und Bathurst in Aussicht, die Darlan von See her zu unterstützen versprach. Huntziger legte erneut dar, daß ein Angriff gegen den Tschad nur von Westen her sinnvoll sei, was zunächst die defensive Sicherung der Linie Niamey – Zinder – Tschadsee erforderlich mache, dann zur offensiven

---

119 Murphy an SSt am 11. Dezember, ebenda S. 631. Murphy spricht von „several conversations" mit Devinat. Da Murphys Bericht vom 11. Dezember, 14 Uhr datiert, jedoch angibt, daß Devinat „this morning" nach Dakar fliege, muß dieser bereits am 10. Dezember bei Murphy gewesen sein.

120 Murphy an SSt am 26. August, ebenda S. 579.

121 Devinat warnte Murphy, daß Weygand nur militärisch denke und sich „in verhältnismäßig engen Gleisen" bewege. Er sei überzeugt, daß Weygand nicht mehr lange in Afrika bleibe. Man könnte hieraus auf eine Rivalität zwischen Kolonialminister Admiral Platon und Weygand schließen. Platon aber war ein Intimus Darlans. Darlan sollte im November 1942 seinen Rivalen Giraud entsprechend beurteilen.

122 Halder KTB Eintr. 8. Dezember.

123 Kurzer Bericht Abetz' an AA, ADAP D XI Nr. 490; etwas ausführlicher, aber dennoch stark raffend und zweckbestimmt für Hitler, der Warlimontbericht, ebenda Nr. 506. Franz. Kurzprotokoll in La Délég. V S. 446; ausführl. franz. Protokoll ebenda S. 449–462; ausführl. deutsches Protokoll, das inhaltlich mit dem französ. übereinstimmt, von Achenbach in Akten OKW/WFSt/LIV, BA/MA RW 4/v. 747 Bl. 126–132.

124 Für diesen Zeitpunkt versprach Huntziger den Angriff auf Fort Lamy, ebenda Bl. 128.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ausgangsbasis werden solle, was die Freigabe spezieller und umfangreicher Kriegsmittel bedinge. Einen solchen Angriff ließ nunmehr der modus vivendi mit England nicht mehr zu. Daher ging es Huntziger wiederum in Wahrheit nur um die Verstärkung der Niamey-Tschadsee-Linie. Er winkte mit der Offensive, um hinreichende Defensivkraft zu erlangen. Aber das durchschauten weder Abetz noch Warlimont. Letzterer schloß seinen Bericht mit der Bemerkung, daß „über militärische Absichten der Regierung Pétain kein Zweifel bestehen kann".

Der Bericht Abetz' war in erster Linie für Ribbentrop, der Warlimonts für Hitler bestimmt. In beiden erscheint die Haltung der Franzosen in sehr günstigem Licht. Warlimont ging es darum, Hitler zu einem schnellen Einlenken gegenüber den Franzosen zu bewegen. Hatte doch auch der letzte Lagebericht des Militärbefehlshabers in Paris, Stülpnagel, die negativen Folgen der Nichtrealisierung Montoires für die französische Haltung und die Stellung Lavals hervorgehoben[125]. Die von Warlimont den Franzosen bescheinigte „Aufrichtigkeit" hält einer Analyse des ausführlichen Protokolls jedoch nicht stand. Es spiegelt ein geschicktes Taktieren auf französischer Seite wider, das letztlich darauf hinauslief, eine beachtliche Lockerung der Entwaffnungsbestimmungen, Verstärkung und bessere Bewaffnung der Streitkräfte in Afrika und letztlich volle Aktionsfreiheit in den nordafrikanischen Häfen zu erlangen. Dafür mußten jedoch, und darum drehte sich ein großer Teil der Gespräche, die Italiener in die Schranken gewiesen werden. War doch zu diesem Zeitpunkt nach Feststellung des deutschen Militärbefehlshabers allgemein in Frankreich „ein starkes politisches Resentiment gegenüber Italien" erkennbar[126]. Zudem ließen die französischen Angebote eine Hintertüre offen, und die gestellten Forderungen, besonders hinsichtlich ihrer Details, die Einhaltung des Frühjahrstermins von vornherein in Frage stellen. Wie gezielt Huntziger taktierte, um das Vertrauen der Deutschen zu gewinnen, zeigt sich auch darin, daß er, im Anschluß an die amtlichen Besprechungen, Warlimont die Aufhebung des Weygandschen Oberbefehls in Aussicht stellte[127].

---

[125] Z. B. folgende Zitate aus dem Lagebericht des Mil. Befh. Frankreich für November 1940: BA/MA, RW 35/v. 1, Bl. 122–187. „Die Notwendigkeit klarer politischer und militärpolitischer Richtlinien zeigt sich immer zwingender. Sie dürfen nicht zu spät kommen! Innen- und außenpolitisch sollte Frankreich der Anreiz aktiver Mitarbeit gegeben werden" (ebenda Bl. 128). „Die Ereignisse der Berichtzeit waren nicht geeignet, für die Regierung und den Gedanken der Zusammenarbeit zu werben" (ebenda Bl. 132).
„Ganz allgemein läßt sich sagen, daß die Stellung Lavals wegen der ausgebliebenen Erfolge sehr gelitten hat und daß der Gedanke der Collaboration auch seine loyalsten Anhänger verlieren kann, wenn nicht bald starke Auswirkungen zu verzeichnen sind" (ebenda Bl. 133).

[126] Ebenda Bl. 133. Auch in Algier verzeichnete der US Konsul zu diesem Zeitpunkt eine zunehmende antiitalienische Haltung. Cole an SSt am 7. Dezember, FRUS a. a. O. S. 624.

[127] So im Warlimontbericht. Auch nach Abetz war Weygand zur Berichterstattung nach Vichy berufen. Hätte das der Tatsache entsprochen, so hätte es Weygand gewiß in seinen ausführlichen Memoiren oder im Rapport erwähnt. Dem ist nicht so. Abetz trug sich mit dem Gedanken, Weygand in Frankreich festzuhalten (Abetzbericht, Schlußabs. mit Anm.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Was Laval anbelangt, so belegt das Protokoll, daß dieser mehr als seine Kollegen auf die Wahrung der französischen Interessen pochte. Er befürwortete zwar wiederholt die Tschad-Operation, jedoch stets, um die mit ihr verbundenen Forderungen Huntzigers, besonders nach einem raschen Handeln, zu unterstützen. Seinen Worten: „Frankreich wolle aber seine Kolonien wiedererobern und nehme einen daraus resultierenden Kriegszustand in Afrika in Kauf"[128], stehen entsprechende Äußerungen Huntzigers, Darlans und Stehlins zur Seite. Stehlin legte einen ganz konkreten Plan zur Eröffnung des Angriffs und damit der Entfesselung des allgemeinen Konflikts dar[129]. Laval aber betonte die Notwendigkeit eines deutschen Entgegenkommens als Voraussetzung für jede Operation und verlangte wiederholt eine deutsche Erklärung des Verzichts auf französisches Kolonialgebiet. Sein abschließender Satz: „Si vous nous aidez, nous sommes prêt a agir", spricht für sich.

So ist auch über die dritte Konferenz festzuhalten, daß Laval weder die Interessen Frankreichs verletzte oder die Wünsche seiner Regierung mißachtete noch eigenmächtig handelte oder sich in einem Gegensatz zu den drei Militärs stellte. Darlan hat sich jedoch dabei, verglichen mit Huntziger, Stehlin und Laval, im ganzen auffällig zurückgehalten.

V

Laut Baudoin wußte der Marschall am 11. Dezember abends über die Pariser Konferenz, die Deutschen hätten außer der Tschad-Operation einen Angriff gegen Gambia und Sierra Leone gefordert und Laval dränge auf die Durchführung[130]. Demnach war Pétain gezielt einseitig informiert worden. Als Informanten kommen nur Huntziger und Darlan in Frage. Darlan gehörte bereits zu den

4). Darlan aber könnte durchaus schon damals den Wunsch der Abberufung Weygands gehabt haben. Dafür spricht neben den oben wiedergegebenen Äußerungen Devinats, daß es für Teile der Flotte Kompetenzüberschneidungen gab (s. Instruktion Pétains für Weygand in Témoignages VI S. 1672). Zudem wurde Weygand unmittelbar nach dem Tod Huntzigers im November 1941, als Darlan Oberbefehlshaber aller Streitkräfte wurde, unter Berufung auf eine deutsche Forderung seines Postens enthoben, womit dann die drei Befehlsbereiche Darlan direkt unterstanden (hierzu Weygand, Mémoirs S. 529 ff.).

128 BA/MA, RW 4/v. 747, Bl. 128.

129 Ebenda Bl. 137. Im Gegensatz zu diesem Protokoll behauptet Stehlin, er habe sich entsprechend der Weisung Bergerets (s. o. Anm. 72a) selbst nicht an den Gesprächen zwischen Huntziger, Darlan und den deutschen Generalen beteiligt, sei aber am 29. 11. von Warlimont persönlich über die deutschen Forderungen, am 10. 12. von einem deutschen Luftwaffenoberst über Lavals Angebote informiert worden (Stehlin, a. a. O. S. 204 f.). Diese Darstellung war offenbar dem Chef des Stabes der franz. Luftwaffe opportuner. Die deutsche Ausgabe (P. Stehlin, Auftrag in Berlin, Frankfurt/M. Berlin 1965) enthält Stehlins Ausführungen über sein Wirken 1939–1944 nicht.

130 Baudoin S. 407.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verschwörern, und er hatte auch gegenüber Bouthillier wahrheitswidrig behauptet, die Deutschen hätten in Paris im Gegensatz zu Huntziger auf der Tschad-Operation vor der Regenzeit bei gleichzeitigem Angriff auf die englischen Kolonien bestanden[131]. Da sich das mit dem Bild, das der Marschall hatte, deckt, dürfte Darlan der Informant gewesen sein, zumal Huntziger noch nicht zu den Verschwörern gehörte[131a]. Wie Darlan taktierte, geht daraus hervor, daß er, ganz im Gegensatz zu seiner gegenüber Warlimont vertretenen Position, beteuerte, er werde, was auch kommen möge, die Flotte nicht einsetzen[132].

Am Abend des 11. Dezember soll der Marschall geäußert haben, seine Entscheidung, Laval zu entlassen, sei getroffen[133]. Doch da Baudoin die Vorgänge des 11. und 12. Dezember zu sehr durcheinanderwirft, sind Zweifel an der Richtigkeit der Behauptung angebracht. Am 12. Dezember vormittags teilte de Brinon telephonisch aus Paris mit, es sei Pétain anheim gestellt, sich, wann er wolle, nach Versailles zu begeben. Kurz darauf rief de Brinon erneut an, um mitzuteilen, daß der Marschall von keinem seiner Minister begleitet sein dürfe[134]. Dieser Mitteilung lag eine Weisung des AA an Abetz vom 3. Dezember und eine tags darauf zwischen Abetz und Laval getroffene Vereinbarung zugrunde[135]. Pétain soll das Angebot als einen „coup monté par Pierre Laval" abgelehnt haben, und zwar mit der Begründung, der Pariser Bevölkerung werde sonst demonstriert, daß der Marschall nur eine symbolische Figur sei und daß nicht er, sondern Laval regiere[136]. Diese Bedenken des Marschalls leuchten ein, zumal Abetz tatsächlich entsprechende Hintergedanken hatte[137]. Daß Pétain aber zum Verzicht auf die Reise entschlossen war, trifft nicht zu, wie sein noch am Abend des gleichen Ta-

---

131 Bouthillier I S. 253.

131a Allerdings hat auch Stehlin nach seiner Rückkehr Bergeret einen ausführlichen Bericht erstattet, den dieser an Pétain weitergab. Doch meint Stehlin, daß Darlan Lavals Verhalten auf der Konferenz in Vichy ausgespielt habe, um ihn aus der Regierung zu drängen und seinen Platz einnehmen zu können. Stehlin, Témoignage, S. 286.

132 Bouthillier I S. 253.

133 Baudoin S. 407.

134 Nach A. Mallet, Pierre Laval, Bd. I, Paris 1954, S. 297 und Fernet (Vice-Admiral), Aux côtes du Maréchal Pétain, Souvenirs 1940–1944, Paris 1953 S. 96, fanden diese Gespräche am 11. Dezember statt. Beide folgen offenbar der falschen Angabe Baudoins (S. 406). Alle anderen Quellen belegen den 12. Dezember, so auch de Brinon selbst in Les procès de collaboration, Paris 1948, S. 91.

135 Rintelen an Abetz am 3. Dezember und Abetz an AA am 4. Dezember, ADAP D XI Nr. 441 u. 446.

136 Baudoin S. 407.

137 Abetz sah in der regelmäßigen Reisemöglichkeit Pétains den Vorteil, daß „1. Pétain seiner sehr unerfreulichen Umgebung in Vichy häufiger entzogen und damit uns eine unmittelbare Einwirkungsmöglichkeit auf seine Entschlüsse gegeben wäre; 2. seine Anwesenheit in Versailles eine Abberufung der Generaldelegation der französischen Regierung in Paris herbeiführen könnte, deren Chef General de La Laurencie und dessen engste Mitarbeiter im besetzten Frankreich eine uns politisch unerwünschte Stellung einnehmen". Abetz an AA am 4. Dezember, ADAP D XI Nr. 446.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ges mit Murphy geführtes Gespräch belegt. Am Mittag des 12. Dezember teilte dann Laval aus Vichy mit, daß Hitler die Überführung der Gebeine des Herzogs von Reichstadt von Wien nach Paris angeordnet habe und wünsche, daß der Marschall der Zeremonie im Invalidendom am 15. Dezember beiwohne. Du Moulin teilte Laval die Ablehnung Pétains mit[138]. Daß der Marschall bis zum 13. Dezember mittags auf seinem Entschluß beharrte, der Einladung nicht Folge zu leisten, kann als sicher gelten, nicht jedoch, daß er auch die Reise nach Versailles definitiv abgelehnt hatte.

Der Coup des 13. Dezember hat hinreichend Darstellung gefunden[139], so daß hier nur das wichtigste genannt werden muß. Am Mittag des 13. Dezember trafen de Brinon und Laval in Vichy ein, um den Marschall zur Annahme der Einladung zu bewegen. Laval hatte zunächst Erfolg, und Pétain plante, bei dieser Gelegenheit einige Städte des unbesetzten Gebietes zu besuchen. Ob das ehrlich gemeint oder nur gespielt war, um die Verschwörer zur Aktion zu zwingen, muß offen bleiben. Jedenfalls fungierte Pétains Privatsekretär du Moulin als Koordinator, als Baudoin, Bouthillier, Peyrouton, Alibert, Darlan und Huntziger[140] sich einig wurden, die Entlassung Lavals zu fordern. Die Sechs gingen zum Marschall. Der Auftritt war kurz. Darlan begründete die Notwendigkeit der Entlassung Lavals, und Pétain stimmte ohne Zögern zu. Kurz nach 20 Uhr war Laval seiner Ämter enthoben. Er wurde später in seinem Schloß Chateldon vorübergehend unter Hausarrest gestellt, was von Peyrouton arrangiert war. De Brinon war zu diesem Zeitpunkt auf dem Rückweg nach Paris.

Pétain begründete den Schritt gegenüber Laval damit, daß dieser ihn nicht ausreichend informiert und somit sein Vertrauen nicht mehr habe. Noch in der gleichen Nacht wurde ein persönliches Schreiben Pétains an Hitler nach Wiesbaden durchgegeben[141]. Darin beteuerte der Marschall seinen Wunsch, daß sich „die Zusammenarbeit mit jedem Tag wirksamer gestalten" werde und begründete den Vorgang damit, daß Laval nicht mehr genügend Vertrauen und Autorität im Lande habe, um die Zusammenarbeit zu einem guten Ende zu führen. Lavals

---

138 Du Moulin argumentierte, daß man einen Mann wie den Marschall nicht so behandeln könne und daß dessen Gesundheitszustand die Reise nicht zulasse (Laval Parle, Paris 1949, S. 74). Laut Baudoin (S. 407) wollte Pétain nicht als Gefangener in einer von den Deutschen inszenierten Szene erscheinen und wünschte er nicht, daß die ersten Bilder in der Pariser Presse ihn umgeben von deutschen Soldaten zeigten.
Bouthillier (S. 253) ähnlich wie Baudoin, jedoch zusätzlich, daß Pétain und seine Minister grundsätzlich nichts von der ganzen Sache hielten, da „ils n'etaient guère napoléniens".

139 Geschke S. 131 ff.; Jäckel, S. 140 ff., Warner, S. 253 ff., Aron, S. 324 ff., Mallet I S. 286 ff., Baudoin, S. 408 ff., Bouthillier, S. 251 ff., de Brinon, Memoires, Paris 1949, S. 49 ff.; Peyrouton S. 179 ff., Aussage Laval in PP S. 547 f.; Ausführl. Bericht Abetz' an AA vom 18. Dezember, ADAP D XI Nr. 531.

140 Huntziger machte nur widerwillig mit und hielt die Sache für „nicht opportun". Mallet I, S. 300.

141 Wortlaut ADAP D XI Nr. 510. Als Fernschreiben am 14. 12. 00.25 Uhr von der WStK in Wiesbaden an den Berghof weitergegeben. Original BA/MA RW 4/v. 574 Bl. 28/29.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Geisteshaltung und die Beziehungen, die er in gewissen Kreisen aufrecht erhalten habe, machten seine Person den Franzosen zu verdächtig. Hitler wie Ribbentrop sollten also bereits besänftigt sein, wenn die Einzelheiten nach Berlin bzw. zum Berghof durchdrangen. Pétain dürfte überdies kaum mit einer gefährlichen Reaktion von deutscher Seite gerechnet haben. Am Vormittag hatte er den mit Göring bekannten Oberst Fonk empfangen, Fonk wollte zu diesem Zeitpunkt wissen, daß Göring von Laval wenig halte und ihm mißtraue[142]. Die Bevölkerung Frankreichs wurde am Morgen des 14. Dezember von der Amtsenthebung Lavals, der Nachfolge Flandins und der Aufhebung des das „Dauphinat" betreffenden Verfassungsakts 4 informiert. Danach konnte Pétain den ohnehin nur halbherzigen Bemühungen de Brinons und Abetz', Laval wieder ins Amt zu bringen[143], nicht mehr nachgeben. Die gleichzeitig erfolgte Ersetzung von Unterrichtsminister Rippert durch Chevalier mußte die Aktion gegenüber London in das günstigste Licht setzen[144].

War nun die Intervention der sechs Verschwörer ausschlaggebend? Die sofortige Zustimmung des Marschalls, die ganz im Gegensatz zu seiner sonstigen Haltung bei entscheidenden Beschlüssen stand, zeigt, daß er selbst zum Handeln entschlossen war und nur eines Auslösers bedurfte. Die Vorgänge am Nachmittag des 13. Dezember erwecken den Eindruck, daß zwischen dem Marschall und Darlan bereits Einvernehmen bestand. Der Admiral war in diesen Tagen zum eigentlichen Berater Pétains geworden. Darlan sollte auch am Tage nach dem Sturz Lavals das erste ausführliche außenpolitische Gespräch mit dem amerikanischen Geschäftsträger führen; denn der 13. Dezember war für die französisch-amerikanischen Beziehungen von entscheidender Bedeutung.

Am Abend des 12. Dezember hatte Pétain Murphy zu einem über einstündigen Gespräch über die Probleme Frankreichs empfangen. Dabei fragte Murphy nach der Bedeutung und der voraussichtlichen Dauer der Mission Weygand. Pétain erklärte, daß der General in vollem Einvernehmen mit ihm handle und so lange in Afrika bleibe, wie es erforderlich sei. Murphy erwähnte seine bevorstehende Afrikareise, wozu der Marschall jede Hilfe zu geben versprach. Doch Murphy stellte auch die ganz entscheidende Frage, wie es sich mit der künftigen Residenz Leahys verhalte, da doch bekannt sei, daß der Marschall in der kommenden Woche nach Versailles gehe, worauf Pétain entgegnete, daß das nur ein zweiwöchiger Aufenthalt sein und er Versailles danach nur sporadisch aufsuchen werde. Das diplomatische Corps bleibe in Vichy, Leahy müsse daher, und das hob Pétain zweimal hervor, nach Vichy kommen[145].

---

142 Baudoin S. 409.

143 Hierzu Aron S. 338 ff.; Jäckel S. 143 ff.; Baudoin S. 419 ff.; Bouthillier I S. 258 ff.; bes. S. 263; Abetzbericht ADAP D XI Nr. 531.

144 Hierzu Peyrouton S. 181.

145 Murphy an SSt am 12. Dezember, FRUS a. a. O. S. 418–420.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Leahy war von Roosevelt am 2. Dezember eingehend über die bevorstehenden Aufgaben informiert worden, doch dann in Washington geblieben[146]. Der Termin seiner Abreise war ungewiß. So bestand am 12. Dezember in Vichy keineswegs Gewißheit, ob Leahy kommen würde, und Murphys besorgte Frage mußte Anlaß zum Zweifel geben. Daß Leahy im Falle der Übersiedlung des Marschalls und seiner Regierung nach Paris nicht kommen würde, konnte als sicher gelten.

Die Nachricht vom Sturz Lavals drang offenbar erst spät in der Nacht zu Murphy. Sein Bericht von 3 Uhr morgens zeigt, daß er über die Details nur unzulänglich unterrichtet war[147]. Am folgenden Vormittag informierte Rochat dann offiziell den Geschäftsträger Matthews, wobei er betonte, daß Pétain den Schritt mit mangelndem Vertrauen sowie damit begründet habe, daß Laval ihn von seinen Amtshandlungen nicht voll informiert habe[148]. Damit war der Vorgang als eine Reaktion auf den Schwerpunkt der bisherigen amerikanischen Vorwürfe gegenüber Vichy hingestellt. Mittags speiste Matthews mit Darlan. Bezeichnenderweise war die Einladung dazu vom Admiral ergangen, dem es offenbar darum ging, sich als der für die künftige Außenpolitik Vichys Verantwortliche vorzustellen. Darlan gab sich dabei noch anglophober als Laval, aber er deutete an, daß die künftige Politik der Regierung aus Gründen der Staatsraison probritisch sein könne. Er drohte mit Vergeltungsschlägen gegen weitere britische Übergriffe, sagte jedoch, er brauche Ruhe in Afrika und hoffe, daß die USA Einsicht in die Notwendigkeit der Versorgung Nordafrikas mit Zucker und Treibstoff hätten. Matthews sollte seiner Regierung versichern, daß weder die Flotte noch Stützpunkte in deutsche Hände fallen, doch die Kolonien gegen jeden verteidigt würden, auch gegen die Briten und, wenn nötig, die Vereinigten Staaten. Dann wiederholte der Admiral fast die Worte Lavals von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit Frankreichs und den USA im künftigen Europa, da die Briten, ob es einen deutschen Sieg oder einen Vertragsfrieden gebe, doch den Kontinent nicht gewinnen könnten[149]. Darlan erhielt von Matthews, der auf solche Äußerungen Lavals stets allergisch reagiert hatte, weder eine Entgegnung, noch wurde dem Bericht an das State Department ein negativer Kommentar angefügt, wie es der Geschäftsträger nach Gesprächen mit Laval zu tun pflegte. Das belegt, daß der ganze Argwohn der amerikanischen Botschaft auf die Person Lavals konzentriert war.

Wie sehr der Coup für Washington inszeniert schien, geht aus dem Gespräch Baudoins mit Murphy am 16. Dezember hervor. Baudoin sprach die Hoffnung aus, daß „dieser Beweis, daß Frankreich seine demokratischen Ideale noch nicht aufgegeben habe und, soweit es die Umstände erlauben, zu den demokratischen Prinzipien zurückkehren wolle, in den Vereinigten Staaten gut aufgenommen

---

146 W. D. Leahy, I Was There, London 1950, S. 17 ff.

147 Murphy an SSt am 14. Dezember, FRUS a. a.O. S. 421.

148 Ebenda S. 421 f.

149 Murphy an SSt am 14. Dezember, ebenda S. 490–493.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werde"[150]. Am 18. Dezember traf Murphy in Algier ein. Am gleichen Tag berichtete Matthews nach Washington[151], daß das Verschwinden Lavals von der Szene und die abrupte Methode, mit der es erfolgte, des Marschalls Prestige gesteigert und einem allgemeinen Gefühl der Hoffnung und Selbständigkeit Auftrieb gegeben hätten[152]. Laval wurde als der für die bisherige Politik Vichys einzig Verantwortliche hingestellt. Zwei Tage später unterzeichnete Roosevelt endlich die Anweisung für Leahy[153]. Sie widerspiegelt die letzten Berichte aus Vichy. Roosevelt spricht von der „einzigartigen Stellung", die der Marschall „in den Herzen des französischen Volkes und in der Regierung einnehme". Sein Wort sei Gesetz, und nichts könne gegen seinen Widerstand getan werden. Leahy solle so enge Beziehungen wie möglich zum Marschall pflegen. Der Wunsch, es möge Leahy gelingen, sich mit hohen Offizieren der französischen Marine in Verbindung zu setzen, wurde besonders erwähnt. Abschließend hieß es, Roosevelt habe mit Genugtuung die Anstrengungen der Franzosen zur Erhaltung ihrer Autorität und zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in den nordafrikanischen Besitzungen verfolgt. Leahy solle daher in seinen Gesprächen erwähnen, daß die amerikanische Regierung bereit sei, Frankreich dabei in jeder geeigneten Weise zu unterstützen. Am 22. Dezember trat Leahy die Reise an. Zu diesem Zeitpunkt war Murphy bereits in Afrika und hatte die ersten Gespräche mit Weygand gehabt, die Auftakt zu den Verhandlungen waren, die wenige Wochen später zu dem Murphy-Weygand-accord führten[154], der die Versorgung Afrikas in Aussicht stellte und Murphy in die Lage versetzte, systematisch den Boden für den britisch-amerikanischen Erfolg im November 1942 vorzubereiten[155].

Am 22. Dezember hatte Vichy Gewißheit, daß mit keiner gefährlichen deutschen Reaktion zu rechnen war[156]. Darlan, von Abetz in dessen Bericht an Rib-

---

150 Murphy an SSt am 16. Dezember, ebenda S. 427.

151 Matthews an SSt am 18. Dezember, ebenda S. 423–425.

152 S. hierzu auch die Feststellung des Mil. Befh. Frankreich nach Lavals Sturz: „Die antideutsche Einstellung hat sich versteift. Frankreich, das lange Zeit nach der Niederlage noch völlig mutlos, desorientiert und verzweifelt war, beginnt sich ‚zu fangen' . . . Auf Kosten des deutsch-französischen Verständigungswillens kehrt allmählich ein nationales Selbstbewußtsein zurück." Lagebericht für Dezember 1940 und Januar 1941. BA/MA, RW 35/v. 1 Bl. 208.

153 Wortlaut FRUS a. a. O. S. 425 ff.

154 Zu den Verhandlungen Weygand, Mémoires, S. 480 ff. und Témoignages VI S. 1628 ff.; Murphy S. 94 ff. Wortlaut des accords Weygand, Mémoires S. 486, Témoignages VI S. 1631. Vorgänge FRUS 1941 vol. II S. 206 ff., bes. S. 229 f.

155 Die wohl gründlichste Untersuchung dazu durch A. L. Funk, a. a. O.

156 Hierzu die wiederum nur in der französischen Ausgabe der Stehlin-Memoiren enthaltene Darstellung. Danach habe am 18. Dezember der Marschall auf Anregung Bergerets Stehlin beauftragt, in Berlin direkt die deutschen Absichten zu sondieren. Er sollte sich zu diesem Zweck seiner aus der Berliner Tätigkeit herrührenden persönlichen Beziehungen zu General Bodenschatz, Görings Verbindungsoffizier zum OKW, bedienen. Die Reise wurde angeblich von Hans Speidel (damals OstLtn. und Chef des Generalstabes beim Mil. Befh. Frankreich und ebenfalls mit Stehlin von Berlin her bekannt) arrangiert, jedoch

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bentrop vom 18. Dezember in auffallender Weise gepriesen[157], konnte nun voll auf den Plan treten und sich bei der Begegnung mit Hitler am 25. Dezember[158] als für die weitere französische Politik verantwortlich und Garant der Kollaboration präsentieren. Gegenüber Washington hatte der Sturz Lavals seine Funktion erfüllt. Leahy war kaum zwei Wochen in Vichy, da traf Pétain mit Laval auf dem einsamen Bahnhof von Ferté Hauterive[159] zusammen, wobei, laut offiziellem Kommuniqué, „die Mißverständnisse behoben wurden, die zu den Ereignissen vom 13. Dezember geführt hatten". Daß Laval das Hindernis für das amerikanisch-französische rapprochement und die Entsendung des amerikanischen Botschafters war, wird auch dadurch belegt, daß Lavals Wiedereinsetzung 1942 Anlaß für Leahys Abberufung war[160].

Im Januar 1941 übernahm Darlan formell alle Funktionen Lavals, dazu im Februar das Außenressort. Das weitere, in letzter Konsequenz doch erfolgreiche double jeu Vichys hatte nun seinen Regisseur. Er sollte sich den Deutschen gegenüber willfähriger zeigen als jemals Laval zuvor[161], ohne dafür wie dieser die unerbittliche Kritik der amerikanischen Botschaft und des State Department zu ernten. Er genoß weitgehendes Vertrauen Roosevelts wie Hitlers, bis ihm seine noch immer nicht hinreichend erschlossene Rolle im Spätjahr 1942 zum Verhängnis werden sollte.

---

vor Abetz und dem AA geheim gehalten. Am 20. Dezember sei Stehlin mit Wissen Görings bei Bodenschatz gewesen. Dieser habe zwar den Sturz Lavals als Fehler bezeichnet, der ernste Folgen haben könne, da Hitler Vertrauen in Lavals Politik gehabt habe, doch versichert, daß angesichts der gegenwärtigen Situation – und dabei habe Bodenschatz auch auf die im Frühjahr 1941 im Osten zu erwartenden Dinge verwiesen – keine erneute Feindseligkeit gegen Frankreich in Betracht komme. Hitler habe die von Abetz und Ribbentrop nach dem 13. Dezember erhobene Forderung nach Besetzung ganz Frankreichs abgelehnt aus Furcht vor der damit verbundenen Dissidenz Nord- und Westafrikas. Stehlin sollte das seiner Regierung mitteilen. Von einer negativen Meinung Görings über Laval, entsprechend der Äußerung Fonks (s. o. S. 109) berichtet Stehlin nichts. Bodenschatz, besorgt, die Begegnung vor Ribbentrop geheimzuhalten, habe Stehlin dann in einem Sonderflugzeug zurückbringen lassen. Am 22. Dezember will Stehlin Bergeret und Pétain Bericht erstattet haben. Stehlin, Témoignage, S. 286 ff.

157 ADAP D XI Nr. 531, bes. S. 749.

158 Protokoll ADAP D XI Nr. 564. Hierzu von französ. Seite A. Darlan, L'amiral Darlan parle, Paris 1952, S. 263 ff. und die Darstellung Stehlins, der Darlan begleitet hat, in P. Stehlin, Témoignage, S. 297 ff.

159 Hierzu H. du Moulin de Labarthète, Les Temps des Illusions, Genève 1946, S. 131 ff., Laval in PP, S. 554 ff.

160 Korrespondenz zwischen Leahy und SSt in FRUS 1942, II, S. 160–185.

161 Hierzu die Gegenüberstellung der Politik Darlans und Lavals in A. Werth, Der zögernde Nachbar, Düsseldorf 1957, T. I Kap 4 u. 5.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

BERND STEGER

GENERAL CLAYS STABSKONFERENZEN UND DIE ORGANISATION DER AMERIKANISCHEN MILITÄRREGIERUNG IN DEUTSCHLAND

Die „Clay-Minutes" als historische Quelle

Als Lucius D. Clay am 16. April 1978 starb, war er den Verfassern der Nekrologe nur mehr als der „Blockadebrecher", als „Vater der Luftbrücke" und als „Retter Berlins" in Erinnerung geblieben[1]. Diese Titel beziehen sich auf das legendäre Unternehmen, in dem Clay 462 Tage lang die Versorgung Berlins auf dem Luftwege gesichert hatte, nachdem die Sowjets am 24. Juni 1948 alle Land- und Wasserwege zwischen den Westzonen und den Westsektoren Berlins abgesperrt hatten. Clays damaliges Engagement darf sicher nicht unterbewertet werden. Die im folgenden zu beschreibende Quelle zeigt aber Clay nicht so sehr als brillanten Logistiker und militärischen Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Europa, sondern in erster Linie als Militärgouverneur in Deutschland, als der er an der Spitze eines nahezu omnipotenten Militärapparates zwischen 1945 und 1949 den Alltag der Deutschen insbesondere in der US-Zone gesetzgeberisch, regierend und verwaltend bestimmt und in den übrigen Zonen zumindest beeinflußt hatte.

Clay war im April 1945 zum Stellvertreter General Eisenhowers als Militärgouverneur in Deutschland ernannt worden und hatte wenige Tage später den Befehl über die U. S. Group Control Council (Germany) (USGCC) erhalten[2]. USGCC war damals eine Gruppe von einigen hundert ausgewählten Offizieren und Zivilisten, alles hochspezialisierte Fachleute für die zivile Verwaltung, die nach der Kapitulation Deutschlands die Regierung übernehmen sollten[3]. Wenn Clay in seinen Erinnerungen dennoch über seine damalige Ernennung schrieb, daß er einen „Titel ohne Amt" erhalten habe[4], so bedarf dies einiger Erläuterungen.

[1] So z. B. Der Spiegel Nr. 17 vom 24. 4. 1978, S. 102 ff.; Die Zeit Nr. 17 vom 21. 4. 1978, S. 10.

[2] USGCC General Order Nr. 16, 25. 4. 1945, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München (IfZ), MA 1417.

[3] Zur Ausbildung amerikanischer Offiziere für zivile Verwaltungstätigkeiten vgl. K. E. Bungenstab, Die Ausbildung der amerikanischen Offiziere für die Militärregierungen nach 1945, in: Jahrbuch für Amerikastudien, German Yearbook of American Studies 18 (1973), S. 195 ff.

[4] L. D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt/M. 1950, S. 22.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die vom amerikanischen Präsidenten Roosevelt am 24. Januar 1943 verkündete Doktrin der „bedingungslosen Kapitulation" Deutschlands sollte der Anti-Hitler-Koalition als Hebel für die Liquidierung des nationalistischen Regierungs- und Wirtschaftssystems und gleichzeitig für den Neuaufbau Deutschlands nach demokratischem Muster dienen[5]. Es lag nahe, daß diese Aufgaben zunächst von den Truppen der alliierten Streitkräfte zu übernehmen waren. Die amerikanische Armeeführung hatte deshalb schon seit Kriegsbeginn Offiziere für das geplante Vorhaben einer Militärregierung ausgebildet und bemühte sich, sie in die militärische Kommandostruktur der in Europa kämpfenden Verbände einzugliedern[6].

Mit der Vorbereitung der Invasion britischer und amerikanischer Truppen in Nordfrankreich vollzog sich im Januar 1944 eine größere Umgestaltung der Kommandostruktur der alliierten Streitkräfte in Westeuropa. General Eisenhower wurde damals zum Oberkommandierenden der britischen und amerikanischen Streitkräfte ernannt und in seinem Stab, den Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Forces (SHAEF), eine G-5 Division mit der gesamten Planung der Zivilangelegenheiten in Westeuropa eingerichtet. Innerhalb dieser Division wurde eine „German Country Unit" aus britischen und amerikanischen Offizieren gebildet, die zunächst ihre eigene Organisation festlegen sollte, die „zur Kontrolle der deutschen Zivilverwaltung von dem Zeitpunkt an notwendig ist, wenn die alliierten Streitkräfte Deutschland betreten, bis zur Übernahme der Kontrolle durch eine Alliierte Hohe Kommission"[7].

Die Arbeit der German Country Unit war sehr schwierig, weil ihre Offiziere ohne taugliche politische Richtlinien arbeiten mußten und weil ihr Auftrag im Laufe der Zeit mehr und mehr in Frage gestellt wurde. Am diplomatischen Tisch hatten die Briten nämlich während der Sommermonate 1944 das ursprüngliche Konzept eines gemeinsamen anglo-amerikanischen Teams für die Militärregierung in Deutschlind zugunsten getrennter und souveräner Zonenverwaltungen aufgegeben[8].

---

[5] G. Moltmann, Die Genesis der Unconditional Surrender-Formel, in: Probleme des zweiten Weltkrieges, hrsg. von A. Hillgruber, Köln 1967, S. 171 ff.

[6] Vgl. dazu vor allem E. F. Ziemke, The U. S. Army in the Occupation of Germany 1944–1946, Washington D. C. 1975, dem die folgende Darstellung wertvolle Hinweise verdankt; ferner F. C. Pogue, The Supreme Command, Washington D. C. 1954, S. 66 ff. und 399 ff.; H. L. Coles, A. K. Weinberg, Civil Affairs: Soldiers Become Governors, Washington D. C. 1964.

[7] German Country Unit, Hist. Div., Hist. Statement of the German Country Unit, I/3, National Archives, Washington D. C. (NA), SHAEF G-5/60, 1.

[8] Aus Rücksicht auf den Argwohn der Sowjets gegenüber der engen angloamerikanischen Kooperation in SHAEF, aber auch aus strategischen Überlegungen und nationalen Interessen entschlossen sich die politischen und militärischen Führer in London und Washington zu getrennten Planungen und Durchführungen der Militärregierungen und deren Politik. Vgl. Schreiben des amerikanischen Botschafters in London Winant an Außenminister Hull, 28. 7. 1944, in: Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers (FRUS) 1944 I, S. 261 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Juni 1944 mußte Eisenhower befürchten, daß seine Truppen die deutschen Grenzen überschreiten würden, ohne daß ihm eine geeignete Organisation zur Verfügung stand, die sofort die Aufgaben einer Militärregierung in der den US-Truppen zugewiesenen Zone hätte übernehmen können. Er mußte außerdem damit rechnen, daß die seit Dezember 1943 in London tagende „European Advisory Commission" (EAC)[9] ihn plötzlich mit der Bereitstellung einer Organisation beauftragen würde, die in der interalliierten Gesamtverwaltung Deutschlands mitwirken sollte. Eisenhower schickte deshalb Ende Juni 1944 General Cornelius W. Wickersham mit dem Auftrag nach Washington, von der amerikanischen Regierung und vom Joint Chief of Staff (JCS)[10] die Genehmigung für die Errichtung eines Planungsstabes zur Vorbereitung der zivilen Verwaltung in Deutschland zu erreichen[11].

Noch bevor der JCS am 5. August 1944 der Forderung Eisenhowers entsprach, begann Wickersham unmittelbar nach seiner Rückkehr nach London zusammen mit General John E. Lewis und später mit den Generälen Eric F. Wood und Bryan L. Milburn die Organisierung der USGCC[12]. Ihre Aufgabe bestand wie die der bereits bestehenden German Country Unit in der Planung und Vorbereitung des Kontrollapparates für Deutschland in Anlehnung an die Richtlinien der EAC und, wo solche fehlten, in Übereinstimmung mit den Direktiven der amerikanischen Deutschlandpolitik[13].

---

[9] Die EAC war im Oktober 1943 auf der Moskauer Außenministerkonferenz beschlossen worden. Sie sollte engste Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion bei der Prüfung europäischer Fragen garantieren, die mit der Fortentwicklung des Krieges auftauchen würden. Siehe dazu H. G. Kowalski, Die „European Advisory Commission" als Instrument alliierter Deutschlandplanung 1943–1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 19 (1971), S. 261 ff.

[10] Der Vereinigte Generalstab war nach der ersten Kriegskonferenz in Washington (22. 12. 1941–14. 1. 1942) gebildet worden. Er setzte sich aus dem ranghöchsten Offizier der amerikanischen Armee Gen. George C. Marshall, dem Chief of Naval Operations Adm. Ernest G. King und dem Com. Gen. der Army Air Forces Henry H. Arnold zusammen. Den Vorsitz führte Adm. William D. Leahy als Chief of Staff for the President. Im März 1943 wurde dem JCS eine „Civil Affairs Division" (CAD) unter der Führung von Gen. John H. Hilldring unterstellt, die im War Department für Probleme der Militärregierungen und Zivilverwaltungen verantwortlich war.

[11] Report of Gen. Wickersham on Visit to Washington vom 17. 7. 1944 NA, USFET, Sec. Gen. 319/1,4. Wickersham war 1942 zum ersten Direktor der School of Military Government an der University of Virginia ernannt worden. Seit Januar 1944 war er militärischer Berater der amerikanischen Delegation bei EAC in London. Im Mai 1944 holte ihn Eisenhower in seinen Stab und am 5. 8. 1944 wurde er vom JCS zum Deputy of USGCC ernannt. In dieser Position wurde er am 25. 4. 1945 von Clay abgelöst und diesem als Assistant Deputy Military Governor unterstellt, nachdem er offensichtlich bei der CAD des JCS in Ungnade gefallen war. Am 26. 5. 1945 bat er um seine Entlassung aus USGCC. Vgl. dazu Ziemke, The U. S. Army, S. 221 ff.

[12] Headquarters USGCC, Historical Statement (Draft), 31. 10. 1944, NA, SHAEF G-5/30.

[13] Establishment of USGCC in: History of USGCC, NA, RG 260 OMGUS, AG 1944–1945; 1,3.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Startbedingungen für die USGCC waren denkbar schlecht; denn ein Konflikt zwischen den beiden Planungsstäben für die Militärregierung in Deutschland war praktisch vorprogrammiert. Während die USGCC als ein Ein-Mann-Betrieb begann, ohne festen Platz in der Kommandostruktur der Armee und lediglich Eisenhower als kommandierendem General der amerikanischen Streitkräfte in Europa (European Theater of Operations, U. S. Army, ETOUSA) unterstellt, bestand die German Country Unit im Sommer 1944 als eine Gruppe von rund 150 besonders ausgebildeten Offizieren, nicht nur mit einem „feeling of group existence and moral"[14], wie einer ihrer Chronisten feststellte, sondern auch mit relativ klar entwickelten Vorstellungen über die künftigen Aufgaben in Deutschland.

Wickersham beschränkte sich in seiner Arbeit zunächst nur auf die Planung der Demobilisierung und Entwaffnung der deutschen Wehrmacht und damit zusammenhängender Probleme[15]. Seine Gruppe bestand anfangs aus drei Abteilungen. Eine „Armed Forces Division" unter Gen. Lewis befaßte sich mit der Auflösung des deutschen Militärapparates und der Versorgung und Repatriierung von Kriegsgefangenen; darüber hinaus sollte sie einen Nachrichtendienst für deutsche Forschungen und Erfindungen aufbauen. Eine „Military Government Division A" (Gen. Wood) arbeitete an möglichen wirtschaftlichen Folgeproblemen des deutschen Zusammenbruchs, und eine „Military Government Division B" (Gen. Milburn) beschäftigte sich mit Planungen für allgemein politische Veränderungen[16].

Am 14. November 1944 verabschiedeten die Mitglieder der Europäischen Beratenden Kommission in London ein „Agreement on Control Machinery in Germany"[17], das auch zur Grundlage für die Reorganisation der USGCC wurde. Aus den ursprünglich drei Abteilungen wurden zwölf, die nach folgenden Sachgebieten gegliedert wurden: Für die Demobilisierung der deutschen Streitkräfte wurde die „Armed Forces Division" in eine Army (ground), eine Naval und eine Air Division aufgeteilt[18]. Die Repatriierung von Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern wurde Aufgabe der neugebildeten „Prisoners of War and Displaced Persons

---

[14] Hist. Statement of the German Country Unit, August 1944, IfZ, Dk 100.004.

[15] In seinem Schreiben anläßlich der Reise Wickershams nach Washington hatte Eisenhower sich auf diese Teilgebiete beschränkt und erst in zweiter Linie an den Aufbau eines Planungsstabes für den künftigen Kontrollapparat gedacht. Siehe Memorandum Eisenhowers für JCS, 20. 6. 1944, NA, SHAEF G-5/115.05 A.

[16] History, Office of Military Government for Germany (US), (USGCC) to Nov. 1945, NA, RG 260 OMGUS, 5/12–1,7.

[17] „Agreement on Control Machinery in Germany" vom 14. 11. 1944, in: FRUS, The Conferences at Malta and Yalta 1945, S. 124 ff.

[18] Im Oktober 1945 gab es in dieser Abteilung noch einmal eine Umstrukturierung. Die Bereiche der Air Division und der Army (ground) Division wurden zur Armed Forces Division zusammengelegt und die Naval Division wurde zum Office of Naval Adviser. Vgl. Protokolle der Stabskonferenzen der amerikanischen Militärregierung vom 6., 13. und 20. 10. 1945, IfZ, Fg 12.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Division" (PW/DP). Ihr oblag außerdem die Registrierung der Kriegsgräber von Gefallenen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. Die „Military Government Division A" wurde aufgelöst in eine „Economics Division" (ECO), die sich mit Planungen für Ernährung und Landwirtschaft, Energie und Brennstoffversorgung, Handel und Industrie, sowie mit Problemen der Preiskontrolle und Rationierungen und mit Bedarfs- und Zuteilungsplanungen für Rohstoffe beschäftigte; eine „Finance Division" (FIN) war für die Kontrolle der öffentlichen Haushalte, der Banken und des Geldverkehrs zuständig und befaßte sich mit allgemeinen Währungsfragen. Die „Military Government Division B" wurde ebenfalls aufgelöst. Aus ihr entstanden die „Political Division" (POL) für außenpolitische Fragen und den Schutz amerikanischer Interessen in Deutschland; außerdem hatte sie Beraterfunktion für Probleme des öffentlichen Informationsdienstes. Die „Internal Affairs and Communications Division" (IAC) sollte die öffentliche Sicherheit einschließlich der Polizei, das Gesundheits- und Wohlfahrtswesen sowie den Post- und Fernmeldeverkehr kontrollieren und sich um das Erziehungswesen und Probleme des öffentlichen Dienstes kümmern. Neben den genannten Abteilungen wurde eine „Transport Division" (TPT) für allgemeine Verkehrsangelegenheiten, Eisenbahn- und Straßenbau, sowie für die Binnenschiffahrt gebildet[19]; eine „Reparations, Deliveries and Restitutions Division" (RDR) sollte für die Überwachung und Durchführung der Reparationsleistungen und Demontagen sowie für die Rückerstattung und Kontrolle von ausländischen Vermögen zuständig sein; die „Legal Division" (LEG) übernahm neben der Beraterfunktion für den Militärgouverneur und seinen Stab in Fragen des deutschen und internationalen Rechts die Aufsicht über das gesamte Gerichts- und Gefängniswesen einschließlich der Vorbereitung und Durchführung der Kriegsverbrecherprozesse. Schließlich wurde noch eine „Manpower Division" (MAN) gebildet, die sich um Arbeits- und Sozialfragen, Arbeitsprogramme und Löhne zu kümmern hatte und den Aufbau einer demokratischen Gewerkschaftsorganisation in Deutschland besorgen sollte[20].

Die Vereinbarung der Europäischen Beratenden Kommission über den Kontrollapparat in Deutschland bedeutete für die USGCC eine Festigung ihrer Position innerhalb des amerikanischen Militärapparates. Die beiden Planungsstäbe USGCC und German Country Unit hatten sich zwar schon am 23. August 1944 im „Treaty of Portsmouth" darauf festgelegt, daß die USGCC die Planungen der künftigen Aufgaben der Militärregierung für die Zeit nach der deutschen Kapitulation vorantreiben und erst nach der Einsetzung eines interalliierten

---

[19] Die Kontrolle der Hochseehäfen und der Küsten- und Hochseeschiffahrt lag im Geschäftsbereich der Naval Division.

[20] Eine genaue Funktionsbeschreibung der einzelnen Abteilungen findet sich in Organization Plan, Office of Military Government for Germany (US), NA, RG 260 OMGUS, AG, 1944–1945; 3,5.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kontrollorgans auch die Durchführung der Politik übernehmen sollte[21]. Bis zu diesem Zeitpunkt blieb die SHAEF-Einheit alleiniges Exekutivorgan, und sie sollte sich in ihrer Arbeit an den langfristigen Planungen der USGCC lediglich orientieren.

USGCC war somit an drei übergeordnete Instanzen gebunden. Als Planungsstab für die in Aussicht genommene interalliierte Kontrollbehörde mußte sie sich an den Beschlüssen der EAC orientieren bzw. sie sollte ihre Arbeit mit den Planungen der britischen und sowjetischen Kontrollratsgruppen koordinieren[22]. Die Verbindung zur britischen „Control Commission (Military Section)" (CCMS) funktionierte aber nur über die Kommandokanäle von SHAEF G-5, die in eifersüchtiger Konkurrenz darauf achtete, daß sich kein Militärregierungsapparat außerhalb oder neben den normalen Dienstwegen entwickeln konnte. Nicht zuletzt hatte sich die USGCC aber auch nach den allgemeinen politischen Richtlinien und Deutschlandplanungen des War Department bzw. der Regierung in Washington zu richten.

Wie schwierig es für Wickersham und seinen Stab war, unter solchen Bedingungen längerfristige politische Konzeptionen zu entwerfen, beleuchtet z. B. die Diskussion um die berühmte Direktive JCS 1067. Dieses Dokument war eine Anweisung des Vereinigten Generalstabs der US-Streitkräfte an Eisenhower hinsichtlich seiner Aufgaben als Militärgouverneur in Deutschland. In der Interims-Fassung vom 22. September 1944[23] hieß es in bezug auf die Entnazifizierungsbestimmungen, daß der Militärgouverneur alle Inhaber von Schlüsselpositionen im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben sowie alle Nazi-Funktio-

---

[21] Memorandum on Relationship between SHAEF and the British and US Elements of the Control Council Commission vom 23. 8. 1944, NA, SHAEF G-5/30.

[22] Die Briten hatten schon kurz nach der Moskauer Außenministerkonferenz im Oktober 1943 Überlegungen zur Bildung einer „Control Commission (Military Section)" als Kontrollapparat für die deutsche Zivilverwaltung begonnen. Dieser Stab wurde im März 1944 eingerichtet und war wie die USGCC für die Planung und Koordinierung der politischen und wirtschaftlichen Tätigkeit der britischen Militärregierung in Deutschland verantwortlich. Siehe dazu F. S. V. Donnison, Civil Affairs and Military Government. North-West Europe 1944–1946, London 1961, S. 250 ff. Die Sowjets waren über ihre Militärmission in London bzw. durch die EAC und seit Dezember 1944 durch direkte Kontakte zu Gen. Wickersham über die britischen und amerikanischen Planungsstäbe unterrichtet; vgl. Protokolle der Stabskonferenzen der USGCC vom 4. und 8. 12. 1944, IfZ, Fg 12. Eine Einladung zu gemeinsamen Planungen lehnten sie damals aber noch mit dem Hinweis ab, daß sie für solche Zwecke keine Offiziere freistellen könnten. History, Office of Military Government for Germany (US), (USGCC) to Nov. 1945, NA, RG 260 OMGUS, 5/12–1,7. Der Aufbau der französischen Militärverwaltung für Deutschland begann erst im März 1945 und lehnte sich stark an die Organisationsform der USGCC an; vgl. Protokolle der Stabskonferenzen der USGCC vom 9. 4. und 23. 4. 1945, IfZ, Fg 12.

[23] Directive to Supreme Commander, Allied Expeditionary Forces Regarding the Military Government of Germany in the Period Immediately Following the Cessiation of Organized Resistance (Post-Defeat) vom 22. 9. 1944, in: FRUS, The Conferences of Malta and Yalta 1945, S. 143 ff.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

näre und alle Nazi-Sympathisanten sofort zu arrestieren habe. Demgegenüber verlangte aber das EAC-Agreement betr. den Kontrollapparat in Deutschland, daß die Divisions durch die ihnen korrespondierenden deutschen Ministerien und zentralen Behörden agieren sollten[24]. Solche Widersprüche, die Unsicherheit und die ständigen Revisionen in der amerikanischen Deutschlandplanung und vor allem die Tatsache, daß die USGCC von ihrer Aufgabenstellung her und durch die Sonderstellung innerhalb des militärischen Apparats als ein „akademischer" Planungsstab ohne Entscheidungsbefugnis und aktive Einsatzmöglichkeit arbeiten mußte, waren die Ursachen dafür, daß sie sich zu einem „kopflastigen Gebilde"[25] auswuchs, das sich von den übergeordneten Militärstellen in Washington den Vorwurf der „Ineffektivität und Nutzlosigkeit" gefallen lassen mußte[26].

Die endgültige Entscheidung über die Zukunft der USGCC fiel überraschend im Frühjahr 1945 im Zusammenhang mit der Berufung Clays zum Stellvertretenden Militärgouverneur. Eisenhower hatte schon frühzeitig sein Desinteresse an der Übernahme der Zivilverwaltung in der US-Zone erkennen lassen, um die Hände für noch notwendige militärische Operationen frei zu haben[27]. Daß die Wahl für diese Aufgabe auf Clay fiel, war weniger überraschend, als die Tatsache, daß er als Stellvertretender Militärgouverneur ausgerechnet an die Spitze der so in Mißkredit geratenen USGCC gestellt wurde.

Bevor Clay sein Amt antrat, hatte er Eisenhower seine Vorstellungen über seinen künftigen Aufgabenbereich vorgelegt[28]. Er insistierte auf eine vom Armeekommando unabhängige und Eisenhower unmittelbar unterstellte Position als „adviser to the Chief of Staff and the Commanding General for Military Government within the US Zone of occupation". Als solcher wollte er direkt durch SHAEF G-5 mit den ihr untergeordneten Einheiten zusammen arbeiten. Eisenhowers Direktive über die Beziehungen zwischen der USGCC und SHAEF G-5 vom 29. April 1945 schrieb Clays Forderungen nahezu bis in die letzten Einzelheiten fest[29]. Clay wurde Deputy Military Governor und gleichzeitig Deputy Chief of Staff und Commanding General der USGCC. Durch die Verbindung dieser drei Ämter war sichergestellt, daß die Entwicklung von politischen Richtlinien und deren Anwendung in einer Hand lagen. Fünfzehn Monate lang hatte man in Washington und im Kommando der amerikanischen Truppen in Europa an der Lösung des Problems der Militärregierung für Deutschland geknobelt.

---

[24] Agreement on Control Machinery in Germany, in: FRUS, The Conferences of Malta and Yalta 1945, S. 125.

[25] So R. Murphy, Diplomat unter Kriegern. Zwei Jahrzehnte Weltpolitik in besonderer Mission, Berlin 1965, S. 305.

[26] Vgl. dazu E. F. Ziemke, The U. S. Army, S. 222 f.

[27] R. Murphy, Diplomat unter Kriegern, S. 278 f.

[28] J. E. Smith, (Ed.), The Papers of General Lucius D. Clay, Germany 1945–1949 (Clay-Papers), Bloomington-London 1974, S. 4 f.

[29] The Relationship of the Deputy Military Governor and the United States Group Control Council (Germany) to the Theater Staff, 29. 4. 1945, NA, USFET, Sec. Gen. 322/5.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nachdem sie jetzt gefunden war, war die Erleichterung in allen damit befaßten Gremien zu spüren[30].

Der amerikanische Präsident, sein militärischer Beraterstab in Washington und nicht zuletzt Clay selbst waren von Anfang an davon überzeugt, daß die Militärregierung in der US-Zone auf dem raschesten Weg einem zivilen Kontrollapparat weichen sollten[31]. Clay hatte sofort nach seiner Ernennung damit begonnen, sich einen zivilen Beraterstab von Spezialisten aufzubauen, der ihm für die politische und administrative Bewältigung von Detailproblemen zur Verfügung stehen sollte. Er übernahm u. a. Robert D. Murphy – seit August 1944 politischer Berater Eisenhowers – für den Posten des Direktors der Political Division, machte Lewis W. Douglas zu seinem Finanzberater und Direktor der Finance Division und holte sich William H. Draper, der vor dem Krieg Bankier in New York war, als Wirtschaftsberater und Direktor der Economics Division[32]; in diesem Zusammenhang ist auch Walter L. Dorn zu nennen, der einige Monate später als Special Adviser for Military Government und als Berater für Denazifizierungsfragen dazu kam[33]. Clay versuchte auch für andere Ressorts und auch für niedrigere Verwaltungsebenen hochqualifizierte Spezialisten zu bekommen, hatte dabei aber zunächst wenig Erfolg[34]. Vor allem hinderte ihn, daß er sich mit der G-5 Division des militärischen Oberkommandos arrangieren mußte; denn diese hatte während des Einmarsches der amerikanischen Truppen in Deutschland auf der kommunalen und regionalen Ebene sofort zivile Verwaltungsaufgaben übernommen und war immer noch bemüht, die amerikanische Militärregierung im Kommandobereich der Armee zu halten. Clays Politik der Lösung der Militärregierung aus der Armee mußte deshalb sehr behutsam sein.

Im Juni 1945 vereinbarte Clay mit dem damaligen Chef der G-5 Division, General Clarence L. Adcock, eine Integration der beiden Stäbe zunächst nur auf der obersten Ebene und ernannte Adcock zu seinem stellvertretenden Stabschef[35]. Für die endgültige Lösung des Militärregierungsapparates aus der Armee nützte Clay die allgemeine Änderung der Kommandostruktur der amerikanischen Armee im Sommer 1945. Am 1. Juli 1945 wurde SHAEF aufgelöst und ihr amerikanischer Teil Eisenhower als Commander in Chief, U. S. Forces European Theater (USFET), unterstellt. Am 1. Oktober 1945 wurde USGCC in „Office of Military Government (U. S.)" (OMGUS) umbenannt und USFET G-5 wurde zum Office of Military Government (U. S. Zone). Deren regionale Unterabteilungen

---

[30] Vgl. Schreiben Murphys an Außenminister Stettinius, 10. 5. 1945, in: FRUS 1945 III, S. 958 ff.

[31] Vgl. dazu E. F. Ziemke, The U. S. Army, S. 401 f.

[32] L. D. Clay, Entscheidung, S. 20.

[33] Siehe W. L. Dorn, Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlaß, hrsg. von L. Niethammer, Stuttgart 1973.

[34] Schreiben Clays an Hilldring, 7. 5. 1945, in: Clay-Papers, S. 10 ff.

[35] Protokoll der Stabskonferenz der amerikanischen Militärregierung, 9. 6. 1945, IfZ, Fg 12; Brief Clays an McCloy, 25. 6. 1945, NA, RG 260, OMGUS 3/410–2,4.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(detachments) wurden zum Office of Military Government (Bavaria) bzw. Office of Military Government (Western District)[36]. Weitere Direktiven verfügten schließlich die Einstellung aller zivilen Verwaltungsaktivitäten durch die Armee bis zum 31. Dezember 1945.

Gegenüber dem War Department begründete Clay die Trennung mit dem Hinweis, daß die Armee auf dem schnellsten Weg von den Verpflichtungen einer Zivilverwaltung befreit werden müsse[37]. Er hoffte, diesen Prozeß bis Juli 1946 abschließen zu können. Daß dies dennoch nicht geschehen ist, hat verschiedene Ursachen. Zunächst weigerte sich das State Department, das dann die Verwaltung der amerikanischen Zone hätte übernehmen müssen, dies zu einem so frühen Zeitpunkt zu tun. Die Verschärfung des Ost-Westkonflikts war eine weitere Ursache, daß die überregionale Zivilverwaltung der US-Zone Aufgabe der Militärs blieb.

Es ist selbstverständlich, daß das weitreichende Aufgabenfeld des amerikanischen Militärgouverneurs in Deutschland einen intensiven und kontinuierlichen Informationsaustausch zwischen ihm und seinem Beraterstab notwendig machte. Nicht nur das interne Funktionieren seines Verwaltungsapparates, sondern auch die Zusammenarbeit mit den allmählich auf Länderebene entstehenden deutschen Verwaltungsorganen und insbesondere die Funktion des Militärgouverneurs im Coordinating Committee des alliierten Kontrollrats (CORC), in dem Clay als Interessenvertreter der USA und der US-Zone saß, verlangten von ihm ständig Entscheidungen, die detaillierte Informationen voraussetzten.

In der USGCC hatte sich aus anfangs noch informellen Gesprächen, die Wikkersham mit seinen engsten Beratern über Aufbau, Organisation und Personalplanungen für die Gruppe führte, die Institution von regelmäßig stattfindenden Stabskonferenzen entwickelt. Clay übernahm später diese Einrichtung und benutzte sie als probates Mittel, das seinem eigenen Informationsbedürfnis und der Unterrichtung seines Stabes über die aktuellen politischen Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen dienen sollte.

Durch Zufall wurde 1975 in dem riesigen Aktenberg, den die amerikanische Militärregierung produziert hatte, ein erheblicher Teil der Niederschriften dieser Stabskonferenzen entdeckt. Die amerikanischen und deutschen Historiker, die an dem gemeinsamen Unternehmen zur Erschließung der OMGUS-Akten beteiligt sind, waren sich von Anfang an darüber einig, daß es sich bei diesen Protokollen um eine wichtige Quelle handelt, die als Hilfsmittel für den historischen Nachvollzug der amerikanischen Besatzungspolitik verwendet werden kann. Sie haben sich auch darauf konzentriert, die zu Beginn recht lückenhafte Überlieferung

---

[36] USGCC General Order Nr. 59, 29. 9. 1945; IfZ MA 1417; Schreiben Clays an Eisenhower vom 15. 9. 1945 NA, RG 260, OMGUS 3/177–2,8.

[37] Schreiben Clays an McCloy, 25. 6. 1945, NA, RG 260 OMGUS, 3/410–2,4.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Protokolle zu vervollständigen. Für das Institut für Zeitgeschichte wurden alle inzwischen gefundenen Protokolle fotokopiert.[38]
Die National Archives beabsichtigen in absehbarer Zeit die Veröffentlichung einer Mikrofilmedition der Protokolle der Stabskonferenzen. Als Hilfsmittel zu den Protokollen wurde im Institut für Zeitgeschichte ein umfangreicher Registerapparat angelegt, der ebenso die zu erwartende amerikanische Filmedition wie die im Institut für Zeitgeschichte bereits vorhandene Kopien der Quelle erschließt[39]. Das Register besteht aus einer chronologisch geordneten Sachkartei für die gesamten Protokolle, in der die Besprechungsinhalte der einzelnen Sitzungen vollständig verzeichnet sind. Dieses Register ermöglicht sowohl den Zugriff auf den chronologischen Ablauf als auch auf die einzelnen schlagwortartig beschriebenen Sachkomplexe. Darüberhinaus wurde ein Personenregister erstellt, in das die Sprecher der einzelnen Konferenzen und damit die wichtigsten Personen der OMGUS-Spitze zwischen 1944 und 1949 aufgenommen worden sind.

Bei dem bis heute zusammengetragenen Material handelt es sich um 282 Einzelstücke mit einem Gesamtumfang von ca. 3 500 Seiten. Die Niederschriften beginnen mit einer Notiz über eine Besprechung zwischen General Wickersham und einer kleinen Gruppe von Offizieren am 28. Juli 1944 und enden mit einem Wortprotokoll der „OMGUS Staff Conference" am 8. August 1949. In der vorliegenden Protokollserie fehlen heute aber noch immer Einzelstücke, die sich nicht immer genau benennen lassen. Leicht fällt es, auf Lücken hinzuweisen, die einen größeren Zeitraum umfassen[40]. Es gibt in dem vorliegenden Material zwar Hinweise, aus denen zu entnehmen ist, daß an einem bestimmten Datum eine Stabsbesprechung stattfinden sollte, aber es ist nicht sicher – ausgenommen einige Fälle, in denen wenigstens eine Anwesenheitsliste der beteiligten Personen oder Aktennotizen vorhanden sind –, daß an den betreffenden Daten auch tatsächlich Besprechungen stattgefunden haben.

Ein mit Vorbehalten zu verwendendes Mittel für die Aufspürung von Lücken ist die Berücksichtigung der Frequenz, in der die Stabskonferenzen abge-

---

[38] Leider wurde in dem Bestand der Akten der amerikanischen Militärregierung keine geschlossene Serie aller Protokolle der OMGUS-Stabskonferenzen gefunden. So befinden sich die Protokolle vom 28. 7. 1944 in NA, RG 260 OMGUS, AGTS 12,6; die Protokolle vom 25. 11. 1944 bis 8. 8. 1949 sind in NA, RG 260 OMGUS, CAD-Publications Branch, 3/178–1 mit Ausnahme der Protokolle vom 5. 1.–22. 1. 1946, die in NA, RG 260 OMGUS, AG 1945–1946/81,3 zu finden sind. Im IfZ sind die Kopien der Protokolle unter FG 12 gesammelt.

[39] Die ursprünglich beabsichtigte Veröffentlichung des Quellenmaterials durch das Institut für Zeitgeschichte, für die das Hilfsmittel gedacht war, ist aufgegeben worden, nachdem das Vorhaben der National Archives, das auch aus konservatorischen Gründen durchgeführt werden muß, bekannt geworden ist. Eine identische Reproduktion derselben umfangreichen Quelle durch zwei verschiedene Institutionen wäre nur schwer zu rechtfertigen.

[40] So fehlen die Protokolle zwischen dem 25. 9. 1944 und 24. 11. 1944, vom April 1947 und vom 15. 8. 1949 bis zur Auflösung von OMGUS am 21. 9. 1949.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

halten worden sind. Es läßt sich vermuten, daß die Stabskonferenzen zunächst täglich stattgefunden haben, etwa ab November 1944 nur mehr zweimal wöchentlich, ab 9. Februar 1945 dreimal wöchentlich und ab 23. April 1945 nur mehr jeden Samstag, jeweils am Vormittag zwischen 9 und 11 Uhr[41].

Mit Ausnahme von drei handschriftlichen Exemplaren sind die Protokolle alle maschinenschriftlich abgefaßt. Dabei besteht die Serie teilweise aus den maschinenschriftlichen Originalen; aber es sind auch Durchschläge von der ersten bis zur dritten Kopie vorhanden. Der Umfang der Einzelprotokolle variiert von wenigen Zeilen, die dann nur die Tagesordnung der betreffenden Sitzung wiedergeben, bis zu 53 Seiten eines Wortprotokolls. In der Regel liegt der Umfang der Einzelprotokolle bei ca. 25 Seiten[42].

Die einzelnen Protokolle sind bisweilen mit Überschriften versehen, deren korrekte Übersetzung ins Deutsche allerdings einige Schwierigkeiten bereitet. Die formale Bestimmbarkeit ist vor allem bei den Protokollen schwierig, die aus der Zeit vor der Ernennung Clays als Militärgouverneur stammen. Da gibt es Bezeichnungen wie „notes", „memorandum", „records" und „minutes of meeting", wenn nicht einfach „Staff Conference (of Division Directors)" als Überschrift verwendet wurde. Der umfassendste und am häufigsten verwendete Begriff ist der der „minutes". Gerade hier sind die Nachschlagewerke in ihrer Definition nicht eindeutig. Da heißt es „minutes" seien eine kurze Notiz (note) oder eine schriftliche Zusammenfassung von etwas, das erinnert werden soll, oder man versteht darunter einen offiziellen Bericht (records) über die Verhandlung eines beschlußfassenden Organs. D. h. der Begriff deckt die deutsche Termini der Aktennotiz, des Memorandums und des Protokolls. Es ist zu empfehlen, sich in der Übersetzung auf den Terminus des Protokolls festzulegen, wenn man dabei auch berücksichtigt, daß damit alle diesem Begriff anhaftenden Implikationen vom Protokolleintrag bis zum Wortprotokoll abgedeckt werden.

Die genannten Schwierigkeiten der formalen Bestimmbarkeit der Protokolle der Stabskonferenzen werfen auch die Frage nach ihrem Zweck auf. Handschriftliche Eintragungen und Korrekturen und ihre inhaltlichen Aussagen weisen darauf hin, daß es sich speziell bei den frühen Protokollen um persönliche

---

[41] Die Stabskonferenzen fanden zunächst im Norfolk-House in London statt, wo auch die britische Kontrollgruppe ihren Sitz hatte. Nachdem erkennbar geworden war, daß die Planungen der Alliierten im Bezug auf die Einrichtung von Kontrollstäben nicht mehr kooperativ weitergeführt werden sollten, wurde USGCC in der ersten Dezemberhälfte in das Hauptquartier Eisenhowers nach Bushy Park, einem Londoner Außenbezirk, verlegt, um die Zusammenarbeit zwischen den USGCC und der SHAEF-Gruppe zu erleichtern. Ende März 1945 folgte USGCC den SHAEF nach Versailles und beließ in London lediglich einige Kontaktleute zu EAC und der britischen Kontrollgruppe. Die erste Stabskonferenz der USGCC auf deutschem Boden fand am 9. 6. 1945 im IG-Farben-Haus in Frankfurt/Hoechst statt. Ab 4. 8. 1945 trafen sich die Direktoren der USGCC schließlich im US-Hauptquartier in Berlin-Dahlem.

[42] Erst ab 1946 liegen längere, und an den Wortlaut der Besprechungen angelehnte Protokolle vor, die die Sachdiskussionen relativ breit widergeben.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aufzeichnungen und Notizen von Lt. Col. Charles E. Sands handelt, der erster „Acting Administrative Officer" der USGCC war. Diese Vermutung wird begründet durch den immer wiederkehrenden handschriftlichen Vermerk „C(harles) E .) S(ands) File" oder „Secretary File", durch handschriftliche Anführungsvermerke in den Protokollen und durch die Unterzeichnung Sands als Berichterstatter.

Ab 25. November 1944 wurden die Protokolle nicht mehr von Sands, sondern vom „Historian, USGCC" geführt. Daraus kann die Vermutung abgeleitet werden, daß sie ab dieser Zeit (25. 11. 1944) nicht mehr einen privat-dienstlichen Charakter haben, sondern als ein offizielles Papier mindestens dokumentarische Zwecke erfüllen sollten[43]. Im Rahmen einer auch organisatorischen Umstrukturierung der USGCC wurde im März 1945 auch ein Generalsekretariat (Office of Secretary General, OSG) geschaffen[44]. Eine seiner Unterabteilungen war die „Control and Record Section", die von nun an für die Erstellung der Protokolle der Stabskonferenzen verantwortlich war.

Bevor auf den Aufbau der Protokolle selbst eingegangen wird, noch einige Bemerkungen zu den in unregelmäßiger Form beigefügten Anlagen. Den frühesten Protokollen bis zum 20. Oktober 1945 sind fast immer Anwesenheitslisten vorangestellt, in denen die Konferenzteilnehmer ihrem militärischen Rang nach oder entsprechend den Abteilungen der Militärregierung aufgeführt sind. Diese Listen ermöglichen dem heutigen Benützer der Protokolle, die Verbindung zwischen den Sachreferaten und den wichtigsten Personen der Militäradministration von USGCC bzw. OMGUS herzustellen. Sie ermöglichen es auch, zumindest auf der obersten Ebene, personelle Veränderungen zu verfolgen. Ab November 1945 sind keine Anwesenheitslisten mehr geführt worden. Dafür kann man aber aus den durch Sachgebiet und Namen abgegrenzten Einzelbeiträgen der Protokolle die jeweilige personelle Besetzung der Militärregierung rekonstruieren.

Fast allen Protokollen der Jahre 1946 und 1947 sind „Agenda" beigegeben. Es handelt sich dabei nicht um Tagesordnungen im üblichen Sinn, sondern um die schriftlichen Fixierungen von Problem- und Aufgabenstellungen, die sich während der Stabskonferenzen ergeben hatten und anschließend durch Studien oder durch Einzelberatungen zwischen den betroffenen Divisions gelöst wer-

---

[43] Etwa ab diesem Zeitpunkt ist auf den Protokollen fast regelmäßig ein chiffrierter Verteiler angegeben. Hier ist allerdings auch anzumerken, daß für die Stabskonferenz vom 27. 9. 1945 lediglich folgende Notiz vorhanden ist: „1. At the conclusion of the weekly meeting of the Deputy Military Governor with the Staff of the Office of Military Government for Germany (U. S.), General Clay stated that he did not desire to have this or future meetings of the Staff recorded, and that no minutes would be taken by the Secretary. 2. Accordingly, all normal recipients of these minutes are advised that no minutes will be distributed for the meeting of 27 October 1945, nor will they be distributed in the future." Dennoch sind für die unmittelbar folgenden Wochenkonferenzen Notizen erhalten und ab 5. 1. 1946 wieder ausführliche Protokolle.

[44] USGCC General Order Nr. 2, 7. 3. 1945, IfZ, MA 1417.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den sollten. Diese Gegenstände wurden auf den Agenda solange fortgeschrieben, bis sie in befriedigender Form gelöst waren. Die Agenda sind demnach eine Art Kontrollisten für den Militärgouverneur und seinen Stab zur Überprüfung der in den einzelnen Abteilungen gerade diskutierten Sachprobleme.

In den Anlagen sind auch vereinzelte Beschlußprotokolle des Alliierten Kontrollrats und des Coordinating Committee zu finden. Leider sind diese nicht durchgehend vorhanden, sondern nur vom März bis September 1946, danach nur noch vereinzelt. Diese Protokolle liegen aber im OMGUS-Bestand der „Allied Control Authority" als geschlossene Serie vor.

Ab November 1948 sind den Protokollen auch regelmäßig Sitzordnungen der Stabskonferenzen beigegeben, die zusammen mit den Protokollen ein allgemeines Bild vom Ablauf der Besprechungen vermitteln. Mit gewissen Vorbehalten kann dieses Bild auch auf alle früheren Besprechungen übertragen werden, denn die Protokolle haben einen stereotypen Aufbau, der sich vom ersten bis zum letzten nur unwesentlich ändert.

Die Stabskonferenzen waren ihrem Charakter nach „Kabinettssitzungen" der Militärregierung. Sie unterschieden sich aber z. B. von den aus der Aktenedition der Reichskanzlei der Weimarer Republik bekannten Kabinettssitzungen dadurch, daß hier nicht bestimmte inhaltliche Schwerpunkte der aktuellen Politik diskutiert und politische Entscheidungen getroffen wurden, sondern daß im Verlauf der regelmäßig stattfindenden Sitzungen der Militärregierung die gesamte Palette der Tätigkeitsberichte der einzelnen Divisions über eine Woche vorgetragen wurde. Das hat zur Folge, daß bestimmte Inhalte wie z. B. die statistischen Angaben über die laufende Kohleproduktion oder des Handelsvolumens für die amerikanische Besatzungszone oder die minutiösen Fortschritte beim Aufbau des Fernmelde- oder Transportwesens in stereotyper Form immer wiederkehren.

Die Sitzungen wurden in der Regel mit den sog. „general remarks" des Militärgouverneurs bzw. seines Stellvertreters eröffnet. In diesen Bemerkungen kamen wichtige organisatorische Veränderungen oder neue politische Richtlinien und ihre Auswirkungen auf die Arbeit der Militärregierung ebenso zur Sprache wie Ermahnungen zur militärischen Disziplin und zur Höflichkeit der Offiziere im Umgang mit Außenstehenden oder dem zivilen Personal. An die allgemeinen Bemerkungen schlossen sich dann in nahezu gleichbleibender Reihenfolge die Tätigkeitsberichte der Abteilungsdirektoren und Büroleiter an.

Aus den Sitzordnungen geht hervor, daß diese Berichte offensichtlich vom Vorsitzenden der Reihe nach um den Konferenztisch herum abgerufen wurden. So ist es zu erklären, daß manche Abteilungsleiter, die keinen wesentlichen Beitrag beisteuern konnten, im Protokoll nur mit der Bemerkung „no report" oder ähnlichem aufgeführt sind.

Hier ist einzufügen, daß die Aufgabenverteilung an die einzelnen Divisions, wie sie die USGCC im November 1944 festgelegt hatte, sich sehr bald als unbefriedigend erwies. Vor allem die Economics Division und Internal Affairs and

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Communications Division waren durch ihr weites Aufgabenfeld bald stark überlastet. Die Unterabteilungen („branches") gerade dieser beiden Divisions wurden deshalb im Laufe der Zeit entweder stufenweise zu selbständigen Divisions erhoben oder, wenn sie aus organisatorischen Überlegungen oder aus Gründen der effizienteren Kooperation in ihren ursprünglichen Divisions blieben, bekamen zumindest den Rang einer selbständigen Division zuerkannt. Für die Stabskonferenzen hatte dies die Konsequenz, daß gerade von den großen Divisions nicht nur deren Direktoren ihre wöchentlichen Berichte abgaben, sondern auch die Chefs ihrer jeweiligen wichtigsten branches. Für die Economics Division etwa gaben nicht nur deren Direktor, sondern auch die Chefs der Industry Branch, der Trade and Commerce Branch, der Decartelization Branch, der Food and Agriculture Branch und der Restitution Branch ihre statements ab. Neben dem Direktor der Internal Affairs and Communications Division berichteten auch die Leiter der Communications Branch, der Public Safety Branch, der Public Health and Welfare Branch und der Leiter der Education and Religious Affairs Branch.

In den Stabskonferenzen waren aber nicht nur die Chefs dieser „functional branches" und die Direktoren der Divisions vertreten, sondern auch die Leiter der „Staff Offices". Dabei handelte es sich um Büros, die ausschließlich für die interne Verwaltung der Militäradministration zuständig waren. Zu ihnen zählten das Personnel Office, das Control Office, das als eine Art bürokratisches Stellwerk die Organisation der einzelnen Funktionsbereiche und die Koordination ihrer politischen und administrativen Tätigkeit überwachte, das Office of Chief of Staff, das als Bindeglied zwischen den Divisions und dem Office of Military Governor fungierte, das Office of Secretary General, das Exekutivorgan des Chief of Staff und Verbindungsstelle zu den anderen Besatzungsmächten und zur Regierung in Washington war, und schließlich das Office of the Adjutant General, eine Art Assistenzbüro für den Militärgouverneur.

Neben den genannten Büros ist noch eine Kategorie von Verwaltungseinheiten zu nennen, deren Leiter ebenfalls in den Stabskonferenzen vertreten waren. Es handelt sich um die „Attached Agencies", die dem Bereich der Funktional Offices zuzuzählen sind. Zu ihnen gehörte der Director of Intelligence, zuständig für den Nachrichtendienst im zivilen Bereich, der Director of Information Control, verantwortlich für die Kontrolle der öffentlichen Medien in Deutschland, und der Director of Public Relations, der Pressesprecher der Militärregierung war und sich insbesondere um die Betreuung der ausländischen Medien zu kümmern hatte.

Alles in allem waren somit in einer Stabskonferenz je nach Organisationsstand der Militärregierung bis zu 35 Offiziere und Zivilisten vertreten, die in der relativ kurzen Zeit von einer bis eineinhalb Stunden ihre wöchentlichen Tätigkeitsberichte abzugeben hatten. Diese Tatsache muß mitberücksichtigt werden, wenn man den Wert und die Bedeutung der Protokolle der Stabskonferenzen als historische Quelle beurteilen will. Die Einzelberichte sind sehr knapp und spiegeln das administrativ-exekutive procedere des Besatzungsalltags auf seiner

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

höchsten Ebene. Detailinformationen und Entscheidungsprozesse werden nur selten deutlich und gehen allzu oft im militärischen Insiderjargon unter. Dies macht die Protokolle bisweilen zu einer schwierigen Lektüre.

In den Protokollen sind des öfteren statements von General Wickersham, aber auch von Clay festgehalten, die auf den Zweck der wöchentlichen Stabskonferenzen hinweisen. So hat Clay z. B. am 23. März 1946 seine Abteilungsleiter gebeten, in den Stabskonferenzen insbesondere den Diskussionsstand in den jeweiligen Ausschüssen des Koordinierungskomitees des Kontrollrats zu referieren, gleichgültig, ob dort der amerikanische Standpunkt zu den einzelnen Sachfragen bereits vorgetragen war und auch ohne Rücksicht darauf, wie lange diese Fragen schon erörtert werden: „The reason we have these meetings is so matters can be put on the table and we can reach general agreements. We want to be sure we are all thinking alike on what we are doing. That is the prime purpose of the Saturday meetings."[45] Vier Monate später erinnerte Clay seinen Stab noch einmal daran, „that one purpose of the Saturday meetings is to present all matters for quadripartite discussion prior to final preparation of papers to come to CORC"[46].

Die Zitate legen die Vermutung nahe, daß der Hauptzweck der Stabskonferenzen in der Vorbereitung Clays und seines Stabs für die Verhandlungen und Diskussionen in den verschiedenen Gremien des Kontrollrats lag. Die Tatsache, daß die Konferenzen auch unmittelbar vor den wöchentlichen Sitzungen des Koordinierungskomitees des Alliierten Kontrollrats abgehalten wurden, läßt den Schluß zu, daß es sich hier um eine Art „briefing session" handelte, bevor Clay dort den Standpunkt der amerikanischen Besatzungsmacht vertreten mußte. Die briefing sessions waren eine in der amerikanischen Militäradministration öfters angewandte Einrichtung von Vorkonferenzen, in denen ein hoher Offizier oder ein leitender Verwaltungsbeamter mit einem ausgewählten Personenkreis die Tagesordnung bevorstehender wichtiger Konferenzen und Gespräche und eventuell kontroverse Standpunkte ihrer Teilnehmer erörterte.

Am 20. März 1948 hörte der Alliierte Kontrollrat durch den Auszug der sowjetischen Delegation faktisch zu bestehen auf. Wenn die Bereitstellung von Informationsmaterial für Clays politisches Agieren in diesem Gremium der einzige Grund für die Abhaltung der Stabskonferenzen gewesen wäre, so könnte mit Recht eingewendet werden, daß die nicht zuletzt durch Clay selbst so stark auf Effizienz getrimmte Militärregierung die Einrichtung der Stabskonferenzen damals aufgelöst hätte. Der Ausrichtung der Konferenzen allein auf die Vorbereitung Clays für seine Verhandlungen im Kontrollrat würde darüberhinaus widersprechen, daß an ihr auch die Leiter der Staff-Branches teilgenommen hatten, die ja in erster Linie nicht mit der Politik der Militärregierung nach außen zu tun hatten. Aber gerade die Beiträge der Staff-Branches zeigen, daß es Clay auch

---

[45] Protokoll der OMGUS-Stabskonferenz vom 23. 3. 1946, IfZ Fg 12.
[46] Protokoll der OMGUS-Stabskonferenz vom 27. 7. 1946, IfZ, Fg 12.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daran lag, zu wissen, was für Probleme innerhalb seiner Administration anstanden. Außerdem war für ihn sehr wichtig zu wissen, wie seine Abteilungen mit den korrespondierenden Verwaltungseinheiten der Deutschen zurecht kamen. Die Notwendigkeit der Koordination der Tätigkeit der Militärregierung, die ja Information voraussetzte, war für Clay und seinen Stab ein ständiger Auftrag und um beides zu erreichen, waren die Stabskonferenzen ein geeignetes Mittel.

Häufig sind die Einzelberichte der Abteilungsleiter tatsächlich so aufgebaut, daß sie in einen Bericht über die Verhandlungen und Tätigkeiten in den Ausschüssen des Kontrollrats, einen Bericht über die Arbeit und Fortschritte in der Zusammenarbeit mit den deutschen Zonenbehörden und einen Bericht über den aktuellen Stand der Tätigkeiten in den jeweiligen Abteilungen zerfallen.

Aus den zitierten Äußerungen Clays über den Zweck der Stabskonferenzen darf jedoch nicht gefolgert werden, daß an ihrem Tisch Sachprobleme so lange diskutiert wurden, bis ein „general agreement" auf höchster Ebene erreicht worden wäre. Die Besprechungen waren und blieben überwiegend Informationsmedium. Wenn es in manchen Detailfragen zu unterschiedlichen Auffassungen gekommen war, so wurden sie entweder durch Clay sofort entschieden oder an eine federführende Abteilung verwiesen, die dann in der Zusammenarbeit mit anderen Gremien, sei es innerhalb von OMGUS oder mit externen Verwaltungs- und Regierungsinstanzen, eine Lösung finden mußte, die dann später wieder der Stabskonferenz vorgelegt wurde.

Unter solchen Gesichtspunkten lassen sich aus den Protokollen auch Informationen über den militärisch geprägten Führungsstil Clays gewinnen. Ein Beispiel dafür ist die Behandlung des Sozialversicherungsgesetzes, um die es am 2. November 1946 zu einer der längsten Diskussionen der Stabskonferenzen überhaupt gekommen war. Die Debatte stand im Zusammenhang mit dem von Clay damals gewünschten personellen Abbau der Militärregierung und der gleichzeitigen Überantwortung politischer Teilbereiche an die Verwaltungen der Länder. Der Vertreter der Manpower Division, in dessen Ressort die Sozialversicherungsgesetzgebung fiel, wehrte sich gegen das Begehren Clays gerade im Bereich der Sozialversicherung. Clay konterte, daß er sich von der Durchsetzung seines Ziels, nämlich der Übergabe der politischen Verantwortung an die Deutschen, auch durch keine Sachargumente abbringen lasse. Und dies, obwohl ein Kontrollratsentwurf für ein gesamtdeutsches Sozialversicherungsgesetz vorlag und das Problem damit nicht in den Zuständigkeitsbereich der Länder, sondern der alliierten, also auch der amerikanischen, Militärverwaltung gehörte.

Die wöchentlichen Besprechungen hatten aber auch einen anderen Zweck, der für die Führung des gewaltigen OMGUS-Apparats nicht zu unterschätzen ist. Es ist leicht vorstellbar, daß es trotz der herrschenden militärischen Disziplin oder vielleicht gerade deswegen nicht nur zu sachlichen, sondern auch zu persönlichen Unzufriedenheiten einzelner gekommen ist. In diesem Zusammenhang ist auf drei Protokolle von sog. „gripe sessions" (gripe bedeutet hier meckern) hinzuweisen, und sie sind die längsten, in denen die Konferenzteilnehmer ihre Kritik

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und den vorhandenen Unmut in ihren Abteilungen über bestimmte Mißstände dem Militärgouverneur vortragen sollten. Die Klagen in diesen Sitzungen reichten von Beschwerden über mangelnden Komfort in den Unterkünften der Offiziere und Mannschaften über unzureichende Arbeitsbedingungen an den Arbeitsplätzen und in den Büros, Beschwerden über Organisationsmängel im Verwaltungsapparat bis hin zur Kritik an den Richtlinien der amerikanischen Deutschlandpolitik. Soweit es in seiner Macht stand, versuchte Clay durch entsprechende direkte Anweisungen an die zuständigen Offiziere, die Mißstände zu beseitigen. Clay ermahnte aber auch seine Mitarbeiter, das in OMGUS offensichtlich kollegiale Betriebsklima durch enge Kontakte und engen Informationsaustausch auch auf die unteren Verwaltungsebenen der amerikanischen Militärregierung zu übertragen. Hier zeigt sich, daß die Stabskonferenzen auch integrative Funktionen für die Militärregierung haben sollten.

Zusammenfassend läßt sich über die Protokolle der Stabskonferenzen der amerikanischen Militärregierung folgendes festhalten. Der unterschiedliche formale Aufbau der Überlieferungsserie der Protokolle und ihr Fundort im OMGUS-Material lassen vermuten, daß es sich hier nicht um einen geschlossenen Bestand *einer* OMGUS-Registratur der amerikanischen Militäradministration handelt, sondern um die Sammlung heterogener Provenienzen, denen in der aktiven Phase der Militärregierung die Protokolle übermittelt worden waren.

Entsprechend der historischen Entwicklung der USGCC von einem Planungsstab ohne feste Integration in die Kommandostruktur der in Europa operierenden amerikanischen Verbände zum Exekutivorgan der amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland änderte sich auch der Charakter ihrer regelmäßig stattfindenden Stabsbesprechungen. In ihrer frühesten Phase sind die Protokolle von der organisatorischen, funktionellen und personellen Vorbereitung der USGCC auf ihre künftige Verwaltungstätigkeit in Deutschland geprägt. Dabei waren die Offiziere der USGCC durch den Mangel an brauchbaren politischen Richtlinien für die amerikanische Deutschlandpolitik gezwungen, sich selbst Grundlagen zu schaffen, an denen sie sich in ihrer Planungsarbeit orientieren konnten. Diese mußten ständig nach den militärischen Veränderungen und nach den Ergebnissen der interalliierten diplomatischen Verhandlungen korrigiert werden. Für die Stabskonferenzen und deren Protokolle hatte dies die Konsequenz, daß ihre Tagesordnungen von einer schwer durchschaubaren Flut von Anweisungen und Berichten über die Entwicklung von Einzelplänen zur Übernahme der Kontrolle der Regierung im besetzten Deutschland überquellen. Das Verständnis gerade der frühen Aufzeichnungen über die Stabskonferenzen wird zusätzlich dadurch erschwert, daß in ihnen oft in chiffrierter Form – es handelt sich dabei oft nur um stenogrammartige Notizen – und im militärischen Sprachjargon die Verhandlungsgegenstände wiedergegeben werden. Ab Dezember 1944 sind die Aufzeichnungen in der Form von Protokollen geführt; zunächst als Kurz- bzw. Beschlußprotokolle und ab Mai 1946 als Wortprotokolle. Gerade die ausführlichen Protokolle sind als Grundlage benutzbar, um die amerikanische Be-

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

satzungspolitik in ihrer Durchführung und ihrer Konfrontation mit den unmittelbaren Sachzwängen zu verfolgen. Sie stellen einen durchgängigen roten Faden dar, an dem sich der Forscher orientieren kann, wenn er ein Sachproblem und dessen Behandlung über eine längere Zeitspanne verfolgen will. Er kann erkennen, mit welchen Erfolgen und gegen welche Schwierigkeiten die Politik der amerikanischen Militärregierung im Detail in die Realität umgesetzt wurde. Besonders hilfreich ist dabei, daß sich die Stabskonferenzen nicht in einer weitverzweigten Diskussion sondern in einem strengen militärischen Zeremoniell abgespielt haben und daß die Protokolle dementsprechend gegliedert sind. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Protokolle keinen unmittelbaren Kontakt zum politischen Umsetzungsprozeß herstellten, denn dieser vollzog sich nicht im Konferenzraum der wöchentlichen Stabsbesprechungen. Er wird in den Protokollen aber durch die Berichte der Ressortchefs mittelbar deutlich.

Der Titel „Stabskonferenzen" darf nicht zu der Annahme verführen, daß es sich hier um ein hochgradiges politisches Ereignis gehandelt hat, bei dem die entscheidenden Weichenstellungen für die amerikanische Besatzungspolitik vollzogen wurden. Hier handelte es sich lediglich um ein Informationsforum, das in erster Linie der Unterrichtung des Militärgouverneurs und seines Stabs dienen sollte. Die politischen Entscheidungen wurden, wenn nicht in Washington, so doch in den Divisions in direkter Zusammenarbeit mit dem Militärgouverneur vorbereitet und getroffen. Die Protokolle der Stabskonferenzen sind ein Mittel, das Aufschluß gibt über den Entscheidungsprozeß innerhalb der Militärregierung. Sie weisen den Weg zu den Stellen, wo diese Entscheidungen gefallen sind. Damit sind sie eines der wertvollsten Hilfsmittel für die Benutzung der Akten der amerikanischen Militärregierung in Deutschland.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

BERND STEGER

DIE STABSKONFERENZ DES AMERIKANISCHEN MILITÄRGOUVERNEURS GENERAL LUCIUS D. CLAY VOM 26. JUNI 1948

Das im folgenden vorgestellte Dokument dient vor allem der Illustration der Ausführungen über die Stabskonferenzen der amerikanischen Militärregierung in diesem Heft. Um dem Interessierten vor Augen zu führen, was die Aufzeichnungen über diese Besprechungen als Geschichtsquelle leisten können, wurde als Beispiel das Protokoll der Sitzung vom 26. Juni 1948 ausgewählt. Dabei war nicht die Vorstellung entscheidend, einen ungewöhnlich interessanten Teil der sog. „Clay-Minutes" finden zu müssen, der historische Weichenstellungen in der deutschen Nachkriegsgeschichte dokumentiert oder den Meinungsbildungsprozeß im Stab des amerikanischen Militärgouverneurs zur Vorbereitung von bestimmten politischen Entscheidungen besonders sichtbar macht. Vielmehr kam es darauf an, ein ttypisches Protokoll zu präsentieren und – das vor allem – zu zeigen, wie sich historisch entscheidende Vorgänge in dieser Quelle niederschlagen. Ist doch das ausgewählte Protokoll zu einem Zeitpunkt entstanden, der als wichtige Nahtstelle der deutschen Nachkriegsgeschichte gelten muß.

Am 1. Juni 1948 hatten nach dreieinhalb Monaten Beratungszeit die Delegationen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und der Benelux-Staaten in London ihre „informellen Gespräche über Deutschland", so der offizielle Titel der als Londoner Sechsmächte-Konferenz bekannten Verhandlungen, beschlossen. Damit war ein Kapitel der Nachkriegsgeschichte zu Ende gegangen, das mit dem endgültigen Zerfall der alliierten Kriegskoalition während der Londoner Außenministerkonferenz im November/Dezember 1947 begonnen hatte. Damals war von den Alliierten zum fünften und letztenmal versucht worden, einen friedlichen Ausgleich zwischen den beiden Machtzentren Washington und Moskau zu finden. Die Verhandlungspartner hatten sich aber ohne Ergebnis und in kaum verhüllter Feindschaft getrennt, und eine vorerst nicht aufhebbare machtpolitische Polarisierung war zurückgeblieben.[1] Aufgrund seines wirtschaftlichen Potentials und seiner strategisch wichtigen Stellung nahm das besetzte Deutschland im politischen Kalkül der West- und Ostmächte auch in der Zukunft eine Schlüsselrolle ein.

[1] Zur fünften Sitzung des Rats der Außenminister in London vom 25. 11. 1947 bis 15. 12. 1947 siehe Foreign Relations of the United States (FRUS) 1947, vol. II, Washington 1972, S. 676 ff.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der amerikanische Militärgouverneur General Clay hatte die verantwortlichen Stellen in der US-Zone und seine Regierung in Washington schon vor Beginn der Londoner Außenministerkonferenz auf die Konsequenzen hingewiesen, die für Deutschland im Fall des Scheiterns der Konferenz entstehen würden. Vor dem Länderrat der US-Zone hatte er am 4. November 1947 erklärt, daß seine Regierung und auch die Briten in diesem Fall gezwungen wären, über einem möglichst großen Teil Deutschlands einen Teilstaat mit einer nationalen Regierung zu errichten.[2]

Es konnte deshalb nicht überraschen, daß seit der Jahreswende 1947/48 die in den Westzonen praktizierte regionalisierte Besatzungspolitik in eine forcierte Integrationspolitik umschlug, d. h. in die unverhüllten Bemühungen der Westmächte und allen voran der Vereinigten Staaten, ihre Besatzungsgebiete möglichst rasch wirtschaftlich zu konsolidieren und politisch als vollwertiges Mitglied in das westliche Staatensystem einzuordnen. Noch in London hatten unmittelbar nach der Außenministerkonferenz die Vertreter der Vereinigten Staaten und Großbritanniens die Bildung einer provisorischen deutschen Regierung für die Bizone erörtert.[3] Das Ergebnis bestand nach weiteren Beratungen der Militärgouverneure Clay und Robertson mit den Ministerpräsidenten und Verwaltungsspitzen der Bizone am 7. und 8. Januar 1948[4] in einer Reorganisation des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Der Frankfurter Wirtschaftsrat erhielt die Funktion eines Parlaments, der Länderrat der Bizone wurde „zweite Kammer" und als neues Exekutivorgan kam der Verwaltungsrat hinzu. Damit war bereits die verfassungsrechtliche Konstruktion der Bundesrepublik vorgeformt worden.

Während die Umbildung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, die am 9. Februar 1948 in Kraft trat[5], offiziell noch als rein wirtschaftliche Organisationsform dargestellt wurde, war der nächste Schritt eindeutig politisch motiviert und zielte unter Einbeziehung des französischen Besatzungsgebietes auf die Konstituierung eines politisch und wirtschaftlich geeinigten Weststaates und seine Einbindung in das westeuropäische Staatensystem.[6] Die Grundlagen dafür sollte die Londoner Sechsmächtekonferenz erarbeiten. Die schwierige Ausgangslage dieser Konferenz bestand darin, daß Frankreich aus sicherheits- und wirtschaftspolitischen Über-

---

[2] Protokoll der internen Besprechung der Ministerpräsidenten der US-Zone mit General Clay am 4. 11. 1947, Bundesarchiv Koblenz (BA), Nachlaß Roßmann 25, Bl. 88 f. Vgl. auch Schreiben Clays an Draper vom 5. 11. 1947, in: The Papers of General Lucius D. Clay. Germany 1945–1949, ed. by J. E. Smith, Bloomington 1974 (Clay-Papers), vol. 1, S. 475 ff.

[3] Siehe dazu FRUS 1947, vol. II, S. 811 ff.

[4] Protokoll der Konferenz der Militärgouverneure Clay und Robertson mit bizonalen Behörden in Frankfurt am 7. und 8. Januar 1948, BA Z4/131, Bl. 1–31 und 61–107.

[5] Siehe Proklamation Nr. 7 der amerikanischen Militärregierung, abgedruckt in: Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1947–1949, bearb. von Ch. Weisz und H. Woller, München 1977 (Berichte des Wirtschaftsrats), Bd. 1, S. 16 ff.

[6] Siehe Schreiben Marshalls an Botschafter Douglas in London vom 20. 2. 1948 in: FRUS 1948 II, S. 71 ff.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

legungen das anglo-amerikanische Konzept für den Aufbau eines gut funktionierenden deutschen Staatsapparats zur Wahrnehmung der ihm zugedachten Aufgaben ablehnte. Seine Zustimmung wurde nur dadurch erreicht, daß von den Vereinigten Staaten das Ergebnis der Londoner Sechsmächtekonferenz als unteilbares Programm deklariert wurde. So war ausgeschlossen, daß Frankreich ihm günstige Teilergebnisse annehmen und andere ablehnen konnte. Außerdem wurde der entstehende deutsche Teilstaat durch das Europäische Wiederaufbauprogramm, die Ruhrkontrolle und die künftige Beteiligung der Benelux-Staaten an der Deutschlandpolitik in einen Sicherheitsrahmen gestellt; ein Besatzungsstatut und die internationale Ruhrbehörde garantierten politisch und wirtschaftlich die Einflechtung Westdeutschlands in das von den Vereinigten Staaten geführte westeuropäische Bündnissystem und verhinderten die Restauration eines deutschen Nationalstaates.

Das Ergebnis der Beratungen in London wurde den beteiligten Regierungen in Form eines Berichtes übermittelt[7] und am 7. Juni 1948 als „Londoner Empfehlungen" veröffentlicht.[8] Sie enthielten die von Frankreich geforderten Garantien und legten fest, daß die drei Westzonen als politisch handlungsfähige Einheit schrittweise die Souveränitätsrechte zurückerhalten sollten, die durch die bedingungslose Kapitulation des deutschen Reiches im Mai 1945 an die Sieger des Zweiten Weltkrieges übergegangen waren. Der dafür geforderte Preis war der vorläufige Verzicht auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit.

Auf dem wirtschaftlichen Sektor war diese Entwicklung schon länger vorgezeichnet. Obwohl im Potsdamer Protokoll die wirtschaftliche Einheit Deutschlands als Grundlage für die gemeinsame Besatzungspolitik der Alliierten vereinbart worden war,[9] hatten sich die einzelnen Zonen seit Herbst 1945 gerade im ökonomischen Bereich auseinanderentwickelt. Nach den Unsicherheiten der amerikanischen Deutschlandplanungen während des Krieges hatten wirtschaftliche Zwänge die Militärregierung in der US-Zone und die Politiker in Washington und London zu einer Revision der wirtschaftspolitischen Ziele, wie sie z. B. im Morgenthauplan vorgezeichnet waren, bewogen. Die markantesten Punkte auf diesem Weg sind der von General Clay am 3. Mai 1946 verfügte Demontagestop in der US-Zone und vor allem die Durchführung des Marshallplans, in dessen Hilfsprogramm im Herbst 1947 auch die Westzonen Deutschlands aufgenommen worden waren.[10] Dadurch war eine Vorentscheidung für die Inte-

---

[7] Report of the London Conference on Germany vom 1. 6. 1948, in: FRUS 1948 II, S. 309 ff.

[8] Die Londoner Empfehlungen sind als Schlußkommuniqué der Londoner Sechsmächtekonferenz abgedruckt in: Der Parlamentarische Rat 1948–1949, Akten und Protokolle, Bd. 1, bearb. von J. V. Wagner, Boppard/Rh. 1975 (Der Parlamentarische Rat), S. 1 ff.

[9] Siehe die Amtliche Verlautbarung über die Konferenz von Potsdam vom 17. Juli 1945 bis 2. August 1945, in: E. Deuerlein, Die Einheit Deutschlands, ihre Erörterung und Behandlung auf den Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941–1949, Frankfurt 1957, S. 246 ff.

[10] Zur Vorbereitung und Durchführung des Marshallplans in Deutschland siehe J. Gimbel, The Origins of the Marshall Plan, Stanford 1976.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gration des Weststaates und die künftige Wirtschaftsordnung gefallen. Die Währungsreform, die am 20. Juni 1948 für die Westzonen verkündet wurde, war unvermeidbare Konsequenz daraus und bedeutete, daß die Zonengrenze zwischen den Westzonen und der sowjetisch besetzten Zone nicht mehr Demarkationslinie war, sondern Staatsgrenze wurde.

Als Antwort auf die „Londoner Empfehlungen" und die Verkündung der Währungsreform führten die Sowjets in ihrem Besatzungsgebiet eine eigene Währungsreform durch und blockierten die Verkehrsverbindungen zwischen den Westzonen und Berlin. Dadurch war ein Krisenherd entstanden, der das Bündnissystem mit dem neuen Staat herausforderte. bevor sich dieser überhaupt konstituieren konnte. Letztlich trugen aber auch die Härten der Berlinblockade und der entschlossene Aufbau der Luftbrücke durch die amerikanische Militärregierung zu einer rascheren Entscheidung zugunsten eines selbständigen Staates im Rahmen des westeuropäischen Bündnissystems bei.

Das vielleicht erstaunlichste am folgenden Dokument ist, daß die Sitzung der amerikanischen Militärregierung auch in der kritischen Situation vom Juni 1948 nicht aus ihrem routinemäßgen Ablauf herausfällt. Die Konferenz wurde von Clay geleitet und begann wie jeden Samstag um 11 Uhr. Sie dauerte bis 11 Uhr 55. Über die Auswirkungen der Währungsreform wird nur wenig berichtet. Die Berlinblockade wird als eine nahezu gewöhnliche Behinderung des Interzonenverkehrs behandelt. Die ersten deutschen Reaktionen auf die „Londoner Empfehlungen" werden emotionslos aufgenommen und referiert.

Als Vorlage für das abgedruckte Protokoll diente eine Fotokopie des Originals in den OMGUS-Beständen der National Archives, Washington.[11] Das Protokoll besteht aus einem 14seitigen Typoskript, das auf jeder einzelnen Seite den Sicherheitsvermerk „confidential" trägt. Es hat ein Deckblatt mit dem Titel: „Staff Conference, 11.00 Hours, 26 June 1948, General Clay Presiding. Reporter Fern Primeau". Schreibfehler wurden, soweit nicht sinnentstellend, vom Bearbeiter stillschweigend korrigiert, ansonsten im Anmerkungsapparat erläutert. An einigen Stellen wurden in eckigen Klammern Ergänzugen inseriert, um das Verständnis des Textes zu erleichtern.

Dokument 26 June 1948

MR. McCURDY, Legal: Colonel Raymond[13] is away and he asked me to report in reference to Law No. 159[14], the regulation on successor organizations is out and a staff study or a board of review is making revisions.

[11] Zur Überlieferung der Protokolle vgl. die Ausführungen des Bearbeiters über die Stabskonferenzen Clays in diesem Heft.

[12] William L. McCurdy, Associate Director of Legal Division, OMGUS.

[13] Col. John M. Raymond, Legal Adviser to the Military Governor and Director of Legal Division, OMGUS.

[14] Im Amtsblatt der amerikanischen Militärregierung ist kein Gesetz 159 verzeichnet. Es muß heißen „Law No. 59". Am 23. Juni 1948 erklärte die Vermögensabteilung der amerikani-

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

The other item is in reference to certain responsibilities of legal administration that are being turned back to the Germans.[15] The matter of expedition is already out. The staff study on legal aid is in the Chief of Staff's office and a staff study on paroles is being prepared.

MR. HAWKINS[16], Economics Advisor: The latest figure on coal production is 285 000 tons. It has been up as high as 291,00 tons.[17]

The statement that you asked for, General, on turning over I. G. Farben administration[18] to the Germans will be reported before the board before the next meeting.[19] The British have been unwilling to comply.

I have just gotten back from a trip to the various collecting points for cultural items and made arrangements whereby the buildings in which they are stored can be broken up into two sections with two different entrances, one of which will contain about 10% of the stuff and will still be under military government control. That will be the Jewish stuff and stuff that is still subject to restitution, and 90% will be

---

schen Militärregierung die „Jüdische Nachfolgerorganisation für Wiedergutmachung" (Jewish Restitution Successor Organization, JRSO) aufgrund des Gesetzes Nr. 59 über die Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände zum Rechtsnachfolger für die Übernahme aller jüdischen Vermögen der amerikanischen Zone, bei denen ein Erbanspruch nicht mehr geltend gemacht wird. Vgl. Regulation No. 3 under Military Government Law No. 59, in: Military Government Gazette Germany, United States Area of Control, ed. by Office of Military Government for Germany (U. S.), Issue J vom 1. August 1948, S. 3.

[15] Im Monthly Report of the Military Governor, Office of Military Government for Germany (U. S.) (Monthly Report) No. 36, Juni 1948, S. 14, heißt es dazu: „On 22 June the Military Governor approved a plan providing for the partial transfer of responsibility to the German authorities for the arrest and extradition of German war criminal suspects and German nationals accused of common crime in the U. S.-occupied Area. Military Government authorities will no longer arrest or investigate persons whose extradition is sought by other countries unless it is specifically to the interest of Military Government to do so. Under the new procedure, requests for the extradition of both classes of persons will be scrutinized by Military Government and if not rejected will be forwarded to the Minister President in the proper Land, who will report to Military Government the results of his investigation together with his recommendations."

[16] Phillip Hawkins, Deputy of the Economic Adviser and Chief of Property Control Division, OMGUS.

[17] Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Tagesförderungen des deutschen Steinkohlebergbaus.

[18] Hawkins nimmt Bezug auf eine Studie über die Einrichtung eines deutschen Entflechtungsausschusses, der im August 1948 unter der Aufsicht des Bipartite I. G.-Farben Control Office für die Auflösung des I. G. Farbenkonzerns im Bereich des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (I. G. Farben Dispersal Panel, FARDIP) als Beraterstab gebildet wurde. Siehe auch: Handbuch des Besatzungsrechts, hrsg. von G. v. Schmoller, H. Maier und A. Tobler, Tübingen 1957, § 44, insbesondere S. 34 ff.; W. Vogel, Westdeutschland 1945–1950. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen, Teil II, Boppard/Rhein 1964, S. 241 ff.

[19] Gemeint ist das Bipartite Board (BIB), das sich aus den beiden Militärgouverneuren Gen. Clay für die US-Zone und Gen. Robertson für die britische Zone zusammensetzte. Ab 9. August 1946 trafen sich diese alle vierzehn Tage zu regelmäßigen Sitzungen.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

turned over to the minister presidents. It looks as though we can complete that program in thirty days.[20]

GENERAL CLAY: Including inventory?

MR. HAWKINS: I want to talk to you about disagreement on certain things such as the stamp collections which are in sealed sections, in thirty days.

GENERAL CLAY: Good.

MR. HAWKINS: In Bavaria the Minister of Economics [Hanns Seidel] reported the applications for jobs and responses to please for additional boys have been very gratifying since the currency reform. The reports of the results of the currency reform were very good.

MR. IOANES[21], Food and Agriculture: I would like to report an optimistic note further on the food import situation. If the shipping schedule holds up as it is now scheduled, imports for June will probably total slightly over 600,000 tons which again will be a record month and a very great improvement over the situation two weeks ago.

Dr. Schultz of the University of Chicago is here with us now. As you know, he had done a lot of work in the States on the agricultural incentive program.

Lastly, I would like to report a fairly small but optimistic note on the Berlin situation. Two potato trains arrived in Berlin. Transport can't tell us how they got in but, needless to say, they arrived. That is all I can say.

GENERAL CLAY: I think that is what you would call an Act of God; maybe He is on our side.

MR. FAGAN[22], Transport: Both the British and ourselves are quite amazed about the potatoes. We can't understand how they got in.

General Clay, yesterday the Soviet military administration ordered the water transport fleet under the control of the Berlin Magistrate to proceed to the Soviet sector. The Magistrate has a fleet of approximately 60 barges under his control with authority stemming from the Kommandantura. The British Waterway Administration tried to delay the execution of this movement but their General Herdy[23] decided there was not sufficient legal grounds for forcibly holding the craft. He put it up to the individual barge skippers as to whether or not they desired to comply with the instructions. He stated that if they desire to proceed to the Soviet Zone they might do so but if they desire to stay at their present mooring in the British Sector they would be supported by the British in their action. As of ten o'clock this morning not one bargee had accepted the offer of the Soviets so the barges are still in the British Sector.

---

[20] Im Monthly Report No. 39, September 1948, Reparations and Restitution Quarterly Review, July – Sept. 1948, S. 8, heißt es dazu: „An intensive campaign was conducted during the quarter to complete the inspection and evacuation of cultural repositories and resulted in the reduction of the number requiring further action from 334 on 30 June to zero on 30 September 1948. This program is therefore completed ... By the end of September, 125 688 units of cultural material (exclusive of books and archives) had been released from central collecting points at Munich (Bavaria) and Wiesbaden (Hesse), which accounts for nearly 70 percent of all the material received by them to date. The Offenbach (Hesse) Archival Depot, sole collecting point in the U. S. Zone for Jewish religious material and unsorted library material, has released 2 820 143 of the 3 195 195 items it had taken into custody since its activation."

[21] Raymond A. Ioanes, Assistant Branch Chief of Rationing Section, Food and Agriculture Branch, Economics Division, OMGUS.

[22] W. A. Fagan, Executive Officer, Transport Division, OMGUS.

[23] Vermutlich handelt es sich um den Chef der brit. Transportabteilung in Berlin.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Now, on the question of the barges, there were seven barges that had proceeded from Hamburg, arrived at Wittenberg[24] on the 22nd, proceeded the same day to Heidelburg[25] where they were detained until the 24th for payment of total charges. They left [Havelberg] the night of the 24th and on this morning one barge had arrived. It is now at the Spandau tollgate but the other six are still unreported.
GENERAL CLAY: Is food on it, too?
MR. FAGAN: Yes; about 100 tons.
GENERAL CLAY: We got a couple more day's food out of this, didn't we, Howly?[26]
MR. FAGAN: Yes, Sir. You asked a question yesterday about Soviets barges, Ambassador Murphy[27], going through the Soviet Zone. The British have advised that they will not accept such traffic but as yet nothing has been offered.[28]
GENERAL CLAY: They accept East to West but not West to East.
MR. FAGAN: Twenty barges left Hamburg with instructions to proceed Thursday [24. 6. 1948] night. An unknown number of those twenty – we don't know how many exactly – have left Hamburg on their way to Wittenberg[e] and they should arrive in Wittenberg[e] sometime today. What action will be taken from that time on we will see.
GENERAL CLAY: Let me know what happens if you hear anything about the other five.
MR. FAGAN: Yes, Sir. The question now of international traffic: the British have suspended international traffic from the West to East. Our policy is that we are accepting and moving whatever may be offered. The British are in a rather sticky position on that. The volume of all railborne international traffic which they are now carrying is very small. They have shipments of pyrites and herring from Norway and phosphates from Holland. It is true with the international movement, inasmuch as it originates in a foreign country, it moves by waterway to Hamburg and then is scheduled to move by rail to the Soviet Zone but as of the present moment the British will refuse to handle that. It is practically a local movement from the British to the Soviet Zone.
GENERAL CLAY: What do we have – anything moving?
MR. FAGAN: No, Sir. According to the last report last month, we moved about 2300 tons of pyrites from Italy. The movement of international freight is in greater proportion from East to West.

---

[24] Gemeint ist Wittenberge an der Elbe.

[25] Muß heißen Havelberg. Der Weg, den die Frachtkähne nahmen, ging von Hamburg elbaufwärts in die Havel und über den Havelländischen Hauptkanal nach Berlin.

[26] Es ist möglich, daß es sich hier um einen Spitznamen für Fagan handelt oder daß der Director of Office of Military Government for Berlin Sector Frank L. Howley angesprochen wurde.

[27] Robert D. Murphy, Political Adviser to the Military Governor.

[28] Im Monthly Report of the Control Commission for Germany (British Element), vol. 3, June 1948, S. 80, heißt es: „Immediately following the enactment of currency reform, the movement of all traffic from the Bizonal Area to the Soviet Zone was suspended, although traffic from the Soviet Zone continued to be accepted where offered. Despite spasmodic movement to Berlin because of the erratic rail and water transport situation which changed almost daily, it appeared that transport facilities were adequate to cope with the emergency. At the end of the month, the Soviet authorities invoked regulations that had the effect of a rail blockade on Berlin, and the task of supplying the British, American and French Sectors of the city by air was begun."

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

GENERAL CLAY: How about our own zone into the Soviet Zone; do you have any movement from our own zone to the Soviets?
MR. FAGAN: We have stopped it.[29]
GENERAL CLAY: I think you had better join the British in stopping the other.
MR. FAGAN: The British have offered this morning two trains from the Soviet to the British Zone under their policy they would accept it but the Soviets said: „No, you must give us two trains in exchange"; so the British are going to offer them two trains for Berlin and see what happens there.

The French Zone currently has not been reduced so the embargo remains in effect. That is all.
GENERAL CLAY: Thank you.
MR. MERRILL[30], Communications: The Reichspost officials[31], General, say the currency reform is the most encouraging action they have seen taken by the military governors in the past two years. They have had a considerable lack of purchasing power in the Reichsbahn[32]. It has been one of their main problems being rather a service organization. They were in a tough position with the low purchasing value of the Reichsmark.

They report now that their suppliers are beginning to give them supplies while they used to have to go out and try to find contractors. Contractors are now coming to them. The labor situation which has been a critical item in the Reichspost has materially improved. While they used to have to advertise for people to try to come to work, now they find people coming to them after jobs. Their labor which is presently employed is more efficient and there is a great drop in absenteeism which has been an important factor.[33]

The volume of the services so far has dropped off approximately by 25 to 50 percent of what it was before currency reform. They expect within two or three month to get it back to what it has been. The one problem is: they find that the rates now for the various communication services appear to be out of line.

---

[29] Auf Anordnung der britischen und amerikanischen Militärregierungen war am 24. 6. 1948 der Güterverkehr aus den Besatzungszonen und der Transitverkehr von Westeuropa in den Ostblock eingestellt worden, während Züge aus dem Osten weiter angenommen wurden. Siehe dazu: Berlin. Behauptung von Freiheit und Selbstverwaltung 1946–1948, hrsg. im Auftrag des Senats von Berlin, Berlin 1959 (Berlin 1946–1948), S. 521; Lucius D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt 1950, S. 429.

[30] Eugene H. Merrill, Chief of Communication Branch, Internal Affairs and Communications Division, OMGUS.

[31] Gemeint ist hier vermutlich die Verwaltung für Post- und Fernmeldewesen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets (VWG).

[32] Muß wohl heißen Deutsche Post, denn die Kontrolle der Reichsbahn ressortierte in der Transport Division, OMGUS. Die Umbenennung der Reichspost in Deutsche Post geschah im Rahmen der Reorganisation der Verwaltung des VWG im Januar 1948. Siehe dazu Protokoll zur 109. Sitzung des Exekutivrats des VWG am 15. 1. 1948, BA, Z 4/221, Bl. 369.

[33] Ergänzend dazu heißt es im Monthly Report No. 36, June 1948, Communications Quarterly Review, S. 2: „Large scale personnel reductions are not contemplated by Deutsche Post officials, despite the decreased activities. By dismissing only incompetent employees and retaining the well-trained personnel to handle the reduced traffic, the excessive overtime formerly required of Deutsche Post employees will be reduced or completely eliminated, greater efficiency will be attained by diminishing the work load of the individual employee".

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

The rates now charged for mail service are double preoccupation rates; for telephone and telegrams, 50% above; for a German to mail a letter, 30-cent Reichsmarks, a cost of about 7 1/2 cents; an international letter, about 15 cents compared with 5 cents, an international letter for mailing out of U. S.[34]

They want to wait a couple of month to see the full effect of the currency reform prior to recommending any basic change in the structure.[35]

They have pointed out some things which they thought our attention should be directed to. One of them is that their suppliers feel that there has not been an increase in raw materials available to them. Unless they get some money they will have to lay off some of their employees. That is because the credit of the manufacturers isn't good. There is a lack of small currency.

Then they report that apparently, on orders from the East, some of the Communist agitators are attempting to discredit the currency reform, one thing being the lack of signature on the currency which apparently was a custom of Germany before the war.

With respect to the mail situation in the Soviet Zone there is no exchange of mail except occasionally there is a car or two a day of mail going through different places along the border. We understand that telephone and telegraph service is still continuing from the Western zones into Berlin and into the Soviet Zone although we understand the Soviets are tapping the telephone and telegraph cables which are now coming through a building in the U. S. Sector. They have been tapping them outside of Berlin and are now routing the cables into the telephone and telegraph office which they are constructing. It will probably take a week or two to construct the thing.

We have a number of communication papers which will be on the agenda, I think, of the next Bipartite Board meeting [30. 6. 1948]. The most important one covers the radio field. There is a difference of opinion between us and the British on the matter. We have coordination with G-2[36] Signal Office and with various other interested offices in OMGUS who have proposed that the economic council be given full authority in the radio field except for radio broadcasts and news disseminations and for allocation frequencies. The British feel the economic counsel could be given a limited authority but in major radio activities that their proposed actions should still be subject to prior approval of military government.

Another paper on which there is a difference of opinion is the principle of what we call Sender-Keep-All on international telephone and telegraph service on exchange

---

[34] Ergänzend stellt Monthly Report No. 36, June 1948, Communications Quarterly Review, S. 2, fest: „All telecommunications, postal, and postal financial services in the Bizonal Area declined sharply with the promulgation on 20 June of currency conversion in the Western Zones. Within two weeks, however, all services had begun a steady recovery, reaching by 30 June levels which in general compared favorably with those in 1938. According to estimates by Deutsche Post officials at various communications centers in the Bizonal Area, mail volume had returned to 40–50 percent of the pre-conversion level, telegraph traffic was 25–50 percent of the former volume, and telephone volumes were approximately 70 percent as heavy as in mid-June. Further moderate increases in the communications services are anticipated by Deutsche Post officials."

[35] Die Senkung der Postgebühren wurde bereits im Juli 1948 von der Verwaltung für Post- und Fernmeldewesen des VWG vorgeschlagen. Siehe Protokoll der Konferenz der Generäle Clay und Robertson mit Vertretern der bizonalen Organe am 15. 7. 1948, BA, Z 4/523, Bl. 312.

[36] Das Oberkommando der amerikanischen Armee in Europa war in fünf Gruppen eingeteilt: Personnel (G-1), Intelligence (G-2), Operations (G-3), Supply (G-4), Civil Administration (G-5).

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

with foreign countries on a non-accounting basis. It was approved by the Bipartite Board and the British have proposed attempting to expanding the principle with other countries.

DR. MUELDER[37], Education and Culture Rel.: Following instructions from General Gailey[38], we are in the process of moving to Nürnberg[39] the entire division excepting the deputy director and administrative officer or secretary will be moved to Nürnberg. Some will go down Sunday [27. 6. 1948]. By Wednesday [30. 6. 1948] the entire division shall clear the post here.

Dr. Gresh[40], the Berlin director, is leaving for the States by ship on the 30th of June and I think he should be here along the 15th of July.

In the education field there is one item of general interest as far as the Russians are concerned. I think Dr. Gresh has an item to relate.

DR. GRESH, Education: The Unitarian Service Commission[41], General Hays[42], as you know, is sending over a rather large commission of doctors and surgeons. They arrived in Frankfurt on the 2nd of July and consisted of 15 eminent medical men and three other people. The education branch has been assigned the responsibility for taking care of them and it is pretty well completed. However, we have asked the Public Health Branch to take over the rest of the business so far as their stay here is concerned. They come to Frankfurt and then to Berlin and then go back to Frankfurt for the start off. They will spend about a week at each university. They bring with them a certain amount of demonstration material.

The British were a little bit worried about overcrowding the schools and spending a week there but that has all been worked out. It won't be a very great task for Public Health to take over as far as handling is concerned.

The Commission of International Education Reconstruction, which is sort of a committee of the American Council of Education, has come out with a very significant report. I think you have seen it. It drew up a letter for General Clay. The commission, by the way, is charged with the coordination of all volunteer efforts in America with respect to war devastated countries and the report shows that in 1947 the re-

[37] Milton E. Muelder, Deputy Director of Education and Cultural Relations Division, OMGUS.

[38] Charles K. Gailey, Chief of Staff, OMGUS.

[39] Die Teilverlegung der Education und Cultural Relations Division, OMGUS nach Nürnberg fand im Rahmen einer größeren Umstrukturierung der Information Control Division und der Education and Cultural Relations Division statt. Vgl. dazu OMGUS-General Order No. 6 vom 18. 2. 1948 und No. 22 vom 23. 6. 1948, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ), MA 1417.

[40] Levi D. Gresh; die Position von Gresh in OMGUS zum damaligen Zeitpunkt ließ sich nicht ganz klären. Nach den OMGUS-Personnel Rosters war er bis Februar 1948 Deputy Chief of Education and Religious Affairs Branch der Internal Affairs and Communications Division, OMGUS. Er taucht dann nicht mehr in den Personallisten der neugebildeten Education and Cultural Relations Division, OMGUS, auf, auch nicht in denen des Office of Military Government for Berlin Sector (OMGBS).

[41] Es muß heißen „Unitarian Medical Mission"; dazu heißt es ausführlicher im Monthly Report No. 37, July 1948, S. 10: „The Unitarian Medical Mission, consisting of 15 physicians and surgeons from the United States, arrived in the U. S. Zone on 2 July. A series of lectures, clinics, and demonstrations was given to the German medical profession in Frankfurt, Berlin, Munich, and Goettingen (British Zone) . . . The Medical Mission brought U. S. textbooks and surgical and anesthesia apparatus to give to the Germans on the completion of the visit."

[42] George P. Hays, Commanding General, OMGUS and Deputy Military Governor.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

porting members of this commission spent about $ 1,155,000. Not all of the members reported on their 1948 plans but Snyder, who is the executive director of the commission, estimated $ 250,000,000, as you know. However, we have felt that the inspector general would leave in America a small coordinating committee. This man Snyder's committee is concerned with devastated countries. Dr. Wells[43] is working on that now.

We have a letter from Rockefeller [Foundation] which indicates that it is about set up. Dean Russell came through with a very significant report. You have seen it and I think it has a special significance for democratization program. I think, General Clay, you would like to read it.

And there is one other item and that is that our Dr. Ade[44] and Dr. Allard[45] made a trip to Pädagogische Hochschule [Berlin] yesterday and were picked up and held from three o'clock until seven. Dr. Allard said they gave him pretty rough treatment and Dr. Alexander[46] is sending in a report to the Chief of Staff.

I think that is all.

DR. LITCHFIELD[47], Civilian Administration: General Hays, I have several items of interest with regard to the SPD. First of all, the decision has been definitely made to move their headquarters from Hamburg to Frankfurt.[48] In connection with that, there is reason to believe – though it is not at all definite – that SDP may begin to have certain of its members in Economic Council in Laenderrat who have not been too effective resign and replace them with higher ranking people. There are a number of conversations which they have initiated this week and in which they have admitted that [they] have not made the efforts in economic council in the past. They will try to make up for the mistake in the future.

Likewise, there is reason to believe – although it is not definitely settled – that SPD may be assigned to recommend to its members in the Landtage to have indirect elections of the members of the constituant assemblies instead of direct.[49] If that is the case

[43] Hermann B. Wells, Adviser for Cultural Affairs to the Military Governor, Acting Director of Education and Cultural Relations Division, OMGUS.

[44] Lester K. Ade, Deputy Chief of Education Branch, Education and Cultural Relations Division, OMGUS.

[45] Allards Funktion konnte nicht ermittelt werden.

[46] Richard T. Alexander, Chief of Education Branch, Education and Cultural Relations Disision, OMGUS.

[47] Edward H. Litchfield, Director of Civil Administration Division, OMGUS.

[48] Die Parteizentrale der SPD befand sich damals nicht in Hamburg sondern in Hannover. Eine Verlegung nach Frankfurt war nicht im Gespräch. Erst nach der Konstituierung der Bundesrepublik kam die SPD-Zentrale nach Bonn. Möglicherweise nimmt Litchfield in seinen Ausführungen die Beratungsgegenstände des Hauptvorstandes der SPD auf, der sich am 29. und 30. Juni 1948 in Hamburg getroffen hatte. Vgl. Sozialdemokratischer Pressedienst vom 30. Juni 1948, S. 1.

[49] Dazu äußerte sich am 30. Juni 1948 der SPD-Vorstand in einer Entschließung: „Die Sozialdemokratische Partei wehrt sich gegen den Versuch, Deutschland staatsrechtliche Konstruktionen aufzuzwingen. Die Erweiterung und Zusammenfassung der deutschen Befugnisse auf der jeweils höchsten erreichbaren territorialen Stufe ist eine Notwendigkeit. Aus diesem Grunde bejaht die Sozialdemokratie die Schaffung einer einheitlichen und effektiven Verwaltung in den drei Westzonen. Darum tritt sie auch dafür ein, daß die Besatzungsmächte baldige allgemeine und direkte Wahlen zu einem provisorischen Parlament ermöglichen. Dieses sollte sowohl ein Verwaltungsstatut für die westlichen Besatzungszonen schaffen, als auch die normalen Funktionen einer demokratischen Volksvertretung übernehmen." Ebenda S. 3.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

the KPD is the only party now which wants popular elections for reasons which are generally understood with reference to the food situation in Berlin which will take considerable pains to explain.
GENERAL CLAY: It puts us on the KPD side.
DR. LITCHFIELD: We have been very careful not to advertise what our position was in the negotiation.
GENERAL CLAY: We definitely want direct elections. I have told every one of them that.
DR. LITCHFIELD: It is probably only the SPD that will attack this.
GENERAL CLAY: And us.[50]
DR. LITCHFIELD: As far as the food situation is concerned, General Clay, we have 16,000 CARE[51] packages which were loaded in Bremen coming in by barge which, of course, can't now come in. CARE is trying to negotiate to have them brought in by commercial carrier so the 16,000 will be there if there is any way of bringing them in.

Colonel DeForest[52] has something to say about the health in Berlin.

I would like to say now we have a staff study coming up in coordination with Colonel Howley's people so that possible alternatives will be laid down if it is necessary to make such.

In the legislation field there has been a very great increase in the number of pieces of legislation which have come up from the economic council. There are three which have come up for interim action by the Bipartite Board, three more that are to be in the Board agenda for next Wednesday [30. 6. 1948]. There are five that have been passed by the Laenderrat and on which BICO comments have been obtained.

With reference to general delay in the process of legislation review, we are trying to speed it up by decentralizing all of our legislation, by having part of the branch[54] in Frankfurt work with BICO to consolidate the views for us here. There won't be future cases where it will be necessary to go around the [Bipartite] Board.

The final thing I would like to say is that one of the by-products of our exchange program is that an official from one of the professional science journals in the States is to have an issue devoted entirely to the discussion of German problems by the Germans and Americans. Roger Wells[55] will be its editor and we hope to get it set up by this fall.
GENERAL CLAY: Good.
COLONEL DeFOREST, Public Health: In view of the order imposed on both rail and water traffic, the medical supply situation in Berlin is being investigated. By and large, it is not too bad at the moment provided there is good supervision and distribution of supplies. It is estimated that they have four months' supply on hand of peni-

---

[50] Zum Wahlmodus für den Parlamentarischen Rat siehe: FRUS, 1948 II, S. 375 ff.; Clay-Papers, S. 672 ff.

[51] Die „Cooperative for American Remittances to Europe (CARE)" war 1946 als amerikanische Hilfsorganisation gegründet worden, um die wirtschaftliche Not in Europa nach dem Krieg zu mildern.

[52] Col. Walter R. DeForest, Deputy Chief of Public Health Branch, Civil Administration Division, OMGUS.

[53] Col. Frank L. Howley, Director of OMGBS.

[54] Legislation Branch, Civil Administration Division, OMGUS.

[55] Roger H. Wells war bis August 1947 als Deputy Chief der Civil Administration Division, OMGUS tätig, ging dann in die USA zurück (Prof. für Politische Wissenschaften am Bryn Mawr College) und war ab Juli 1948 wieder im OMGUS-Stab. Vgl. Protokoll der Stabskonferenz vom 12. 6. 1948, 11 Ifz, Fg 12.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

cillin alone and about two months' supply of general medical supplies. However, the one critical item of four weeks' supply is a matter of either for anaesthesia and major surgery.[56]

We were informed yesterday that eight and a half tons of serum and vaccine, which is a quarterly shipment from the Goering Works, was returned at Helmstedt and arrangements have been made to ship that in by air; it will arrive in Tempelhof by noon.

Another problem was raised by failure of the Germans to report a status of the tuberculosis supplies required as was recommended by Dr. Long's tuberculosis commission when he was here in February.[57] The Germans were asked to estimate their requirements and forward that. The Laenderrat Committee who have been working on it have been asked to expedite and make them get together on their estimates. One trouble was that there was considerable divergence of opinion as to how many hospital beds to attribute per death to tuberculosis. The estimate ranges from 1.0 to 3.5 beds per death. The U. S. figure for supply purposes is 2.0 and they have been told to figure it out on the basis of 2.0 per death.

Public Health is prepared to take over from Education with the Unitarian Medical Mission. Most of the scheduling has been arranged and most of the administrative arrangements are ready.

DR. LITCHFIELD, Civilian Administration: I would like to add that on the last point mentioned we are trying to work out with Rockefeller [Foundation] a general exchange program in the medical field so that we will have a sustained program during the year and not a series of periodic visits which come not always set up in the way we are prepared and not prepared to do.

MR. HALL[58], Public Safety: General, during the week instructions went out requiring removal of local denazification records in the hands of local military governments to the Intelligence Office in EUCOM.[59] Those files were completed with the exception of those portions of dossierated files which we retained.[60]

---

[56] Noch am 26. 6. 1948 hatten die sowjetischen Besatzungsbehörden die Lieferung von Medikamenten aus der SBZ in die Westsektoren eingestellt. Siehe dazu Berlin 1946–1948, S. 527.

[57] Im Februar 1948 hielt sich eine Gruppe der U. S. Army Tuberculosis Commission in der US-Zone auf, die die Tuberkulosesituation untersuchte. Sie empfahl damals u. a. auch ein einheitliches Erfassungssystem der Tuberkulosefälle für die gesamte Bizone, das von den Gesundheitsbehörden der britischen Militärregierung im März 1948 übernommen worden war. Vgl. Monthly Report No. 34, April 1948, S. 11.

[58] Theo E. Hall, Chief of Public Safety Branch, Civil Administration Division, OMGUS.

[59] European Command, United States Army.

[60] Im Zusammenhang mit der Revision des „Befreiungsgesetzes" im März 1948 löste OMGUS seine Entnazifizierungsorgane auf. Zur Abwicklung der noch anstehenden Verfahren in der US-Zone erließ OMGUS am 27. 3. 1948 ein Rundschreiben an die Ländermilitärverwaltungen: „[1.] It is the purpose of this directive to establish policy and procedures for Military Government and German denazification agencies for the acceleration of the completion of denazification trials in the US Zone. It is essential from the standpoint of Military Government objectives in Germany that this program be finished rapidly. 2. Military Government has approved the attached amendments to the Law for Liberation, proposed by the Laenderrat, which give complete discretion to Public Prosecutors in instituting charges in those cases not yet tried. You will inform subordinate offices of Military Government of the attached amendments and the contents of this directive, authorizing them to deliver copies of the amendments to the Public Prosecutors in their jurisdiction. 3. You will direct Liaison and Security Offices, assisted by Land Denazification officers to contact Public

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Finally, the sign of the times is that for the first time we have recommended that bank guards be armed.

MR. KELLY, DP[61]: The DP Bill has been seen[62]. We have the text of it and have it analyzed and we are having a meeting with General Harrold; shortly after that we will meet with the immigration people and IRO[63] people in the consulate in Berlin. We will then give specific information as to how it will be implemented from all sides.

MR. CASSODAY[64], Property Division: The plan which Mr. Hawkins promised on the liquidation and termination of property control and external assets was submitted to General Clay.[65] We hope as soon as we can get the recommendations to the Germans

---

Prosecutors and Tribunals locally to explain and interpret the attached amendments and to offer continuing advice, guidance and direct assistance in the selection of the relatively few heavily incriminated cases to be tried formally and the disposition of the remainder under expedited procedure. 4. You will direct your Denazification Division and the Land Liaison and Security Offices under your jurisdiction to make available immediately on a loan basis to the Ministries and to the local tribunals the indigenous personnel of Special Branch Offices, including their office space and equipment, particularly to assist the German denazification agencies in the clerical and administrative work of their offices during the period until 1 May 1948. 5. You will relieve the personnel of your Denazification Division and all qualified Liaison and Security officers of all other duties until 1 May 1948, to enable them to provide continous and personal assistance to the German denazification agencies at every level in expediting the completion of denazification trials. [...] 8. You will direct US Military Government personnel engaged in the denazification program to utilize Military Government facilities in the direct support of the German denazification program. Headquarters EUCOM has been requested to cooperate by issuing instructions to Post Commanders to assist with the means at their disposal, when requested by authorized Military Government personnel, in the completion of the denazification program. Monthly Report No. 34, April 1948, Denazification Cumulative Review, S. 160 f.

[61] L. G. Kelly, Chief of Displaced Persons (DP) Branch, Civil Administration Division, OMGUS.

[62] Der Berichterstatter nimmt Bezug auf ein am 25. Juni 1948 von Präsident Truman unterzeichnetes Gesetz. Im Monthly Report No. 36, Juni 1948, heißt es dazu ausführlicher: „On 25 June President Truman signed the Bill permitting the selective entrance of displaced persons to the United States to become effective on 1 July 1948. The Bill will admit to the United States 205 000 eligible displaced persons resident in the Western Zones of Germany and Austria and in Italy. The number will include 3 000 eligible displaced orphans under 16 years of age on special non-quota visas, and 2 000 Czech political refugees who have arrived in Italy or the Western Zones of Germany or Austria since 1 January 1948."

[63] Die „International Refugee Organisation (IRO)" war 1946 als Hilfsorganisation der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Flüchtlinge und Verschleppten in den von den Alliierten besetzten Gebieten gegründet worden. Sie übernahm ab 1. Juli 1948 teilweise die Aufgaben der bis 1947 bestehenden „United Nations Relief and Rehabilitazion Administration (UNRRA)". General Harrold konnte nicht ermittelt werden.

[64] Eldon J. Cassoday, Deputy Director of Property Division, OMGUS.

[65] In der Stabskonferenz am 19. 6. 1948 sprach Hawkins von einem Stufenplan für den Abbau der Property Division, OMGUS. Ausführlicher heißt es dazu im Monthly Report No. 36, Juni 1948, S. 15: „During the month, U. S. Military Government virtually completed the transfer from property-control custody to the German State Corporation for the Utilization of Public Property (Staatliche Erfassungsgesellschaft für öffentliches Gut, or STEG) of all captured enemy equipment which had been under U. S. property control, and

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

we can start right out with the plans and we can get out of business within the next few months.

In connection with Mr. McCurdy's remark about the successor organization, we had a press release all set for last Wednesday [23. 6. 1948] when the regulation was made effective but I have advised PIO[66] that we were holding it up until the reporters were more interested in news of that type, and we feel a lot of news items are in it, here in Germany especially. We are holding it up until PIO advises us.[67]

GENERAL CLAY: You are just holding up the brief, not the law?

MR. CASSODAY: No, we have it – just the release; that wouldn't affect the effective date at all.

MR. ROBBINS[68], Armed Forces: The Armed Forces Division has completed its physical movement and now join the OMGUS compound family.

MR. WERTS[69], Manpower: The Economic Council has now completed action on Ordinance 32 which is the one giving economic council authority to legislate in the manpower field.[70] This was done over a slight objection of Laenderrat. They have the wish to have vocational training retained.

GENERAL CLAY: They're right on that.

MR. WERTS: Right; we would support that position. The BICO chairman [Clarence L. Adcock] acted yesterday on this ordinance. There is some slight reservation. I have

---

of all funds derived from the sale thereof. The transfer operation was begun in April 1947. The transfers of equipment and funds, which had a total valuation of RM 78 446 009, were made in accordance with Property Control Circular No. 4, dated 28 March 1947. In addition to these transfers from U. S. property-control custody, other captured enemy materials to the value of approximately RM 312 000 000 had been turned over to STEG as of 20 June by other Military Government organizations and by the U. S. Army, for use in the German civilian economy."

66 Public Information Office, OMGUS.

67 Am 1. 7. 1948 berichtete Die Neue Zeitung unter dem Titel OMGUS regelt herrenlose jüdische Vermögen: „Die Vermögensabteilung der US-Militärregierung erklärte zum Rechtsnachfolger für alle jüdischen Vermögen der amerikanischen Zone Deutschlands, bei denen ein Erbanspruch nicht mehr geltend gemacht wird, die ‚Jüdische Nachfolger-Organisation für Wiedergutmachung' (Jewish Restitution Successor Organisation), abgekürzt IRSO. Die Verfügung erfolgte auf Grund des Gesetzes Nr. 59 der Militärregierung, das eine Wiedergutmachung für feststellbares Vermögen und Eigentum vorsieht. Nach den Bestimmungen dieses Gesetzes fallen alle Vermögen, auf die durch Erben oder weil der Vermögenslasser ohne Erben starb, kein Anspruch erhoben wird, an die jüdische Nachfolgerorganisation. Nach den deutschen Gesetzen würde solches Vermögen teilweise dem Staat zufallen; da der deutsche Staat jedoch in den meisten Fällen dazu beigetragen hat, daß die Verstorbenen ohne Erben geblieben sind, erachtet es die Militärregierung für richtig, das Vermögen auf eine Organisation zu übertragen, die es für das allgemeine Wohl von Angehörigen der gleichen Rasse und Religion verwenden wird. Dieser Rechtsnachfolger darf jedoch solche übertragenen Vermögen nicht ohne ausdrückliche Genehmigung der Militärregierung aus Deutschland entfernen." Vgl. Anm. 13.

68 G. B. Robbins, Chief of Executiv Branch, Armed Forces Division, OMGUS.

69 Leo R. Werts, Director of Manpower Division, OMGUS.

70 Werts nimmt Bezug auf das „Gesetz [Nr.32] über die Zuständigkeit der Verwaltung des VWG auf dem Gebiet der Arbeit," das vom Wirtschaftsrat am 26. 5. 1948 verabschiedet worden war. Siehe dazu: Wörtlicher Bericht über die 16. Vollversammlung des Wirtschaftsrats am 25./26. Mai 1948, in: Berichte des Wirtschaftsrates Bd. 2, S. 555 ff. Zum Beschluß des Länderrats des VWG und des BICO siehe ebenda Bd. 4, S. 572, 667.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

not been able to discover what the reservation is. I talked to General Adcock yesterday about it and I am suggesting here that the Board act on the 30th [June] if possible because the others feel that it would be very desirable to have a functioning group or a group of authority at that level to deal with unemployment and labor problems which may result from currency reform.[71]

In regard to currency reform, we have a few indications which, in our judgment do not necessarily point the trend but may be of some interest here. Our people made a rather thorough survey in Hesse of the labor exchanges and as of the 31st May there were 40,000 unemployed. On the 23rd of June there were 42,100 which was an increase of 1500 of which 1100 were males. These were largely people who had been dismissed from small handicraft shops. The 400 females who were represented in that increase were people who had not been previously employed but who were now seeking employment in order to help support the family or to get income because current sources of income had been cut off.[72]

There is indication on the situation that in Frankfurt University of the 4500 students 1500 applied for part time work saying that they would be unable to carry on unless they had supplementary income. Indications are that this is true in Marburg and other university places.

Other indications are that some employers are collecting their 60 marks per employee on current payrolls and then releasing employees, waiting for the situation to settle down and see what they can afford to keep on the payroll. Some indications, too, are: it is probable some employers attempted to reduce wages. I know one or two cases were checked on and it was evidence those are illegal wages.

Further on the labor supply situation: the French recruiting, as you know, has been under way for some little time.[73] There were nearly a thousand young men and women who applied for employment in France during the two weeks ending June 20th. There was some check as to why they were interested in this employment and the answer seemed to be there was no future for the young people in Germany. Out of this thousand the French have accepted applications for 235. Most of the recruits were single men and women between 20 and 24 years of age. There were some negotiations under way with Luxembourg to recruit about 500 workers for Luxembourg. However, that probably will not proceed and indications are that Luxembourg has apparently made arrangements with Italy where they have large surplus labor and will not use the German labor.

MR. RIDDLEBERGER[74], Political: I have nothing to report.

---

[71] BIB behandelte das Problem erst in seiner 31. Sitzung am 15. Juli 1948 und entschied: „The functions of the Economic Council and the Länderrat in the field of vocational training and guidance were not to go beyond aiding, assisting, and promoting interest and activity by Länder government". Monthly Report No. 37, Juli 1948, S. 38.

[72] Vgl. dazu auch den ausführlicheren Monthly Report No. 36, Juni 1948, S. 18 f.

[73] Im November 1947 hatte die amerikanische Militärregierung mit der Regierung in Paris ein technisches Abkommen ausgehandelt, nach dem eine französische Kommission 20 000 freiwillige Arbeitskräfte aus der US-Zone für Frankreich anwerben konnte. (Monthly Report No. 29, November 1947, S. 30 f.) Die Kommission begann am 7. 6. 1948 in Bayern ihre Rekrutierungen. Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 8. Juni 1948 und Monthly Report No. 36, Juni 1948, S. 19.

[74] James W. Riddleberger, Director of Office of Political Affairs, OMGUS.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

COLONEL TEXTOR[75], Information Control: The information program continues mostly to concentrate itself on the currency reform program. The task force I have in France for the backing up of the zonal operation will follow[76] about the same schedule this weekend as last. Special editions of the Neue Zeitung and others will continue.

With respect to the Soviet radio, yesterday it seemed to quiet down somewhat. That is, the peak of violence and threatening appeared on the Soviet radio on Tuesday, Wednesday and Thursday [22.–24. 6. 1948]. Yesterday seemed to reveal new themes on violations. The two violations were broadcasts with respect to the Warsaw conference and the demand of Germany on the Bipartite Agreement. The main theme song had to do with demands for Germany which were used for discrimination on currency reform.[78] The other one was a broadcast yesterday of propaganda which had to do with the British stand in Berlin with the implication being that the British position would weaken.[79]

With respect to our own position in Berlin, the only thing of interest is our own newsprint situation. We have approximately 750 tons on hand which for two papers represents roughly five and one-half week's supply. We are in fairly good shape. I gave instructions day before yesterday [24. 6. 1948] to cut out completely that portion of the Berlin edition which sent to the zone. That would save double shipment.

I received word yesterday by cable from New York City that the Rockefeller Foundation has formally approved our grant for fifteen German journalists to go to the United States for six month training course and we will receive them from the three zones.[80]

We have a board of visiting experts here from the United States consisting of five presidents of five leading publishing houses. They are here to survey our publishing

[75] Gordon E. Textor, Director of Information Control Division, OMGUS.

[76] Textor spielt hier auf die Widerstände Frankreichs gegen die Errichtung eines Weststaates in Deutschland an.

[77] Auf Initiative der Regierungen in Moskau und Warschau hatte am 23. und 24. Juni 1948 eine Konferenz der Regierungsvertreter der Ostblockländer stattgefunden. Sie vereinbarten eine Erklärung, in der scharfe Angriffe gegen die Beschlüsse der Londoner Konferenz vom Juni 1948 formuliert wurden. Außerdem wurden Meldungen lanciert, nach denen die Warschauer Konferenz die Bildung einer deutschen Separatregierung für Ostdeutschland beschlossen habe.

[78] Siehe dazu: Berlin 1946–1948, S. 512 ff.

[79] Das offiziöse Organ der sowjetischen Militärverwaltung „Tägliche Rundschau" veröffentlichte im Juni 1948 Meldungen, daß amtliche Kreise in London einen Rückzug ihrer Truppen aus Berlin erwögen. Ein Sprecher des Foreign Office erklärte am 26 Juni 1948 demgegenüber, daß sich das britische Kabinett nach der Entgegennahme eines Berichts des stellvertretenden britischen Militärgouverneurs Gen. Brownjohn über die Lage in Berlin zum weiteren Verbleib der britischen Truppen in Berlin entschlossen habe. Außerdem betonte Churchill als Oppositionsführer auf einer Parteiversammlung in Luton, daß eine feste Haltung gegenüber den Sowjets die einzige Chance sei, um einen dritten Weltkrieg zu verhindern. Vgl. Die Neue Zeitung vom 27. 6. 1948 und Schreiben des amerikanischen Botschafters in London Lewis Douglas an George Marshall vom 26. 6. 1948, in: FRUS, 1948 II, S. 921 ff.

[80] Nachdem im April 1948 sechs Rundfunkkommentatoren mit Hilfe von Rockefellerstipendien das amerikanische und britische Rundfunksystem studieren konnten, gingen im September 1948 15 deutsche Journalisten zwei Monate nach Amerika, um sich dort über das Pressewesen zu unterrichten. Vgl. Monthly Report No. 59, September 1948, Information Services, Quarterly Review, S. 11.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

program and give us practical advice on what we can do to improve the situation in Germany. They know the situation thoroughly. It represents five months of backing us up in the States. They know the situation well and I think they will give very good advice.

An interesting highlight on the Yehudi Menuhin concert on Monday and Tuesday is: he is arriving by special plane tomorrow on his own offer to add Berlin to his concert tour.[81] We have received a message from him this morning saying he would like to have DP's and German school children admitted. He is apparently going to carry on the same good work he has heretofore.

MR. SHUBERT[82], Public Information: I have nothing.

MR. DeNEUFVILLE[83], Intelligence: I have several items for our people in Berlin. The City Council last night decided that the United Nations should take a stand on the Berlin situation. There was a decision or plan that directed someone to draw up a letter or cable to be sent United Nations. That was adopted on a non-party basis. There were a few extensions; otherwise, it would be an unanimous vote.[84]

The SED is not having a great deal of success with its plans to organize general strikes of protest here. Apparently, the trade union leaders, even the Communists, are against it because they say it will be a weakness rather than strength.

The exchange of money in the Soviet sector is very chaotic. The exchange that we are making in our sector – the actual procedure comes in with very favorable comment because it is much more quick and more efficient. As for the rate of exchange between the Soviet mark and the Deutsche Mark, rumors have it it will be anything from five to one Deutsch Mark up to twenty for one, but some deals were actually concluded last night of eight to one. That seems to be the going rate on the black market.

I think that is all.

GENERAL CLAY: If they keep on, they will be able to get more Soviet marks for the one Deutsch Mark than they had Deutsch Marks to turn in.

COLONEL WILLARD[85], Berlin Command: Nothing.

COLONEL DUKE[86], Personnel: Nothing.

MR. SUNDQUIST[87], Control Officer: Nothing.

MR. KING[88], Secretary General: Nothing.

DR. FRIEDRICH[89], Governmental Affairs: General Hays, the sheet rate on stamps is 700 marks. I had hoped to be able to make a final report on these meetings of the German governmental and political leaders with the people in the Ruhr coal mining in-

---

[81] Der amerikanische Geigenvirtuose Jehudi Menuhin hielt sich damals zu einer Konzertreise für Wohltätigkeitszwecke in Deutschland auf.

[82] L. B. Shubert, News Branch of Public Information Office, OMGUS.

[83] Lawrence E. DeNeufville, Deputy Director of Intelligence Office and Chief of Analysis and Research Branch, OMGUS.

[84] Am 25. Juni 1948 beschloß der Magistrat von Berlin, die Vereinten Nationen auf die schwierige Situation der Stadt hinzuweisen. Die Eingabe an die UN, die auch den vier Besatzungsmächten unterbreitet worden war, wurde auf einer außerordentlichen Sitzung des Magistrats am 28. Juni 1948 formuliert. Siehe Die Neue Zeitung vom 27. 6. 1948.

[85] Robert A. Willard, Commanding Officer, Berlin Command.

[86] James D. Duke, Personnel Officer, OMGUS.

[87] James L. Sundquist, Control Officer, OMGUS.

[88] James E. King, Acting Secretary General, OMGUS.

[89] Carl J. Friedrich, Governmental Affairs Adviser to Military Governor.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dustry but we are still without the official report from the minister presidents due to difficulty of channels.[90]

However, I do have a final report with reference to the leading Bizonal crowd in Essen on the 8th and 9th and I think the only matter of general interest would be that there is the usual amount of complaints. They feel they want the necessary legislation in the economic council in the Laenderrat to remedy the situation, they observed. I hope they do.

There is one specific item which I believe might be of interest to you, General Clay, because it relates to the controversy in the works council on Hesse. There has been in the British Zone right along a practice not embodied in law, for the works council to be involved in denazification proceeding, which has proved to be a considerable handicap to management in making appointments; and the appointments are held up because the works council does not bring forth the necessary approval for the persons they don't like. In the works council dominated by Communists that is used as a means of obstruction. Evidently both the minister presidents and economic councils decided this was something that should be stopped by the Germans by appreciative prohibitive legislation and that it would be interesting to see what happens.

The only other thing I would like to mention is, that the constitution of the two major parties seems to have pretty well crystalized by this time. Both parties have constitutional committees and these committees continue to funktion but they have produced preliminary reports which are pretty detailed.[91]

With reference to the constitution, incidentally, General Clay, in view of the exchange of views in connection with that problem, direct and indirect representatives, there are also considerable elements in the CDU who favor direct election of the constitutional convention. For example, the chairman of the constitutional committee[92] definitely told me that they would much prefer to see the constitutional convention directed and I think the same thing is true of Mueller[93] and his group in Bavaria, so there are differences of opinion on that score; but I think, in view of the extent to which constitutional views are crystalizing, it is possible to have a fair idea as to what the constitutional compromise will look like.

GENERAL CLAY: In view of the fact that we are in for quite a siege and to release as much of our air traffic to German needs as we can – and also because of lavish living, under a period in which the Germans will be under strict control – and as a result of our actions, I would like to ask that the word be passed along asking all of our people to refrain from giving any parties at which food is served until further notice.

---

[90] Am 5./6. Juni 1948 fand in Düsseldorf eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Bizone mit Vertretern der Länderregierungen der französischen Zone, der deutschen Kohlebergbauleitung, der Gewerkschaften und der Verkehrsverwaltungen statt. Diese „Kohlekonferenz" erörterte Maßnahmen zur Steigerung der Kohleproduktion.

[91] Vgl. W. Sörgel, Konsensus und Interessen, eine Studie zur Entstehung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1969; K. Niclauß, Demokratiegründung in Westdeutschland. Die Entstehung der Bundesrepublik von 1945–1949, München 1974, S. 122 ff.

[92] Vorsitzender des Verfassungsausschusses der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU war Heinrich von Brentano.

[93] Josef Müller („Ochsensepp"), stellvertretender Ministerpräsident und Justizminister in Bayern und zugleich Vorsitzender der CSU war wegen seiner weniger föderalistischen Einstellung innerhalb seiner Partei heftig umstritten. Vgl. W. Benz, Föderalistische Politik in der CDU/CSU. Die Verfassungsdiskussion im „Ellwanger Kreis", VfZ 25 (1977), S. 776 ff.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

All clubs and messes will be advised accordingly. Snack bars will be closed down to very limited purchases. In every way possible we will try to minimize the air haul that we are putting up here so that it will make more space available for bringing in German supplies. As far as parties are concerned, you can have them as long as you don't serve food. I want it to be on a voluntary basis.

I also want a study made to determine the extent to which we can ration petrol and, for the time being, cut out all those uses of gasoline and lubricating oils which have to do with pleasure such as motor boating on the lake and what not.

While it isn't necessary because we have the air lift, it seems to me that it is very desirable to make as much of it as possible available to maintain the German population as long as we can. If you will get to work and put that in a bulletin I would appreciate it.

I would appreciate it if all of you would call your people in and on this food business ask them to do it on a voluntary basis and also to accept rationing of gasoline on the movement of cars for business only until the situation settles down.

GENERAL HAYS: I would like to introduce our new Inspector General, Major General Evans[94], who has just arrived in the Theater.

GENERAL CLAY: Thank you very much. Next Saturday: same place, same time.

– 1155 hours –

---

[94] Evans löste Gen. Louis A. Craig als Inspector General, EUCOM ab.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notizen

WOLFGANG W. WITTWER

DEUTSCHLAND NACH 1945. ENTSTEHUNG UND ENTWICKLUNG DER BUNDESREPUBLIK UND DER DDR

Ein neuer Förderungsschwerpunkt der Stiftung Volkswagenwerk

I.

Die besonderen deutschen Entwicklungsbedingungen für die zeitgeschichtliche Forschung haben dazu geführt, daß diese bisher überwiegend auf die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Zeit konzentriert war. Erst seit einigen Jahren wird die zweite deutsche Nachkriegszeit in ihren auswärtigen und internationalen Bezügen zu einem expandierenden Arbeitsgebiet mit Entwicklungsproblemen, wie sie für einen in raschem Aufbruch befindlichen Bereich naheliegend sind. Das Interesse der Forschung wird geweckt durch neue, bisher nicht zugängliche Quellenbestände und durch die Befürchtung, daß Überlieferungen durch den Tod informierter Zeitgenossen und durch die Vernichtung von üblicherweise nicht archivwürdigem Material verlorengehen könnten. Die begrenzte Umorientierung der Wissenschaft, in der die Nachkriegszeit zum Gegenstand der geschichts- und sozialwissenschaftlichen Forschung wird, entspricht zugleich einem sich verändernden öffentlichen Bewußtsein, in dem zunehmend die Zeit seit 1945 als eigenständiger historischer Abschnitt verstanden wird. Diese allgemeine Veränderung findet ihren deutlichsten Ausdruck in dem breiten Zugriff der Medien und in der Verwendung zeitgeschichtlicher Motive in der aktuellen politischen Auseinandersetzung. Daraus erwächst der Forschung die Aufgabe, empirisch-kritisch Sachverhalte und Zusammenhänge aufzuzeigen und zu analysieren – auch um historischen Legendenbildungen, die aus den verschiedensten Gründen entstehen könnten, entgegenzuwirken.

II.

Die Stiftung Volkswagenwerk hat, auf der Grundlage vielfältiger vorbereitender Kontakte, nunmehr einen neuen Förderungsschwerpunkt „Deutschland nach 1945 – Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik und der DDR" eingerichtet, um zu der Umorientierung, Verstärkung und zugleich Verdichtung der empirisch-quellenmäßig fundierten Erforschung der deutschen Entwicklung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges beizutragen. Neben den generellen Problemen für die historische Forschung in der Bundesrepublik (vgl. G. A. Ritter auf der Eröffnung des Hamburger Historikertages 1978) wird mit diesem Förderungsangebot die Hoffnung verbunden, auch den zusätzlichen spezifischen Problemen der zeitgeschichtlichen Forschung zur Nachkriegsentwicklung gerecht zu werden, die in dem durch die große Materialfülle bedingten erhöhten Bearbeitungsaufwand, in der zunehmenden Notwendigkeit multidisziplinär besetzter Projektgruppen und in den erhöhten Qualifikationsanforderungen für Projektbearbeiter gesehen werden. Durch die Förderung von Forschungsarbeiten, die mit Problemen der Aktenfreigabe verbunden sind, soll auch der Informationszugang zeitgeschichtlicher Forschung verbessert werden.

Im einzelnen können von der Stiftung – unter Hervorhebung bestimmter Forschungsperspektiven – quellenmäßig fundierte Projekte zur Gründungs- und auch

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zur Verlaufsgeschichte der westlichen Besatzungszonen/Bundesrepublik, zur zeitgeschichtlichen Erforschung der frühen Entwicklung der SBZ/DDR und unter bestimmten Voraussetzungen Quelleneditionen sowie Vorhaben, die der Kooperation und Koordinierung dienen, gefördert werden.

Der *allgemeine Gegenstandsbereich* umfaßt solche Vorhaben, die die empirische, quellenmäßig gesicherte Erforschung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungen in Deutschland seit 1945, d. h. im Deutschland der unmittelbaren Nachkriegszeit sowie in der Bundesrepublik und in der DDR zum Gegenstand haben. Die unmittelbare Vorgeschichte – Weimarer Republik/Drittes Reich – kann in besonderen Fällen, in denen sie zur Erhellung einer relevanten Nachkriegsentwicklung wesentlich erscheint, berücksichtigt werden. Das Thema „Deutschland nach 1945" ist dabei nicht im Sinne einer verengten Nationalgeschichtsbetrachtung zu verstehen, sondern die deutsche Entwicklung sollte ständig einbezogen werden in die allgemeine, vor allem durch internationale Entwicklungen geprägte Nachkriegsgeschichte. Deshalb haben für die Stiftung solche Forschungsvorhaben Vorrang, die in ihrer Betrachtungsweise die Trennung innen- und außenpolitischer Entwicklungen überwinden wollen und dafür die wechselseitigen Verflechtungen zwischen inneren und äußeren Bezügen betonen.

Im *Themenbereich westliche Besatzungszonen/Bundesrepublik – Gründungsgeschichte* werden Forschungsarbeiten zur Umbruchs- und Gründungsphase der deutschen Nachkriegsgeschichte bis zur Mitte der 50er Jahre besondere Beachtung finden. Dabei können insbesondere berücksichtigt werden die Frühgeschichte des Parlamentarismus, der Parteien und die Entstehungsgeschichte grundlegender Gesetze, die Einwirkungen der Besatzungsmächte, die Begründung von Normen (zum Beispiel im geistig-kulturellen Selbstverständnis), und Neuansätze einschließlich „vergeblicher" Gründungen (abgebrochene Ansätze, z. B. im geistig-politischen Bereich).

Der *Themenbereich westliche Besatzungszonen/Bundesrepublik – Verlaufsgeschichte* erfaßt Vorhaben, die mittelfristige, etwa bis Mitte der 60er Jahre anhaltende bzw. vollzogene Entwicklungen zum Gegenstand haben. In diesen Bereich gehört insbesondere die Erforschung der allmählichen gleitenden Veränderungsprozesse (sogenannte „stille Revolutionen"), der Institutionengeschichte, der Rechts- und Verfassungsentwicklung in zeitgeschichtlichen Zusammenhängen, und der Entwicklung der Deutschlandpolitik in den westlichen Besatzungszonen/Bundesrepublik und in der SBZ/DDR (einschließlich ihres Stellenwertes bei Parteien, gesellschaftlichen Gruppen und in der weiteren Öffentlichkeit).

Im *Themenbereich SBZ/DDR* will sich die Stiftung zunächst auf die Förderung von Arbeiten zur zeitgeschichtlichen Erforschung der Frühphase bis in die zweite Hälfte der 50er Jahre unter Beachtung der besonderen Quellensituation konzentrieren. Der Zeitraum bis Mitte der 60er Jahre sollte nur dann einbezogen werden, wenn es sich um die Erforschung von Entwicklungen handelt, die schwerpunktmäßig in der Frühphase der SBZ/DDR angelegt sind. Für die Konzentration dieses Themenbereiches auf die zeitgeschichtliche Erforschung der Frühphase spricht die besondere Quellenlage. Als mögliche Teilgebiete bieten sich an fundierte Einzelstudien zum Parteiensystem und zu den Massenorganisationen, Arbeiten zu staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen, Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Arbeiten, die den Prozeß der Einbeziehung der SBZ/DDR in den Wirkungszusammenhang des Ostblocks zum Gegenstand haben, und Vorhaben zur Quellenerfassung (Bestandsübersichten). Keine Berücksichtigung können Arbeiten zum ideologisch-politischen Systemvergleich zwischen der DDR und der Bundesrepublik finden. Dagegen verfolgt die Förderung in dem Themenbereich SBZ/DDR zugleich die Absicht,

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zur Stärkung der zeitgeschichtlichen SBZ/DDR-Forschung im Hochschulbereich beizutragen.

Quelleneditionen können in eingeschränktem Umfang nur gefördert werden, wenn die Relation zwischen Aufwand und den späteren Verwendungsmöglichkeiten angemessen ist, und wenn es sich um zentrale Vorhaben von besonderer, auch forschungspolitischer Bedeutung handelt, oder wenn besondere methodische Probleme in Modellvorhaben gelöst werden sollen (z. B. neue Formen der Editionstechnik und der wissenschaftlichen Kommentierung, neuartige Quellengattungen, ungewöhnliche Provenienzen). Größere Vorhaben müssen institutionell fest verankert sein, da die Stiftung nur dann eine Startförderung übernehmen kann, wenn die Fortsetzung der Arbeiten gesichert ist.

Für den Schwerpunkt „Deutschland nach 1945 – Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik und der DDR" gelten weiterhin einige *allgemeine Gesichtspunkte* der generellen Förderungskonzeption der Stiftung Volkswagenwerk im geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich in besonderer Weise. Zu nennen sind hier vor allem die multidisziplinäre Anlage des Förderungsschwerpunktes, die Betonung der internationalen Kooperation und das Bemühen um die Förderung von Koordinierungs- und Kommunikationsaufgaben.

Der Schwerpunkt steht *fachübergreifenden Forschungen* offen. Anträge können also nicht nur aus der zeitgeschichtlich orientierten Geschichtswissenschaft vorgelegt werden, sondern auch aus den benachbarten Sozial- und Geisteswissenschaften, wenn von dort zeitgeschichtlich-entwicklungsbezogene und quellenmäßig fundierte Vorhaben beabsichtigt werden. In diesem Zusammenhang würde die Einbeziehung völker-, staatsrechtlicher und sonstiger rechtspolitischer Fragestellungen in zeitgeschichtliche Bezüge von besonderem Interesse sein. Ebenso würde die Beteiligung ausländischer Wissenschaftler bzw. wissenschaftlicher Institutionen in *internationalen Kooperationsvorhaben* begrüßt werden, da die zunehmende internationale Verflechtung der deutschen Entwicklung auch entsprechende Betrachtungsweisen verlangt. Dies gilt für die USA, Großbritannien und Frankreich ebenso wie für die kleineren europäischen Staaten, unter denen Österreich wegen der Verknüpfung in der Ausgangssituation des Jahres 1945 besonders zu erwähnen ist.

Im Rahmen des Schwerpunktes wird ferner auf die Unterstützung von *Koordinationsbestrebungen* – etwa in Form von Arbeitsgemeinschaften und Arbeitstagungen – für Teilbereiche Wert gelegt. Als solche koordinierungsbedürftige Bereiche sind zur Zeit erkennbar die Zeitgeschichte der SBZ/DDR, die Parteiengeschichte, die Institutionengeschichte, die Kooperation zwischen Rechtswissenschaft und Zeitgeschichtsforschung, die wirtschaftsgeschichtliche Forschung, Arbeiten zur amerikanischen Deutschlandpolitik und methodologische Probleme. Andere Bereiche sind denkbar.

Obwohl in diesem Forschungsbereich bereits eine Reihe qualifizierter Arbeiten vorliegen, wird durch die Einrichtung des Schwerpunktes dennoch ein qualitativer Schritt der zeitgeschichtlichen Forschung zur Nachkriegsentwicklung ermöglicht. Dieser Schritt ist insbesondere durch die effektivere Ausnutzung neuer Quellenbestände zu vollziehen. Das Förderungsangebot der Stiftung möchte dazu beitragen, den Zugriff auf den Themenbereich „Nachkriegsgeschichte" zu intensivieren, zu systematisieren und – wo notwendig – zu koordinieren.

III.

Bis zum Jahresende 1978 wurden in dem neuen Förderungsschwerpunkt bereits neun Bewilligungen mit einem finanziellen Volumen von insgesamt rd. 3,2 Mio DM ausgesprochen. Bereits seit 1975 unterstützt die Stiftung am Institut für Zeitgeschichte ein Projekt zur systematischen Auswertung der Akten der amerikani-

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Militärregierung in Deutschland (OMGUS). Die Themen der wichtigeren in dem neuen Schwerpunkt geförderten Vorhaben der Stiftung Volkswagenwerk sind geeignet, die Konzeption des Förderungsschwerpunktes inhaltlich zu veranschaulichen:

Politik und Gesellschaft in der US-Zone (Institut für Zeitgeschichte, München, Professor Dr. M. Broszat).

Projektverband Grundlegung und Festigung der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland (Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bonn, Professor R. Morsey).

Startfinanzierung der Edition der Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1949 bis 1952 (Bundesarchiv Koblenz, Professor H. Booms).

Entwicklungsgeschichte der Bundeswehr 1955 bis 1975 (Arbeitsbereich Sozialwissenschaften der Hochschule der Bundeswehr München, Professor K. von Schubert).

Berlin – Symbol of Confrontation, Touchstone of Detente (The American Council on Germany, New York, D. Klein).

Amerikanische Europapolitik und deutsche Arbeiterbewegung: Gesellschaftspolitik im Zeichen des Ost-West-Konfliktes 1945 bis 1949 (Universität Trier, Professor W. Schieder).

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN BEZIEHUNGEN 1936–1939

In Fortsetzung der 1977 stattgehabten Gespräche über die deutsch-französischen Beziehungen zwischen 1932 und März 1936 (vgl. diese Zeitschrift 25 [1977], S. 262 f.) fand vom 26. bis 29. September 1978 ein deutsch-französisches Colloquium über die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland von März 1936 bis September 1939 statt, das diesmal vom Deutschen Historischen Institut Paris in Zusammenarbeit mit dem Comité français d'histoire de la deuxième guerre mondiale und dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg im Gebäude des Bundesministeriums für Forschung und Technologie in Bonn veranstaltet wurde. Die Leitung des Colloquiums lag in den Händen des Direktors des DHI/Paris, Prof. Dr. Karl Ferdinand Werner, der bei der Programmgestaltung von Prof. Dr. Klaus Hildebrand (Münster) unterstützt wurde.

Folgende Themenbereiche und Einzelreferate standen zur Diskussion:

I. Das Bild vom anderen: Nach Eröffnungsworten des Bundesministers für Forschung und Technologie, Dr. Volker Hauff, und Prof. Werners sprachen René Remond (Paris X/Nanterre) über das Deutschlandbild der französischen öffentlichen Meinung von 1936 bis 1939; Klaus-Jürgen Müller (Hamburg) über die deutsche öffentliche Meinung und Frankreich; Rita Thalmann (Tours) über die deutsche Emigration und die französische öffentliche Meinung von 1936–1939; Hans Hörling (Institut d'Allemand, Asnières) legte ein Korreferat über das Deutschlandbild der Pariser Tagespresse vom Münchner Abkommen bis zum Ausbruch des II. Weltkrieges vor.

II. Rüstung und militärische Vorbereitung: Hierzu wurden Referate vorgetragen von Henri Dutailly (Service historique de l'Armée de Terre) über Rüstungsprogramme und Strukturverbesserungen des französischen Heeres 1935–1939; Wilhelm Deist (MGFA Freiburg) über deutsche Heeresrüstung und Aggression 1936–1939; Philippe Masson (Service historique de la Marine) über die französische Marine und die alliierte Strategie 1938–1939; Gerhard Schreiber (MGFA Freiburg) über die Rolle Frankreichs im strategischen und operativen Denken der deutschen Marine; Charles Christienne (Service histor. de l'Armée de l'Air) über die französische Luftwaffe vom März 1936 bis September 1939; Patrick Buffotot (Service histor. de l'Armée de l'Air) über die Wiederaufrüstung der deutschen Luftwaffe und das Herannahen des Krieges aus der Sicht des Deuxième Bureau der französischen Luftstreitkräfte 1936–1939; Klaus Maier (MGFA Freiburg) über den Aufbau der Luftwaffe und ihre strategisch-operative Konzeption, insbesondere gegenüber Frankreich; Madeline Astorkia (Service histor. de l'Armée de l'Air) über die Luftstreitkräfte im Spanischen Bürgerkrieg.

III. Wirtschaftliche und soziale Probleme waren Gegenstand der Beiträge von Raymond Poidevin (Metz) zur Frage, ob es 1938–1939 Ansätze zu einer Wiederbelebung der französisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen gab; von Jean-Louis Cremieux Brilhac (Documentation française Paris) über die französische Wirtschaft zwischen Krise und Krieg: Die industrielle Mobilmachung in der Bewährung; Hans-Jürgen Schröder (Mainz) über die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen 1936–1939; Jost Dülffer (Köln) über Aufrüstung, Kriegswirtschaft und soziale Frage im „Dritten Reich" 1936 bis 1939.

IV. Ereignisse von großer Tragweite behandelten die Referate von Charles Bloch (Tel-Aviv) über die deutsch-französischen Beziehungen und die Politik der

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mächte während des Spanischen Bürgerkrieges; Hans-Henning Abendroth (Scraptoft/Leicester) über Deutschland, Frankreich und den Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939; Gottfried Niedhart (Mannheim) über die deutsche Außenpolitik im Entscheidungsjahr 1937; Wolfgang Michalka (Frankfurt) über die Außenpolitik des „Dritten Reiches" vom österreichischen „Anschluß" bis zur Münchener Konferenz 1938. Von Jacques Bariéty (Straßburg), der selbst nicht teilnehmen konnte, lag ein Referat zum Thema Frankreich und die Anschlußfrage März 1936 bis März 1938 vor. René Girault (Paris X/Nanterre) sprach über die französische Außenpolitik nach München (September 1938–April 1939) und Franz Knipping (Tübingen) über die deutsch-französische Erklärung vom 6. Dezember 1938.

V. Die Situation im September 1939 stand im Mittelpunkt der beiden abschließenden Referate von Jean-Louis Cremieux Brilhac über Frankreich angesichts der deutschen Politik und des bevorstehenden Krieges Anfang September 1939 und von Andreas Hillgruber (Köln) über Frankreich als Faktor der deutschen Außenpolitik im Jahre 1939.

An den Diskussionen nahmen u. a. von französischer Seite General Fernand Gambiez (Vincennes), Jacques Droz (Paris I), Claude Lévy (Paris), Gilbert Badia (Paris VIII/Vincennes), Pierre Angel (Tours) und André Meyer (Aix-en-Provence) teil, von deutscher Seite Klaus Hildebrand, Manfred Merkes (Bonn), Roland Höhne (Berlin), Hannsjörg Kowark (Tübingen), Manfred Messerschmidt, Hans-Erich Volkmann, Hans Umbreit und Jürgen Förster (alle MGFA Freiburg).

Inhalt und Ergebnisse der Diskussionen können hier wiederum nur kurz angedeutet werden. Sie werden zusammen mit den Referatstexten vom Deutschen Historischen Institut Paris veröffentlicht werden. Das Centre Nationale de la Recherche Scientifique (CNRS), Paris, bereitet eine Publikation der Referate des Colloquiums über die deutsch-französischen Beziehungen 1932–1936 vor, einige von ihnen sind auch schon in Band 5 (1977) der „Francia" (hrsg. vom DHI/Paris) erschienen.

Während sich das Deutschland-Bild der französischen Öffentlichkeit in den Jahren 1936 bis 1939 zumeist im Rahmen der traditionellen Stereotypen bewegte, nur Wenige das Spezifische des Nationalsozialismus erkannten und auch die deutschen Emigranten, die sich in politischen Richtungsstreitigkeiten zersplitterten und zunehmenden Restriktionen ausgesetzt waren, nur in geringem Maße zur Aufklärung über die Vorgänge in Deutschland beitragen konnten, wurde das Frankreich-Bild in Deutschland in diesen Jahren sehr stark von der französischen „Volksfront" geprägt, mit der man die kommunistische Gefahr im Westen heraufziehen sah; im übrigen gab es erhebliche Unterschiede in der Beurteilung Frankreichs auch innerhalb der NS-Presse, etwa zwischen Publikationen der SS und der Hitlerjugend. In der deutschen Wehrmacht hatte man trotz Vorherrschen der Ideologie vom „Erbfeind" eine hohe Meinung von der französischen Armee, die man für schlagkräftig und zu Lande und zu Wasser überlegen einschätzte. In den Referaten der französischen Militärhistoriker wurden die Rüstungsanstrengungen Frankreichs vor 1939 und die Kampfkraft seiner Armee aber sehr kritisch betrachtet. Eine strategische Konzeption habe so gut wie ganz gefehlt und die rein defensive Orientierung sich ungünstig auf Modernisierungsbestrebungen (Panzereinheiten etc.) ausgewirkt. Bei der Aufrüstung der deutschen Wehrmacht und Luftwaffe erhob man diese dagegen zum Prinzip, und trotz mangelnder Koordination in der Rüstung und Konkurrenz unter den Teilstreitkräften (beides wurde für beide Staaten konstatiert) verfügte Deutschland im September 1939 über die stärkste Armee auf dem Kontinent. W. Deist wies jedoch darauf

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hin, daß bis Herbst 1939 keine Planungen des deutschen Generalstabs für eine offensive Kriegführung gegen Frankreich existierten. Die strategisch-operative Planung wurde vielmehr immer stärker nach Osten ausgerichtet. Während die deutsche Luftwaffe im Spanienkrieg Kampferfahrungen sammeln konnte, wurden die dort von französischen Beobachtern gemeldeten Erkenntnisse in Paris offensichtlich kaum berücksichtigt. Tenor der Referate beider Seiten war es, vor allem die Mängel der Rüstungswirtschaft hervorzuheben, wobei jedoch der Gegensatz zwischen den individualistischen und pazifistischen Tendenzen der parlamentarischen Demokratie einerseits und den Rivalitäten der Amtsstellen eines diktatorischen Regierungssystems andererseits sehr deutlich wurde.

Die Diskussion über die Wirtschaftsbeziehungen beider Staaten im Berichtszeitraum stellte besonders heraus, daß diese von deutscher Seite ausschließlich unter rüstungspolitischen Aspekten gesehen wurden. Politische Interessen bestimmten die Außenwirtschaft, nicht wirtschaftliche Interessen die Politik! Dies galt in besonderem Maße für die deutschen Bestrebungen, in Südosteuropa Einfluß zu gewinnen und dort französische Interessen zurückzudrängen. Aber auch die deutsche Handelspolitik Frankreich gegenüber zielte in erster Linie auf die Einfuhr von Rohstoffen, die für die Rüstung wichtig waren. Trotz erheblichen Devisenmangels war das Volumen des deutschen Exports eher Nebensache. Der deutsch-französische Handelsaustausch ging insgesamt gesehen zurück, obwohl der Handelsvertrag von 1937 im Juli 1939 verlängert wurde.

In der Diskussion über den Spanischen Bürgerkrieg wurde zwar festgestellt, daß darüber heute weniger ideologische Differenzen als Quellenprobleme bestünden, doch lösten die beiden recht kontroversen Referate eine lebhafte Debatte über die Haltung der französischen Regierung aus. Ungeachtet ihrer Sympathien für die republikanische Seite durfte sich die Regierung Léon Blum offiziell nicht festlegen, wenn sie die Gefahr eines Bürgerkrieges im eigenen Lande vermeiden wollte. Bloch hob den enscheidenden Einfluß Großbritanniens auf die französische Haltung hervor, von dem man währungspolitisch abhängig geworden war. Diese äußere Abhängigkeit und die innere Instabilität bestimmten die ganze französische Außenpolitik zwischen März 1936 und März 1939. Die Passivität Frankreichs gegenüber dem „Anschluß" Österreichs und die Verständigungsbemühungen des Außenministers Georges Bonnet, die mit dem Besuch Ribbentrops in Paris am 6. Dezember 1938 ihren Höhepunkt erreichten, wurden von den französischen Historikern (Bariéty, Girault) sehr kritisch behandelt. Auf deutscher Seite (Knipping) betrachtete man die deutsch-französische Erklärung vom 6. 12. 1938 eher als ein taktisches Manöver, und in der Diskussion kam man zu dem Schluß, daß damit Frankreich keineswegs Hitler „freie Hand im Osten" geben wollte, auch wenn die Tendenz zur Reduzierung des eigenen Engagements vorhanden war. Hitlers Coup gegen die Tschechoslowakei verhärtete die französische Haltung, die nun von Daladier selbst bestimmt wurde. Mit Beklommenheit stand man zur Garantieerklärung für Polen und bemühte sich, dessen Zustimmung zu einem Militärabkommen mit der Sowjetunion (von dem General Gamelin aber wenig hielt) zu bekommen. Der Pakt Stalins mit Hitler wirkte wie ein Schock in Frankreich und machte allen deutlich, daß der Krieg unvermeidlich geworden war. Er führte zu einer Annäherung der Parteien, und Daladier wurde zum Katalysator einer regelrechten „nationalen Sammlungsbewegung" (Cremieux Brilhac) zur Verteidigung des Vaterlandes.

Die nationalsozialistische Außenpolitik ist heute gut erforscht und kaum noch kontrovers. Die Referate von französischer Seite zeigten, daß inzwischen auch die Forschung über die Politik der III.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

matik, die Gegensätze und Imponderabilien der innenpolitischen und wirtschaft-Republik voll im Gange ist. Ihre Problelichen Situation Frankreichs, die außenpolitische Engpässe schufen, personelle Rivalitäten verstärkten und heute als falsch erkannte Einschätzungen der politischen Möglichkeiten förderten, wurden bei diesem Colloquium sehr deutlich. Beispielhaft zeigte es zudem für beide Seiten die Geschichtsmächtigkeit von Illusionen (Hildebrand).

Wie das Pariser Treffen im Vorjahr, so stand auch dieses vom DIII/Paris hervorragend organisierte Colloquium durch Empfänge beim Bundespräsidenten und dem Bundesminister für Forschung und Technologie in einem besonderen gesellschaftlichen Rahmen. *H. Auerbach*

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

NACHWORT ZU EINER KONTROVERSE

Scholders Erwiderung (VfZ 26 [1978], S. 535–570) auf meinen Aufsatz zum Reichskonkordat (ebenda, S. 499–534) hat mich an vielen Stellen nicht überzeugt. Wenn ich richtig zähle, sind es 70 Punkte, von denen ich 10 skizziere:

1. Offenbar trennen uns methodische Unterschiede. Die Hypothese, das nur Vermutbare, hat für ihn ein anderes Gewicht als für mich. Sch. behandelt, auch außerhalb des heuristischen Bereiches, mehr die Möglichkeit eines Ereignisgefüges oder Zusammenhanges, ich dagegen mehr die nachprüfbare Tatsächlichkeit.

2. Sch.s Begriff von „Widerstand" und „Integration" (im Zusammenhang der Frage nach den Folgen des Reichskonkordats für das Verhalten der Katholiken zum Nationalsozialismus) teile ich nicht, was natürlich auch die darauf bezogenen Folgerungen berührt. Er meint, daß Hitler mit dem Reichskonkordat die „Integration des katholischen Volksteils ins Dritte Reich völlig erreicht" habe, und verweist auf die Wahlkreis-Ergebnisse vom 5. März und 12. November 1933. Ich halte es für methodisch unzulässig, aus derartigen (und überdies hochaggregierten) Zahlen zutreffende Rückschlüsse über die Integration / Nicht-Integration der deutschen Katholiken gewinnen zu können, wobei ich unter „Integration" die Einpassung in und die Anpassung an das totalitäre Hitler-Regime verstehe. Zur Sache aber: wenn dies wirklich durch den Vertragsabschluß schon „völlig" erreicht war, ist schwer einzusehen, warum das Konkordat überhaupt von Hitler umgedeutet, umgangen, ausgehöhlt und verletzt werden mußte, was doch vom ersten Tage an tatsächlich geschehen ist. Nein: „Das Reichskonkordat war die vertragsrechtliche Form der Nicht-Anpassung der katholischen Kirche an das Dritte Reich." Diese Feststellung paßt durchaus zu der von NS-Quellen hundertfach bezeugten Tatsache, daß man die 20 Millionen Katholiken für in das Dritte Reich viel weniger „integriert" hielt als irgendeine andere soziale Großgruppe, die sich als solche bewahrt hatte – ausgenommen die Juden.

3. Ein „Konkordat ohne Vorgeschichte" habe ich nie postuliert. Strittig war nie, *daß* die Reichskonkordatsverhandlungen von 1933 eine Vorgeschichte haben, sondern *welche* dies sei. Eine *Teil*frage (der gesamten Vorgeschichte) bezog sich auf die Motive der Zentrumsfraktion am 23. März 1933. Die Junktim-Hypothese behauptete, darauf eine Antwort geben zu können: Reichskonkordat. Von dieser Junktim-Hypothese (und nur von dieser) habe ich 1969 gemeint, daß sie nach der Edition der Zentrums-Protokolle (aus denen sich ergibt, daß von den Länderkonkordaten und nicht von einem Reichskonkordat gesprochen worden ist) als „erledigt" gelten solle, und daran die Vermutung geknüpft, daß „in dieser Hinsicht [damit war gemeint: nur in dieser Hinsicht] wohl der Abschluß der Diskussion" erreicht sei. Darin erblicke ich weder einen merkwürdigen „Akten-Positivismus" noch eine „apodiktische Einseitigkeit".

4. Sch.s Ansicht vom „Inhalt und Ziel der Konkordatspolitik des Hl. Stuhles" seit 1917 halte ich für schief. Seiner Auffassung konterkariert zudem die ebenfalls von ihm vertretene Meinung, daß der Vatikan ein Reichskonkordat wohl mit einem katholischen, nicht aber mit einem protestantischen Diktator habe abschließen wollen. Wenn das Codex-Recht für die Kurie die höchste handlungsbestimmende Priorität gehabt hätte, wie Sch. meint („Diesem Oberziel wurden alle anderen Ziele und Rücksichten rigoros untergeordnet"), ist nicht einzusehen, warum die Frage nach der Konfession des Partners eine entscheidende Rolle gespielt haben soll, zumal Pius XI. nachweislich mit Stalin bis zum Jahre 1928 verhandelt *hat*. Er tat dies nicht primär wegen des Codex Juris Canonici, sondern weil er einen für die *Seelsorge* nützlichen Vertrag „auch

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit dem Teufel in Person" abzuschließen bereit war, wie er öffentlich am 14. Mai 1929 erklärt hat.

5. In Bezug auf das Verhältnis Pacellis zum Zentrum ist für die Zeit bis zum 30. Januar 1933 zwischen Sch. und mir offenbar ein Konsens erreicht. Für die Zeit nach dem 30. Januar kann ich mich seiner Interpretation nicht anschließen. Ich betone aber erneut, worauf de Vecchis Bericht vom 24. Juli 1933 wiederum hinweist, daß es vor allem auf den Papst (und nicht auf den Kardinalstaatssekretär Pacelli) ankam.

6. Den Quellenwert der Brüning-Memoiren in Bezug auf die Motive Kaas' bei der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz halte ich weiter für problematisch. Auf Grund der Ausführungen von Josef Becker (HZ 224 [1977], S. 215) ist meine in der FAZ am 24. Oktober 1977 geäußerte Ansicht über die Entstehungszeit dieses Memoiren-Teils zu korrigieren. Ich gehe daher mit Sch. davon aus, daß dieser Teil 1935 diktiert worden ist. Es bleibt aber, daß Erinnerungsfehler nachzuweisen und perspektivische Verzerrungen festzustellen sind.

7. Die italienischen Quellen, die Sch. in die Diskussion einführt, sind sehr interessant. Sie bieten jedoch für die Frage, ob die Initiative zum Reichskonkordat tatsächlich von Hitler ausgegangen ist, keine Beweise. Es steht dieser Annahme weiterhin die kontinuierliche Behauptung Papens entgegen, die keineswegs unwahrscheinlich klingt und übrigens auch zu seinem Brief an Raitz von Frentz vom 2. April 1933 paßt: „Sie können versichert sein, daß ich es seit dem 30. Januar [Sperrung von mir] als eine meiner wichtigsten Aufgaben angesehen habe, eine Begleichung der Differenzen zwischen der NSDAP und der Heiligen Kirche herbeizuführen" (BA R 53/72). Meine Ansicht, daß wegen der vorhandenen Bereitschaft Hitlers Papens konkreter Vorschlag von dem Reichskanzler aufgegriffen wurde, vermeidet Sch.s Kollision mit den Quellen in diesem Punkt.

8. Auf welche Weise Papen vor dem 27. März „Schritte" zu einer „Fühlungnahme mit dem Vatikan" unternommen hat (so an Raitz von Frentz, 2. April 1933), ist bisher nicht zu ermitteln gewesen. Auch die Praschma-Briefe führen in diesem Punkt nicht weiter. Nach meiner Auffassung scheidet Kaas für diese Fühlungnahme aus (vgl. Punkt 10). Aber war es für Papen, der seit 10 Jahren Päpstlicher Geheimkämmerer di Spada e Cappa war und daher im Umkreis von St. Peter Dutzende von Bekannte gehabt haben dürfte, so schwierig, eine für diese Vermittlungen geeignete Persönlichkeit zu finden? Es gab – auch unabhängig von Kaas – viele, durchaus diskrete Kontaktmöglichkeiten, z. B. über den Prinzen Philipp von Hessen, der am 10. April 1933 in Görings Gefolge nach Rom gekommen ist (J. Petersen, Hitler-Mussolini, Tübingen 1973, S. 167 Anm. 131) und mit der italienischen Prinzessin Mafalda verheiratet war.

9. Die Lateranverträge gehören zur historischen Interpretation des Reichskonkordats hinzu, dies steht für mich außer Frage. Damit ist jedoch noch nicht entschieden, *welche Funktion(en)* ihnen dafür zuzumessen ist (sind). In Deutschland (oder bei italienischen Politikern) nachzuweisende Vorstellungen über die päpstlichen Absichten bei und mit den Verträgen von 1929 sind selbstverständlich noch kein Beweis für die tatsächlichen Absichten, die der Vatikan damals verfolgt hatte und über die er 1933 Bescheid gewußt hat. Im übrigen hat Hitler 1933 das italienische Vorbild nicht einfach kopiert. Der italienische Klerus ist 1924 aus der Politik zurückgerufen worden. Erst 1926 begannen die Lateranvertrags-Verhandlungen. Die Entpolitisierungsklausel findet sich bezeichnenderweise nicht in einem der staatlichen Entwürfe, sondern in dem päpstlichen Projekt vom 5. Dezember 1926 und diente zur Unterstützung der Bestandsgarantie für die Katholische Aktion. Hitler hingegen wollte den Rückzug des Klerus aus der deutschen Innenpolitik durch einen

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Konkordatsabschluß erreichen. Das war etwas wesentlich Anderes.

10. Der markanteste Punkt meines Dissenses mit Sch. betrifft die Interpretation der von Ludwig Kaas zwischen dem 30. Januar (resp. 6. März) und 8. April 1933 verfolgten Politik. Sch. stützt sich weiterhin lediglich auf einige Indizien. Aus der Möglichkeit schließt er auf die Tatsächlichkeit. Nachdem er aber den Kaas'schen Konkordatstyp-Aufsatz nicht (mehr) als handlungsleitendes Programm gewertet wissen will und meine Interpretation der Kapler-Briefe offenbar akzeptiert, läuft alles auf zwei Punkte hinaus. *Frage Eins:* Ist die Kaas-Politik dieses Zeitraums, soweit sie quellenmäßig positiv nachweisbar ist, in sich verständlich, ohne (zusätzlich) annehmen zu müssen, daß Kaas vor dem 23. März resp. 8. April von der Tatsächlichkeit des deutschen Konkordatsprojekts informiert war? Die Antwort auf diese Frage heißt Ja, wie Rudolf Morsey in seinem „Untergang des politischen Katholizismus" 1977 gezeigt hat. *Frage Zwei:* Gibt es Quellenaussagen, die mit der (insofern nicht notwendigen) zusätzlichen Annahme, daß Kaas vor dem 23. März resp. 8. April von der Tatsächlichkeit des deutschen Konkordatsprojekts informiert war, kollidieren? Meine Antwort heißt wiederum Ja – wegen des Kaas-Briefes vom 19. November 1935, und zwar wegen des Satzes: „Im Laufe einer von ihm [Papen] angeregten Besprechung [am 8. April 1933] ... stellte ich fest, daß die mehrfach auch in der Öffentlichkeit erörterte Absicht eines etwaigen Konkordatsabschlusses Tatsache war". Sch.s Interpretation des entscheidenden Begriffspaares „Absicht-Tatsache" ist für mich nicht akzeptabel. Nach Sch. wäre Kaas am 8. April 1933 längst über die Tatsächlichkeit der Berliner Verhandlungs*absicht* informiert gewesen; Papen habe ihn am 8. April lediglich über die Tatsächlichkeit des Verhandlungs*beginns* informiert. Eben dies entspricht dem Quellenwortlaut nicht. Dem Brief zufolge hat Kaas am 8. April erfahren, daß die Berliner Verhandlungs-„Absicht", von der er bisher nichts Definitives wußte, „Tatsache" war, d. h. tatsächlich bestand. Sch.s Irrtum besteht darin, daß er die Tatsächlichkeit der Absicht mit der Tatsächlichkeit des Beginns der Verhandlungen verwechselt. Wenn aber Kaas erst am 8. April über die Tatsache der Verhandlungsabsicht Berlins informiert wurde, kann er vorher weder mit Hitler eine Absprache getroffen noch für Papen in Rom Kontakt aufgenommen haben.

Ich nehme also keineswegs die „Nichtbeweisbarkeit eines möglichen historischen Zusammenhangs" als „sicheren und eindeutigen Beweis für die Nichtexistenz dieses Zusammenhangs", sondern ich verzichte auf eine Hypothese über einen möglichen geschichtlichen Zusammenhang, wenn sie sich mit einer derart expliziten Quellenaussage wie hier schlechterdings nicht verträgt.

Konrad Repgen

Das „Nachwort" von Konrad Repgen geht nach meinem Eindruck auf die entscheidenden Kontroverspunkte gerade nicht ein. Ich kann auch nichts wesentlich Neues darin finden. Deshalb scheint es mir im Moment wenig sinnvoll, seine Argumente im einzelnen noch einmal aufzunehmen. Bei einigen Punkten (6, 8 und 9) vermerke ich dankbar, daß meine Sicht der Dinge offenbar doch nicht ohne Einfluß geblieben ist. Im übrigen habe ich meinem Beitrag zunächst nichts Weiteres hinzuzufügen.

Klaus Scholder

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ANDREAS BISS ANTWORTET YEHUDA BAUER

Im Heft 2 des Jahres 1977 veröffentlichten Sie einen Aufsatz von Yehuda Bauer unter dem Titel „‚Onkel Saly'. Die Verhandlungen des Saly Mayer zur Rettung der Juden 1944/45", den ich nicht ohne Erwiderung lassen kann.

Herr Bauer hat seine Sache gut und gründlich machen wollen und daher in seiner Arbeit Dinge beschrieben, die gar nicht dazugehören und nur dazu geeignet sind, unsere an sich sehr komplizierten Verhandlungen in Budapest im Jahre 1944, zu denen wir auch Saly Mayers Hilfe benutzten, dem Leser unverständlich zu machen. Außerdem wird der Eindruck erweckt, als ob die ganze Rettungsaktion von Saly Mayer in der Schweiz ausgedacht und durchgeführt worden sei.

In der Folge wird, da man nun doch nicht Saly Mayer alles zuschreiben konnte, die Sache stark relativiert und bagatellisiert. Der Hauptgrund dafür ist wohl, daß die Unterhändler in Budapest, nämlich Dr. Kastner und ich, ihr Ziel, nämlich den institutionellen Stop der Ermordung von Millionen Juden und auch Christen nur erreichen konnten, wenn sie geradewegs bei den Feinden, also vor allem der SS, Hilfe suchten und in deren Reihen Zwietracht zu säen sich bemühten.

Wir fanden dort auch, gegen jede logische Erwartung, eine solche Hilfe, wohl weil es, wie wir erfahren sollten, überall Menschen mit Herz gibt.

Da diese Unterstützung uneigennützig und vielfach für unser Werk ausschlaggebend war, haben Dr. Kastner und ich selbst immer wieder die Rolle des früheren Standartenführers Kurt Becher lobend erwähnt, was uns aber bis heute von verbitterten Menschen große Unannehmlichkeiten eingebracht hat und für Kastner in Israel den Tod, durch ein Attentat fanatisierter junger Leute, bedeutete. Dabei war er ein Freund und zeitweise sogar der Pressechef Ben Gurions.

Es ist menschlich verständlich, daß die Juden und vor allem die Überlebenden der KZs in den SS-Leuten, die sie als ihre Feinde und Mörder kennenlernten, die wahren Schuldigen an ihrem Schicksal sehen mußten. Daher die verallgemeinernde Ansicht dieser Opfer und auch weiter Teile der deutschen Öffentlichkeit, daß die SS ohne Ausnahme an allem Schuld sei. Jedoch waren die Angehörigen der SS nur die Prätorianer Hitlers, Görings, Himmlers, Speers und der übrigen Führergarde des NS-Regimes, die wiederum ein Produkt des Rassedünkels der Majorität ihres eigenen Volkes und nicht nur der NS-Partei darstellten. Diese Tatsache verschwindet immer mehr aus dem Bewußtsein beider Völker. Heute werden zum Beispiel in der Bundesrepublik die Bücher früherer Minister Hitlers als Bestseller zu Hunderttausenden verkauft und selbst Juden sprechen von „Vergangenheitsbewältigung" derer, die den Mord von Millionen menschlicher Wesen auf dem Gewissen haben und nun schöne Worte der Entschuldigung finden.

Bauer beginnt seinen Aufsatz mit dem Treffen zwischen Saly Mayer, Becher und Dr. Kastner an der Brücke von St. Margarethen. Als sei das die natürlichste Sache der Welt. Nein, so einfach gingen die Dinge nicht. Mit der Erlaubnis Himmlers zu diesem Treffen war das schwierigste Problem der ganzen Aktion gelöst.

Bauer stellt dann eine künstliche Verbindung zwischen Verhandlungen, die 1938 stattgefunden haben, und unseren her, indem er sagt, daß aus den Vorkriegsgesprächen die Besprechungen des Jahres 1944 hervorgegangen seien.

Das stimmt nicht. Die Schacht-Rublee-Verhandlungen waren von ganz anderen als uns geführt worden und zwar zu einer Zeit, da Gasöfen nicht einmal in den Hirnen der späteren Initiatoren und Vollstrecker der sog. „Endlösung" existierten. Wir aber befanden uns im Jahre 1944 und mitten im Kriege; über zehntausend Juden (Frauen, Kinder, Greise) wurden pro Tag ermordet. Es schien für uns kei-

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ne Rettung mehr zu geben, und in einigen Monaten mußte auch der Rest von uns in Asche und Rauch aufgehen. Kontakt mit unseren Mördern aufzunehmen, schien fast unmöglich.

In der benachbarten Slowakei war es zwar zu einer Unterbrechung der Deportationen gekommen, aber nur vorübergehend und nur aus Gründen der Politik. Der slowakische Ministerpräsident Tiso, ein katholischer Priester, wollte vereinbarungsgemäß die angeblich zur Arbeit deportierten Juden besuchen. Diese aber gab es nicht mehr. Da das Dritte Reich die Freundschaft der Slowaken suchte, als Gegengewicht zu den Tschechen, wurden einstweilen die Juden-Deportationen aus der Slowakei eingestellt. Dies benützte der SS-Offizier Wisliceny zu einem Erpressungsversuch, indem er behauptete, daß er die Verschonung der restlichen slowakischen Juden für Geld bewerkstellige. Diese Argumentation hatte einen gewissen Erfolg, denn die Juden glaubten eine zeitlang wirklich, nur für das Geld gerettet worden zu sein.

Dann aber wurde Ungarn besetzt und die Juden-Deportation von dort umso emsiger fortgesetzt, wobei die Deportierten zum Großteil sofort vergast werden sollten. Das jüdische Rettungskomitee (die Waadah von Budapest) hatte bis dahin gewisse Verbindungen zur Abwehr unter Canaris gehabt. Doch diese wurde nun aufgelöst. Ein Zweig der SS, nämlich der SD, übernahm einige ihrer Agenten und Agenden. Als Verbindungsmann der Waadah zur Abwehr hatte Joel Brand figuriert. Nun wurde Brand zu Eichmann zitiert und nach Konstantinopel gesandt, mit dem bekannten Auftrag „10 000 LKW gegen das Leben von über 1 Million noch im nationalsozialistischen Machtbereich befindlicher Juden".

Brand aber kehrte, trotz seines ehrenwörtlichen Versprechens, in 14 Tagen nach Budapest zurückzukommen, nicht mehr zurück. Er reiste nach dem englisch besetzten Syrien weiter, wohl wissend, daß er interniert werden würde, denn die Engländer verdächtigten ihn einerseits, ein Spion zu sein, und waren andererseits keine Anhänger einer Austauschaktion. Sie befürchteten Unannehmlichkeiten mit der arabischen Bevölkerung.

In Ungarn gingen die Deportationen, mit einer bis dahin beispiellosen Vehemenz, weiter. Das menschliche Gehirn kann es sich gar nicht vorstellen, was es bedeutet, wenn täglich über 10 000 Menschen (Frauen, Kinder, Greise) unter schlimmsten Bedingungen in den Tod deportiert werden.

Brand hatte geglaubt, es sei Eichmann gewesen, der ihn nach Konstantinopel entsandt hatte. Nun machten wir, Dr. Kastner und ich, uns an Eichmann und den SD heran. Wir gaben allerlei Versprechungen, die man ruhig astronomisch nennen kann, wenn nur die Vergasungen eingestellt würden. Dann bekamen wir heraus, daß Eichmann lediglich als Vollstrecker der Befehle Himmlers gehandelt hatte, dies jedoch, wie alles, was Juden betraf, geheimhalten mußte. Nur zwei Leute im Dritten Reich konnten nämlich die Gasöfen stoppen: Hitler selbst oder Heinrich Himmler, Reichsführer SS, Innenminister und Vertrauter Hitlers.

Wir versprachen die Sterne vom Himmel und noch mehr, bis es uns schließlich gelang, Himmler, der durch seinen SD wußte, wer wir waren, zu kontaktieren und von ihm die Erlaubnis für ein Zusammentreffen von Becher und Dr. Kastner mit Saly Mayer an der Schweizer Grenze in St. Margarethen zu erwirken.

Becher war Leiter eines Wirtschaftsstabes in Ungarn und bis dahin nicht mit Juden-Angelegenheiten befaßt.

Saly Mayer, Vertrauensmann des amerikanischen Joint in der Schweiz, hatten wir aus eigenem Antrieb angegeben. Wir erklärten, Brand sei ungeeignet gewesen und ohne unser Zutun nach Konstantinopel entsandt worden. Saly Mayer aber in der benachbarten Schweiz sei unser Vertrauensmann und für Verhandlungen geeignet. So kam dieser, nach dem wohl schwierigsten Teil unserer Bemühungen,

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dazu, den Abgesandten Himmlers an der Schweizer Grenze zu treffen. Eigentlich ging es hier um die Absicht Himmlers, von Hitler abzuspringen, was wir allerdings erst später erkannten.

Doch gleich die erste Begegnung brachte uns eine ungeheure Enttäuschung. Saly Mayer durfte Becher und Dr. Kastner nicht ins Schweizer Zollhäuschen bringen. Darauf besorgte Becher ein saufconduit für Saly Mayer, um ins deutsche Zollhäuschen zu kommen, doch dies wagte Mayer nicht. So mußten die Besprechungen mitten auf der Brücke, die Deutschland und die Schweiz trennt und wo die Grenze verläuft, stattfinden. Saly Mayer erklärte hier, er sei *nicht* der Emissär des Joint, sondern der eines Schweizer Wohltätigkeitsvereins und habe auch keine Vollmacht, ein Tauschgeschäft auszuhandeln. So kehrten Becher und Dr. Kastner unverrichteter Dinge nach Budapest zurück, und wieder einmal glaubten wir, daß alles verloren sei, denn Himmler war nur an den Amerikanern interessiert.

Da zeigte Becher erstmals, daß er uns wohlgesonnen war, und verfaßte einen Bericht an Himmler, in dem er sagte, daß Saly Mayer, so wie wir es behauptet hatten, doch ein Joint-Beauftragter sei, doch dürfe er dies nicht offen sagen.

Becher riskierte damit, und später noch oft, seinen Kopf und Kragen für uns. Trotzdem glaubten wir nicht mehr an eine Weiterführung der Verhandlungen mit Himmler. Groß war also unsere Überraschung und auch unser Glücksgefühl, als diese dann doch angeordnet wurden. Nun folgten weitere Grenzbesprechungen, die uns zwangen, gleich auf zwei Fronten zu kämpfen. Einerseits mußten wir in Budapest, in unserer verzweifelten Lage alles versprechen, andererseits hatten wir mit Saly Mayer zu hadern, da er uns fast in allem desavouierte.

Die Verzögerung, die er dadurch verursachte, bedeutete den Tod vieler Menschen, denn täglich wurden etwa Zehntausend Angehörige unseres Volkes deportiert und wie Ungeziefer chemisch vernichtet. Saly Mayer hatte, trotz schöner Worte, die er in Richtung USA fand, keinen Begriff von unserer Lage in Budapest; entweder war er zu alt oder die Situation damals noch nicht reif genug, um zu verstehen, daß man bei kriminellen Morden eines solchen Ausmasses alles versprechen darf, ja muß, ob man es nun halten kann oder nicht. Saly Mayer war einfach nicht bereit, Versprechen zu geben, wie man sie heute etwa Entführern von Menschen gibt, ohne Verpflichtung, sie auch zu halten. Er meinte, ein Schweizer Bürger verspricht nur, was er halten kann. Dies bedeutete aber das Todesurteil für viele, viele tausende von Menschen. Wir dagegen in Budapest hatten gegenüber den größten Missetätern, die die Menschheit je hervorgebracht hat, keine solchen Hemmungen und versprachen Unsummen, obgleich wir nichts besaßen. Schließlich erkannten wir, daß Himmler mehr an einem Kontakt mit den offenkundigen und baldigen Siegern des Zweiten Weltkrieges lag als an unseren materiellen Versprechungen und so die flagrante Nichteinhaltung unserer Zahlungszusagen übersehen wurde.

So erreichten wir es, daß mehrere Züge von Deportierten, etwa 18 000 an der Zahl, statt nach Auschwitz nach Strashof in Österreich kamen und dort nicht selektiert, also nicht vergast wurden. Wir verköstigten sie von Budapest aus. Nach Zahlung der zwei Deportierten-Probezüge, die wir in die Schweiz gelangen liessen (August und Oktober 1944), sollten auch diese Juden von Strashof in die Schweiz folgen. Da aber schon die ersten Züge, was wir schon im voraus wußten, nicht bezahlt werden konnten, geschah dies nie. Dafür konnten sie dann bei Kriegsende vollzählig nach Ungarn zurückkehren.

Schließlich wurden im November 1944 die Vergasungen, ohne Wissen Hitlers, durch Himmler eingestellt. Damit hatten wir unser Hauptziel erreicht. Als unseren Helfer in der Schweiz hatten wir –

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wie schon erwähnt – Saly Mayer ausgesucht. Als er uns enttäuschte, konnten wir ihn nicht mehr austauschen, denn er war ja von uns bei Himmlers Leuten hoch gelobt worden, und so mußten wir mit ihm leben und arbeiten, so wie er war. Es wäre ungerecht, nicht anzuerkennen, daß er sich viel Mühe gab, zu helfen, wie er nur konnte. Aber leere Versprechungen zu geben, wie wir es von ihm verlangten, das konnte er nicht. Er hatte zur Unterstützung der Juden in Ungarn (Kantinen usw.) im ganzen Jahr 1944 vom Joint etwa 1 Million Dollar zur Verfügung gestellt bekommen – also weniger, als man heute Entführern zu zahlen pflegt (Fall Oetker in Deutschland, Fall Palmers in Österreich und viele andere mehr). Anfang des Jahres 1944 waren aber noch über eine Million Seelen im Machtbereich Himmlers zum Sterben im Gas bestimmt.

Doch auch die Summe, über die Saly Mayer verfügen konnte, hatte nicht die Bestimmung, als Lösegeld zu dienen. Die USA führten Krieg gegen Hitlers Deutschland, das also nicht mit amerikanischem Geld gestärkt werden durfte. Wir in Budapest wußten dies und verlangten daher auch kein Geld, sondern nur die Unterstützung unserer Verbrechern gegebenen Versprechen.

In der Schweiz dagegen wollten allerlei Leute von Saly Mayer Geld haben. Niemand wußte, daß Saly Mayer kein Geld hatte und Geld schon gar nicht an NS-Potentaten geben durfte. Er war klug genug, dies bis Kriegsende geheim zu halten. So wollten also Vertreter deutscher Firmen Bestellungen für jüdisches Geld von ihm bekommen, um angeblich Juden zu retten. Doch auch Diamanten- und sonstige Schmuggler, Agenten der verschiedenen Nachrichtendienste und rechtsgerichtete Politiker, die ein Alibi suchten, wollten alle dasselbe, nämlich Geld. Alle diese Leute kamen an Himmler garnicht heran. Oft waren sie Hochstaplern aufgesessen oder waren selbst Hochstapler. Auch glaubten manche, lokale Potentaten in Hitlerdeutschland, die sie kannten, für die Rettung der Juden einschalten zu können.

Nur einem einzigen, einem schweizerischen Nationalrat, gelang es bei Kriegsende, von Himmler empfangen zu werden. Da aber waren die Gasöfen schon seit Monaten abgestellt und gesprengt worden, denn diesbezüglich war unser Werk bereits vollendet. Das Chaos, das wir in Budapest erlebt hatten, war im zusammenbrechenden Dritten Reich nun ebenfalls vollständig. Himmler hatte immer weniger Befugnisse und wurde schließlich von Kaltenbrunner bei Hitler angezeigt. Jedenfalls kam der oben erwähnte schweizerische Nationalrat von Himmler mit materiellen Ansprüchen an Saly Mayer zurück, und zwar auf Zahlungen, die wir für die Probezüge und den Stop der Vergasungen versprochen hatten.

In der Schweiz gab es aber auch verzweifelte Menschen, nämlich Juden, die ihre meist schon toten Angehörigen, von denen sie ohne Nachricht waren, retten wollten. Diese Menschen waren für jeden Schwindler, der die ihrigen herauszuholen versprach, geeignete Objekte. Auch sie stellten, obwohl sie eigene Geldopfer brachten, Ansprüche an Saly Mayer. Man konnte damals nicht mehr erkennen, was in Deutschland vor sich ging, und wir in Budapest waren von den Russen befreit worden. Wir hatten auch keinen Kontakt mehr mit Saly Mayer. Nun begann Saly Mayer einige kleinere Zahlungen zu leisten, die ich, wenn sie auch oft zwecklos waren, keineswegs verurteilen möchte. Denn es war bei diesem Stand der Dinge unmöglich, zu wissen, wer den Juden in den Lagern noch nützen oder wer ihnen schaden konnte. Und es ging ja um viele Menschenleben.

Ich glaube, daß Herr Bauer seinen Aufsatz in vieler Hinsicht anders geschrieben hätte, wenn er die wahren Autoren des oben kurz Geschilderten zu Rate gezogen hätte. Auch wenn dabei, horribile dictu, die ausnahmsweise noble Haltung eines SS-Offiziers zu loben notwendig gewesen wäre.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ich selbst habe all dies in meinem Buche „Der stopp der Endlösung. Kampf gegen Himmler und Eichmann in Budapest" (Stuttgart 1966) beschrieben. Das Buch ist bisher auch im Französischen, Englischen und Portugiesischen veröffentlicht worden. Eine amerikanische Ausgabe ist ebenfalls erschienen.

Es lehrt uns, daß man niemals resignieren darf und selbst in verzweifeltsten Situationen etwas zu tun versuchen muß.

Andreas Biss

MITARBEITER DIESES HEFTES

Hellmuth Auerbach, Wiss. Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19.

Dipl.-Ing. Andreas Biss, Schriftsteller, Bleibtreustr. 15, 1000 Berlin 12.

Dr. Larry Eugene Jones, Assoc. Professor der neuen europäischen Geschichte, Canisius College, 2001 Main Street, Buffalo, New York 14208.

Prof. Dr. Michael H. Kater, York University, Atkinson College, Dept. of History, 4700 Keele Street, Downsview, Ontario M3J 2R7, Canada.

Prof. Dr. Elmar Krautkrämer, Professor für Geschichte an der Pädagogischen Hochschule Freiburg, Neuhauserstr. 58, 7815 Kirchzarten.

Prof. Dr. Konrad Repgen, ord. Professor der Mittelalterlichen und neueren Geschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn, Konviktstr. 11, 5300 Bonn 1.

Prof. Dr. Klaus Scholder, Evang. Theolog. Seminar der Universität, Liebermeisterstr. 12, 7400 Tübingen.

Dr. Bernd Steger, Wiss. Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte